

Die Neue Gesell schaft 2

1981
28. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 2001 89
Telefon (0228) 37 80 21-25
Druck: NVV Druck & Service! 5300 Bonn 2

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 5,- DM, Jahresabonnement 42,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6,5 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 11

*Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt*
Dr. Peter Glotz
Prof. Dr. Raimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid †
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Dr. Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Zum Inhalt

Die Leistungsfähigkeit der SPD sieht Herbert Wehner in seinem Leitartikel geprüft. Und nach allem, was in den letzten Tagen und Wochen denen vor Augen und zu Ohren gekommen ist, die für sozialdemokratische Ziele und Politik Sympathie empfinden, hätte er wohl auch statt „Leistungsfähigkeit“ das Wort „Leidensfähigkeit“ verwenden können. Jedenfalls kann einem der Umgang derjenigen miteinander, die sich, das Godesberger Programm im Kopf oder zumindest unterm Arm, aufgemacht haben, um eine bessere, menschlichere Gesellschaft zu schaffen, die Tränen in die Augen treiben. Dabei ist es unerheblich, ob bei der meist im Formalen steckenbleibenden an sich notwendigen (und demokratischen!) „Diskussion“ nun Stuhlbeine oder verbale Keulen geschwungen werden.

Vor Wut weinen könnte man, wenn man sieht, wie durch die Betonung privatistischen Geltungsdrangs Themen der Diskussion entzogen werden, die entgegen einer verbreiteten Meinung nicht nur sozialdemokratische Themen sind, sondern mit Rücksicht auf vorhandene Programme und Beschlüsse wohl auch diskutiert werden sollten.

Letzteres gilt auch im Hinblick auf die politische Kraft und Durchsetzungsfähigkeit des organisierten demokratischen Sozialismus, denn Theorie und, wichtiger noch, die Erfahrung zeigen, daß inhaltliche, sachliche Diskussion die Partei keineswegs schwächt, sondern im Gegenteil emotional und praktisch stärkt. Beispiel: Orientierungsrahmen '85.

Ein negatives Beispiel von einiger Beweiskraft ist der Zustand der Berliner SPD bis zur Wahl des neuen Senats, die sich meist unter Ausklammerung von politischen Inhalten nur noch mit Personal- und Machtfragen beschäftigte. Ob es Hans-Jochen Vogel und den „Neuen“ gelingen wird, die so entstandene sterile, geschlossene Gesellschaft aufzubrechen und zu beleben, bleibt bis nach den Berliner Wahlen abzuwarten. Jedenfalls ist der neu gewählte Regierende Bürgermeister nicht gerade zu beneiden.

Daß aber auch in der übrigen Partei auf allen Ebenen zur Zeit nicht gerade eine diskussionsfreudige

Stimmung herrscht, geht auch aus einem anderen Teil des vorliegenden Heftes hervor. Denn die NG-Redaktion hat keineswegs nur, etwa um Porto zu sparen oder um eine (unzulässige) Gewichtung vorzunehmen, diejenigen Bezirksvorsitzenden angeschrieben, deren Beiträge zu organisatorischen Problemen abgedruckt sind, sondern natürlich alle 22. Der Anruf eines Bezirksgeschäftsführers in der Redaktion, ob dieser denn solche Fragen überhaupt vom Parteivorstand erlaubt worden wären, kann in diesem Zusammenhang kaum noch überraschen. Erst der Hinweis, daß der Chefredakteur dieser Zeitschrift nicht nur Vorsitzender der Organisationskommission, sondern auch noch Mitglied des SPD-Präsidiums und außerdem im Hauptberuf Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion sei, konnte die Besorgnis des Anrufers wenn schon nicht zerstreuen, so doch vielleicht etwas dämpfen.

Das Ausscheiden Hans-Jochen Vogels aus der Bundesregierung hat ein Revirement notwendig gemacht, das Björn Engholm vom Staatssekretär im Bildungsministerium zu dessen Minister machte – auch dies ein „Karriereschritt“, von dem nach Lage der Dinge im Bildungsbereich zweifelhaft sein muß, ob ihn der Betroffene als solchen empfindet. Sein Artikel im vorliegenden Heft zu den „langfristigen Zielen der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ jedenfalls läßt noch Raum für Optimismus.

Mit der Bildungspolitik generell, aber nicht allgemein, wird sich „Die Neue Gesellschaft“ verstärkt auseinandersetzen. Grund hierfür ist nicht nur (aber auch) die gesellschaftspolitische Wichtigkeit des Themas, sondern die Hoffnung, möglichst viele der bisherigen Leser der Zeitschrift „Bildung und Politik“ zu gewinnen. Indiz für die Seriosität dieser Absicht ist eine Veränderung des Herausgeberimpressums, in das Peter Glotz aufgenommen wurde, der seinerseits zugesichert hat, sich besonders intensiv um diesen Themenbereich in der „Neuen Gesellschaft“ zu bemühen.



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
92	Herbert Wehner	Die Prüfung der Leistungsfähigkeit der SPD
96	Ernst Eiltz	Die geschlossene Gesellschaft – Ursachen für die Berliner Misere
100	Dokumentation	Die Partei ist in Not geraten. Rede Dietrich Stobbes auf dem außerordentlichen Parteitag der Berliner SPD am 21. Januar 1981
103		Probleme der Organisation – Fragen an die Vorsitzenden der SPD-Bezirke
108	Björn Engholm	Die langfristigen Ziele der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland
113	Heinrich Michael Broder	Mittelfristige „Gemeinschaftsdiagnose“ der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute
119	Karl Kühne	Sachverständigengutachten 1980/81 – Sträflicher Optimismus mit Fehlsteuerungswirkung
126	Hermann Scheer	Öffentlichkeit des Verwaltungshandelns als Element der sozialen Demokratie
130	Fritz Mohrmann	Planung und öffentliche Verwaltung
134	Christian Krause	Der sicherheitspolitische Nutzen der Bundeswehr
138	Heinz Rapp	Zwischen Tagespolitik und Grundsatzprogramm – Die Arbeit der Grundwertekommission der SPD (Fortsetzung aus NG 1/81)
144	Peter Lübke	Werden Stalins Schatten wieder länger?
148		Abschlußresolution des fünfzehnten Nachkriegskongresses der Sozialistischen Internationale
156	Reimund Seidelmann	Die Sozialistische Internationale und ihre Forderungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung
160	Dieter Bielenstein	Ostafrika – auf dem Wege zu welcher Demokratie? Berichte aus europäischen Ländern
164	Europ. Gemeinschaft	Haushaltstreit über Zielsetzung und Reichweite europäischer Politik
165	Belgien	Ein Land vor dem Bankrott
166	Dänemark	Kampf um das Ölmonopol
167	Frankreich	Kommunismus „à la française“
168	Griechenland	Die Industrie und ihre Chancen in der EG
169	Großbritannien	Köpferollen im Tory-Kabinet
170	Irland	1981 – ein Wahljahr?
172	Italien	Ende und Anfang des „demokratischen Zentralismus“
174	Luxemburg	Der kleine und der große Wanderzirkus
175	Niederlande	Neues Abtreibungsgesetz – kein lebensfähiger Kompromiß
176		Kritik
181		Bücher



Herbert Wehner: Die Prüfung der Leistungs- fähigkeit der SPD

In einem knallroten Rahmen machte die Zeitung „Bild“ („unabhängig – überparteilich“) am 31. Januar auf ihrer Titelseite aufmerksam auf „Die beiden Männer der Stunde“. Neben einem Kopfbild des Bundeskanzlers Helmut Schmidt prangten die Schlagzeilen: „Der Kanzler, der jetzt von rechts und links Feuer kriegt; Schmidt von allen verlassen“. Und neben einem Kopfbild des Präsidenten der USA: Reagan: „Der Präsident, der die Weltpolitik verändert“/„Reagan: Russen lügen und betrügen“. „Der US-Präsident Reagan hat bereits in seiner ersten Pressekonferenz eine Wende in der Weltpolitik eingeleitet“, verkündet das Massenblatt des Springer-Konzerns. Auf der letzten Seite überschreibt „Bild“ die abschließende Fortsetzung dieser Aufmacher mit: Schmidt: „Ich lasse mich nicht wie ein Gummiband breitziehen“, und Reagan: „Russen begehen Verbrechen.“

Kritische und denkende Zeitungsleser werden verstehen, daß mit solcher Art von Zeitungsaufmachern für die nächsten Wochen weitere ätzende und scharfmacherische „Meldungen“ eingeleitet worden sind.

Aufmerksame Leser normaler Tageszeitungen haben am 31. Januar nachdenkliche Betrachtungen zum Verlauf der Bundestagsdebatte in der letzten Januarwoche lesen können: „Kraftakte gegen den Verfall“ (Robert Leicht in „Süddeutsche Zeitung“), „Schmidt stellt sich der SPD“ (Oskar Fehrenbach in „Stuttgarter Zeitung“), „Die SPD ist gewarnt“ (Hans Schmidt im „Kölner Stadt-Anzeiger“), „Schimmelpilz in Bonn“ (Klaus Gennrich in „Frankfurter Allgemeine“), „Die stolpernden Sieger“ (Werner Holzer in „Frankfurter Rundschau“), „Kanzler ohne SPD?“ (Jens Feddersen in „Neue Ruhr-Zeitung“).

Diese Aufzählung erhebt nicht Anspruch auf Vollständigkeit oder Gleichwertigkeit der journalistischen Betrachtungen zur Bundestagsdebatte über den Bundeshaushaltsplan 1981. Sie könnte durch andere Leitartikel oder Spitzenmeldungen ergänzt werden; zum

Beispiel: „Süddeutsche Zeitung“: „Haushaltsdebatte im Bundestag beendet: Alle Parteien plädieren einstimmig für Zurückhaltung bei Waffenexporten“, mit Unterüberschriften; „Bundeskanzler Schmidt empfiehlt aber Prüfung der bisherigen Grundsätze für Rüstungsgeschäfte“, und „Kohl: Die Regierung muß sich an lebenswichtigen Interessen der Bundesrepublik orientieren“. „Rheinische Post“: „Übersteigt die Superrüstung Moskaus Kräfte?“, gezeichnet vom Korrespondenten Dietrich Möller.

Damit sei's genug mit Hinweisen auf journalistische Darstellungen von Problemen, die seit der Debatte zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt im November 1980 bis zur Debatte über den Bundeshaushaltsplan 1981 mehr oder weniger sachgerecht behandelt worden sind. Die Beiträge sozialdemokratischer Abgeordneter und Bundesminister im Rahmen beider Debatten sind durch die Bank sachgerechte und sachliche Beiträge zur Lösung von zum Teil schwierigen Problemen, mit denen es Bundesregierungen und Bundestagsfraktionen der Koalitionspartner SPD und FDP zu tun haben; ausdrücklich erwähnt zu werden verdient der hervorragende Beitrag, durch den der Finanzminister Dieter Posser (Nordrhein-Westfalen) in seiner Eigenschaft als Bundesratsmitglied nach der Rede des Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern, Franz Josef Strauß, die Debatte zum Bundeshaushaltsplan '81 wieder auf das Thema konzentriert hat.

Die „Lösung von zum Teil schwierigen Problemen“, mit denen es die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen der Koalitionspartner zu tun haben, ist zu realisieren durch die Koalitionsmehrheit, in der weder von der Opposition gewünschte oder erdichtete Gegensätze noch Unvereinbarkeit der Einschätzungen weltpolitischer Notwendigkeiten und ihrer Folgewirkungen für die Sicherheit und Stabilität zur Handlungsunfähigkeit der parlamentarischen Koalition führen.

Wenn in den bevorstehenden Wochen der *Jahreswirtschaftsbericht*, der *Agrarbericht* und der *Bericht zur Lage der Nation* im Bundestag erstattet und debatiert werden, wird es sich erweisen, daß die sozialliberale Koalition die Linien einhalten und vertreten wird, die gemäß den Koalitionsabsprachen in allen drei Bereichen übereinstimmend dargelegt werden.

Dasselbe wird sich ergeben, sobald der Bundestag vor die Aufgabe gestellt sein wird, die Gesetzesvorlage zu erörtern, mit der die Koalitionspartner SPD und FDP die *Montan-Mitbestimmung* gegen das Ausscheren – wie es von der Kapitaleignerseite des Mannesmann-Konzern angekündigt wurde – von

Unternehmen sichern werden. Die Bundesregierung hat am 30. Januar den Gesetzentwurf beschlossen; er wird nun in den vorgesehenen Fristen zur Behandlung im Bundesrat und im Bundestag Gegenstand von Beratungen und Abstimmungen sein.

Von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wird dieses in den nächsten Monaten zu behandelnde Gesetz nicht als ein „Auslaufgesetz“ der Montan-Mitbestimmung verstanden, sondern als ein Gesetz, durch das der Abbau der Montan-Mitbestimmung, wie ihn die Kapitaleigner-Seite des Mannesmann-Konzerns seit Juni vergangenen Jahres durchzusetzen versucht hatte, zunächst für die nächsten sechs Jahre verhindert wird. Für die Sozialdemokraten und die Gewerkschafter ergibt sich daraus die Aufgabe, die Voraussetzungen für ein weitgreifendes Gesetz zustandezubringen, mit dem nach Ablauf dieser Frist zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung die Grundlage für ein Gesetz geschaffen wird, das dem entspricht, was im Godesberger „Grundsatzprogramm der SPD“ in den folgenden Sätzen formuliert ist:

„Die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlenbergbau ist ein Anfang zu einer Neuordnung der Wirtschaft. Sie ist zu einer demokratischen Unternehmensverfassung für die Großwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft muß sichergestellt werden.“

Zur Problematik des *Rüstungsexports* hat Bundeskanzler Schmidt in einer Sitzung der Fraktion der SPD am 20. Januar deutlich gemacht, was sich aus einem Brief an die Vorsitzenden der Fraktionen der SPD und der FDP, den er am 9. Januar unterzeichnet hatte, ergibt: Es ist im Koalitionsgespräch am 30. Oktober vereinbart worden, daß die Ausfuhr von Lizenzen in den Genehmigungsvorbehalt der Außenwirtschaftsverordnung aufgenommen werden soll. Ein Entwurf zur Ergänzung dieser Verordnung wird zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt im Kabinett beraten werden.

Zu der Aufforderung, die von beiden Vorsitzenden der Koalitionfraktionen bezüglich einer eingehenden Unterrichtung des Bundestages (Auswärtiger Ausschuss beziehungsweise Unterausschuß für Rüstungskontrolle) an die Bundesregierung gerichtet worden war, hat der Bundeskanzler mitgeteilt, es sei vereinbart, daß über diese Frage im Laufe des Frühjahrs in einem Koalitionsgespräch erneut beraten werden soll. Der Bundeskanzler halte es für sinnvoll, daß diese Erörterung in den nächsten Wochen im Zusammenhang mit materiellen Fragen der Rüs-

tungsexportpolitik erfolgen soll. Das ist in der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 20. Januar deutlich dargelegt worden.

Am 26. Januar mußte dann über einen mit 24 Unterschriften versehenen Antrag debattiert und schließlich abgestimmt werden, der einen Beschluß herbeiführen sollte, den Einzelplan Verteidigung um 1 Milliarde zu kürzen und den Einzelplan für Entwicklungshilfe um 1 Milliarde zu erhöhen. Die große Mehrheit der Fraktion hat die Kürzung des Einzelplans Verteidigung um 1 Milliarde abgelehnt. Bezüglich der Erhöhung des Einzelplans für Entwicklungshilfe um 1 Milliarde beschloß die große Mehrheit der Fraktion:

„Der Antrag, der darauf abzielt, den Einzelplan 23 um 1 Milliarde zu erhöhen, wird den zuständigen Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen zugewiesen. Die weltweite Steigerung von Ausgaben für die Entwicklungshilfe und die gleichgewichtige Senkung von Rüstungsausgaben entspricht grundsätzlich einhelliger sozialdemokratischer Zielvorstellung. Diese Zielvorstellung ist in mehreren wichtigen politischen Dokumenten zum Ausdruck gebracht worden, unter anderem im Kommuniqué des Nordatlantikrates im Mai 1978 in Washington, im Beschluß des SPD-Bundesparteitages 1979 und im Abschlußbericht der Nord-Süd-Kommission unter Vorsitz von Willy Brandt 1980.

In der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und im vorliegenden Haushaltsplanentwurf wurde dieser Zielvorstellung unter anderem durch die überproportionale Steigerung des Entwicklungshilfehaushalts Rechnung zu tragen versucht. Ob im Haushalt 1981 eine weitere Mittelverlagerung zugunsten der Entwicklungshilfe möglich ist, können nicht pauschale Kürzungsvorschläge, sondern allein Einzelberatungen in der Fraktion und ihren zuständigen Gremien klären. Dabei ist jedoch davon auszugehen, daß die in der Koalitionsvereinbarung vorgegebene Steigerungsrate für den Haushalt 1981 eingehalten werden muß.“

Am folgenden Tage wurden alle Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Wortlaut eines Artikels, den die Zeitschrift „Konkret“ in ihrer Februarnummer veröffentlicht, bekannt gemacht, den der Abgeordnete K.H. Hansen unter der Überschrift „Kündigt den ‚Nachrüstungsbeschluß!‘“ als Autor gezeichnet hatte.

Dazu wurden von der Pressestelle der SPD-Fraktion am 27. Januar Erklärungen des Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner und des Parteivorsitzenden Willy Brandt verbreitet.

Die Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Wehner lautet: „Die aufgestellten Beschuldigungen des Abgeordneten Hansen weise ich scharf zurück. Es handelt sich hier um eine Art und Weise der Darlegung und Demonstration von Äußerungen, die nichts mit dem Programm der SPD und auch nichts mit den Beschlüssen der SPD zu tun hat. Statt die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Partei und des parlamentarischen Teils dieser Partei zu stärken, läuft diese Art und Weise auf eine bewußte und systematische Schwächung der SPD hinaus.“

Die Erklärung des Parteivorsitzenden Willy Brandt lautet: „Die SPD braucht eine handlungs- und entscheidungsfähige Bundestagsfraktion. Die Handlungsfähigkeit und die gebotene Solidarität werden durch Auslassungen, wie sie in dem Artikel Hansens enthalten sind, infrage gestellt. Deshalb wird sich das Präsidium der SPD auf seiner nächsten Sitzung am kommenden Montag, dem 2. Februar 1981, mit dem Vorgang befassen.“

In der Fraktionssitzung, die vom Fraktionsvorsitzenden am Abend desselben Tages einberufen wurde, beschloß die Fraktion (gegen 1 Stimme bei 11 Enthaltungen): „Die SPD-Bundestagsfraktion mißbilligt die Angriffe und Unterstellungen von Karl-Heinz Hansen in der Februar-Nummer der Zeitschrift „Konkret“ und unterstützt sowohl die Presseerklärung ihres Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner als auch die des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt. Sie erwartet, daß ihre Stellungnahme bei der nächsten Präsidiumssitzung der SPD berücksichtigt wird.“

Die Abgeordneten Hansen und Coppik veranstalteten am darauffolgenden Tag (während im Plenum des Bundestags die Debatte über den Bundeshaushalt 1981 geführt wurde) eine Pressekonferenz. 18 von den 24 Unterzeichnern des Antrags zur Kürzung des Verteidigungshaushalts schrieben an Hansen und Coppik mit Datum 29. Januar:

„Wir haben gemeinsam versucht, die Diskussion über die Höhe der Verteidigungsausgaben neu in Gang zu bringen. Ihr wart mit uns der Auffassung, daß es letztlich um die Substanz der Entspannungspolitik ging, die nur dann überleben kann, wenn es gelingt, sie in den 80er Jahren auch für den militärischen Bereich verbindlich werden zu lassen.“

In der Verfolgung dieses politischen Ziels wissen wir uns einig mit der Mehrheit des Volkes, für das wir als Abgeordnete tätig sind. Wir wissen uns einig mit der gesamten Partei und Fraktion; denn dort wird allenfalls über den richtigen Weg, nicht aber über das Ziel gestritten.

Wir sind der Auffassung, daß all dies auch in der

sehr engagiert geführten Debatte in der Sitzung der Fraktion am Montag, dem 26. 1. 1981, zum Ausdruck gekommen ist.

In dieser Sitzung ist auch deutlich geworden, daß niemand von uns für sich ein Mandat in Anspruch nimmt, die sozial-liberale Koalition scheitern zu lassen, wissen wir doch, daß die Weiterführung der Entspannungspolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen noch mehr als früher von der Existenz der sozialliberalen Koalition abhängt.

Es ist unsere Verantwortung, durch angemessenes politisches Verhalten den Handlungsspielraum derer, die in Europa an der Entspannungspolitik festhalten wollen, zu vergrößern.

Daß das angesichts der stärker werdenden Kräfte, die mit der Entspannungspolitik brechen wollen, nicht einfach ist, liegt auf der Hand.

Wir sind uns aber sicher einig, daß wir alle hier eine ungeheure Verantwortung haben.

Wir sind weiter der Auffassung, daß wir dieser Verantwortung mit unserem Antrag entsprochen haben. Seine Funktion, die Diskussion in Partei und Fraktion neu zu beleben, hat er erfüllt. Das war möglich, weil wir das Thema deutlich, aber nicht polemisch angegangen sind, weil wir anderen die Chance gelassen haben, sich zu identifizieren und sich zu beteiligen.

Nun hast Du, Karl-Heinz, einen Aufsatz in der Zeitschrift „Konkret“ geschrieben. In diesem Aufsatz hast Du, ohne uns das mitzuteilen, den Antrag bereits angekündigt, bevor Du das Vorhaben mit uns besprochen hattest. Wir fühlen uns getäuscht und sind darüber auch enttäuscht. Aber das steht nicht im Mittelpunkt.

Der Aufsatz enthält sehr persönliche Angriffe gegen Helmut Schmidt und seine Politik, die wir für ungerechtfertigt halten. Aber auch dort, wo wir Dir in der Sache zustimmen, wird diese Zustimmung durch die von Dir gewählte Form unglaublich. Es ist eben falsch, die Diskussion über die Form als einzig zu dem Zweck vorgeschoben zu erklären, der Diskussion über die Inhalte auszuweichen. Es gibt eine unauflösbare Beziehung zwischen Form und Inhalt. Wer dies übersieht und völlig unakzeptable Formen benutzt, der diskreditiert damit seine Inhalte. Das ist der Vorwurf, den wir Dir, lieber Karl-Heinz, machen müssen. Du hast durch Deinen Aufsatz die Diskussion über die Inhalte nicht erleichtert, sondern Du hast sie erschwert. Du hast damit unserem gemeinsamen Anliegen keinen Dienst erwiesen.

Einen weiteren Vorwurf können wir Euch beiden nicht ersparen. Ungeachtet des durch eine Abstim-

mung zum Ausdruck gekommenen entgegenstehenden Willens der Mehrheit der Unterzeichner des Antrags habt Ihr eine Pressekonferenz durchgeführt. Wir können Euch nicht gestatten, über den Antrag und seine Funktion öffentlich allein zu verfügen. Dieses Recht habt Ihr aber gegen uns in Anspruch genommen. Das war nicht solidarisch. Wir gestatten auch nicht, daß Ihr durch diese Pressekonferenz den Eindruck erweckt, als sei das Thema, um das es hier geht, Euer Thema. Auf diese Weise grenzt Ihr Euch aus und reklamiert für Euch öffentlich eine Sonderrolle. Diese Sonderrolle kommt Euch nicht zu.

Es ist unser gemeinsames Anliegen, das in dem Antrag zum Ausdruck kommt. Es verdient angemessen diskutiert und behandelt zu werden. Wenn Ihr diesem Thema gerecht werden wollt, muß es das Thema der vielen in unserer Gemeinschaft bleiben oder wieder werden. Dafür können wir nur gemeinsam sorgen. Nicht abgesprochene öffentliche Aktionen nützen nicht, sie schaden nur.

Bitte bedenkt dies, wenn Ihr Euch zu dem Thema in der nächsten Zeit erklärt."

Die „Pressekonferenz“ ist vom Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland“, am 29. Januar zum Inhalt des „Aufmachers“ der ersten Seite gemacht worden. Das Zentralorgan der SED feierte Coppel und Hansen sowie andere, die gegen den sogenannten „Hochrüstungskurs der BRD-Regierung“ initiativ geworden seien. Coppel habe in der Pressekonferenz unter anderem erklärt: „Wir erleben zur Zeit, daß die Beschlüsse der Sozialdemokratischen Partei, wie sie in den Basisgremien gefaßt werden, nach oben zu immer weiter verwässert werden und schließlich ein großer Teil der Sozialdemokratischen Partei sich nachher in der Position, wie sie diese Bundestagsfraktion und diese Regierung einnehmen, überhaupt nicht mehr wiederfindet..."

„Es muß eine Wende in der Außen- und Sicherheitspolitik der BRD herbeigeführt werden“, überschreibt das Zentralorgan der SED seine Verlautbarungen am 29. Januar. Darunter: „Wachsende Forderung: Den NATO-Raketenbeschluß kündigen!“ „SPD-Bundestagsabgeordneter Hansen wegen Kritik gemäßregelt“.

Die Liebkosung K.H. Hansens durch „Neues Deutschland“ veranlaßt den Schreiber dieser Zeilen daran zu erinnern, was er in Heft 11/80 dieser Zeitschrift im Leitartikel „Demokratie und Nation auf dem Prüfstand“ geschrieben hat. Die Schlußsätze dieses Artikels enthalten folgende Sätze:

„Wenn der am 5. Oktober 1980 neu gewählte Bundestag zusammentritt und seine Arbeit aufnehmen

wird, muß damit gerechnet werden, daß die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen, die Folgerungen aus dem vor fünf Jahren in Helsinki zustande gekommenen und von 35 Regierungen unterzeichneten Abkommen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, ebenso wie die mit den „Ost“-Verträgen verbundenen wechselseitigen Pflichten und Rechte zu Mittelpunkt von Beratungen und Debatten werden.

Demokratie und Nation stehen auf dem Prüfstand. Der neunte Deutsche Bundestag muß bemüht sein, die Prüfung zu bestehen. Das ist nur denkbar, wenn die vom Volk gewählten Abgeordneten das menschlich erreichbare Maß von Demokratieverständnis zu verkörpern suchen und gleichzeitig sich der besonderen Lage des demokratisch verfaßten Teils der getrennt lebenden Nation der Deutschen bewußt erweisen.“

Die folgende – in Klammern angeführte – Bemerkung lud die Leser ein: „Angesichts der aktuellen Ereignisse bittet der Verfasser die Leser, den ungekürzten Text des Kommuniqués vom Kanzler-Besuch in Moskau zu lesen.“ Der Text, auf den damit hingewiesen worden ist, enthält ein „Gemeinsames Kommuniqué zum Abschluß des Besuchs Bundeskanzler Helmut Schmidts in Moskau am 30. Juni und 1. Juli 1980.“ (s. a. NG 11/80 S. 927 f.)

Summa summarum: Zur Prüfung der Leistungsfähigkeit der SPD gehört für die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik selbst die Orientierung auf das Grundsatzprogramm und die Parteitagbeschlüsse.

Es ist schmerzlich, dies eindringlich zu betonen, nachdem um ein Haar in der geteilten Stadt Berlin eine politische Katastrophe hat verhütet werden müssen und glücklicherweise auch hat verhütet werden können.

Die SPD als solche und ihre parlamentarischen Fraktionen in den Bundesländern wie im Bundestag können und müssen dazu beitragen, der SPD in Berlin(West) die moralische und politische Unterstützung zu geben, die dazu beitragen kann, sie für die bevorstehenden Wahlen des Abgeordnetenhauses zu stärken. Das Vertrauen breiter Schichten der arbeitenden Menschen und vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Verantwortungsfähigkeit der Sozialdemokraten gehört zu den Grundlagen der Stärke dieser in diesem Jahr 118 Jahre bestehenden Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Die Sozialdemokraten sind gefordert! Die Leistungsfähigkeit ihrer Partei hängt ab vom Vertrauen in die Wahrhaftigkeit, die Hilfsbereitschaft und die tatsächliche Solidarität der Sozialdemokraten.

Ernst Elitz: Die geschlossene Gesellschaft Ursachen für die Berliner Misere

Ernst Elitz, Jahrgang 1941, ist Berlin-Korrespondent des Zweiten Deutschen Fernsehens. Zuvor war er als Rundfunkredakteur und Redakteur beim „Spiegel“ tätig. Veröffentlichungen: Ausbildungswege zum Journalismus (Hrsg.), Opladen 1975; zahlreiche Zeitschriftenaufsätze zur Innen- und Medienpolitik (s. a. NG 4/77, 12/78 und 4/79).

Der Witz des Rundfunkmoderators beschrieb die allgemeine Stimmungslage: Regiert würde Berlin von den Westdeutschen, die Hoheitsgewalt hätten die Alliierten, nur wählen dürften die Berliner noch. Als Ende Januar innerhalb weniger Tage das dreiköpfige Krisenkommando, bestehend aus Peter Glotz, Herbert Wehner und schließlich Hans-Jochen Vogel, eine Senatsmannschaft für Berlin formierte und die Wahl im Abgeordnetenhaus trotz aller Befürchtungen gut ausging, war der Berliner Landesverband der SPD wie gelähmt. Das Ergebnis der Bonner Hilfe war ein Senat, in dem letztlich nur noch ein Berliner Sozialdemokrat – Peter Ulrich als Bausenator – Sitz und Stimme hat. Nicht anders ist es bei den Liberalen. Dort hatte nur Schulsenator Walter Rasch die vielfältigen Auffrischungen der Senatsmannschaft durch Importe aus der Bundesrepublik überstanden. Der Wirtschaftssenator und Bürgermeister Guido Brunner (FDP) war aus Brüssel über Bonn in die Berliner Landesregierung gehoben worden. Justizsenator Gerhard Meyer amtiert zwar schon seit 1978; aber auch er war damals, weil die Stadt-FDP in ihren eigenen Reihen keinen Mann von Format für dieses Amt finden konnte, aus Hamburg nach Berlin eingeflogen worden.

Die Regierungsbildung nach dem Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe ist als „politische Kahlschlagsanierung“ beschrieben worden. Der Ausdruck ist treffend. Hans-Jochen Vogel hat um des reinen Neubeginns willen selbst noch geschätzte und sachkundige Politiker wie den Bundessenator Gerhard Heimann geopfert und aus der Stobbe-Mannschaft neben Ulrich nur jene übernommen, die 1979 als Stobbes neue Männer aus dem Bundesgebiet nach Berlin gekommen waren: Olaf Sund (Arbeit und Soziales) und Dieter Sauberzweig (Kulturelle Angelegenheiten). Der neue Senat hat mit der Berliner SPD wenig gemein. Und es bleibt fraglich, wie schnell die SPD der Senatoren und die SPD-Ber-

lin sich miteinander anfreunden können. Blickt man auf den Kalender, in dem der Termin für Neuwahlen schon vermerkt ist, bleibt wenig Zeit.

Für Hans-Jochen Vogel und seine Mannschaft gibt es in den nächsten Monaten eine Doppelbelastung. Einmal müssen sie sich in die schwierige Materie ihrer Ressorts einarbeiten und dabei zumindest einige neue politische Akzente setzen. Nur so könnte der Neubeginn über die Personal-Rochade hinaus glaubwürdig werden. Zum anderen steht ihnen ein Wahlkampf bevor, in den die Christdemokraten diesmal mit mehr Optimismus gehen können als je zuvor. Das wird die Bereitschaft der CDU-Mitglieder zum Wahlkampfengagement zweifellos stärken. Wenn die Debatten über die verlorene 115-Millionen-Senatsbürgerschaft für den Bankrotteur Garski, die den Anstoß zur Berliner Partei- und Regierungskrise gab, sich nicht als allgemeine Unzufriedenheit mit der „Parteienwirtschaft“ in niedriger Wahlbeteiligung niederschlagen, dann könnte die CDU mit merkbar-nen Stimmengewinnen rechnen. Sie wurde schon 1979 ebenso wie bei den Wahlen davor (1975) stärkste Partei (1979 CDU: 44,4%; SPD: 42,7%, FDP: 8,1% Zweitstimmen) und verzeichnet seit 1963 (CDU: 28,8%, SPD: 61,9%) einen stetigen Aufwärtstrend.

Senatsarbeit einerseits, Wahlkampf andererseits werden für die neue Mannschaft nicht ohne interne Schwierigkeiten sein. Die Berliner Verwaltungen – das Finanz- und das Wirtschaftsressort ausgenommen – gelten als ineffektiv und werden einem Senat, der nur als Übergangsregierung antritt, Arbeitsleistungen wahrscheinlich vorenthalten. Weniger eindeutig sind die Wahlkampfperspektiven innerhalb der SPD. In Berlin ist als Ergebnis der polit-geographischen Lage über die Jahre ein Provinzialismus gewachsen, der allgemein Vorurteile gegen „die Westdeutschen“ pflegt. Diese Stimmung hat vor Berlins kleinbürgerlicher SPD nicht halt gemacht. Neuankömmlinge gelten als unliebsame Konkurrenten, die Karrierepläne und Machtschemata durcheinanderbringen. Dieses Denken, das den Alltag in den Universitäten ebenso bestimmt wie in der Partei und in der Verwaltung, begünstigt die Herrschaft eines lähmenden Mittelmaßes. Berlin hat viele Züge einer geschlossenen Gesellschaft. Dietrich Stobbe, der in dieser Hinsicht äußerst sensibel war, bemühte sich, Spitzenpositionen in der Berliner Verwaltung für Beamte aus anderen Bundesländern und aus der Bundesverwaltung attraktiv zu machen. Aber seine Initiative erschöpfte sich in dem Versuch, Besoldungsverbesserungen durchzusetzen.

**6½ Pfund haben schon manchen
aus der Fassung gebracht.**



Verantwortung wiegt hier doppelt schwer, denn jetzt und für die Zukunft muß die Familie auf alles gefaßt sein. Wer daran zu tragen hat, für den ist es Zeit, sich von uns über eine private Lebensversicherung beraten zu lassen.

Es gibt immer ein paar Gründe mehr,
mit uns zu sprechen.

Weil wir stets Verbrauchernähe spürbar machen. Mit vernünftigen Preisen, umfassendem Versicherungsschutz, kundennahem Service und stets neuen Ideen.

Fragen Sie einen unserer 35.000 Mitarbeiter. Er hat für alles eine Lösung: Lebens-, Sach- und Rechtsschutzversicherungen, Bausparen.

Keine Sorge-
 **Volksfürsorge**

Es ist das Verdienst der Bundes-SPD, mit der Radikalkur der Berliner Regierungsbildung ein weithin sichtbares Zeichen für den Willen zur Veränderung dieser versteinerten Verhältnisse gegeben zu haben. Im Verdienst der Zentrale aber spiegelt sich zugleich auch das Versagen der Berliner Sozialdemokratie. Seit 1948 mit kurzer Unterbrechung in der Regierungsverantwortung hat sich aus dem Streit der Gruppen um ideologische Positionen, der das Parteilieben bis in die siebziger Jahre bestimmte, eine weithin nivellierte Partei entwickelt, die zwar immer wieder Ansätze machte, den sozialen Herausforderungen der Stadt – Wohnungsmangel, Ausländerprobleme, Wirtschafts stagnation, Überalterung, Bevölkerungsrückgang – mit politischen Konzepten entgegenzutreten, der aber der Elan und die Durchsetzungskraft fehlte, um ihre Ideen auch öffentlich sichtbar umzusetzen.

Stobbes neuer „Stadtpolitik“ lag die Einsicht zugrunde, daß Berlin nach der außenpolitischen Absicherung durch das Viermächteabkommen und die Verträge mit der DDR seine kommunalen Probleme nicht länger mit dem Durchhaltepatriotismus der fünfziger und sechziger Jahre kaschieren konnte. In dem Maße wie die politischen und materiellen Angriffe gegen die Stadt (Blockade, Chruschtschow-Ultimatum, Schikanen auf den Transitwegen) nachließen, wurden die Berliner empfindlicher für die sozialen Probleme ihrer nächsten Umgebung. Die Außenfixierung der Berlin-Politik hatte in der Stadt zu einem kommunalen Problemstau geführt. Verursacht wurde die Mehrzahl der jetzt zutage tretenden kommunalen Konflikte durch die anomale Situation. So waren die türkischen Arbeitnehmer nach dem 13. August 1961 extra angeworben worden, um die Arbeitskraft der Grenzgänger zu ersetzen, die bis zum Mauerbau täglich aus Ost-Berlin und der DDR an ihre Westberliner Arbeitsplätze kamen. Die ökonomische Stabilität der Stadt war immer in Gefahr. Hunderte Kilometer vom westlichen Wirtschaftsgebiet entfernt konnte bei gefährdeten Verkehrswegen das Wirtschaftswachstum Berlins nicht mit dem in der Bundesrepublik Schritt halten. Die lähmende Mietpreisbindung sollte die Stadt als Wohnort attraktiv machen, Abwanderung verhindern, Zuwanderung erleichtern, und sie war und ist zugleich eine wichtige Sozialleistung in einer Stadt, in der ein Viertel aller Einwohner Rentner sind.

Fraglos kann man den Berliner Kommunalpolitikern heute vorwerfen, daß sie die Konsequenzen ihrer Entscheidungen und Versäumnisse nicht rechtzeitig mitbedacht haben. Aber dieser Vorwurf gilt

weniger für Dietrich Stobbe und seine Mannschaft als für seine Vorgänger im Rathaus Schöneberg. Ghettobildung, verfallende Wohnsubstanz, Subventionsmentalität waren Entwicklungen, die sich über Jahre hinaus abzeichneten. Aber womit beschäftigte sich die SPD, wenn sie als führende kommunale Kraft diese Zeichen nicht rechtzeitig erkannte? Dabei kann es keine Entlastung für die Sozialdemokraten sein, daß CDU und FDP in den vergangenen Jahrzehnten ebensowenig Weitsicht zeigten. Wenn es der SPD darum geht, in Berlin auch in den achtziger Jahren Regierungsverantwortung zu tragen, müßte sie den Beweis antreten, daß sie auch kommunalpolitisch die bessere Kraft ist.

Alle Ansätze, die in der letzten Zeit gemacht wurden (Mieten, die sich an der Investitionsbereitschaft des Hausbesitzers orientieren, Industrieansiedlungen, Zuwachs an Arbeitsplätzen, Ausländerintegration) wurden konterkariert durch Skandale, die sich der Öffentlichkeit stets besser einprägen als kleine Erfolge. Zum Grundmuster dieser Skandale gehört jene enge Verfilzung von Parteipolitik, Verwaltung und ökonomischen Interessen, die – sicher zu Unrecht – als Berlin-Spezifikum gilt. Wenige Kommunen sind frei davon. Andere Bundesländer (Hessen, Bremen) haben ihre Reinigungsprozesse schon hinter sich. Berlinspezifisch ist höchstens, daß die Filzokratie im größten deutschen Stadtstaat auch größere Dimensionen erreicht und daß eine geschlossene Gesellschaft Wirkungen und Betroffenheit potenziert.

Über die Affäre um den Steglitzer Kriesel stolpern ein Senator und ein Oberfinanzpräsident. Damals ging eine Senatsbürgschaft von 40 Millionen DM verloren. Aber auch auf jenen Ebenen, wo es nicht um Millionen geht, wird das Parteibuch manchmal zum Scheck, den man gegen Sonderleistungen einlösen will. So versuchte der Personalrat der Berliner Stadtreinigung, dem Senat mit dem angedrohten Austritt von 200 SPD-Mitgliedern materielle Zugeständnisse abzupressen. Joachim Raschke hat in seinem Buch „Innerparteiliche Opposition – Die Linke in der Berliner SPD“ (Hamburg 1974) dargelegt, wie Parteimitglieder für ihre Aktivität in der Partei Belohnung durch Aufstieg im öffentlichen Dienst erwarten und erhalten (S. 279). Diese Fehlsteuerung war und ist in allen Parteiflügeln virulent.

Auch die Garski-Affäre zeigt spezielle Symptome der Berliner Filzokratie. Wenn Senatoren zugleich in Aufsichtsräten von Banken sitzen, die Kredite vergeben, für die der Senat sich durch dieselben Senatoren verbürgt, sind jene Kontrollen außer Kraft gesetzt, die zwischen politischer Entscheidung und pri-

vatwirtschaftlichem Interesse zwingend sein sollten. Insoweit hat Hans-Jochen Vogel mit seiner Ankündigung, Senatoren sollten Posten in Aufsichts- und Verwaltungsräten künftig nur noch übernehmen, wenn dies wie bei den Eigenbetrieben gesetzlich nicht zu umgehen sei, zumindest in diesem Bereich einen Prozeß der Selbstheilung eingeleitet.

Die Entstehung der Berliner Filzokratie wurde begünstigt durch die vom politischen Außendruck verursachte Mentalität des Zusammenrückens. Die Nachkriegsgeschichte der Stadt ist zwar geprägt durch politische Persönlichkeiten aus der Sozialdemokratie: Ernst Reuter, Otto Suhr, Willy Brandt. Aber selbst in Zeiten, in denen die SPD allein hätte regieren können, suchte sie die Koalition mit Christdemokraten und Liberalen. Der Drang zur Einheit ging soweit, daß es von 1959 bis 1963 im Berliner Parlament überhaupt keine Opposition gab. SPD (78 Sitze) und CDU (55 Sitze) waren in einer großen Koalition vereint. Die FDP hatte die Fünf-Prozent-Hürde nicht genommen.

In der Koalitionsfrage spielte die Berliner SPD ebenso eine Sonderrolle wie in den von ihr vertretenen außenpolitischen Prioritäten. Als die Bundes-SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer noch auf den Vorrang der Wiedervereinigung auch um den Preis der Neutralität fixiert war, machten sich Ernst Reuter und Willy Brandt schon für einen Kurs der Westintegration stark. Es war die linke Opposition in der Berliner SPD um Franz Neumann, die in der Koalitionsfrage und in der Außenpolitik die Linie der Bundes-SPD vertrat. Diese Linke, die unter Willy Brandt durch konsequente Mehrheitsentscheidungen der sogenannten Rechten, Sitz und Stimme in allen wichtigen Gremien verlor, hatte auch gegen die in Berlin früh angelegte Tendenz zur Volkspartei das Banner der Arbeiter- und Klassenpartei hochgehalten. Der Mehrheits-SPD in Berlin ist der Begriff Sozialismus noch immer suspekt.

Der faktische Ausschuß der linken Gruppierung hat zumindest eins bewirkt: Auf dem langsamen und steinigen Weg zurück in die Entscheidungsgremien hatten die Linken sich so intensiv auf Fragen der Taktik und der Kaderpolitik zu konzentrieren, daß auch bei ihnen die inhaltliche Auseinandersetzung um sozialistische Positionen hintangestellt wurde. Zwar kamen aus dem Donnerstagskreis um Harry Ristock noch politische Impulse, als Rudi Dutschke und andere Streiter der späteren Außerparlamentarischen Opposition dort ihre Sozialismusmodelle zur Diskussion stellten, aber im Kern verdrängte die Machtfrage die Debatten über Sinn und Inhalte so-

zialistischer Politik. Eine straffe interne Organisation mit Plenum, Führungskreis, Sprechern, Stellvertretern, politischen Sekretären und Referenten und wohlkalkuliertes Abstimmungsverhalten auf den Parteitagen machten die Linken schließlich wieder zu einer politischen Größe, die im innerparteilichen Ringen um Machtpositionen beachtet werden mußte. Klaus Schütz, Stobbes Vorgänger als Regierender Bürgermeister und Parteivorsitzender, ersann eine Politik der „Konzentration der Kräfte“, die den Linken gemäß ihrem Stimmenanteil in den Kreisen und auf Landesebene, in den Bezirksämtern und im Senat personellen Einfluß zuwies.

Stobbe hat diese Politik übernommen. Daß er wie Schütz scheiterte, ist mit darauf zurückzuführen, daß einige sogenannte Rechte in seiner Integrationspolitik nur eine Steigbügelfunktion für den Einstieg der ungeliebten Gegner ins Parteiestablishment sahen. Die Konfrontation zwischen Links und Rechts in der Berliner SPD läßt sich kaum noch inhaltlich begründen. Zwischen beiden Positionen hat sich inzwischen eine breite Mitte gebildet, die zum Teil noch an der überkommenen Rechts-Links-Einteilung in den Kreisen festhalten muß, weil die führenden Funktionäre diese Schemata für ihre persönliche Machtabsicherung brauchen. Was links und rechts auf Bundesebene unterscheidet – in Stichworten: Rüstungspolitik, Atomenergie – ist in Berlin kommunalpolitisch nicht relevant. Die Radikalenfrage war eine letzte inhaltliche Differenz zwischen Berliner Rechten und Linken.

In der neuen Mitte finden sich viele sachkundige und engagierte Sozialdemokraten, die sich gegen die in alten Machtkategorien denkende Führungsschicht nicht durchsetzen können. Für diese mittlere Generation der Sozialdemokraten ist die Berufung Vogels und seiner Mannschaft Hoffnung und Enttäuschung zugleich. Enttäuschung, weil die Entsendung junger Bundestags- und Landtagsabgeordneter wie Reinhard Überhorst (Senator für Gesundheit und Umwelt) und Anke Brunn (Senatorin für Familie, Jugend und Sport) bei ihnen die trotzigste Behauptung provoziert: „So gut könnten wir es auch.“ Hoffnung, weil sie glauben, durch den radikalen Einschnitt einer Senatsbildung ohne Berliner, könnten die versteinerten Strukturen der Berliner SPD aufgebrochen werden. Vogels Zukunft hängt davon ab, ob es ihm gelingt, diese Gruppe innerhalb der SPD für sich zu gewinnen und zu begeistern, indem er ihnen politisch und personell Chancen eröffnet. Richard von Weizsäcker hat da für die Berliner CDU ein Beispiel gegeben. Er hat seit seiner Ankunft in Berlin systematisch jünge-

re, aufgeschlossene Kräfte aus der CDU in einflußreiche Positionen gebracht und dabei den Konflikt mit den Provinzmatadoren aus der Zeit des Kalten Krieges nicht gescheut.

Vogels Gefahr ist, daß diejenigen in der Berliner SPD, die Besitzstände wahren wollen, auf Distanz gegen den „Senat aus Bonn“ gehen und im Wahlkampf Zurückhaltung üben. Die schmerzliche Einsicht, daß der Landesverband in den letzten Monaten paralytisch und die Fraktion moralisch nicht mehr integer war, könnte allzu leicht verdrängt werden, wenn sich Vogel und seine Senatoren nicht demonstrativ der schwer angeschlagenen Berliner SPD zuwenden. Dies wäre nach der Radikalkur der Senatsbildung der zweite Schritt einer notwendigen Psychotherapie. Die Vernichtung Stobbes durch die Fraktion war ebenso irrational wie das ohne vorherige Diskussion zustande gekommene einstimmige Votum für Vogel. Bei der Wahl der Senatoren zeigte sich dann – was in der Berichterstattung weitgehend übersehen wurde –, daß innerhalb der Koalitionsfraktionen wieder unehrenhaft abgestimmt wurde. Obwohl zuvor in den Fraktionen einmütige Voten abgegeben worden waren, bekam jeder der Senatoren bis auf Guido Brunner (FDP) Neinstimmen aus dem Koalitionslager. Unehrenhafte Stimmabgaben scheinen eine Berliner Krankheit zu sein. Während die CDU-Basis in der Stadt Stimmen für die Parlamentsauflösung sammelte, stimmten im Abgeordnetenhaus mindestens zwei Mitglieder der CDU-Fraktion für Vogel. Vermutlich schlugen sich die Dissidenten auf die Seite der Koalition, weil sie um ihre Pensionen fürchteten. Abgeordnete müssen dem Berliner Parlament mindestens sechs Jahre und 182 Tage angehören, um vom 62. Lebensjahr an 45 Pro-

zent der Diäten als Pension zu beziehen. Eine frühzeitige Auflösung des Parlaments nach einem Scheitern Vogels hätte einigen Abgeordneten die Altersversorgung gekostet. So votierten sie, vermutlich um Neinstimmen und Enthaltungen aus den Koalitionsfraktionen zu neutralisieren, für den Kandidaten der SPD.

Gegenüber der CDU, die sich so ebenfalls vor dem Wähler desavouierte, hat Vogel im bevorstehenden Wahlkampf zumindest einen Vorteil: Die Rolle des Herausforderers ist von Richard von Weizsäcker auf ihn übergegangen. Als Richard von Weizsäcker noch Neuwahlen forderte, hatte Vogel schon eine Mannschaft. Als der CDU-Spitzenkandidat noch bei der Haushaltsdebatte im Bonner Bundestag auftrat, hatten Vogel und seine Senatoren ihre Bundestagsmandate schon niedergelegt und waren symbolisch Berliner geworden. Taktisch war die Wahl des neuen Senats ein Erfolg. Mit ihrem Verzicht auf finanzielle und karrieremäßige Absicherung vor einer Neuwahl mit ungewissem Ausgang haben Vogel und seine Senatoren denjenigen Berliner SPD-Funktionären, die die Partei als Versorgungsinstitut betrachten, ein Beispiel moralischer Integrität gegeben, das hoffentlich nicht so sehr beschämt, daß es Ablehnung weckt. Wenn Opposition Gegnerschaft zur bestehenden Richtung und zugleich auch belebendes Element ist, dann bildet der neue Berliner Senat – das ist der Eindruck der letzten Januartage – eine heilsame Opposition zur paralytischen Berliner SPD. Strategisch kann die Wahl Hans-Jochen Vogels und seiner Mannschaft aber nur dann zum Erfolg werden, wenn es gelingt, Senat und Partei aufeinander zuzuführen: Konzentration der Kräfte.

Die Partei ist in Not geraten Rede Dietrich Stobbes auf dem außerordentlichen Parteitag der Berliner SPD am 21. Januar 1981

Wir treffen uns in dieser Stunde, weil die Partei in Not geraten ist. Wir haben alle miteinander die Verpflichtung, nach Wegen zu suchen, wie wir aus der Krise herauskommen. Es geht nicht nur um eine Krise von Fraktion und Senat. Die ganze Partei ist betroffen. Die Krise hat fast unsere ganze Führungsmannschaft verbraucht. Das müssen wir uns eingestehen. Seit Ernst Reuter, der aus der Türkei geholt wurde, ist es das erste Mal, daß die Berliner Sozial-

demokraten um einen Führungsmann von außen bitten mußten.

Es geht darum, daß diese Stadt sozialdemokratisch geführt bleibt. Die Regierungsfähigkeit muß durch Mehrheitsbildung im Parlament unter Beweis gestellt werden. Mit Jochen Vogel kommt ein Sozialdemokrat von überragender politischer Qualifikation nach Berlin! Lieber Jochen, die Berliner Sozialdemokraten danken Dir, daß Du zur Verfügung stehst, daß Du bereit bist, daß Du Solidarität übst. Ich danke auch Willy Brandt und Helmut Schmidt und Herbert Wehner, daß sie sich so entschlossen für Berlin eingesetzt haben.

Jochen Vogel ist in dieser Lage der denkbar beste

Mann, und ich sage das wegen des vergangenen Donnerstag im Abgeordnetenhaus leise, aber eindringlich – wir müssen nun wie ein Mann hinter ihm stehen. Jochen Vogel muß volle Handlungsfreiheit haben. Niemand in der Berliner Partei hat das Recht, Ansprüche und Forderungen zu stellen. In dieser Stunde der Krise muß jeder fragen, was er für die Partei tun kann und nicht, was er durch die Partei erreichen könnte.

Wenn wir Jochen Vogel dauerhaft den Rücken stärken wollen, dann muß die Partei sich wandeln in vielen ihrer Haltungen und vor allen Dingen im Umgang miteinander und auch im Umgang mit der politischen Verantwortung. Wir brauchen das auch für unsere Position in der Bundespartei, wo das Bild der Berliner Sozialdemokraten sich verdunkelt hat. Regeneration in vielen Punkten tut not. Die veröfentlichte Meinung in Berlin will, daß wir dies in der Opposition tun. Davon halte ich nichts. Auch die Bundes-CDU hat sich in der Opposition nicht regeneriert, sondern sie ist von Mal zu Mal schlechter geworden – bis zum Kandidaten Strauß hin. Wir müssen im Gegenteil dafür sorgen, daß die Kräfte, die diese Krise freigesetzt hat, zu einer Erneuerung der politischen Moral in der Partei führen und zu einer personellen Erneuerung, die mehr unverbrauchte Kräfte in die Verantwortung bringt.

Analyse: Wir haben es mit einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise zu tun. Was über Jahrzehnte von sozialdemokratischer Politik bewußt gewollt war – etwa bei der Kontrolle staatseigener wirtschaftlicher Unternehmungen, gerade durch Sozialdemokraten – gilt heute als anrüchig und wird als Waffe gegen uns verwendet. Wir brauchen hier dringend neue, für den Bürger einsichtige Maßstäbe. Ich warne vor der Vorstellung, daß sie leicht zu finden sein werden – aber leisten müssen wir dies.

Glaubwürdigkeitskrise andererseits auch deshalb, weil wir feststellen müssen, daß die Vermittlung unserer eigenen politischen Grundhaltungen und Wertvorstellungen – jedenfalls in unserer Stadt – im Dickicht einer Publizistik hängenbleibt, die selbst alles andere als sozialdemokratische Grundhaltungen zu vermitteln bereit ist.

Zum Bürgerschaftsfall Garski: ein schlimmer Vorgang, ein schrecklicher Schaden für die Stadt. Aber vergeßt nicht: Die gleichen politischen Kräfte, die von uns eine Ausweitung des Bürgerschaftsgesetzes zur Stärkung der privaten Wirtschaft im Namen der Freiheit des Unternehmens und der Unternehmer gefordert haben, die uns der Risikoscheue und des Bürokratismus anklagen, die klagen heute mit

scheinheiliger Fassungslosigkeit über zu wenig Kontrollinstrumente und eine schlechte Wirkung der vorhandenen.

Wir werden noch viel aufzuarbeiten haben, und wir müssen dabei das Maß an politischer Verantwortlichkeit neu definieren in einer Stadtregion, in der die Förderung der Wirtschaft durch den Staat wie nirgendwo sonst in der westlichen Welt für das Überleben des so oft gepriesenen freien Unternehmertums unabdingbar geworden ist. Wir müssen kämpfen gegen die doppelte Moral in der Stadt, die Herrn Garski hätschelt und tätschelt, wenn er als freier Unternehmer erfolgreich ist, und die die politisch Verantwortlichen in die Haftung nimmt, wenn er pleite geht.

Es ist für Berlin wichtiger denn je, daß die Koalitionsparteien das betonen, was sie verbindet, und das hintanstellen, was sie auch trennt. Der Fundus an gemeinsamen gesellschafts- und deutschlandpolitischen Vorstellungen ist und bleibt groß; und darin liegen die Perspektiven, die für die Entwicklung Berlins grundlegend sein müssen. Wir wären wahnsinnig, wenn wir aufgeben würden, was wir durch eine gute Zusammenarbeit zwischen dem sozial-liberalen Senat hier und der sozial-liberalen Bundesregierung erreicht haben und noch weiter erreichen können an diesem so schwierigen Punkt Berlin in der Mitte Europas.

Im liberalen Lager gibt es einige, die in dieser Grundhaltung offenbar schwankend geworden sind. Und ich würde mir wünschen, daß über die Krise dieser Tage hinaus die Besinnung auf das Wesentliche auch dort klar die Oberhand behält.

Zum Krisenbild gehören die Illoyalitäten auch in der eigenen Fraktion. Wir haben im Landesvorstand und im Fraktionsvorstand, wir haben im entscheidenden Gremium der Fraktion ohne Zeitdruck eine ausführliche menschliche, zum Teil sehr bewegende, politisch hervorragende Diskussion gehabt über die vorgeschlagene Senatsumbildung. Und wir haben klare Entscheidungen gehabt, nicht nur in der eigenen Fraktion, sondern auch autonom beim Koalitionspartner. Und wir haben auch sehr sorgfältig die beiden Meinungsbildungsprozesse miteinander verschränkt. Ich bin in diese Plenarsitzung – und nicht nur ich allein – nicht nur hoffnungsvoll und zuversichtlich gegangen, sondern innerlich sicher. Und ich will jetzt nur sagen, nachdem geschehen ist, was geschehen ist, daß ich Illoyalität und Verrat verurteile. Und jedes Mitglied der Fraktion muß wissen, in welchen Abgrund es die Partei stürzte, wenn sich dieser Vorgang wiederholte.

Wir sind in diese Krise nicht geraten wegen der sachlichen Politik, die wir für unsere Stadt gemacht haben. Die stimmt in ihren Grundzügen weiter. Da müssen neue Markierungen gesetzt werden, aber die sachlichen Fundamente tragen. Die Krise muß die Erkenntnis und die Kräfte freisetzen, die dafür sorgen, daß die Institutionen der Partei mit neuem und unverbrauchtem Führungspersonal aufgefrischt werden. Nur so werden wir dem nagenden Mißtrauen begegnen können, nur so werden wir den Vorwurf los, wir kleben an unseren Stühlen, wir hätten gewissermaßen das administrative System der Stadt berufsmäßig in Besitz genommen.

Viele vergessen zwar, wenn sie hierüber urteilen, die Geschichte der Stadt. Zum Beispiel jene Kämpfe der 50er Jahre, als man über jeden loyalen Demokraten in der Berliner Verwaltung, und erst recht, wenn er ein demokratischer Parteimann war, glücklich war. Viele vergessen die langen Jahre der Großen Koalition, in denen sich Rekrutierungsmechanismen herausgebildet hatten, die es so anderswo nicht gab. Viele übersehen aber auch, daß diese größte deutsche Stadt gesellschaftliche Erscheinungen zu verkraften hatte und hat in einer Beschleunigung, wie sie sonst nirgendwo auftritt, und mit der Stadt auch die Sozialdemokratische Partei.

Ich nenne als Beispiele die APO, die Auseinandersetzung mit der Ausländerfrage in den Innenstadtbereichen, die Auseinandersetzung mit den Alternativen, aktuell mit den Hausbesetzern. Das alles ist kräfteverschleißend – und auf dieser Insel Berlin mehr als anderswo.

Es ist wohl auch so, daß allzu viel wirklich fähige

junge Leute sich von der Partei fernhalten, so viele erstklassige Sozialdemokraten, die aber abwinken, wenn man sie nach ihrer Tätigkeit in der Partei fragt. Sie wollen in der Partei nicht über die Stöckchen des Bewährungsaufstiegs springen, die Machtkartelle vor Ort halten sie ab. Wenn sie im öffentlichen Dienst sind, wirft man ihnen das vor; wenn sie in der freien Wirtschaft sind, wirft man ihnen das auch vor.

Sie konzentrieren sich lieber auf ihren Beruf, der ihnen den Aufstieg bringt, der ihrer Leistung entspricht, während wir doch ihre Fähigkeiten und Leistungen an so vielen Stellen in der aktiven Parteiarbeit brauchen könnten.

Ich komme damit zu den Konsequenzen: Die Partei muß sich regenerieren, sowohl im Sinne der politischen Moral wie in der politischen Nachwuchsförderung.

Wir müssen die Rekrutierungsmechanismen für den politischen Nachwuchs und für die politische Führung ändern, verbessern. Und wir brauchen ein Selbstverständnis von politischer Ethik, bei dem wir das auch wirklich verarbeiten, was der Berliner SPD widerfahren ist. Nur wenn wir das leisten, stärken wir Jochen Vogel und seiner Mannschaft den Rücken und werden wir Glaubwürdigkeit wieder erringen.

Bitterkeit und Enttäuschung werden nicht die Richtschnur meines Handelns sein, was immer und an welcher Stelle ich immer und wann immer ich für die Partei arbeite, sondern Solidarität mit der Partei und der Wunsch, der Partei zu helfen bei dem notwendigen neuen Anfang. Vor dieser Aufgabe steht jeder von Euch!

Für die ersten 25 Jahrgänge der „Neuen Gesellschaft“ (1954–1978) gibt es jetzt ein zentrales

Stichwort- und Personenregister.

Das 168 Seiten starke Verzeichnis umfaßt 2400 Namen (von Abendroth bis Zwerenz) und 2875 Stichworte (von Abrüstung bis Zypem), – nicht nur für den wissenschaftlich Arbeitenden, sondern für jeden, der die Diskussion des Demokratischen Sozialismus in den letzten Jahrzehnten zurückverfolgen will, ein nützliches Hilfsmittel. Gegen einen Unkostenbeitrag von DM 3,– in Briefmarken kann das Register bezogen werden bei der Redaktion „Die Neue Gesellschaft“, Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2.

Probleme der Organisation Fragen an die Vorsitzenden der SPD-Bezirke

1. Welche organisatorisch-politischen Schwachstellen innerhalb der SPD behindern zur Zeit die Arbeit der Partei?
2. Wie könnten sie überwunden werden?
3. Welche organisatorischen Hilfen erwartest Du Dir vom Parteivorstand?

Peter von Oertzen (Hannover):

Angesichts des begrenzten Platzes für diesen Beitrag stand ich vor der Frage, entweder Einzelfragen der Organisation, ohne Blick auf die historisch-gesellschaftlichen Hintergründe, zu behandeln oder zugunsten einiger grundsätzlicher Thesen auf Einzelheiten zu verzichten. Ich hab mich für die zweite Möglichkeit entschieden.

Die Organisation ist für die deutsche Sozialdemokratie stets mehr gewesen, als nur ein – als solches sicher unentbehrliches – Instrument zum Machterwerb und zur Machterhaltung. Das liegt in der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung begründet. Die Zugehörigkeit zur Partei – und noch ausgeprägter: zur Gewerkschaft – entsprang für den einzelnen Arbeiter oder Angestellten vor 1933 und noch deutlicher vor 1914 nicht allein einer rein individuellen politischen Entscheidung; sie war vielmehr Ausdruck der Zugehörigkeit zu einer *umfassenden sozialen und politischen Kultur*, die neben Partei und Gewerkschaft noch eine Fülle anderer Verbände und Institutionen umfaßte. „Organisiert“ zu sein, war Zeichen sozialen, politischen und kulturellen Selbstbewußtseins, „unorganisiert“ zu sein, ein sozialer, ja fast ein moralischer Makel. Die Organisation der traditionellen Arbeiterbewegung war auch ein machtvoll Instrument des ökonomischen und politischen Kampfes – unzweifelhaft; aber in erster Linie war sie eine gesellschaftliche Lebensform.

Nach der Wiedergründung der Partei 1945 haben diese Traditionen noch eine Weile fortgewirkt – wenn auch mit abnehmender Bindungskraft. Die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der (west-)deutschen Gesellschaft seit 1948 löste die gesellschaftlichen Existenzbedingungen der alten „Arbeiterpartei“ auf. Die offizielle Umdefinition der SPD zur „Volkspartei“ in Godesberg 1959 besiegelte nur einen schon lange unaufhaltsam gewordenen Prozeß.

Die Zugehörigkeit zur Organisation der Partei beruht heute – vor allem bei den politisch überdurchschnittlich aktiven Mitgliedern – überwiegend auf einer moralisch, politisch oder gelegentlich auch durch praktische Erwägungen bestimmten individuellen Entscheidung. *Die Organisation wird weitgehend funktional*, d. h. in Blick auf ihre politischen Zwecke, begriffen: politische Information, Diskussion und Meinungsbildung, Formulierung von Programmen; Vorbereitung von Wahlen; Kandidatenauswahl; Wahlkampf; Kontrolle der Gewählten; erneute Diskussion usw. Und daneben natürlich das Einkassieren der Beiträge und das Einwerben von Spenden, um die Organisation materiell zu erhalten.

Diesem Verständnis von Organisation entspricht die *zunehmende soziale Distanz der Partei zu ihren traditionellen Mitglieder- und Wählerschichten*. Im Gegensatz zu dem Zustand, der noch in den fünfziger Jahren herrschte, sind heute Arbeiter schwächer, Angestellte und Beamte stärker in der Mitgliedschaft vertreten als in der Gesellschaft; der öffentliche Dienst ist weit überrepräsentiert; und der Kontakt zu den Gewerkschaften ist weithin locker geworden und keineswegs selbstverständlich. (Wie weit es in den Gewerkschaften parallele Tendenzen gibt, muß hier unerörtert bleiben.)

Die ein wenig ironische Pointe dieser Entwicklung ist, daß jenes *funktionale Verständnis der Organisation* sich heute *in der Praxis als unzweckmäßig* zu erweisen beginnt. Der OR '85 hat das zugrundeliegende Problem schon vor fünf Jahren klar benannt: „Gesellschaftliche Selbstbestimmung läßt sich ... ohne aktive Anteilnahme und Selbstverantwortung der Menschen nicht verwirklichen. Die Politik des demokratischen Sozialismus ist durch staatliche Maßnahmen und durch die Partei allein nicht durchzusetzen. Sie bedarf einer breiten Bewegung in der gesamten Gesellschaft.“ (OR '85, 1.11)

Diese breite Bewegung kann freilich nicht mehr oder

zumindest nicht allein die traditionelle Klassenbewegung der Arbeiter sein. Aber überall dort, wo wichtige gesellschaftliche Probleme neu auftauchen, zeigen sich auch Bewegungen neuer Art: bei der Jugend, in vielfältigen Bürgerinitiativen, in der sogenannten Alternativszene. Und in ihnen werden sehr häufig politisches Handeln und seine Mittel – die „Organisation“ – wieder als Lebensform und nicht bloß instrumental verstanden. Zumindest aber zeigen zunehmendes Mißtrauen, zunehmende Distanz vieler Bürger gegenüber dem herkömmlichen Politikbetrieb, daß hier *ungeldste Probleme* liegen.

Auch in unserer Partei werden solche Erfahrungen sichtbar: Immer mehr sozialdemokratische Ortsvereine verwirklichen in ihrer Praxis, was die moderne Kommunikationsforschung unterdessen in der Theorie herausgefunden hat: daß die Menschen nicht als abstrakte Staatsbürger zum politischen Handeln motiviert werden können, sondern nur als Kollegen, Nachbarn und Freunde, als Beteiligte und Betroffene. Die aufblühende politische „Subkultur“ der Ortszeitzungen, Stadteinfeste, Kinderkreise, Eltern-AG's und vieler anderer „neuer“ (sehr alter) politischer Organisationsformen zeugt davon. Die Einsicht setzt sich durch: *Nur diejenige Organisation, die nicht bloß Wahlen gewinnen will, wird auf die Dauer Wahlen gewinnen.* Von dieser Erkenntnis ausgehend muß die Diskussion über die Organisation in unserer Partei geführt werden.

Günter Schlatter (Mittelrhein):

Wenn Wahlergebnisse nicht voll befriedigen, überkommt die SPD bereits traditionelle Lust, nach innerparteilichen Schwachstellen zu suchen und organisatorische Konsequenzen zu fordern. Damit wird aber der Blick auf die tatsächlichen Schwachstellen verstellt, die weniger in der Organisation als in den Inhalten liegen.

Was wirklich zur Sorge Anlaß gibt, ist doch die von Jahr zu Jahr wachsende Skepsis, die Enttäuschung bei kritischen, oftmals jungen Leuten, die unseren ursprünglichen Ansatz von Reformpolitik auch heute noch für richtig halten und den Weg dorthin zurück suchen. Dieser Sorge ist mit Spruchweisheiten und organisatorischer Kraftmeierei nicht beizukommen. Darum gilt:

1. Es sind mehr politische als organisatorische Probleme, die der Partei ihre Aufgaben zur schwer erfüllbaren Last werden lassen. Die Konzentration darauf, Wahlen zu gewinnen und Regierungsmehrheiten

zu sichern, hat einen Substanzverlust beim demokratisch-sozialistischen Denken und Handeln bewirkt. Wer die eigene Organisation neu motivieren und Glaubwürdigkeit nach außen behaupten will, muß hier ansetzen.

2. Die Partei hat Festlegungen zu treffen, die über den Konsens der sozial-liberalen Koalition hinausgehen. Sie hat in *kritischem Dialog mit der Regierung* ihre Zielsetzungen klarzumachen. Dies gilt z. B. für Bereiche wie

- Wotrüsten
- Welthunger
- soziale Gerechtigkeit bei schrumpfendem Wirtschaftswachstum und
- Ausbau der Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.

3. Dies darf allerdings nicht in eine zwiespältige Form politischer Arbeitsteilung münden etwa in dem Sinne, daß die Partei für Grundsatzpositionen zuständig ist, die von ihr mitgetragene Regierung sich aber den jeweiligen Tagesopportunitäten beugt. Vielmehr muß eine reaktivierte SPD der Regierung *neue Handlungsspielräume eröffnen* und diese sich fähig und willens erweisen, Nutzen daraus zu ziehen.

4. Verbesserungen im organisatorischen Bereich können und sollten diesen Prozeß unterstützen. Das geht aber *nicht im bisherigen Stil verwalteter Politik*. Verbürokratisierte Parteiapparate ersticken die Freude am Mitmachen und stärken den Hang, die Partei „denen da oben“ zu überlassen.

5. Nicht das Organisieren der Meinungsbildung von oben durch immer wieder neue Kommissionen mit immer wieder alter Insider-Besetzung darf für die Parteivorstände Zauberformel sein. Organisatorische Hilfen für Mitglieder, die in den Ortsvereinen selbst Meinung bilden wollen; zum Miteinanderstreiten, Miteinanderkämpfen und Miteinanderfeiern, sind da schon willkommener. Und das Ganze bitte etwas bescheidener, damit der *Abstand zwischen der Sattlertheit der SPD als Regierungspartei und dem wirklichen Leben in den Ortsvereinen* nicht noch größer wird.

6. *Mehr Bescheidenheit* sollte auch die Parole für die künftigen Wahlkämpfe sein. Dies käme nicht nur den leeren Parteikassen zugute, sondern ermöglichte auch eine zusätzliche Mobilisierung von Mitgliedern, die bei neuen Perspektiven zu mehr ehrenamtlicher Parteiarbeit bereit sind.

7. Wer nach Vorschlägen zur Neuordnung der Parteioorganisation forscht, braucht nicht lange zu suchen: Er findet sie in den Berichten der Parteivorstandsgruppe zur *Auswertung der organisationspoliti-*

schen Anträge zum Hamburger Bundesparteitag 1977 ebenso wie in den Folgerungen des „*Börner-Koschnik-Papiers*“ für die weitere Arbeit nach der Bundestagswahl 1976.

Bleibt die Frage, warum so vieles in Vergessenheit geriet oder unbeantwortet geblieben ist. Eine Frage, die sich nicht nur an den Parteivorstand, sondern an alle Ebenen der Partei richtet.

Willi Rothley (Pfalz):

Probleme der Organisation werden in der Partei mit Hingabe erörtert, *stärkeres Engagement und Prinzipientreue* in der (demokratisch-sozialistischen) Sache wäre aber für die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie wohl von größerer Bedeutung. Die enttäuschenden Entwicklungen, z. B. im kommunalen Bereich sind schließlich nicht auf Organisations-Mängel zurückzuführen; das hat mit der Substanz von Politik zu tun.

Ein Mangel vor allem: Initiativen gehen von der Partei nicht mehr aus, Themen der politischen Diskussion werden von ihr nicht mehr bestimmt. Sie wird allenfalls noch aufgefordert, Entscheidungen der Fraktionen nachträglich zu billigen. Notwendig sind auf allen Ebenen *offene Gespräche und Diskussionen* mit einer möglichst großen Zahl von Mitgliedern und Bürgern. Hierzu bedarf es keiner neuen Konzeption. Erforderlich ist die Umsetzung dessen, was im OR '85 unter dem Kapitel „*Vertrauensarbeit*“ dargestellt oder im Parteirat 1979 erörtert worden ist.

Das hohe Maß an Engagement, Emotionalität und Kreativität innerhalb und außerhalb der Partei muß in unsere Arbeit einbezogen werden. Ämterhäufungen und „*Filz*“ müssen zu diesem Zweck beseitigt werden.

Einige Stichpunkte zu Fragen der Organisation:

- Die Kontakte zwischen Bezirk und Parteivorstand sind zufriedenstellend, die Zusammenarbeit ist gut. Mangelhaft ist die *unzureichende politische Information des Bezirkes*. Ein regelmäßiger Meinungsaustausch zwischen Bezirksvorsitzenden und Bezirksgeschäftsführern einerseits sowie Parteivorstand und Bundesgeschäftsführer andererseits ist notwendig.
- Die Geschäftsführer, auch in den Unterbezirken, müssen in der Lage sein, politische Ideen aufzugreifen, weiterzugeben und zu realisieren. Hierzu ist eine *politische Höherqualifizierung der Unterbezirksgeschäftsführer* erforderlich. Sie sollten regelmäßig in den Diskussions- und Entscheidungsprozeß einbezogen werden.
- Wichtiger Adressat für Informationen von allen

Ebenen ist der Ortsvereinsvorsitzende. Durch Überbelastung sowie durch unzureichende politische und organisatorische Bildung wird die Kommunikation in der Partei an dieser Stelle häufig unterbrochen. Dadurch gehen wertvolle Hinweise für die Parteiarbeit verloren. Der Ortsverein ist derzeit eine *Schwachstelle innerhalb der Partei*. Es ist notwendig, durch innerparteiliche politische Bildungsarbeit möglichst viele Mitglieder für die Mitarbeit auf dieser Ebene der Partei zu qualifizieren. Die Bildungsarbeit der Partei ist deshalb zu intensivieren. Dabei muß die Form der Veranstaltungen zu solidarischen Verhaltensweisen beitragen.

► Die Diskussion über die Kompetenzen zwischen Landesverband einerseits und Bezirk andererseits ist für die Partei eher belastend. *Für eine offene und demokratische Struktur dieser Partei sind starke Bezirke unumgänglich*. Ein einheitlicher Landesverband ist in einem Flächenstaat auch aus Kostengründen nicht ratsam.

Organisatorische Maßnahmen können in der Partei nur dann Erfolg haben, wenn die Sozialdemokraten auf allen Ebenen in der praktischen Politik die *Orientierung an den Grundwerten unserer Partei* erkennen lassen. Das ist nach mehr als einem Jahrzehnt Regierungstätigkeit und bei negativer gesamtwirtschaftlicher Entwicklung sowie aktueller Finanznot schwieriger geworden. Sozialdemokratische Politik muß heute mit deutlich weniger Aufwand konzipiert, durchgesetzt und dargestellt werden.

Die Maßnahmen, die zum Schuldenabbau in der Partei notwendig sind, dürfen nicht dazu führen, daß die Partei Profil und Organisationsstärke verliert. Das ist notwendig gerade in einer Zeit, in der Reaktion und Gegen-Aufklärung Triumphe feiern.

Hans Schweltzer (Rheinland/Hessen-Nassau):

1. Die Gliederung der Partei von unten nach oben ist die Grundlage für den demokratischen Aufbau. Nach der Satzung sind dies die Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirke und der Parteivorstand. Eine Schwachstelle in der Partei, sowohl organisatorisch wie auch politisch, sehe ich darin, daß aufgrund von Entwicklungen *Organisationsbereiche nicht mehr mit den politischen Verwaltungsbereichen übereinstimmen* und so sich Organisationsbereiche ohne Satzungsrecht und Satzungspflicht gebildet haben, die aber durch politische Mandatsträger und Fraktionen auf dieser Ebene über mehr Geld verfügen als die eigentlichen Gliederungen. So stimmen vielfach Unterbezirke und

Kreisverbände nicht mehr überein; obwohl die politischen Schwerpunkte bei den Kreisverbänden mit ihren Kreistagsfraktionen liegen, liegt die organisatorisch/politische Führung bei den Unterbezirken. Diese sind aber finanziell schlechter ausgestattet als die Kreisverbände.

Gleiches muß man von den Bezirken sagen. Aufgrund geschichtlicher Entwicklungen halten sich Bezirke als satzungsgemäße Organisationsgliederung mit teilweise relativ geringfügigen Mitgliederzahlen, obwohl eine Zusammenfassung zu einem schlagkräftigen Landesverband mit Satzungscharakter Zeit und Geld sparen könnte. In Rheinland-Pfalz beispielsweise bestehen 3 Bezirksverbände und ein Landesverband als Arbeitsgemeinschaft der Bezirke. Für insgesamt ca. 85 000 Mitglieder und 16 Bundestagswahlkreise werden 3 Bezirksgeschäftsstellen und eine Landesgeschäftsstelle unterhalten. Der Landesverband ist in seiner Finanzierung auf das Wohlwollen der Bezirke angewiesen, soll aber gleichzeitig Landespolitik machen und auf einen Regierungswechsel hinarbeiten. Sieht man sich die alles tragenden Funktionäre an – ich gehöre auch zu ihnen –, hetzen sie auf beiden Ebenen von Termin zu Termin und genau wie zwischen Kreisverbänden und Unterbezirken wird auf beiden Ebenen über die gleichen Fragen entschieden.

Den Letzten beißen die Hunde, das sind die Ortsvereine. Weil auf Landes-, Bezirks- und Unterbezirksebene zu viel verwaltet und das alles bezahlt werden muß, bleibt nicht genügend Kraft und Geld zur Unterstützung der Ortsvereine. Sie müssen inzwischen nicht nur für ihre Partei vor Ort werben, sondern das von der Partei dazu zur Verfügung gestellte Material auch noch selbst bezahlen. Übertragen auf die Wirtschaft kompletter Unsinn. Wer etwas verkaufen will, muß denen, die es verkaufen sollen, auch das Material zur Verfügung stellen, schon um des einheitlichen Bildes wegen. Ortsvereine, die kein Geld haben, können derzeit keine bundespolitische SPD-Werbung mehr machen. Die Partei verzichtet damit auf ihren seit mehr als 100 Jahren wichtigsten Werbeträger.

2. Unabhängig von der organisatorischen Betreuung sollten alle Kreisverbände zu satzungsgemäßen Organisationsgliederungen gemacht werden und an die Stelle der jetzigen Unterbezirke treten. Kreisverbände, die sich aus politischen Gründen darüber hinaus zu Unterbezirken zusammenschließen wollen, können dies als Arbeitsgemeinschaft beschließen, ohne daß der Unterbezirk damit Organisationsgliederung wird.

Mehrere Unterbezirke (ehem. Kreisverbände)

werden durch regionale Geschäftsstellen betreut, die als Einrichtungen der Bezirke oder Landesverbände unter finanzieller Beteiligung der Unterbezirke, die meist über Kreistagsfraktionskassen verfügen, betrieben werden. Beispiel: Personalkostenträger sind die Bezirke/Landesverband, Sachkostenträger die betreuten neuen Unterbezirke. Moderne Ausstattung zur Herstellung von Ortsvereins- und Betriebszeitungen.

Die Bezirks- und Landesverbände sollten auf eine einheitliche Organisationsbasis gestellt werden, um vergleichbare politische Ebenen zu schaffen. Es ist politisch auf Dauer nicht durchzuhalten, daß in einem Land der Landesverband Satzungsorgan ist, während im anderen Land der Landesverband keine Anträge an Parteitage stellen kann. Der Parteivorstand sollte zur Herstellung gleicher Organisationsebenen von der Möglichkeit Gebrauch machen, Bezirksverbände zu schlagkräftigen Landesverbänden zusammenzuziehen. Auf jeden Fall sollten Geschäftsstellen eingespart und organisatorische Fragen in nur einer Geschäftsstelle zentral erledigt werden.

Bei einer solchen Neuregelung auf Landes-, Bezirks- und Unterbezirksebene könnten die Ortsvereine besser unterstützt werden, so daß auch örtliche Fraktionskassen mit in die gemeinsame Finanzierung einbezogen werden könnten.

3. Allgemeine Parteiwerbung und sachbezogene Informationen müssen auf Bundesebene für die Ortsvereine und Betriebsgruppen kostenlos geliefert werden, um örtliche Initiativen nicht von Armut oder Reichtum eines Ortsvereines abhängig zu machen. Das gleiche gilt für sachbezogenes Informationsmaterial auf Landes-, Bezirks- oder Unterbezirksebene.

Die Mitgliederinformation müßte auf Landesebene durch eine Landeseinlage im Sozialdemokrat-Magazin verbessert werden, um eine Verzahnung von Landes- und Bundespolitik wenigstens bei der Information der Mitglieder deutlich zu machen. Es genügt nicht, auf Landesebene alle 4 Jahre zu landespolitischen Themen zu informieren. Die Wahlergebnisse werden von beiden Ebenen beeinflusst.

Zusammenfassung:

Ich bin mir im klaren, daß ich speziell im organisatorischen Bereich heiße Eisen angefaßt habe. Nur wenn wir politisch gleichwertige Organisationsebenen schaffen, kann aber auf Dauer der politische innerparteiliche Dialog gewährleistet werden. Man muß in Schleswig-Holstein wissen, was hinter der Organisationsebene beispielsweise eines Unterbezirks steckt, das ist heute ohne Nachfrage nicht zu beurteilen. Es ist auch auf Dauer nicht vertretbar, daß in einem

Land der Landesverband Anträge an den Parteitag stellt, im anderen Land geschieht dies durch drei oder mehr Bezirke, u. U. noch mit gegensätzlichem Inhalt. *Zu lange haben wir uns auf unter anderen Umständen gewachsenen Strukturen ausgerichtet, ohne durch Reformen eingetretene regionale Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen. Will die Partei ihre alte Schlagkraft zurückerobern, dann sind einheitliche Organisationsstrukturen auf regionaler bzw. örtlicher Ebene eine Grundvoraussetzung.* Durch Wegfall überholter Geschäftsbereiche würden auch die Mittel frei, um unsere Ortsvereine wirkungsvoller zu unterstützen.

Karl Thorwirth (Rheinhessen):

Parteien sind nicht Selbstzweck. Der Sinn ihrer Tätigkeit ist die Verwirklichung politischer Überzeugungen in der Gesellschaft. Voraussetzung für die Verwirklichung politischer Überzeugungen in einer demokratischen Gesellschaft ist die Zustimmung einer Mehrheit der Wähler und Erteilung eines politischen Mandats auf Zeit. Das Erscheinungsbild einer politischen Partei, auch die Qualität ihrer Organisation, entscheiden über das Maß des Vertrauens bei den Bürgern.

So gesehen hat der Wahlausgang vom 5. Oktober 1980 die SPD zwar als größeren Partner in der Koalition, aber nicht als Partei ermutigt. Ich sehe dafür folgende Gründe:

1. Die SPD hat in den 60er Jahren ihr gewachsenes Vertrauen einem *offenen Dialog mit der Gesellschaft* zu verdanken. Sie hat sich damals weniger mit sich selbst, aber stärker mit den Gruppen der Gesellschaft und deren Problemen beschäftigt. Dies ist heute anders. Zumindest in Teilen der Partei hat die „Selbstbeschäftigung“ ein Maß erreicht, das keine Zeit für das Gespräch mit dem Bürger läßt. Auch die Parteitage bestätigen dies.

2. Die SPD kennt – wie keine andere Partei – *Arbeitsgemeinschaften* als Teil ihrer organisatorischen Wirklichkeit. Dies kann nur funktionieren, wenn

Arbeitsgemeinschaften sich einordnen und die Partei – nicht aber die Arbeitsgemeinschaften – das *Bild der Öffentlichkeit* bestimmt. Das Maß der Selbständigkeit von Arbeitsgemeinschaften in der SPD hat die Dinge auf den Kopf gestellt. Wir sind keine Partei mehr, in der es auch Arbeitsgemeinschaften gibt, sondern, überspitzt ausgedrückt, eine Dachorganisation von Arbeitsgemeinschaften. Das Aussetzen der „Einvernehmensregelung“ für öffentliche Erklärungen durch den Bundesgeschäftsführer hat das *Bild der Vorherrschaft einer Arbeitsgemeinschaft* gefördert, zumal die Einhaltung von Parteibeschlüssen, zumindest für die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, nur insoweit und so lange gilt, wie die Beschluslage paßt. Ansonsten macht man rege von dem Recht Gebrauch, „auf Änderung der Beschluslage“ hinzuwirken. Nicht nur intern, sondern in aller Öffentlichkeit. Dies alles berührt ein Kernproblem. Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten fühlt sich nicht loyal dem gesamten pluralen Spektrum der SPD verpflichtet. Sie versteht sich als Speerspitze des linken Flügels. Dies ist nach dem Auftrag einer Arbeitsgemeinschaft nach meiner Überzeugung schlechthin unerträglich.

3. Die Organisationsstruktur wird mehr von der Tradition als von den *Erfordernissen einer modernen Großorganisation* bestimmt. Die Unterschiede in der Größe der Bezirke und ihrer organisatorischen Leistungsfähigkeit, ihr teilweise Nebeneinanderbestehen mit Landesverbänden und deren Verwaltung, führt dazu, daß zumindest in Teilbereichen der Partei zu viel Geld in den Mittelinstanzen ausgegeben wird. Diese vorhandenen Strukturen stehen übrigens auch einer vernünftigen leistungsfähigen Verwaltung im Wege. Die grundsätzliche Auffassung des Parteivorstandes, von seinem Recht, die Organisationsgrenzen durch Beschluß festzulegen, nur bei Übereinstimmung Gebrauch zu machen, führt praktisch zur Untätigkeit. Sie hat auch zu einer weithin uneffizienten Verwaltung geführt. Effizienz ist gerade in einer Partei gewiß nicht alles, aber sie gehört dazu.



Björn Engholm: Die langfristigen Ziele der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Der neue Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm, Jahrgang 1939, gehört seit 1969 dem Deutschen Bundestag an. Auf dem Zweiten Bildungsweg wurde der gelernte Schriftsetzer graduerter Sozialwirt und Diplom-Politologe. Veröffentlichungen zur Bildungsreform u. a. in NG 4/79, 12/79 und 3/80.

Die Bildungspolitik – das ist in Wirklichkeit die Summe vieler Bildungspolitiken, die nicht immer auf einen Nenner zu bringen sind. Bekanntlich haben wir 11 Kulturhoheiten, dazu ein Bundesministerium mit beschränkten Zuständigkeiten, dazu die Wirtschaft, Gewerkschaften und viele Verbände, die Kirchen, die alle auch Mitsprache beanspruchen, kurz: ein recht komplexes System, das für viele schwer durchschaubar ist und keineswegs nach den Gesetzen einer prästabilierten Harmonie verläuft.

Dazu kommen tiefgreifende Meinungsunterschiede zwischen den beiden großen Parteilagern in der Bundesrepublik, aber auch mannigfache Schattierungen innerhalb dieser Parteien. Die Sache wird eher noch schwieriger, wenn man nach den langfristigen Zielen dieser so komplexen Bildungspolitik fragt. Ein Ausdruck für diese Schwierigkeiten ist die laufende Fortschreibung des Bildungsgesamtplans, an der wir nunmehr seit über zwei Jahren arbeiten. Dieser Plan soll für die Entwicklung des Bildungswesens in der Bundesrepublik im nächsten Jahrzehnt einen gemeinsamen Orientierungsrahmen setzen. Deshalb halten wir die Verabschiedung dieses Plans für so wichtig, auch wenn man in vielen Streitfragen nur eine Einigung darüber erzielen kann, daß man sich nicht einig ist. Nach diesem Muster hat sich inzwischen am 15. 12. 1980 die Bildungsseite in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung zu einem Kompromiß durchgerungen. Dafür war es höchste Zeit. Die eigentliche Hürde der Bildungsplanung, nämlich die Abstimmung mit der Finanzseite, steht noch bevor. Ob das gelingt, ist noch ganz offen: Die Zeiten stehen schlecht für alles, was Geld kostet.

Die bisherigen Arbeiten im Bildungsgesamtplan erlauben es, mit gewissem Recht über die Ziele der Bildungspolitik zu referieren und nicht nur die bildungspolitischen Ziele der Bundesregierung zu erläutern.

Bildungspolitik ist zu einem erheblichen Teil Ableitung aus Rahmendaten der Bildungsplanung und aus externen Vorgaben, auf die sie selbst keinen unmittelbaren Einfluß hat. Das ist zwar nichts besonderes in der Politik, nur hat man es zeitweise in der Bildungspolitik ein wenig verdrängt. Wir haben es spätestens seit dem ersten Ölschock wieder schmerzlich erinnern müssen.

Drei solcher Rahmendaten erscheinen mir wichtig:

1. Die demographische Entwicklung, d. h. die Schwankungen im Altersaufbau und darin eingeschlossen als besonderes Problem die Entwicklung der Zahl ausländischer Kinder und Jugendlicher. Das hat Auswirkungen vor allem für die Versorgungsaufgaben, die das Bildungswesen erfüllen muß.
2. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, d. h. wirtschaftlicher Strukturwandel, technologische Innovationen, Entwicklung des Arbeitsmarktes. Das hat vor allem Einfluß auf die künftigen Inhalte von Bildung und Ausbildung. Es hat aber auch Auswirkungen auf das 3. Rahmendatum, nämlich
3. Die finanzwirtschaftliche- und Haushaltsentwicklung. Deren Konsequenzen liegen auf der Hand.

Demographische Entwicklung

Zwei Zahlen verdeutlichen die Schlagworte „Geburtenberg“ und „Pillenknicke“. In den Jahren 1960 bis 1967 hatten wir 7 Jahrgänge mit jeweils über 1 Million lebend Geborenen in der Bundesrepublik, seit 1977 erreichen wir nicht einmal mehr 600 000 pro Jahr; und dabei hat sich in dieser Zeit der Anteil der Ausländergeburten noch deutlich erhöht.

Die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre sind jetzt 13 bis 20 Jahre alt. D. h.: Während sich in der Grundschule und im sog. Sekundarbereich I schon die geburtenschwachen Jahrgänge bemerkbar machen, Schulen geschlossen oder zusammengelegt, Lehrer versetzt oder eingespart werden, steht der Sekundarbereich II – also die Oberstufe des allgemein-bildenden Schulwesens und die berufliche Ausbildung im dualen System – z. Z. noch unter dem Druck der geburtenstarken Jahrgänge, dem Hochschulbereich stehen sie noch bevor.

In der beruflichen Bildung haben wir jetzt mehr Auszubildende als jemals zuvor, z. Z. etwa 1,6 Millionen. Auch die Zahl der Absolventen des dualen Systems liegt z. Z. mit ca. 550 000 sehr hoch und wird

bis 1982/83 noch auf ungefähr 630 000 ansteigen. Dann allerdings wirkt sich der Geburtenrückgang aus: Für das Jahr 1990 erwarten die Prognosen nur noch rd. 450 000 Absolventen des dualen Systems. Bezogen auf den durchschnittlichen Altersjahrgang der 18- bis 20jährigen werden das dann gut 60 % sein, während es derzeit etwa 55 % sind.

Das hat vor allem *Konsequenzen für den Arbeitsmarkt*: In den nächsten Jahren wird der Neuzugang an Facharbeiternachwuchs deutlich über dem bloßen Ersatzbedarf für ausscheidende Arbeitskräfte liegen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre kehrt sich diese Situation allmählich um, so daß je nach Wirtschaftsentwicklung ein Mangel an Fachkräften nicht ausgeschlossen werden kann. *Bildungspolitisch folgt für uns daraus*: Die Wirtschaft muß jetzt *Ausbildung für alle Jugendlichen* anbieten. Und sie muß nach Möglichkeit auch den Absolventen Gelegenheit geben, ihre erworbenen Qualifikationen sinnvoll zu nutzen. Sie muß notfalls über den eigenen Bedarf hinaus, auf Vorrat ausbilden, um später davon zehren zu können. Und sie muß durch Verbesserung in der *Qualität der Ausbildung* das duale System so attraktiv machen, daß es im *Verteilungskampf um die geburtenstarken Jahrgänge* bestehen kann. Wir bejahen diesen Wettbewerb, wir werden ihn fördern und allen Wettbewerbsverzerrungen entgegenreten. Aber niemand sollte darauf spekulieren, daß wir ihm die Last dieses Wettbewerbs durch eine sog. bedarfsorientierte Bildungslenkung abnehmen.

Im *Hochschulbereich* werden die geburtenstarken Jahrgänge ab 1981 zu einem Anstieg der Studienanfängerzahlen führen. Die Zahl der Studienanfänger, die seit 1973 etwa bei 165 000 bis 175 000 pro Jahr stagniert hat, wird nach Prognosen der KMK auf bis zu 235 000 in den Spitzenjahren 1985 und 1986 steigen; erst nach 1990 würden wir wieder den heutigen Stand erreichen, der dann ab 1995 deutlich unterschritten wird. Eine entsprechende Wellenbewegung zeigt dann auch die Zahl der Studenten und der Hochschulabsolventen. Die Zahl der Studenten, derzeit bei knapp unter 1 Million, wird nach dem KMK-Prognosen ihren Gipfelpunkt im Jahre 1988 mit ca. 1,2 bis 1,3 Millionen haben und ihren heutigen Stand erst wieder 1994/95 erreichen. Das zeigt übrigens auch, daß die Zeit der besonderen Belastungen der Hochschule noch gut 15 Jahre andauern wird, was alle kurzfristige Überbrückungsphilosophie in schiefes Licht rückt.

Daraus folgt *bildungspolitisch*: Auch die geburtenstarken Jahrgänge müssen eine faire Chance zum Studium bekommen. Die erfolgreiche Politik der

Öffnung der Hochschulen – wir haben den Numerus clausus seit 1977 von über 40 auf jetzt 11 Fächer abgebaut – muß nach Möglichkeit durchgehalten werden. Insofern sind die von der Koalition beschlossenen Kürzungen bei der Gemeinschaftsaufgabe Hochschule besonders schmerzlich. Auf der anderen Seite ist der Numerus clausus, wie wir aus Erfahrung wissen, zumeist ein Personalproblem, weniger ein Raumproblem.

Für den *Arbeitsmarkt* bedeutet diese Entwicklung im Hochschulbereich, daß die Zahl der *Hochschulabsolventen* von derzeit ungefähr 120 000 laut KMK-Prognose auf über 200 000 im Jahre 1992 steigen wird und erst gegen Ende der 90er Jahre wieder das heutige Niveau erreicht. Damit würde sich die sog. *Akademikerquote*, d. h. der Anteil der erwerbstätigen Hochschulabsolventen an allen Erwerbstätigen, von z. Z. etwa 7,5 % auf ca. 12 % im Jahre 1990 erhöhen. Dies ist im Vergleich zu anderen vergleichbaren Industrienationen strukturell und langfristig gesehen keinesfalls eine zu hohe Quote.

Das Problem liegt eher darin, daß sich dieser Zuwachs relativ rasch vollzieht und daß möglicherweise der notwendige *Umdenkungsprozeß* bei den Hochschulabsolventen selbst und bei den Beschäftigten dieses Tempo nicht mithält. Kein Zweifel, die Arbeitsmarktp Probleme für Hochschulabsolventen – die immer noch wesentlich geringer als für alle übrigen Arbeitnehmer sind – werden sich am ehesten lösen lassen, wenn rechtzeitig Abschied von überkommenen Status- und Einkommenserwartungen genommen wird. Dennoch wird es für einzelne Fachrichtungen merkbare Beschäftigungsprobleme geben, wobei mir vor allem die *Lehramtsabsolventen* besondere Sorge machen.

Wie erwähnt stellt innerhalb der demographischen Rahmendaten die *Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung, insbesondere der Kinder und Jugendlichen*, ein besonderes Problem dar. Auch dazu einige notwendige Zahlen: Wir haben jetzt ca. 4,1 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik, darunter ca. 1 Million Kinder und Jugendliche bis zu 16 Jahren. Bald die Hälfte davon (ca. 43 %) kommen aus der Türkei, weitere starke Gruppen bilden die Italiener (ca. 15 %) und die Jugoslawen (ca. 11 %). Die Verteilung auf das Bundesgebiet ist unterschiedlich: In Berlin stellen die Ausländer schon gut 10 % der Wohnbevölkerung, in Schleswig-Holstein sind es nur 3 %. Die eigentliche Problematik – auch für das Bildungswesen – zeigt sich aber in den Ballungsgebieten der Großstädte: In Frankfurt beträgt der Ausländeranteil inzwischen 20 %, in München 17 %,

ebensoviel in Stüttgart und in Köln 15 %; in einzelnen Stadtbezirken (z. B. Berlin-Kreuzberg) liegt der Anteil noch beträchtlich darüber.

Mit der Eingliederung dieser jungen Ausländergeneration in das Bildungswesen stehen wir noch ziemlich am Anfang. Weniger als die Hälfte der Ausländerkinder (47 % im Jahre 1978) besuchen einen Kindergarten (Deutsche: 80 %). Nur 60 % der jugendlichen Ausländer erreichen einen Hauptschulabschluß. Nur ein Viertel von ihnen ist in beruflicher Ausbildung. Ein hoher Prozentsatz erfüllt die Schul- und Berufsschulpflicht nicht.

Es wächst die Einsicht, daß hier durchgreifende Änderungen notwendig sind. Die gesellschaftspolitische Brisanz dieses Problems wird vielfach noch unterschätzt. Die Lösung kann sicher nicht nur durch Bildungspolitik gefunden werden. Aber was im Bildungswesen versäumt wird, läßt sich später kaum mehr wettmachen.

Es besteht daher weitgehende Einigkeit zwischen Bund und Ländern, daß die Verbesserung der Bildungschancen für die ausländischen Kinder und der Jugendlichen eine *Schwerpunktaufgabe der Bildungspolitik* in den 80er Jahren ist. Und zwar gilt das unabhängig von sonstigen politischen Auffassungsunterschieden zum Problem der Ausländerintegration insgesamt. Ob man nun den Akzent mehr auf Integration für ein dauerhaftes Verbleiben in der Bundesrepublik oder das Gewicht mehr auf die sog. „Erhaltung der Rückkehrfähigkeit“ legt, in jedem Falle brauchen die ausländischen Kinder und Jugendlichen ein gleiches Rüstzeug an Bildung und Ausbildung wie ihre deutschen Altersgenossen. Das wird Geld kosten, vor allem aber Verständnis und Mithilfe in der breiten Bevölkerung und bei den gesellschaftlichen Kräften.

Rahmendaten zu Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Technologieentwicklung

Der Bildungspolitik wird ja gerne vorgeworfen, sie „produziere am Bedarf vorbei“. Manche Bildungspolitikler lassen sich dadurch sogar ins Bockshorn jagen, obwohl sie mit dem Blick auf die vergangenen Jahrzehnte eher Grund zur Zufriedenheit hätten. Aber wenn sie dann pflichtschuldig nachfragen, wie denn, bitteschön, sich der Bedarf entwickeln werde, bekommen sie ausweichende, nichtssagende oder widersprüchliche Antworten. Amtliche Prognosen und Zieldaten gibt es auf längere Sicht gar nicht, auf mittlere Sicht nur in hochabstrakter Form, die für die Bildungsplanung wenig taugt. Das mag seine guten Gründe haben, aber dann sollte man nicht gegenüber

der Bildungspolitik immer mit einem Bedarfsargument herumfucheln, das keiner so recht belegen kann.

Auf der anderen Seite haben wir natürlich eine ganze Menge von halbamtlichen oder nichtamtlichen Prognosen, die *einige plausible Trends* der künftigen Entwicklung erkennen lassen. Solche plausiblen Trends und ihre bildungspolitischen Konsequenzen sind etwa folgende:

a) Der *wirtschaftliche Strukturwandel*, den wir schon seit langem haben, wird sich nicht verlangsamen, eher an Tempo zunehmen. Hauptfaktoren dafür sind: Verteuerung der Energie- und Rohstoffpreise, die überlebenswichtige Politik des „Weg vom Öl“ mit ihrem riesigen Investitionsbedarf, der zunehmende Exportdruck und Konkurrenzkampf mit Industrienationen in vergleichbarer Situation (Leistungsbilanzdefizite durch Ölrechnung), die wachsende weltwirtschaftliche Arbeitsteilung mit den Entwicklungsländern, insbesondere mit den sog. Schwellenländern.

D. h.: Neue Märkte erschließen, alte aufgeben, höherwertige und neue Produkte, Innovation, Kreativität und Qualität. *Bildungspolitiklich gewendet*: Mehr und bessere Ausbildung für alle, Befähigung vor allem zur Anpassung, zum Weiterlernen, auch zum Umdenken. Besinnung auf dauerhafte Basisqualifikation, Pflege einer breiten Grundbildung, auch wenn dies zunächst einmal zu einer Einbuße der unmittelbaren Verwertbarkeit führt.

b) In die gleiche Richtung weist die *technologische Entwicklung*, die vor allem durch die stürmische Ausbreitung der Mikroelektronik und durch den Umstellungsbedarf bei der Energieversorgung geprägt wird. Auch diese Entwicklung, die ja nicht neu ist, sondern spätestens mit der Dampfmaschine begonnen hat, wird mehr und bessere Qualifizierung erfordern. Wir glauben insbesondere nicht – und dafür gibt es Anhaltspunkte genug – daß der Vormarsch der Mikroelektronik zu einer massenhaften Dequalifizierung von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen führt. Wohl aber werden sich für sehr viele Arbeitskräfte die beruflichen Anforderungen verändern, für einige auch verschlechtern. Aber das Elend der schlesischen Weber bei Einführung der mechanischen Webstühle wird sich nicht wiederholen. Dafür haben wir inzwischen ein tragfähiges soziales Netz, hinreichend starke Gewerkschaften und wohl auch ein anderes Unternehmertum als damals.

c) Dennoch gehen wir *arbeitsmarktpolitisch* schwierigen Jahren entgegen: Bis Mitte der 80er Jahre brauchen wir mehr als eine halbe Million neue Arbeitsplätze, weil starke Jahrgänge ins Beschäftigungssystem drängen und schwache Jahrgänge ausscheiden. Ob

diese Aufgabe allein mit globaler Wachstumsstrategie und den „Selbstheilungskräften“ des Marktes zu leisten ist, darf bezweifelt werden. Das dafür laut Prognosen notwendige Wirtschaftswachstum von jährlich über 4 % ist jedenfalls z. Z. nicht in Sicht. Schon steigen die Zahlen der arbeitslosen Jugendlichen wieder an (77 000 arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren im Sept. 1980).

Wenn diese Zahlen weiterwachsen, wird man auch Fragen der Umverteilung von Arbeit, insbesondere über Arbeitszeitverkürzungen, nicht länger in Tabu-Kataloge schreiben dürfen. Auf der anderen Seite werden allerdings auch die Gewerkschaften sich fragen müssen, ob Solidarität mit arbeitslosen Jugendlichen allein darin bestehen kann, die Arbeitszeit gegen vollen Lohnausgleich zu verkürzen; weniger Arbeit bei gleichem Lohn ist jedenfalls kein Opfer.

Bildungspolitisch heißt dies erneut: Bessere Qualifikation für alle Jugendlichen, weil dies nachweislich das Arbeitsmarktrisiko verringert und die Chance zur Wiedereingliederung nach Arbeitslosigkeit erhöht. Außerdem hat stärkere Bildungsbeteiligung einen arbeitsmarktpolitischen Entzugseffekt, der bei einem Überangebot an Arbeitskräften durchaus erwünscht sein kann. Dieser Entzugseffekt hat uns schon in den zurückliegenden Jahren geholfen, mit den Problemen der Jugendarbeitslosigkeit besser fertig zu werden als andere. Er darf allerdings nur Folge, nicht Ziel bildungspolitischer Maßnahmen sein.

Insgesamt sprechen diese grob skizzierten wirtschafts-, technologie- und arbeitsmarktpolitischen Trends für mehr und bessere Bildung. Keine dieser möglichen Herausforderungen werden wir mit weniger Bildung und Ausbildung besser lösen können. Dem werden noch die meisten zustimmen können. Der Streit geht erst los, wenn man definiert, was bessere Bildung und Ausbildung heißt, was das kostet und wer das bezahlen soll.

Die Fragen, um die es geht, können hier nicht im einzelnen behandelt oder gar „auf die schnelle“ beantwortet werden. Ich will aber wenigstens einige erwähnen, die in der bildungspolitischen Diskussion vorrangig sind:

► Brauchen wir, wie einige meinen, wieder mehr „Mut zur Erziehung“ – und wenn ja, zu welcher? Brauchen wir nicht, wie ich meine, die Umkehrung der Formel, also „Erziehung zum Mut“ – und wenn ja, wie macht man das?

► Haben wir den richtigen Ansatz einer wissenschaftsbezogenen Bildung und Ausbildung generell oder in einzelnen Bereichen – in der Grundschule und Hauptschule z. B. – überzogen? Haben wir

praktische Begabungen zu gering geschätzt und musisch-kulturelle Bildung zu sehr theoretisiert oder überhaupt zu sehr vernachlässigt? Ist das klassische Ideal vom „gesunden Geist im gesunden Körper“ eigentlich antiquiert oder hochaktuell in einer Auto-Büro-Televisionsgesellschaft?

► Brauchen wir angesichts der neuen Kommunikationstechnologien eine andere Bildung und Erziehung, um nicht sprachlos zu werden? Ist es nur ein Biologischer, daß sich unser Schzentrum zu Lasten des Denkkentrums vergrößert?

► Brauchen wir die neue Elitediskussion, die da aufgekommen ist, und für welchen Zweck? Gibt es den behaupteten Widerspruch zwischen dem Bemühen um Chancengleichheit für den einzelnen und Förderung besonderer Begabungen und Neigungen, oder ist das alles nur ein – gewolltes oder bössartiges – Mißverständnis?

► Was heißt Qualität in der beruflichen Bildung angesichts rascher technologischer Veränderungen und wirtschaftlichen Strukturwandels? Stimmt es, daß wir für die Welt von morgen noch zu sehr mit den Rezepten von gestern ausbilden oder taugen diese über den Wandel hinaus? Wenn mehr Qualität in der Ausbildung hinausläuft auf mehr Distanz zur unmittelbaren praktischen Verwertung für den Ausbildungsbetrieb: Wie kann dann die Ausbildungs- und Finanzierungsbereitschaft der Betriebe dennoch erhalten oder gar gesteigert werden?

► Ist es richtig, daß wir in der beruflichen Bildung in vielen Bereichen eine zu enge Abhängigkeit von der aktuellen betrieblichen Praxis und im Hochschulbereich zuviel vom Gegenteil haben? Wenn man für die Hochschulausbildung mehr Praxisnähe verlangt, was heißt das und wie vermittelt man dies? Wo ist der gemeinsame Nenner für die unvermeidliche Spezialisierung für Ausbildung einerseits und die unbedingt notwendige Flexibilität für künftige Berufsanforderungen auf der anderen Seite?

Die Fragen ließen sich verlängern. Sie sind nicht neu. Aber sie stellen sich doch in den 80er Jahren nach der Phase der großen Bildungsexpansion in neuem Licht. Nicht überall werden wir gänzlich neue Antworten brauchen. Aber noch weniger können wir es uns leisten, überall nach dem Motto zu verfahren „Das haben wir immer schon so gemacht“.

Haushaltswirtschaft

Dritte und letzte, mit der Wirtschaftsentwicklung eng zusammenhängende Rahmenbedingung: die weitere Entwicklung der öffentlichen Haushalte und insbesondere des Bildungshaushalts, deren Situation

bekanntlich alles andere als rosig ist. 30 Mrd. DM zusätzlich für die Ölrechnung, erstmalig höhere Leistungsbilanzdefizite, Nulltendenz des Wirtschaftswachstums, hoher Sockel an Arbeitslosigkeit und wachsende Ausgaben für deren Folgen, geringere Steuereinnahmen, geschlossene Sparfront der Finanzminister, kurz: Wir werden „kleinere Brötchen backen müssen“.

Zwischen dem, was die Bildungsseite im Bildungsgesamtplan für 1984 plant und dem, was die Finanzseite in ihrer „Billigpreis“-Variante zugestehen will, klafft ein Loch von 10 Milliarden. Auch wenn hier beide Seiten noch aufeinander zugehen: Es wird Abstriche auch da geben müssen, wo es schmerzt. Aber wir verlangen mindestens den Trost des Wortes: „Geteiltes Leid ist halbes Leid“. Wir wenden uns entschieden dagegen, daß das Bildungswesen, wie es einige Finanzminister wollen, in besonderem Maße zur Ader gelassen wird. Die Tatsache, daß im Bildungswesen nicht alle Ausgaben gesetzlich fixiert sind, weckt zwar die Begehrlichkeit der Finanzminister. Aber das ist ein rein kameralistisches, kein ökonomisches Denken. Denn Bildungsausgaben sind Investitionsausgaben, an denen nicht folgenlos herumgestrichen werden kann. Daß natürlich auch im Bildungswesen künftig jede Mark zweimal umgedreht werden muß, steht auf einem anderen Blatt.

Bildungspolitik für die 80er Jahre

Aus diesen Rahmenbedingungen lassen sich, z. T. ohne weitere Erläuterungen, die wichtigsten bildungspolitischen Ziele für das nächste Jahrzehnt ableiten:

1. Wir wollen den derzeitigen Anteil der Bildungsausgaben am öffentlichen Gesamthaushalt – er beträgt circa 15,5 % – in etwa halten. Erst für die zweite Hälfte der 80er Jahre kann wegen der demographischen Entwicklung und nach dem Abschluß der großen Investitionsvorhaben ein relatives Absenken der Bildungsausgaben in Kauf genommen werden.
2. Wir brauchen auch künftig mehr und bessere Bildung für alle. Die früher von allen geforderte, dann zunehmend geschmähte Bildungsexpansion der letzten zwei Jahrzehnte war richtig. Sie muß, wenn auch nicht mehr so stürmisch, fortgesetzt werden. Wir stünden heute wesentlich schlechter da, wenn wir auf dem Stand der 50er und 60er Jahre geblieben wären. Und wir werden in den 90er Jahren schlechter dastehen, wenn wir auf dem Stand von 1980 verharren.
3. Aus rechtlichen, ordnungspolitischen und sozialen Gründen lehnen wir eine sog. bedarfsorientierte Bildungslenkung ab. Wir setzen auf Angebot, Wahl-

möglichkeit, Wettbewerb, Förderung und Beratung. Das ist zugleich die beste Abstimmung mit einem Beschäftigungssystem, das im wesentlichen auf gleichen Prinzipien beruht.

4. Zu einer derartigen offenen Angebotspolitik gehört die Gewährleistung von Chancengleichheit für die Schwächeren. D. h.: Die Ausbildungsförderung muß trotz der hohen Kosten in ihrer sozialen Substanz gesichert bleiben, damit die Bildungschancen nicht wieder abhängig vom Geldbeutel der Eltern werden. Chancengleichheit heißt für uns aber auch, daß im Bildungswesen der Grundsatz Fördern statt Auslesen gilt, auch: Eingliedern statt Absondern. Förderung und Eingliederung der jungen Ausländergeneration und der behinderten Kinder und Jugendlichen sind daher Schwerpunktaufgaben der nächsten Jahre.

5. Wir fordern einen gemeinsamen gesamtsstaatlichen Rahmen für die Bildungspolitik und ein Mindestmaß an Einheitlichkeit in den Kernfragen unseres förderativen Bildungswesens. Dazu gehört, daß der Bildungsgesamtplan verabschiedet wird, daß die Länder Vereinbarungen über die Dauer der Bildungspflicht und die bundesweite Anerkennung der Bildungsabschlüsse treffen. In Zeiten der europäischen Freizügigkeit wäre es ein unverzeihlicher Rückfall in Kleinstaaterei, wenn mitten durch Deutschland bildungspolitische Zollgrenzen gezogen werden. Anzeichen dieser Art gibt es leider genug. Hier hat der Bund ein Wächteramt, das er auch wahrnehmen wird.

6. Aus diesen übergeordneten Zielsetzungen folgt für die einzelnen Bildungsbereiche:

- a) Die Gesamtschule sollte als reguläres Angebot überall eingeführt werden, wo Eltern dies wollen. Ihre Abschlüsse müssen bundesweit anerkannt werden.
- b) Die Zahl der Hauptschüler ohne Abschluß – z. Z. immer noch 12 % des entsprechenden Altersjahrgangs – muß deutlich gesenkt werden.
- c) Für alle Jugendlichen sollte ein 10. Vollzeitbildungsjahr angeboten werden (derzeitiger Besuch: 80%; dazu gehören in allen Ländern alle Formen des 10. Bildungsjahres, auch ein 10. Hauptschuljahr).
- d) Für alle Absolventen der Pflichtschulzeit muß es eine weiterführende berufliche Ausbildung geben; die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildung (z. Z. ca. 6 %) muß deutlich abgesenkt werden.
- e) Die Qualität der beruflichen Bildung muß weiter verbessert werden, damit daß duale System auch im Verteilungskampf um die geburtschwachen Jahrgänge bestehen kann. Zu dieser Qualitätsverbesserung gehören die Einführung der beruflichen

Grundbildung, die weitere Modernisierung von Ausbildungsordnungen, die weitere Öffnung von Männerberufen für Frauen und Mädchen, die bessere Ausstattung beruflicher Schulen und die weitere Errichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten (Planziel 77 000 Plätze in 1984; dafür insgesamt 1,2 Mrd. DM Bundesmittel).

- f) Wir wollen sog. *doppeltqualifizierende Ausbildungsgänge* erweitern, d. h. die Möglichkeit schaffen, zugleich mit der Hochschulreife auch eine Einstiegsqualifikation für berufliche Tätigkeit zu erwerben. (Derzeit für ca. 6 % der Schüler in Sek. II, für 1985 vorgesehen 7 %, für 1990 = 8 %).
- g) Wir wollen die *Hochschulen* auch für die geburtenstarken Jahrgänge *offenhalten*, d. h. den *Numerus clausus* mit seinen ungeliebten Rückwirkungen auf die Schule nicht wieder zur Blüte kommen zu lassen.
- h) Wir drängen auf zügige Fortschritte in der *Studienreform* mit dem Ziel, die Studiengänge mit Mut zum exemplarischen Lernen zu straffen und den Praxisbezug der Ausbildung zu verstärken.
- i) Wir wollen die *allgemeine und berufliche Weiterbildung* ausbauen und dabei die bestehende Vielfalt von Trägern und Angeboten erhalten. Wir streben an, den Bildungsurlaub, wie er z. Z. in 51 Ländern gesetzlich und 200 Verträgen tariflich geregelt ist, nach Möglichkeit auch bundesweit schrittweise einzuführen.
- 7. All dies wollen wir möglichst erreichen auf der Basis einer breiten Übereinstimmung, durch Dialog, Überzeugung und Mitwirkung.



**WIRTSCHAFTS-
POLITIK**

Heinrich Michael Broder: Mittelfristige „Gemeinschafts- diagnose“ der wirtschaftswissen- schaftlichen Forschungsinstitute

Heinrich Michael Broder, Jahrgang 1942, ist Wirtschaftsjournalist in Bonn. Veröffentlichungen: zahlreiche Zeitschriftenaufsätze, s. a. NG 12/78, 7/79, 3/80 und 4/80.

Eine Zusammenfassung isolierter und verzettelter Publikationen der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zu einer mittelfristigen „Gemeinschaftsdiagnose“ kommt zu dem Ergebnis, daß sich die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland bis 1985 auf 1,5 bis 2 Millionen erhöhen kann. Die volkswirtschaftlichen Verluste der Arbeitslosigkeit summieren sich jährlich auf etwa 75 Milliarden DM oder 5 1/2 % des Sozialproduktes. Als Therapie zeichnen sich gemischte Strategien zur Vollbeschäftigung ab, wie sie zum Beispiel auf Symposien der Institute DIW und RWI diskutiert wurden: Vollbeschäftigung – bei Preisstabilität – ist finanzierbar und konsolidiert mittelfristig den Staatshaushalt.

Die jüngere Geschichte wirtschaftspolitischer Prognosen läßt sich in drei Abschnitte einteilen: Ludwig Erhard hantierte noch nach den alten Bauernregeln („Wenn der Hahn kräht auf dem Mist...“). Seit dem wirtschaftspolitischen Aufbruch mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 mit Karl Schiller, haben sich jährliche Prognosen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu einem allgemeinen – wenn auch oft mißverstandenen – Handwerkszeug entwickelt. Zu Beginn der achtziger Jahre stehen wir nach dem Lernstand einiger Vordenker vor wirtschaftspolitischen Herausforderungen, die nur mit mittelfristigen Prognosen anzunehmen sind.

Die bisherige Routine der Zukunftskalkulatoren beginnt im Januar mit dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, wird mit dem gemeinsamen Frühjahr- bzw. Herbstgutachten der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute sowie den Prognosen einzelner Institute und

Organisationen fortgespult und endet im November mit dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates.

Abweichungen bei diesem Zahlenspiel ergeben sich grundsätzlich wegen unterschiedlicher Zeitpunkte und Annahmen sowie unterschiedlicher Interessen und Ideologien. Professor Armin Gutowski: „Eine Prognose kann aus falschen Gründen ‚richtig‘ sein, ebenso aus richtigen Gründen ‚falsch‘“.

Das eingeübte Zahlen-Pingpong droht jedoch den Blick auf mittelfristige Entwicklungen zu verwirren. Jahresdurchschnittszahlen beschreiben einen Konjunkturverlauf nur unbefriedigend. In Jahreskästchen passen nicht langfristige Bevölkerungsentwicklungen oder technologische Entwicklungslinien.

Nachdem die Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute vor Jahren die Gemeinschaftsprognose mit einem jährlichen Zeithorizont zustande gebracht hat, regt Dieter Mertens vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine gemeinschaftliche Langfristanalyse an. „Zur Strategiefähigkeit gehört auch die Bündelung von Kompetenzen, also: Autorität. Jede spezifische Problemstellung einzelner Institute über die achtziger Jahre kann von der Politik verdrängt werden...“⁽¹⁾

Mittel- bis langfristige Prognosen finden praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Sie werden in Mittelfristigen Finanzplanungen oder Rentenberichten eher versteckt. Sie tauchen hin und wieder als „Horrorzahlen“ auf, um von den wirtschaftspolitischen Akteuren unter den Zwängen jährlicher Haushalte und Legislaturperioden wieder unter den Teppich gekehrt zu werden. Der Bundesfinanzminister zum Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel: „Die von der Kommission unterbreiteten finanzpolitischen Anregungen... hatten durchweg einen mittelfristigen Zeithorizont, so daß sich für den Bundesminister der Finanzen kein aktueller Entscheidungsbedarf in der einen oder anderen Frage ergab.“

1,5 bis 2 Millionen Arbeitslose bis 1985?

Wer durch die Mittelfristprognosen vom Berliner Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bis zur Prognos AG, Basel, durchfindet, durch isolierte und verzettelte Publikationen, durch verschiedene Projektionshorizonte, findet viele Gemeinsamkeiten: Das reale Wirtschaftswachstum wird mit durchschnittlich 2 1/2 bis 3 % pro Jahr angesetzt. Die Zahl der deutschen Erwerbspersonen erhöht sich wegen der geburtenstarken Jahrgänge der 50er und frühen 60er Jahre bis Ende der 80er Jahre, danach geht sie wie-

der zurück. Unter arbeitsmarktpolitischen Statusquo-Bedingungen dürfte sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen bis 1985 auf etwa 1,5 bis 2 Millionen verdoppeln. Hinzu kommen rund 1,4 bis 1,9 Millionen Erwerbslose, die sich entweder nicht als arbeitslos registrieren lassen wollen oder können. „Stille Reserve“ heißt das im Fachjargon. (Vgl. Tabelle 1)

„Eine technische Revolution findet nicht statt“

Wichtigste technologische Entwicklungslinie in diesem Jahrzehnt ist die Mikroelektronik in Verbindung mit der Datentechnik und der Nachrichtentechnik. Sind das „Job-Killer“? Zwar wird laut Gutachten von Prognos, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, und anderen Instituten in diesem Jahrzehnt mit einer „revolutionären Entwicklung des technischen Fortschritts“ nicht gerechnet.⁽²⁾ Die zukünftigen Strukturverschiebungen erzwingen jedoch „umfangreiche soziale Lernprozesse“ bei Arbeitnehmern, Gewerkschaften, Unternehmern und Politikern.

Ifo: „Die Verhandlungen der Tarifparteien werden verstärkt auf Besitzstandswahrung und Beteiligung am Produktivitätsfortschritt (Arbeitszeit, Einkommen) zielen, wobei die Unternehmen den überwiegend nur kostenwirksamen Forderungen der Gewerkschaften (individuelle Absicherung negativer Effekte des technischen Wandels) weniger Widerstand entgegensetzen werden als diejenigen, die die unternehmerische Handlungsfreiheit einschränken (kollektive Absicherung vor negativen Auswirkungen des technischen Wandels, Entscheidung über die Organisation der Arbeitsprozesse, Arbeitsplatzbesetzungsregelung usw.)“. Und: „Die Verschärfung der Auseinandersetzung wird jedoch auch davon abhängen, wie sich das Problembewußtsein der betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber entwickelt: Mangelndes Problembewußtsein mindert die Aktionsmöglichkeiten, auch wenn im Sinne der potentiell betroffenen Arbeitnehmer frühzeitig gehandelt werden müßte, um sie auf Qualifikationsveränderungen vorzubereiten.“ Die Strukturveränderungen erfordern „flexibel einsetzbare, lernfähige und kooperationsbereite Mitarbeiter, die sich auf der Grundlage einer soliden beruflichen Qualifikation das jeweils notwendige spezielle Fachwissen schnell erarbeiten können“.

Alternative Strategien

Und doch ist das Problem der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik lösbar. Als wirtschaftspolitische Alternative zu der drohenden Zunahme der Arbeits-

Tabelle 1

Status-quo-Prognosen der Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

	1979	1985
reales Bruttosozialprodukt		
jahresdurchschnittliche Veränderung	+ 4,4 %	+ 2½ bis 3 %
Verbraucherpreise		
jahresdurchschnittliche Veränderung	+ 4,1 %	.
registrierte Arbeitslose	876 000	1 500 000 bis 2 000 000
stille Reserve	(600 000)	1 400 000 bis 1 880 000
Quellen im Text		

losigkeit in den 80er Jahren haben führende wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute inzwischen eine ganze Reihe von Vorschlägen und alternativen Strategien zur Vollbeschäftigung vorgelegt. (Vgl. Tabelle 2)

Der faszinierendste Aspekt der verschiedenen Vollbeschäftigungsstrategien ist die starke Diskrepanz zwischen den Arbeitslosen, den unausgelasteten Kapazitäten der Unternehmen und der unbefriedigenden Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. In diese Lücke zielt das Programm des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für die Jahre 1980 bis 1985 mit insgesamt 130 Milliarden DM zusätzlicher realer Nachfrage.³⁾ Der Staat soll über das auslaufende 20-Milliarden-Programm für Zukunftsinvestitionen hinaus zusätzliche staatliche Investitionen, öffentlichen Verbrauch und staatlich geförderte Investitionen im privaten Bereich vorfinanzieren.

Und zwar in den Bereichen

- Umweltqualität,
- Lebensqualität der Städte,
- neue Technologien bei Energie und Rohstoffen sowie
- benachteiligte Gruppen unserer Gesellschaft.

Als Ergebnis kommt im Programmzeitraum ein höheres reales Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,4% pro Jahr heraus (gegenüber 2,5% bei Status-quo-Bedingungen), ein Abbau der registrierten Arbeitslosen auf 800 000 (2 000 000) und der stillen Reserve auf 700 000 (1 400 000) sowie per Saldo durch zusätzliche Einnahmen und Entlastungen im Steuer- und Sozialbereich eine bessere Finanzierungsposition des Staates. Kommentar des DIW: Das Programm bewirke eine Verminderung des staatlichen Finanzierungssaldos, obwohl sich die Gebietskörperschaften stärker verschulden müßten als unter Status-quo-Bedingungen. „Dies erklärt auch die vergleichsweise höheren Zinszahlungen. Dieser Effekt wird jedoch überkompensiert durch die günstigere Finanzierungsposition der Sozialversicherungen mit

entsprechend höheren Erwerbseinkommen. Die Einsparungen bei den Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bewirken auch, daß die laufenden Übertragungen schwächer zunehmen als unter Status-quo-Bedingungen.

Auch eine vorsichtige Interpretation der Prognoseergebnisse zeigt somit, daß nicht eine auf Konsolidierung gerichtete Strategie die Staatsfinanzen am ehesten entlastet, sondern ein expansiver, auf die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung gerichteter Kurs der Finanzpolitik.“

Ähnliche Vorschläge hat Prognos in den vergangenen Jahren gemacht, zuletzt gemeinsam mit dem Bundesministerium für Forschung und Technologie in einem Diskussionspapier.⁴⁾ Auch hier soll der Staat zum Beispiel insbesondere zusätzliche reale öffentliche und private Investitionen im Jahresdurchschnitt von 36 Milliarden DM bis 1985 bzw. 83 Milliarden DM bis 1990 in den Bereichen Kommunikationstechnik, Energie, Wohnungswesen und soziale Dienstleistungen anstoßen (Szenario 3).

Ergebnis: jährliches reales Wirtschaftswachstum von durchschnittliche 3,1% bis 1985 bzw. 4,2% bis 1990 (gegenüber 2,9% bzw. 3,4% bei Status-quo-Bedingungen), Abbau der registrierten Arbeitslosen auf 1 080 000 (1 530 000) bis 1985 bzw. (1 140 000) bis 1990 sowie der stillen Reserve auf 1 330 000 (1 880 000) bis 1985 bzw. (1 400 000) bis 1990.

„Als ersten Denkanstoß und als Diskussionsangebot möchte Bundesforschungsminister Volker Hauff die von ihm durchgeführten modellartigen Berechnungen über Strategien zur Modernisierung der Volkswirtschaft in den 80er Jahren verstanden wissen. Es gehe nicht darum, bereits heute fertige Antworten oder politische Handlungsvorschläge zu präsentieren, sondern es gehe darum, zu einer Verständigung über die vor uns liegenden Aufgaben und über Lösungswege zu kommen.

Die kommenden Jahre müßten als eine Zeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs

Tabelle 2

Alternativ-Projektionen (gegenüber Status-quo-Projektionen) für die Bundesrepublik Deutschland

Institut	DIW	BMFT/Prognos		RWI
Zeitraum	1980-1985	1980-1985	1980-1990	1978-1990
Strategie	zusätzliche reale Nachfrage von insgesamt 130 Mrd. DM: staatliche Investitionen, öffentlicher Verbrauch, staatlich geförderte Investitionen im privaten Bereich. Arbeitszeit: jahresdurchschnittliche Veränderung - 1,4 (- 1,0) %	zusätzliche reale staatliche und private Investitionen im Jahresdurchschnitt von 36 Mrd. DM	zusätzliche reale staatliche und private Investitionen im Jahresdurchschnitt von 83 Mrd. DM	zusätzliche staatliche Investitionen von insgesamt 110 Mrd. DM Jahresdurchschnittliche Veränderung + 14,7 (7,9) % Tariflöhne: Jahresdurchschnittl. Veränderung + 6,6 (7,6) % Arbeitszeit: Jahresdurchschnittliche Veränderung - 1,4 (- 1,1) %
reales Brutto-sozialprodukt; Jahresdurchschnittliche Veränderung	+ 3,4 (2,5) %	+ 3,1 (2,9) %	+ 4,2 (3,4) %	+ 3,2 (2,6) %
Verbraucherpreise; Jahresdurchschnittliche Veränderung				+ 4,7 (4,9) %
registrierte Arbeitslose am Ende der Periode	1985: 800 000 (2 000 000)	1985: 1 080 000 (1 530 000)	1990: . (1 140 000)	1990: „Vollbeschäftigung“ (mehr als 3 000 000)
stille Reserve am Ende der Periode	1985: 700 000 (1 400 000)	1985: 1 330 000 (1 880 000)	1990: . (1 400 000)	

Quellen im Text

angesehen werden... Die „Szenarien“ hätten gezeigt, daß eine aktive und selektive Wachstums- und Modernisierungspolitik zur Vollbeschäftigung zurückführen könne...

Als Teil dieses Strukturwandels könnte sich nach Auffassung von Hauff ergeben, daß der Staat Investitionen aktiver fördern müsse. Dabei zeichne sich eine neue Arbeitsteilung zwischen Wirtschaft und Staat ab. Soweit die Privatwirtschaft die erforderlichen Investitionen selbst finanziert oder dieser Prozeß durch geeignete Rahmenbedingungen gefördert werden kann, sollten staatliche Investitionen oder staatliche Investitionszuschüsse unterbleiben. Das sei die beste Lösung. Der Staat werde aber immer dort investieren müssen, wo er Infrastrukturleistungen erbringen müsse, die zu den bestehenden Engpässen

zählten oder wo keine ausreichende Investitionstätigkeit zustande kommt.“

Eine andere Strategievariante zwischen Finanzpolitik und Einkommenspolitik hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, auf seinem Symposium im April 1980 vorgelegt.⁵⁾ Diese Variante (Strategie I) für den Zeitraum 1978 bis 1990 besteht aus einer Erhöhung der öffentlichen Investitionen um insgesamt 110 Milliarden DM auf eine Wachstumsrate von 14,7% pro Jahr (gegenüber 7,9% bei Status-quo-Bedingungen), einer Verminderung der jährlichen Zuwachsraten der Tariflöhne auf 6,6 (7,6)% sowie einer Verstärkung des Tempos der jährlichen Arbeitszeitverkürzungen auf 1,4 (1,1)%.

Als Ergebnis wird ein höheres reales Wirtschafts-

wachstum von 3,2 (2,6) % pro Jahr erwartet, etwas geringere Preissteigerungen von 4,7 (4,9) %, ein Abbau der Arbeitslosigkeit auf Vollbeschäftigungsniveau (mehr als 3 Millionen Arbeitslose) sowie eine Verbesserung der Haushaltssituation des Staates um 50 Milliarden DM.

Das RWI: Weder die Finanzpolitik noch die Einkommenspolitik alleine seien in der Lage, im Laufe der nächsten zehn Jahre die zur Vollbeschäftigung notwendige zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften zu induzieren. „Die hierzu notwendigen Variationen der Einzelvariablen würden zu völlig unrealistischen Größenordnungen führen und dabei konterkarierend endogene Reaktionen auslösen.“

So führt eine sehr stark expansive Finanzpolitik zwar zunächst zu einer sehr deutlichen Stimulierung der Wirtschaft, sie löst aber aufgrund der zunehmenden Inflationierung eine kontraktive Geldpolitik aus, die ihrerseits die steigenden Inflationierungserwartungen zu brechen sucht und auf eine Dämpfung der realwirtschaftlichen Expansion hinwirkt. Eine sehr stark zurückhaltende Einkommenspolitik führt zwar zu einer deutlichen Senkung der Lohnstückkosten, schmälert aber zugleich die Nachfrage bei den Unternehmen und kann daher eine sich selbst tragende Investitionsbelebung nicht auslösen.“

Ohne seine Strategie mittelfristig zu quantifizieren, sieht der Sachverständigenrat in einer grundlegenden Korrektur der Verteilung zugunsten der Unternehmen das entscheidende Investitionsstimulans für einen Prozeß zur Vollbeschäftigung (Mehrheitsvotum). Dazu sollen sich die Arbeitnehmer bei den Löhnen und der Staat bei seinen Ausgaben zurückhalten.

Ratsprofessor Olaf Sievert wird „nicht müde zu wiederholen: Die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe ist: Erhaltung günstiger Bedingungen für eine möglichst dauerhafte Investitionsgüterkonjunktur. Die verbliebenen beschäftigungspolitischen Aufgaben, die Anpassung der Wirtschaftsstruktur an sich ändernde weltwirtschaftliche Bedingungen sowie die Anpassung an die energiepolitische Situation erfordern dies.“

Hohe Investitionen bei mäßiger Expansion des privaten Verbrauchs! Wir haben inzwischen nicht mehr genug Reserven an Produktionsfaktoren für eine kräftige Expansion von beidem.“⁶⁾

Weitere mittelfristige Strategien liegen von den folgenden Adressen vor: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung⁷⁾, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel⁸⁾ u. a. Andere, wie das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung oder das Institut für Weltwirtschaft (IfW) an der Universi-

tät Kiel, bieten auf diesem Feld keine mittelfristige Perspektive.

Ein DIW-Symposium im Dezember 1979 hat ergeben, daß alle Institute, die sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der 80er Jahre quantitativ auseinandergesetzt haben, beträchtliche ökonomische Schwierigkeiten insbesondere auf dem Arbeitsmarkt voraussagen. „Von Institutionen, die die DIW-Position kritisieren, ohne eigene quantitative Vorstellungen für diesen Zeitraum vorzulegen, müsse gefordert werden, daß sie alternative Rechnungen präsentieren, deren Implikationen empirisch überprüfbar seien. Nur so sei eine wissenschaftliche Diskussion möglich.“⁹⁾

Übereinstimmung in der Diagnose bedeutet jedoch keineswegs Übereinstimmung in der Therapie. Eine mittelfristige „Gemeinschaftsdiagnose“ dürfte den seit Jahren mit Fleiß gepflegten Theorienstreit zwischen Neoklassikern sowie Neoklassikern und Monetaristen zu einer gemischten Strategie führen, die irgendwo zwischen Berlin und Essen liegt.

Hans-Hagen Härtel, HWWA: „Die Debatte muß unfruchtbar bleiben, wenn sie, wie das häufig geschieht, in Form eines Glaubenskampfes ausgetragen wird. Durch populäre Etikettierungen von Standpunkten oder von wirtschaftspolitischen Konzeptionen werden vielfach die Unterschiede zu anderen Standpunkten oder Konzeptionen überzeichnet und Gemeinsamkeiten übersehen. Dies gilt um so mehr, als diejenigen, die sich nicht allein auf die akademische Diskussion beschränken, sondern auch konkrete Konzeptionen für die aktuelle Wirtschaftspolitik vorschlagen, selten eine reine Lehre vertreten...“

Die Entwicklung der letzten beiden Jahre hat empirische Evidenz weder für einen rein nachfrageorientierten noch für einen rein angebotsorientierten Ansatz gebracht. Sie spricht für eine kombinierte Strategie. Damit könnte sie dazu beitragen, daß in Zukunft unfruchtbare Entweder-Oder-Positionen vermieden werden.“¹⁰⁾

Was ist machbar?

Wie sieht die zweitbeste Lösung aus?

Globale Strategien tragen jedoch nicht automatisch zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei, wie einzelne Erfolgskontrollen der Steuer- und Ausgabenpakete seit 1974 gezeigt haben. Globalsteuerung ist nur der Rahmen für die harte Arbeit an konkreten Programmen. Entscheidende Kriterien für diese Programmarbeit:

- Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und seine Problemgruppen;

- Auswirkungen im Verlauf der Bevölkerungsentwicklung und der Strukturveränderungen der Wirtschaft;
- volkswirtschaftliche Kosten beim Staat einschließlich Sozialversicherungen, bei Unternehmen und privaten Haushalten;
- Berücksichtigung der Probleme jährlicher Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen sowie der Zielhorizonte von Legislaturperioden
- und, wie Manfred Schüller vom Bundeskanzleramt es formuliert hat: Was ist machbar mit welcher Gruppe unserer Gesellschaft? Wie sieht die zweitbeste Lösung aus?

Arbeitslosigkeit kostet jährlich 75 Milliarden DM oder 5 1/2 % des Sozialproduktes

Die Nürnberger Arbeitsmärkte haben für 1978 die Kosten der Erwerbslosigkeit berechnet.¹¹⁾ Die volkswirtschaftlichen Verluste summieren sich auf jährlich etwa 75 Milliarden DM oder 5 1/2 % des Sozialproduktes, und zwar (Beispiele von Verlusten auf der Entstehungs- wie auf der Verwendungsseite des Sozialproduktes, die sich nicht durchweg addieren lassen): 33 Milliarden DM entgangene Bruttolohn- und Gehaltssumme, 17 Milliarden DM Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, 19 Milliarden DM Steuereinnahmen, 13 Milliarden DM Sozialbeiträge der privaten Haushalte, 47 Milliarden DM verfügbares Einkommen der privaten Haushalte sowie 41 Milliarden DM privater Verbrauch.

Allein die direkt zurechenbaren Kosten der öffentlichen Haushalte werden mit 23,2 Milliarden DM oder 18060 DM pro Person beziffert. Im Vergleich dazu betragen zum Beispiel die durchschnittlichen Ausgaben der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Problemgruppen, bei denen die Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Arbeitgeber für die Beschäftigung von Arbeitnehmern unter bestimmten Bedingungen Lohnzuschüsse zahlt, rund 20 260 DM im Jahr. Gesamtwirtschaftlich sind Arbeitslose wesentlich teurer als Arbeitnehmer.

In diesem Zusammenhang muß die Höhe der Kreditfinanzierung von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen den gesamtwirtschaftlichen und finanziellen Erfordernissen und Möglichkeiten entsprechen. Grenzen der staatlichen Kreditaufnahme lassen sich nur im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Zeitablauf beurteilen. Finanzielle Handlungsspielräume liegen auch bei den ständig steigenden Subventionen für Bauern, Beamte und andere erfolgreiche Pressure groups.

Für einen Ausfall Saudi-Arabiens haben wir kein Szenario

Es kann in den 80er Jahren auch besser kommen, wie die Bundesregierung für uns alle hofft. („Die Bundesregierung teilt... nicht die längerfristige pessimistische Arbeitsmarktperspektive der Gutachten“). Aber auch schlechter. Das von Delphi nach Basel, Berlin oder Essen verlegte Prognosegeschäft steht u. a. unter der Voraussetzung, daß „die für Mitte der 80er Jahre zu erwartenden Probleme der Energieversorgung... durch die eingeleiteten energiepolitischen Maßnahmen gelöst“ werden.

Karl Schiller, ehemaliger Superminister in Bonn, inzwischen u. a. Berater der Saudis in Riad, hat neulich bei einem internen Öl-Meeting in London gefragt: Was geschieht, wenn Saudi-Arabien ausfallen sollte? Antwort: Für einen Ausfall Saudi-Arabiens haben wir kein Szenario.

Literaturhinweise

- 1) D. Mertens, Zur Strategiefähigkeit von Vollbeschäftigungskonzepten, in: DIW-Symposium, Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/1980.
- 2) Prognos AG, Mackintosh Consultants Company LTD, Technischer Fortschritt, Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Untersuchungsbericht, Basel 1979. - Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, Infratest Wirtschaftsforschung, Technischer Fortschritt, Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Ergebnisband, München 1979.
- 3) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Finanzstruktur und Verteilungswirkungen einer nachfrage-orientierten Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, in: DIW-Wochenbericht 13/1979. - W. Kirner, Position des DIW, in: DIW-Symposium, a.a.O.
- 4) Bundesministerium für Forschung und Technologie unter Mitwirkung der Prognos AG, Szenarien zur wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis 1995, Diskussionspapier, Bonn 1980.
- 5) R. Rau, J. Warnken, P. Wolfmeyer, Arbeitsmarktperspektiven der 80er Jahre, in: Wachstum und Struktur der deutschen Wirtschaft in den 80er Jahren, Tagungsband zum RWI-Symposium 1980, Essen 1980.
- 6) O. Slevert, Position des Sachverständigenrates, in: DIW-Symposium, a.a.O.
- 7) G. Kühlewind, D. Mertens, Arbeitsmarktpolitische Strategien im Spiegel der IAB-Forschung, in H.

Markmann, D. B. Simmert (Hrsg.), Krise der Wirtschaftspolitik, Köln 1978.

8) Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, veröffentlicht durch die Bundesregierung, Bonn 1976.

9) DIW-Symposium, a.a.O.

10) H.-H. Härtel, Die Kontroverse über die „richtige“ Vollbeschäftigungsstrategie, in: Wirtschaftsdienst 4/1980.

11) M. Koller, Die Kosten der Erwerbslosigkeit, in: Mitteilungen aus Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2/1979.

Karl Kühne: Sachverständigen Gutachten 1980/81 – Sträflicher Optimismus mit Fehlsteuerungswirkung

Dr. Karl Kühne, Jahrgang 1917, ist Abteilungsreferent beim Hauptverwaltungsrat der EWG in Brüssel. Während der NS-Diktatur war er wegen illegaler sozialistischer Arbeit sechs Jahre im Zuchthaus inhaftiert; nach dem Krieg Redakteur der Zeitschrift „Sozialist“, stellvertretender Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung des ZdK/GEG in Hamburg und Leiter der Wirtschaftsabteilung der ÖTV, seit 1960 bei der EWG-Kommission. Veröffentlichungen u. a.: Funktionsfähige Konkurrenz (1960), Ökonomie und Marxismus (2 Bde., 1972/74), Geschichtskonzept und Profitrate (1976) sowie zahlreiche Zeitschriftenaufsätze und Artikel (s. a. NG 2/77, 6/77, 9/77, 3/78, 9/78, 11/78, 1/79, 9/79, 3/80 und 6/80).

Das diesjährige Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellt vier Hauptthesen auf:

Erstens: „Mit einem weiteren Anschwellen der öffentlichen Defizite“ verbunden ist die „Gefahr, daß der Staat private Aktivität, insbesondere wachstumsnotwendige Investitionen, verdrängt...“ Im übrigen enthält das Volumen der öffentlichen Haushalte „einen expansiven konjunkturellen Impuls... von über 45 Mrd. DM 1980“, der „um annähernd 13 Mrd. DM größer war als 1979“ (Zi. 10*) und 1981 nicht viel geringer sein soll (40,5 Mrd. DM, Tabelle 41, S. 283).

Zweitens: „In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien war der Weg in die Rezession ohnehin vorgezeichnet“. Die Investitionschancen wurden auf Weltebene nach dem Ölchock überschattet vom Stabilisierungszwang, und „so gesehen war ein Stöckchen der Weltkonjunktur geradezu angelegt“; aber für die Bundesrepublik ergibt sich seit dem Frühjahr nur

eine „Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität“, die „weder Ausdruck einer unzureichenden Ausgabenneigung der privaten Haushalte noch Ausdruck eines Rückschlages in der Angebotsneigung der Unternehmen“ ist, sondern „vor allem Folge des Ölshocks“ (Ziffern 1*, 8*). Es gibt also keine Rezession: „Wenn wir für 1981 nicht mit einer anhaltenden Stagnation oder gar Rezession rechnen, dann vor allem deshalb, weil wir eine nach wie vor hohe Bereitschaft zum Investieren feststellen“ (Zi. 22*).

Drittens: „Die D-Mark mit einem für die Bundesrepublik hohen, für internationale Verhältnisse indes ausgesprochen niedrigen Zinsniveau zählt seit dem Frühjahr zu den schwach notierten Währungen des EWS“ (Zi. 5*), was auch mit dem Leistungsbilanzdefizit von rund 29 Mrd. DM zusammenhängt, hinter dem allein eine Verdoppelung der Kosten für die Öleinfuhr von 1978 auf 1980 (von 32 auf 65 Mrd. DM) stand (Zi. 155 u. 160). Aber „der Wechselkurs der D-Mark steigt über kurz oder lang wieder“; nur „fürs erste kommt es zu einer realen Abwertung“ (Zi. 18*).

Viertens: Wiederum kam und kommt „der Lohnrunde besondere Bedeutung zu“ (Zi. 11*). Der „Verteilungsspielraum ist mit der Herausforderung von außen erheblich enger geworden“ (Zi. 368), und „über das Jahr 1981 hinaus“ ist „ein vorsichtiger Kurs in der Lohnpolitik“ erforderlich (Zi. 370).

Zu diesen vier Hauptthesen gesellt sich der angebotstheoretisch-monetaristische Grundton des Gesamtgutachtens, der nur mit einer ganz leise angedeuteten Kritik an der Bundesbank einhergeht (Ziffern 307 ff.). Dies kann man beim Punkt „Fiskalpolitik“ miterörtern, teilweise auch im Zusammenhang mit der Währungssituation.

Ferner hat der Rat mit seiner Ermutigung der Sparpolitik der Regierung eine Reihe von Empfehlungen verbunden, wo diese einsetzen solle: „Sparförderung, Wohnungsaufbau, Bundesbahn und besonders die Agrarpolitik“ (Zi. 42* und 334 ff.), wo-

bei der EG-Agrarpolitik ein ganzes Schlußkapitel gewidmet hat, in dem der Rat von ihrer „tiefen Krise“ spricht, eine „auf Marktausgleich angelegte Agrarpolitik“, Abbau des Protektionismus und eine gewisse Liberalisierung fordert und meint, die Nahrungsmittelversorgung könne im Krisenfall auch bei einem wesentlich niedrigeren Selbstversorgungsgrad gesichert werden, bei Verzicht auf einen Teil der Veredelungsproduktion. Dem kann man nur zustimmen.

Wir wollen hier kurz die vier Hauptthesen Revue passieren lassen. Überspitzt lauten sie: Die Löhne sind an allem schuld. Die Exportförderung durch D-Markschwäche hilft nicht viel. Rezession gibt's nicht, und darum kann und soll der Staat ruhig sparen – sein Konjunkturimpuls ist sowieso zu groß!

Die (ewige) Klage über Lohnkostendruck

Wir erörtern die vier Hauptpunkte in umgekehrter Ordnung und können uns beim letzten etwas kürzer fassen, weil sich Professor *Glastetter* in einem Minderheitsgutachten bereits eingehend mit der These auseinandergesetzt hat, wonach „entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen Strukturwandel und für die Rückgewinnung eines nennenswert höheren Beschäftigungsstandes eine Verringerung des Lohnkostendrucks und eine Verbesserung der Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen“ sei (Zi. 495).

Glastetter gibt zu, daß „die Gewerkschaften in den meisten Industrieländern in der ersten Hälfte der 70er Jahre Lohnerhöhungen durchsetzten, die Inflationsgefahren auslösten. Als die Notenbanken gegenhielten, wurden Preisüberwälzungsspielräume eingeengt; der Kostendruck – und damit die Kompression der Gewinnmargen – blieb“ (Zi. 496). Dem Verfasser will es scheinen, daß Glastetter hier etwas rasch die Inflationsursachen vereinfacht. Indessen äußert er mit Recht „Zweifel, ... ob von der Lohnseite jener Beitrag zur Investitions- und Beschäftigungsstimulierung erwartet werden kann, der in einem rein angebotsorientierten Konzept intendiert ist“.

Glastetter stellt fest, Rationalisierungsinvestitionen, Innovationsinvestitionen und Energieeinsparungsinvestitionen stünden nur in losem Kontakt zum allgemeinen Kostenniveau und würden ohnehin unter Wettbewerbsdruck getätigt. Im Gegensatz zu diesen „autonomen“ Investitionen würde bei „induzierten“ Erweiterungsinvestitionen die Lohnkostenentlastung nicht ausreichen, sondern es müsse Nachfrage vorhanden sein, und die setze voraus, daß die Lohnkostenentlastung auch positive Beschäftigungseffekte auslöse bzw. daß ein „Preisminderanstieg“

eintrete; letzterer könne aber wiederum die Erlössituation schmälern und die Erweiterungsinvestitionen blockieren. Mittelfristig würde das ganze Konzept illusorisch bleiben, denn es sei ja ohnehin mit einer Stagnation zu rechnen. Im übrigen habe der Rat noch vor Jahresfrist gemeint, daß „jetzt wohl eine Situation erreicht sei, in der ein aktueller Korrekturbedarf von der Lohnseite nicht bestehe“ (Zi. 498).

Wir möchten diese Ausführungen dahingehend ergänzen, daß der Rat in seiner neuen Berechnung der „Reallohnposition“ noch mehr als in der alten seit 1974 eine ständige Verschlechterung feststellt (in den letzten 6 Jahren insgesamt – 5,3 % statt 4,3 % in der alten Rechnung, wobei bei dieser 1980 ein Ansteigen von +0,7 herausgekommen war, nach der neuen Rechnung aber ein Absinken um -0,1 %). Das leichte Ansteigen der Bruttolohnsumme je Arbeitnehmer (+6,4 % 1980 statt +5,8 % 1979, gegen +11,9 % 1973 und +15,1 % 1970, um vergangene Höchstwerte zu nennen!) wird praktisch durch Preissteigerung und Steuereffekt ausgelöscht, und der Produktivitätseffekt wird durch steigende Kapitalkosten und „Terms of Trade“ aufgewogen (Tabelle 23 bei Ziffer 146).

Wenn diese „Reallohnposition“ zeigen soll, „ob dem Anstieg der Nominallohne eine Veränderung der durchschnittlichen Erlös-Kosten-Relation der Unternehmen zuzurechnen ist“, was also nach der neuen Rechnung eindeutig zu verneinen ist, so läßt der Rat seine etwas stereotyp Jahr für Jahr wiederholte Lohnlamentation noch damit umso unrealistischer erscheinen, daß er in Textziffer 151 mit 154 zugibt, daß das Netto-Einkommen pro Beschäftigten 1980 real um 1 % gesunken sei, das der Rentner übrigens gar um 1,5 % (Zi. 151/2). Da darin noch das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit enthalten ist, das netto um 8 % zunahm, kann das der Unselbständigen nicht um 5,5 %, sondern höchstens nominal um 4,0 % zugenommen haben – was bei der Preissteigerungsziffer von 5,5 % (Zi. 154) gar nach Adam Riese ein reales Minus von 1,5 % ergäbe! Entweder ist diese Ziffer von 5,5 % in Tabelle 24 falsch oder der Text in Ziffer 151 (4,5 % für alle Beschäftigten) stimmt nicht!

Wir zitieren hier nach der maschinengeschriebenen Version vom 17.11.1980 – vielleicht werden derartige Unstimmigkeiten zwischen Text und Tabellen ja in der gedruckten Version ausgegült. Aber auch dann bleibt eines unbestritten: Die Reallohne stagnieren oder sind 1980 sogar geschrumpft. Wie kann der Rat dann aber Jahr für Jahr dieselben Klagelieder an die Adresse der Gewerkschaften richten,

wenn seine eigenen Berechnungen zeigen, daß Reallohnposition wie effektive Reallohne eher schrumpfen! Niemand braucht sich zu wundern, wenn die Gewerkschaften langsam ärgerlich werden!

De-facto-Abwertung und Export: Bundesrepublik bleibt wettbewerbsstark

Glastetter stützt seine Argumentation nicht darauf, daß die De-facto-Abwertung der D-Mark vor allem im außereuropäischen „Floating“ jedenfalls aus der Exportsicht her die Lohnkostendämpfung nicht gerade als vordringlich erscheinen läßt; er meint, ein Ausweichen aller Industrieländer in den Export sei eben nicht möglich oder ein „Nullsummenspiel“, auch weil protektionistische Tendenzen den Welt-handel dämpfen (Zi. 501).

Der Rat gibt an, der Kurs der D-Mark sei schon in den ersten drei Monaten des Jahres 1980 gegenüber dem Dollar um 13 % gesunken; das sei aber bis Juli größtenteils wieder wettgemacht worden. Dann kam ein neues Absinken, und Mitte November lag die D-Mark damit gegenüber dem Dollar um 11 % niedriger als zu Jahresbeginn (Zi. 179). Nimmt man allerdings alle anderen Währungen (gewogen) als Vergleichsbasis, dann ergibt sich gegenüber dem Jahresbeginn eine Entwertung der D-Mark um 3,5 % (Zi. 75).

Bei dieser wichtigen Frage muß man eine etwas unscharfe Darstellung durch den Rat bemängeln. Die letztgenannte Ziffer soll doch wohl heißen: *nominal* gerechnet. Eine *Realrechnung* (gewogen an Weltmarktpreisen?) macht der Rat in Ziffer 177 auf: „Gemessen an den Durchschnittswerten der Ausfuhr beträgt die gewogene reale Abwertung im Vergleich der jahresdurchschnittlichen (!) Kurse voraussichtlich fast 5 %. Der ‚gewogene‘ Wechselkurs liegt damit in realer Betrachtung etwa auf dem Stand des Jahres 1974“.

Der Rat hat auch sonst eine Vorliebe für diese Berechnung von jahresdurchschnittlichen Kursen: „Wegen des vergleichsweise hohen Kursniveaus zu Anfang des Jahres ergab sich im Mittel der ersten zehn Monate 1980 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum noch ein gewogener Aufwertungseffekt von etwas mehr als 2,5 % und gegenüber dem Dollar noch eine Höherbewertung von gut 3 %“ (Zi. 75).

Diese Berechnung von „Mittelwerten“ ist doch etwas unglücklich. Viel sinnvoller als dieses Hin- und Herjonglieren mit verschiedenen Zeiträumen wäre es gewesen, wenn man auch die nominale und reale Abwertung der D-Mark gegenüber dem November 1979 dargestellt hätte. Man hat aber das Gefühl, daß

dem Rat die De-facto-Entwertung der D-Mark, die dem Export Auftrieb geben muß, nicht ganz in sein Konzept paßt, denn man kann angesichts dieser Tatsache ja nicht die Lohndämpfung im Interesse des Exports propagieren. Darauf lassen Bemerkungen wie die folgenden schließen, die kurz aufeinanderfolgen: „Die Sorge der Gewerkschaften, die Löhne könnten bei der Einkommensverteilung ins Hintertreffen geraten, ist verständlich. Was zu verteilen ist, steht jedoch nicht von vornherein fest. Die Lohnpolitik selbst entscheidet mit darüber... Der Preiswettbewerb auf den Gütermärkten wird von der Konjunkturlage her und auch außenwirtschaftlich im nächsten Jahr voraussichtlich ausreichend scharf bleiben“ (Zi. 371).

Die Darstellung des Rates bezüglich des Effektes, den der Kursrückgang der D-Mark auslöst, bleibt widersprüchlich. Einerseits sagt er: „Zu Beginn des Jahres 1980 waren die Exporte unter dem Einfluß von Sonderfaktoren zunächst emporgeschnellt, später aber wieder deutlich abgefallen... Der Export wird nicht der Schrittmacher im Aufschwung sein,... zumal eine Belebung der Weltkonjunktur nicht sicher ist“ (Zi. 262). Der Export wäre vielleicht mehr Schrittmacher gewesen, wenn nicht die Bundesbank mit „umfangreichen Interventionen“ (Zi. 201) schmutziges Floating betrieben hätte, entgegen dem monetaristischen Prinzip der flexiblen Wechselkurse (alias der vielgelobten Marktwirtschaft auch im Währungsbereich, die die Weltinflation anheizte!). War das nötig, wenn der D-Mark-Kurs sowieso wieder steigen wird, wie der Rat meint (Zi. 18*), und könnte die Bundesbank dann nicht die Zinsen senken, die „real“ höher sind als im Ausland?

Andererseits spricht der Rat von den „Wettbewerbsvorteilen durch D-Mark-Schwäche“ und erwähnt, der „Rückgang der Marktanteile im Export mit der starken realen Aufwertung der D-Mark in den Jahren vor 1979“ sei „korrigiert“ worden (Zi. 165), und „der Rückgang beim Export, der sich in den letzten Monaten deutlich abzeichnete, dürfte von einem erneuten Anstieg abgelöst werden“ (Zi. 261). „Die Preise deutscher Ausfuhrgüter sind in den Jahren 1979 und 1980 zumeist um mehrere volle Prozentpunkte weniger stark gestiegen als die Preise der ausländischen Konkurrenzprodukte... Somit hat sich von den Preisen her die Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure seit 1978 deutlich verbessert... Auch die Löhne sind in der Bundesrepublik wesentlich schwächer gestiegen als im Ausland“, und trotzdem gibt es „für eine Kompression der Gewinnmargen ...keinen Anhalt“ (Zi. 166). Also doch wohl

ein Ergebnis gesteigerter Produktivität in den Exportindustrien – man sollte zufrieden sein!

Natürlich bleibt die Kehrseite des Leistungsbilanzdefizits von 29 Mrd. DM 1980 – bei „spektakulärem Rückgang auch des Handelsbilanzüberschusses nach dem zweiten Ölpreisschub“ (Zi. 155, 162). Das Defizit macht aber weniger als 2% des Sozialprodukts aus – Japan und Holland haben ein relativ größeres, Belgien und Dänemark ein doppelt bis zweieinhalbmal größeres Defizit. Das Problem wird nur verschärft durch ca. 10 Mrd. D-Mark Direktinvestitions-Abfluß und die Tendenz des Auslandes, in der BRD zu borgen, weil man nicht mehr mit Aufwertung rechnet; von letzterer Tendenz spricht der Rat merkwürdigerweise nicht. Die D-Mark-Entwertung bedeutete, daß die Preise für Einfuhrwaren im Schnitt der ersten 9 Monate 1980 um 18,5% stiegen, die für Güter und Dienste zusammen um 9,5% – letztere Steigerung hatte 1979 nur 6,9% betragen. Das bedeutete, daß 1980 2 Punkte der Inflationsrate auf die Einfuhrpreise zurückzuführen waren, gegenüber nur 1,5 1979 (Zi. 136/7).

Aber demgegenüber stimmt doch hoffnungsvoll, daß das Volumen der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen 1980 um 5,5% wuchs, mehr als 1979, während die Zunahme der Einfuhr von Gütern und Diensten im Zuge von Abschwächung und Markentwertung halbiert wurde, von 11,2% 1979 auf 6% (Zi. 58/59). Fazit: „Im ganzen konnte die heimische Wirtschaft mehr Nachfrage aus dem Ausland auf sich ziehen als der Entwicklung des Welthandels entsprochen hätte“ (Zi. 57). Sie dürfte also auch mit der Ölrechnung fertig werden.

Wortspiel um unterschlagene Rezession

Der Rat treibt merkwürdig semantische Wortspiele, um von der Tatsache abzulenken, daß wir es mit einer neuen Weltrezession zu tun haben: Zwar gibt er, wie eingangs erwähnt, zu, daß sie für die USA und Großbritannien „vorgezeichnet“ war und daß die Weltkonjunktur „stockt“, aber in die Rezession ableiten darf sie für ihn nicht. Sicher: Nach der Harvard-Definition ist eine Rezession dann gegeben, wenn das Bruttosozialprodukt in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen schrumpft. Das weiß man aber immer erst hinterher. Immerhin ist nach der Tabelle 1 (S. 2) des Gutachtens das Sozialprodukt in Großbritannien 1980 um 2,5% geschrumpft, in den Vereinigten Staaten und Dänemark um 1%, und in Belgien, Irland und den Niederlanden nähert es sich dem Nullwachstum. Die Tabelle enthält übrigens als Quellenangabe: „OECD und DIW“. Von der erstge-

nannten Quelle muß man falsch abgeschrieben haben: Die OECD gibt in ihrem letzten „Economic Outlook“ vom Juli 1980 (S. 142) z. B. für 1974 in Großbritannien die Ziffer von -1,5% an, der Rat -1,8. Für Belgien nennt die OECD für 1975 -2,1, der Rat -1,8. Auch sonst gibt es noch kleinere Abweichungen. Solche Ungenauigkeiten sollten in einem offiziellen Dokument nicht vorkommen; sie flößen Mißtrauen ein.

Der Rat sagt: „Dank der widerstandsfähigen Investitionsneigung haben die dämpfenden Einflüsse, die 1980 wirksam waren, nicht in eine neue Weltrezession hineingeführt. Zu einer ausgeprägten Rezession kam es allerdings in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten. Die Mehrzahl der OECD-Länder konnte dagegen in der ersten Jahreshälfte noch von den expansiven Impulsen profitieren, die im Aufschwung des vorigen Jahres angelegt waren... Im zweiten Halbjahr 1980 ging die Produktion in fast allen Ländern zurück. Was das Konjunkturbild prägt, ist Unsicherheit“ (Zi. 10). Und dann sagt der Rat in Tabelle 37 (S. 227) für 1981 Schrumpfung des Sozialprodukts in Großbritannien um 1,5%, in Italien um 1% sowie praktisch Nullwachstum in den Niederlanden, der Bundesrepublik, Österreich, der Schweiz und Dänemark voraus (wobei seine Angaben in dieser Tabelle für das letztgenannte Land für 1980, nämlich minus 0,5%, mal wieder nicht mit der Angabe von minus 1% in Tabelle 1 übereinstimmen. Statistische Nachlässigkeit!). Das ist zum mindesten eine klassische „Wachstumsrezession“ weiter Teile der Industrielwelt, zumal auch die USA, Kanada, Frankreich, Schweden und Belgien nur 1% Wachstum für 1981 ausweisen sollen.

Wenn man die Indizes der Industrieproduktion (saisonbereinigt) betrachtet, so zeigt sich jedoch im Augenblick der Niederschrift dieses Textes, Ende Dezember 1980, daß die Industrieproduktion in fast allen Industrieländern schon seit April rückläufig war. In den USA scheint sie sich ab August zu erholen, mit etwa 2% Zunahme nach rund 8 – 9% Rückgang. Nach Angaben des Statistischen Amtes der EWG-Kommission lag die Industrieproduktion im September in Frankreich um -4,5%, in der Bundesrepublik um -6,2%, in den Niederlanden um -7,1% und in Großbritannien um -9,5% unter dem vergleichbaren Vorjahresstand und in Dänemark und Belgien nur leicht darüber. Die Bundesbank nennt in ihrem Novemberbericht für die bundesdeutsche Industrie- und Bauwirtschaft sogar einen Rückgang um -8,1% gegenüber dem Vorjahresstand, darunter in der Grundstoffindustrie -10,1% und in der Bauwirtschaft

-14,2%; der eindeutige Rückschlag begann im Juni und hätte eigentlich vom Rate ernster genommen werden müssen.

Gewiß: Bei seinem Überblick über die voraussichtliche Auslandskonjunktur gesteht der Rat zu, in der Weltwirtschaft überwogen seit einem halben Jahr „die rezessiven Einflüsse, die der erneute Ölpreisschub und der weltweite wirtschaftspolitische Stabilisierungskurs ausgelöst haben... In den Vereinigten Staaten scheint die Wirtschaft nach dem ausgeprägten Konjunkturreinbruch zwar wieder Tritt gefaßt zu haben; angesichts ungelöster Stabilisierungsprobleme ist die Gefahr eines erneuten Rückschlags aber noch nicht gebannt“ (Zi. 241).

Was ist nun der Unterschied zwischen einer „Weltrezession“, deren Eintritt der Rat eingangs leugnet, ebenso wie die Gefahr des Hineingezogenwerdens für die Bundesrepublik, und den „überwiegenden rezessiven Tendenzen in der Weltwirtschaft“? Dem Verfasser will es scheinen, einen solchen Unterschied zu machen, sei semantische Spitzfindigkeit – aber diese hat leider einen Pferdefuß, denn die Politiker und Journalisten, die eben nur die ersten Seiten des Gutachtens lesen, posaunen hinaus, es gäbe keine Rezessionsgefahr, und ergehen sich dann in einem neuen Konsolidierungsrausch, aus dem es ein böses Erwachen geben wird, wenn die Arbeitslosenzahlen, die seit Jahresfrist in der Bundesrepublik und Belgien um ein Sechstel, in den Niederlanden und Irland um ein Drittel, in Dänemark und Großbritannien um die Hälfte angeschwollen sind und in der EWG 7, in den USA 8 Millionen überschreiten, auch bei uns weit über die Millionengrenze steigen werden!

Der angeblich große Konjunkturimpuls – ein Rechenkunststück

Die Antwort des Rates auf solche Warnungen lautet: Für die Bundesrepublik gibt es gar keine Gefahr, denn der Konjunkturimpuls, der von den öffentlichen Haushalten ausgeht, ist größer denn je, in D-Mark ausgedrückt, und bezogen auf das Produktionspotential fast so groß wie 1975: „Das Volumen des öffentlichen Gesamthaushalts hat 1980 das, was wir ein konjunkturalneutrales Haushaltsvolumen nennen, sogar stärker übertroffen als in irgendeinem Jahr zuvor... Der konjunkturelle Impuls wuchs etwa ebenso stark wie das Finanzierungsdefizit im ganzen, nämlich um fast 13 Mrd. DM auf nunmehr über 45 Mrd. DM“. Schon „für das Jahr 1979 weisen die Rechnungen einen Impuls von rund 33 Mrd. DM aus. Dies sind etwa 10 Mrd. DM mehr, als wir im Herbst letz-

ten Jahres geschätzt hatten“ (Zi. 227 – 229). Für 1981 ergibt sich wegen der Steuerreform ein etwas niedrigerer Impuls (40,5 Mrd. DM, Zi. 323, Tabelle 40).

Vor diesem Hintergrund gibt der Rat dann seine Ratschläge: „Die Konsolidierungsaufgabe... darf nicht wieder in der Hoffnung auf bessere Zeiten vertagt werden. Ein erster Schritt ist mit dem Sparprogramm getan... Eine Grundlinie, auf der die Konsolidierung in einer Reihe von Jahren erreicht werden könnte, liefe darauf hinaus, die Staatsausgaben je Jahr um 1,5 bis 2 % weniger zu erhöhen, als dem Zuwachs des nominalen Sozialprodukts entspricht“ (Zi. 301). Das heißt also – zumal die Preise der vom Staat beanspruchten Güter (Rüstung; siehe Tornado!) und Leistungen bekanntlich rascher steigen als die der übrigen Wirtschaft –: Man verordnet jahrelange Schrumpfung des Staatsanteils am Sozialprodukt – und verurteilt eventuell die Gesamtwirtschaft wegen Wegfalls dieses Motors zur Stagnation...

Der Rat schiebt die Schuld für dieses Eisenbarth-Programm auf die Vergangenheit: „...auf die expansive Finanzpolitik, die seit 1978 betrieben worden ist. Damals war zwar eine Initialzündung angebracht, aber die Finanzpolitik hat dabei zu sehr auf Ausgabenerhöhungen gesetzt. Eine solche Ausgabenpolitik wäre im Hinblick auf die Konsolidierungsaufgabe nur unbedenklich gewesen, wenn man darauf hätte vertrauen können, daß es gelingen werde, die Steuerquote ohne größere Schwierigkeiten und auf Dauer zu erhöhen. Dann wäre nämlich die Konsolidierung von der Einnahmenseite her möglich gewesen.“ Aber dagegen besteht energischer Steuerwiderstand. Es gab „einen anderen Weg, den über mehr Steuersenkungen. Die Staatsquote hätte nicht zunehmen müssen. Die Steuerquote wäre unter ihren mittelfristigen Stand gesenkt worden und hätte, weil die Steuern insgesamt überproportional zum nominalen Brutto-sozialprodukt ansteigen, im Zeitablauf wieder auf ihre normale Höhe anwachsen und so die Konsolidierung besorgen können“ (Zi. 317–318).

Der Rat müßte also eigentlich mit dem Steuerentlastungsgesetz zufrieden sein: „Insgesamt entlasten die Maßnahmen die Steuerzahler im Jahre 1981 um mehr als 9 Mrd. DM; in den darauffolgenden Jahren nimmt die Entlastung auf 13 Mrd. DM (1982) beziehungsweise 17 Mrd. DM (1983) zu.“ Dazu kommen 1981 2,5 Mrd. und 1982 3 Mrd. mehr Wohn- bzw. Kindergeld.

Das klingt alles ganz plausibel: Aber der Rat macht die Rechnung ohne den Wirt Konjunktur. Was passiert, wenn solche Steuerentlastungen wie 1975

beim Steuerzahler auf „Angstsparen“ stoßen, das eben durch Rezessionen ausgelöst wird? Die Verflüchtigung der Konsumentenausgaben ist in unseren reichen Volkswirtschaften ein eigener Konjunktur-entstabilisierungsfaktor geworden. Dann schrumpft das reale Sozialprodukt, und der Staatsanteil kann gar nicht rasch genug schrumpfen, um darunter zu bleiben – ein Rezept für permanente Stagnation. Umgekehrt: Mit dem Steuersenkungsrezept besteht die Gefahr, wenn die Sparquote im Aufschwung zurückgeht, daß die Konjunktur 1982/3, wenn sie vermutlich wieder anläuft, eventuell überhitzt wird. Der Rat vernachlässigt die Zeitdimension dieser Maßnahmen!

Die Gefahr, die von seinen Ratschlägen ausgeht, liegt darin, daß die Politiker daraus heraushören: Konsolidierung um jeden Preis. Zwar pflegte Helmut Schmidt zu spötteln: „Diese Herren haben sich schon so oft geirrt...“ Aber die Regierung dürfte doch weitgehend durch die Vorarbeiten und Vorergebnisse des Rates und dessen An-die-Wand-Malen eines übergroßen Konjunkturimpulses in ihren Sparplänen, wenn nicht inspiriert, so doch bestärkt worden sein.

„Das konjunkturneutrale Budget des Sachverständigenrates entwickelte sich zu einer Art Faustregel, die bei aller Ungenauigkeit im Detail einen Anhaltspunkt für konjunkturgerechtes Verhalten bietet. Dies ist wohl am besten daran abzulesen, daß die als konjunkturrechtlich richtig angesehene Rate des Budgetanstiegs seit einigen Jahren in keiner Budgetrede fehlt.“ So schrieben schon vor Jahren K.-H. Hansmeyer und K. Mackscheidt („Die Free-Rider-Position der Finanzpolitik“, in: „Macht und Ohnmacht der Bundesbank“, hrsg. v. D. Duwendag, Frankfurt/Main 1973, S. 144). Diese Autoren betonten, es sei „schon fast nur noch ein Streit der Experten, nach der faktisch ‚richtigen‘, geschweige denn konjunkturrechtlich angemessenen Budgetsteigerungsrate zu fragen“. Mit anderen Worten: Die Sachverständigen entscheiden mit ihrer Berechnung des konjunkturneutralen Haushalts praktisch über die Konjunktur- und Wachstumspolitik.

Umso wichtiger ist es zu klären, ob diese Berechnungsmethode denn überhaupt stimmt. Das kann auf zweierlei Art geschehen: Einmal durch Durchleuchtung der Methode selbst, zum anderen durch Vergleich mit Ergebnissen methodologisch anders aufgebauter Studien, z. B. der OECD.

Wir können an dieser Stelle nicht die umfangreiche Kritik Revue passieren lassen, die die Rechenmethode des Rates seit Jahren erfuhr. Im vorherigen Gutachten hatte der Rat seine Methode daraufhin

geändert und vor allem das problematische „Basisjahr“ 1966 – mit dem er von einem schon rezessiven Jahr unterstellte, es sei ein Normaljahr gewesen – durch eine Kette von Jahren ersetzt. Dabei hatte er aber gleichzeitig auch drei andere Basispositionen geändert: Eine davon, die Umstellung von Finanzstatistik auf die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, kann man als statistische Geschmacksfrage bezeichnen – wenn sie nicht den kleinen Haken hätte, daß damit die Verringerung des „konjunkturellen Impulses“, die sich aus dem Fallenlassen des Basisjahres ergab, für 1978/79 fast wieder aufgehoben wurde. Wenn man diese „Geschmacksfrage“ nicht mitmacht, dann ergibt sich für das Jahr 1977, das nach alter und neuer Rechnung einen winzigen Konjunkturdämpfungseffekt des Haushaltes aufwies (-0,4 bzw. -1,2 Mrd. DM) ein schon beachtlicher Konjunkturdrosselungseffekt von -4,6 Mrd. DM, der die Flaute 1977/78 ganz gut erklärt. Die folgenden Konjunkturimpulse fallen dann jeweils um ungefähr 5 und mehr Mrd. DM geringer aus.

Eine andere Änderung – der Übergang zu den realen statt „normierten“ Veränderungen der „sonstigen Einnahmen“ (Gebühren, Beiträge u. ä.) – erscheint realistisch, weil diese ihrem Finanzierungseffekt bzw. Entzugseffekt nach den Steuern gleichkommen; diese Änderung bedingt aber für 1978/79 die erkleckliche Verringerung des Konjunkturimpulses um rund 10 Mrd. DM.

Das wird nun wieder aufgewogen durch den Übergang zur Annahme eines langsamer wachsenden Produktionspotentials. Dabei kann sich der Rat zwar darauf berufen, daß das Statistische Bundesamt („Wirtschaft und Statistik“, Heft 4/1977, S. 235) in einer Neuberechnung seit 1970 etwa 15–18 Mrd. DM jährlich weniger Ausrüstungsinvestitionen errechnet hat, als man vorher annahm, was nur durch etwa zwischen 11 und 14 Mrd. DM höhere Bauinvestitionen aufgewogen wurde. Aber diese leichte Herunterrechnung rechtfertigt doch nicht die Annahme eines um rund 30 Mrd. DM niedrigeren Produktionspotentials und eines Auslastungsgrades von 93 statt 88 % für 1978 (vgl. Gutachten 1979/80, S. 213 u. 216 ff. und 1980/81 Zi. 97).

Das Leiden ist, daß all diese esoterisch-methodologischen Faktoren über die deutsche Finanz- und Konjunkturpolitik entscheiden: Wenn man nämlich die Umstellung auf die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht mitmacht und auch den Übergang zum neuen Produktionspotential nicht akzeptiert, dann wächst der Konjunkturdämpfungseffekt, den das Budget 1977 hatte, von -1,2 auf -10,9 Mrd. DM,

der Konjunkturimpuls für 1978 schrumpft auf +1,5 und der für 1979 auf +4,8 Mrd. DM – statt der 33,4 Mrd. DM, die der Rat berechnet! Und analog dazu würde der Impuls für 1980/81 von 45,6 bzw. 40,5 auf ca. 15 bzw. 10 Mrd. DM reduziert.

Für die Annahme eines sehr viel niedrigeren Konjunkturimpulses sprechen auch die Berechnungen der OECD: Diese ermittelte in ihrem „Economic Outlook“ Nr. 27 (Juli 1980, S. 37), jeweils auf das vorhergehende Bruttosozialprodukt bezogen, folgende „gewogenen“ Budgetwirkungen, denen wir zum Vergleich die auf BSP (statt Potential) von uns umgerechneten Angaben des Rates und außerdem die methodologisch wieder anderen Berechnungen der „Haushaltssalden bei konstanter Aktivität“ der Generaldirektion II der EWG-Kommission in ihrer Jahreswirtschaftsübersicht vom 23. 10. 80 (Tab. 4-3) gegenüberstellen:

	OECD	Rat	EWG-Kommission
1976	-1,0	+1,6	+1,8
1977	-0,7	+0,2	+0,9
1978	+0,2	+1,5	-0,2
1979	0	+3,3	-0,6
1980	-0,2	+3,2	+0,2
1981	–	+2,7	+0,6

Bei aller Verschiedenheit der Methoden ist es vorstellbar, daß die Ziffern des Rates richtig sind, wenn die OECD für 1980 einen (wenn auch geringen) negativen Effekt herausrechnet und der Rat einen fast ebenso hohen wie für das Rezessionsjahr 1975 (+3,7%), der uns damals aus der Rezession herausbrachte, während der angebliche Effekt 1980 uns, wie wir sehen, heute in eine Rezession hineinbringt!

Für 1976 ergeben sich nicht weit voneinander entfernte Ziffern bei Rat und Kommission, für 1977 liegt die Ziffer des Rates genau in der Mitte zwischen den beiden anderen. Dann aber beginnt die große Abweichung: OECD und EWG sehen nur geringe Impulse bzw. gar negative von 1978 bis 1980, die weil beim Rat plötzlich ein übergroßer Konjunkturimpuls herausgerechnet wird. Sollte das dem Rat

nicht Anlaß genug sein, seine eigene Rechnung anzuzweifeln? Sicherlich – zugunsten des Rates ließe sich der Aufschwung 1979 anführen: aber der ist nach Ratsansicht nur mit einem Impuls von +1,5% ausgelöst worden. Wenn man darauf verweisen will, die Null- und Negativeffekte bei OECD und EWG erklärten diesen Aufschwung nicht, so kann man erwidern: Doch, die Abwesenheit von Negativeffekten für 1978/79, wie sie die OECD zeigt, hat eben im besten neoklassischen Sinne die Selbstauftriebskräfte der Wirtschaft zum Durchbruch kommen lassen! Die wahren Werte für negative und positive Effekte liegen vielleicht irgendwo in der Mitte zwischen den Extremwerten der drei obigen Reihen.

Sicher ist eines: Hier liegt das Kernstück des ganzen Gutachtens, das die Regierung noch auffordert, mitten in einer beginnenden Rezession ihr Sparprogramm zu intensivieren. Es mag vielleicht sein, daß auf längere Sicht angesichts von Steuerwiderständen eine gewisse Konsolidierung bzw. Dämpfung des Anstiegs der Staatsquote unvermeidlich wird; dies Problem ist zu komplex, um hier am Rande behandelt zu werden.

Aber auf jeden Fall wäre es katastrophal, wenn man eine solche brave Absicht nun ohne Rücksicht auf Verluste ausgerechnet in einer Zeit zurückgehen der Auslastung des Produktionspotentials durchexerzieren wollte – das könnte nur zur Verschärfung der bereits angelaufenen Rezession führen! In der Bundesanstalt für Arbeit rechnet man sowieso im Jahresdurchschnitt 1981 mit 1,3 Millionen Arbeitslosen mindestens!

Das ist der eigentliche Kernpunkt dieses Gutachtens: Der Rat hat die Rezession wegeden wollen, um seine Ratschläge zu einer radikalen Konsolidierungswelle zu geben. Stellenweise bekommt der Rat selber Kopfschmerzen: „Wir müssen einräumen, daß das Urteil über den expansiven Impuls für dieses Jahr in konjunkturpolitischer Hinsicht nicht eindeutig ist... Wegen der konjunkturellen Entwicklung war im Prinzip eine expansive Finanzpolitik am Platze“ (Zi. 321). Dieser Stoßseufzer sollte Anlaß dazu geben, die Konjunkturimpulsberechnung, die im Vorjahr umgestellt wurde, neu zu überdenken und vielleicht einmal mit den OECD-Ökonomen zu diskutieren, die das genaue Gegenteil errechneten – was der Rat bisher geflissentlich ignorierte!



Hermann Scheer: Öffentlichkeit des Verwaltungshandelns als Element der sozialen Demokratie

Dr. Hermann Scheer, Jahrgang 1944, ist seit 1980 Bundestagsabgeordneter. Veröffentlichungen u. a.: Die Gegenreform (1975); Parteien kontra Bürger? Die Zukunft der Parteilendemokratie (1979); u. a. NG 2, 3 u. 7/77, 6 u. 8/78 u. 9/79.

Einer der zentralen Begriffe der politischen Sprache der SPD ist der der „sozialen Demokratie“. Dieser Begriff drückt ein Grundziel der SPD und des demokratischen Sozialismus insgesamt aus und ist Ausdruck des dritten Weges, wie er seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie vorgezeichnet und im Godesberger Programm als Grundziel festgehalten ist. Dieser Leitbegriff droht jedoch zum reinen, inhaltsleeren Schlagwort zu werden, weil er kaum noch durchdacht wird und auch keine konzeptionelle Weiterentwicklung in den letzten Jahren erfahren hat. Gerade in einer Zeit, in der die Vorstellungen der SPD mit zunehmenden Mitwirkungsbedürfnissen aktiver Demokraten verstärkt in Einklang gebracht werden könnten und müßten, ist die mangelnde Beachtung dieses Konzepts ein großes Handikap.

Im Orientierungsrahmen '85 ist dem Begriff „soziale Demokratie“ keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden, und im Wahlprogramm 1980 ist er nicht anzutreffen. Dies steht durchaus im Gegensatz zu der politischen Praxis etwa der österreichischen oder der schwedischen Sozialdemokraten, die gerade in den letzten Jahren diesen Leitbegriff wieder verstärkt hervorgehoben haben. Die mangelnde Beachtung des Konzepts der Sozialdemokratie hat einige bedenkliche Folgen:

- So werden vollzogene Demokratisierungsschritte nicht zuletzt aus diesem Grunde kaum noch als Fortschritte gesehen und mehr als unzusammenhängende Stückwerke ohne sozialen Ideenhintergrund betrachtet.
- So ist die verstärkte Bürgerbeteiligung bei der

Novelle des Bundesbaugesetzes vor einigen Jahren, die Versuche, durch die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes oder durch mehr betriebliche Mitbestimmung die soziale Demokratie weiter zu entwickeln, in ihrer Bedeutung für die Weiterentwicklung der sozialen Demokratie kaum angemessen gewürdigt worden. Was in den eigenen Reihen aber nicht aus einem programmatischen Gesamtrahmen heraus gewürdigt wird, kann kaum nach außen als sozialdemokratische Idee verdeutlicht werden, und vor allem kann es dann auch kaum weiterentwickelt werden.

► Die seit Jahren wieder neu aufgelebte Demokratisierungsdiskussion außerhalb der SPD, vor allem im Spektrum der Bürgerinitiativen, läuft an der SPD zu sehr vorbei oder wird sogar oftmals als Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie und zu sozialdemokratischer Politik begriffen, weil zu wenig deutlich gemacht wurde, daß zusätzliche Mitwirkungsformen programmatisch gewollte Ergänzungen zum Parlamentarismus nach dem Gedanken der sozialen Demokratie sind.

► Die Bildungspolitik gilt heute weithin als ausgezehrt und erweckt den Eindruck, als sei sie zu einer reinen Schulformendiskussion erstarrt. Ein Grund dafür liegt darin, daß zu sehr übersehen wird, wie sehr ein Grundpfeiler sozialdemokratischer Bildungsreformen das Ziel eines demokratisch bewußteren Staatsbürgers ist, um mit diesem die soziale Demokratie entwickeln zu können.

Allein diese drei Beispiele zeigen, wie nötig es für die SPD ist, das Konzept der sozialen Demokratie neu und verstärkt in die Parteidiskussion einzuführen. Dies hätte für die Parteidiskussion umfassende Konsequenzen: in der Bildungspolitik; im Rahmen der Diskussion um die Schaffung zusätzlicher direkter Demokratieformen und Bürgerbeteiligungsverfahren; bei der Diskussion um das Für und Wider eines Verbandsklagerechts im Umweltbereich; bei der weiteren Ausgestaltung der Wirtschaftsdemokratie; oder nicht zuletzt in der Medienpolitik, – insbesondere bei der Problematik des Kabelfernsehens. Ein Element für die Weiterentwicklung hin zur sozialen Demokratie ist ein verbessertes Informationsangebot als eine wesentliche Voraussetzung für mehr politische Mitwirkung. Dieses Problem stellt sich nicht nur der Bürgerschaft, sondern auch den Parteigliederungen, den Parlamentariern und auch den Journalisten. Bekannt sind jene Konflikte, die vielerorts entstehen, wenn zum Beispiel wissenschaftliche Gutachten von Regierungen und Verwaltungen nicht einmal den Parlamentariern zur Kenntnis gegeben werden; oder wenn verwaltungsinterne Planungsunterlagen erst zu

COMMUNICATIONS

Internationale Zeitschrift für Kommunikationsforschung

Herausgegeben im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Kommunikationsforschung und der Internationalen Vereinigung für Kommunikationswissenschaft von Professor Dr. A. Silbermann und PD Dr. M. Steinmann. – Redaktionen in den USA und Frankreich.

COMMUNICATIONS ist die einzige internationale Zeitschrift für Kommunikationsforschung.

Die Darbietung einer kontinuierlichen Übersicht über den weltweiten Stand der Kommunikationsforschung ist eine zwingende Notwendigkeit für alle im Bereich der Massenmedien tätigen Theoretiker und Praktiker.

Da Kommunikation eine Grundvoraussetzung menschlichen Zusammenlebens ist und Informationen, Gedanken und Meinungen vor allem durch die Massenmedien vermittelt werden, sieht **COMMUNICATIONS** in einer beständigen Berichterstattung über richtungweisende Artikel und Forschungsergebnisse im Bereich der Medien, eine ihrer vordringlichen wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Aufgaben.

Die mit Beiträgen in Englisch, Deutsch und Französisch erscheinende Zeitschrift veröffentlicht Arbeiten, die dem Selbstverständnis ihres Wissenschaftsgebietes dienen und dabei die Grenzen des provinziellen Denkens überwinden. Jeder Jahrgang von **COMMUNICATIONS** umfaßt drei Hefte, ca. 120 Seiten, Einzelpreis 28,- DM, Jahresabonnement 78,- DM. Ermäßigter Preis für Studenten, Assistenten und Referendare 64,50 DM; jeweils zuzüglich Porto.

Verlag Hans Rlcharz · D-5205 St. Augustin 1

einem sehr späten Zeitpunkt Gemeinderäten oder Bürgerinitiativen zur Verfügung gestellt werden. In einer Situation, in der die Kontrolle des Gesetzgebungsvollzugs durch die Parlamentarier immer wichtiger wird, stellt sich das Problem einer besseren und frühzeitigeren Information über Politikvorbereitung und politische Planung neu. Dagegen steht nach wie vor die letztlich konservative Vorstellung vom Staat, der seinen eigenen „Arkanbereich“ beansprucht und hieraus ein sachlich kaum noch begründbares Informationsverweigerungsrecht ableitet.

Deshalb erscheint es sinnvoll, auf Ideen und Regelungen hinzuweisen, die in anderen Ländern existieren und die für Parlamente, Medien, Verbände und Bürger mehr Informationsmöglichkeiten bieten. So sind in den skandinavischen Ländern und seit Mitte der sechziger Jahre auch in den USA Grundsätze einer größeren Öffentlichkeit von Verwaltungsvorgängen verwirklicht, die zwar nicht kopierbar sind, aber als nützliche Anregung betrachtet werden können (s. a. George-G. Eckstein in NG 1/81). In Schweden gibt es seit nunmehr drei Jahrzehnten ein umfassendes Öffentlichkeitsprinzip für die Verwaltung, und auch in den USA wurde 1966 der Freedom of Information Act beschlossen, zu dem Zeitpunkt also, da die Ideen der offenen Gesellschaft und eines sozialen Wohlfahrtsstaates von der Demokratischen Partei noch politisch vertreten wurden.

Natürlich gibt es auch in der Bundesrepublik Deutschland einige Zugänge zu Informationen aus der Verwaltung, die aber bei weitem nicht an die Praxis in den genannten Ländern heranreichen. Die Möglichkeiten der Information über Behördenvorgänge regeln bei uns die Paragraphen 25 und 29 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (Auskunftspflicht, Einsichtsrecht). Es gilt aber der Grundsatz: Auskunftsrechte und Einsichtnahmen sind die nicht grundsätzlich garantierte und damit auch nicht vorherschaubare Ausnahme, die Informationsverweigerung ist die Regel. Anders in Schweden und in den USA: Dort ist die Information die Regel, die Verweigerung eine Ausnahme, für die es festumrissene Regelungen gibt. Die Veröffentlichungspflicht ist also sehr umfassend und bezieht sich nicht allein auf die bei uns üblichen Veröffentlichungen von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, sondern geht bis in sogenannte „hausinterne“ Richtlinien, Erlasse, Rundverfügungen, verwaltungsinterne Schreiben und anderes mehr. Sie bezieht sich auf die Bearbeitung von Problemen und von Belangen des einzelnen. Ob ein berechtigtes Interesse vorliegt, braucht weder bei der schwedischen noch bei der amerikanischen

Regelung nachgewiesen werden. In den USA sind zur Spezifizierung der Informationsrechte Regelungen für jedes Bundesministerium erlassen. Es gibt eine Reihe von amerikanischen Bundesstaaten, die dem Vorbild der Bundesregierung in Washington gefolgt sind. In Schweden ist der Auskunftsbereich ausgedehnt auf den Reichstag, auf Gerichte, die Staatskirche und auf öffentlich-rechtliche Körperschaften – also alle Institutionen, die öffentliche Aufgaben erfüllen. Selbst Zeugnisse, Protokolle, Verwaltungskontrakte und Schuldbriefe können zur Auskunft verlangt werden.

Zwischen den USA und Schweden gibt es neben den verschiedenen Ausdehnungsbereichen des Öffentlichkeitsprinzips natürlich auch weitere erhebliche Unterschiede. In den USA ist die schriftliche Anfrage an die zuständige Behörde gegen eine geringfügige Gebühr der Regelfall, wobei in einem teilweise etwas längerwährenden Verfahren das tatsächliche Informationsrecht überprüft wird. In Schweden ist in vielen Fällen noch nicht einmal ein Antragsverfahren erforderlich, um Auskünfte zu erlangen. Zahlreiche Behörden legen bestimmte Informationen von vornherein öffentlich aus.

Ausgenommen von Auskunft und Einsichtnahme sind die geheimen Unterlagen aus dem Auswärtigen und dem Verteidigungsbereich, rechtlich geschützte Geschäftsgeheimnisse und Finanzverhältnisse von Privatpersonen, Personalakten, ärztliche Unterlagen, Belange des persönlichen Datenschutzes, um nur einige Ausnahmbeispiele zu nennen.

Welche Erfahrungen konnten bisher damit gesammelt werden? In Schweden ist der offenkundige Hauptnutznießer des Öffentlichkeitsprinzips die Presse, insbesondere die Lokalpresse. Zur täglichen Praxis der Lokaljournalisten zählt, daß sie den Schriftverkehr der Behörden durchsehen. Wie selbstverständlich legen in Schweden die Behörden ihre Post vor der Bearbeitung in einem Presseraum zur Einsichtnahme aus. Für viele Journalisten wurden damit bürokratische Barrieren beseitigt, die bei uns noch gang und gäbe sind.

In den USA wurden wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge etwa im Jahr 1976 rund 150 000 Auskunftsbegehren an die Behörden gerichtet. Von diesen wurde etwa ein Sechstel zurückgewiesen, wobei aber nach entsprechenden Einsprüchen die verlangte Auskunft dennoch oftmals erteilt wurde. Die dabei entstandenen Verwaltungskosten betrugen ungefähr 20 Millionen Dollar. Allerdings muß hervorgehoben werden, daß 80 % der Auskunftsbegehren aus der Industrie kamen, nur acht Prozent von

einzelnen Bürgern, und fünf Prozent von Bürgergruppen. Letzteres zeigt, daß das amerikanische Öffentlichkeitsprinzip keineswegs unproblematisch ist. Große Wirtschaftsverbände oder Einzelunternehmen, die ohnehin präzisere, häufigere und umfassendere Anfragen stellen können und bessere Informationsverarbeitungsmöglichkeiten haben, konnten dadurch zusätzliche Vorteile an sich ziehen.

Hier stoßen wir auf das klassische Problem, daß der formalen Rechtsgleichheit aller Staatsbürger eine Macht- und Einflußungleichheit gegenübersteht. Dies gilt nicht nur im Vergleich zwischen Bürgern einerseits und Verbänden bzw. Wirtschaftsunternehmen andererseits, sondern auch im Vergleich zwischen Klein- und Großunternehmen. Daß das amerikanische Auskunftssystem nicht so sehr von der Presse beansprucht wird wie das schwedische, hängt mit dem Antragsverfahren zusammen, dessen Langwierigkeit sich mit den Erfordernissen einer aktuellen Presseberichtserstattung nicht verträgt. Die schwedische Regelung ist unmittelbar anwendbar, weil sie alle öffentlichen Institutionen umfaßt, und damit vor allem auch die kommunale Ebene, auf der eine räumliche Nähe der Bürger zu den Institutionen und ein allgemeines Interesse auch an Detailfragen der Verwaltung eher gegeben sind.

Berücksichtigt man die genannten Erfahrungen, so ergibt sich eine Reihe von wichtigen Anregungen für die Bundesrepublik Deutschland, die insbesondere für das Konzept der sozialen Demokratie befruchtend wirken können. In den USA ist es weniger die Anwendungsbreite als die Bereitschaft, das Öffentlichkeitsprinzip in die Regierungs- und Verwaltungspraxis einzubauen, die hervorgehoben zu werden verdient. Die schwedischen Erfahrungen könnten dagegen eher als in den Grundzügen nachahmenswertes Vorbild angesehen werden.

Aus den schwedischen und amerikanischen Erfahrungen ergeben sich folgende Schlußfolgerungen, die bei einer Übertragung des Öffentlichkeitsprinzips auf die deutsche Verwaltung bedacht werden müssen:

- ① Zu berücksichtigen ist, daß die verschiedenen Formen von Öffentlichkeitsgrundsätzen sehr stark mit den demokratischen Kulturtraditionen der jeweiligen Länder zusammenhängen. Daraus ergibt sich, daß eine bloße Übertragung von Beispielen aus anderen Ländern bei uns kaum möglich ist. Der Regierungs- und Verwaltungsaufbau und das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland muß als Grundlage genommen werden, um Anpassungsmöglichkeiten an im Prinzip wünschenswerte Öffentlichkeitsgrundsätze

anderer zu prüfen.

- ② Die größere Informationsoffenheit in einigen anderen Ländern sollte uns zunächst daran erinnern, daß es in der Bundesrepublik Deutschland noch an einem umfassenderen Informationsrecht selbst der Parlamente fehlt. Zwar wurden in den letzten Jahren in Bund und Ländern die Rechte der parlamentarischen Petitionsausschüsse erweitert, die ein unmittelbares Zugriffsrecht auf Informationen aus der Regierungsverwaltung erhielten. Im Zuge weiterer Überlegungen einer Parlamentsreform wäre zu überdenken, solche unmittelbaren Zugriffsmöglichkeiten auf das Parlament und seine Ausschüsse auszudehnen. Es gibt keinen vernünftigen Grund in einer parlamentarischen Demokratie, z. B. im Auftrag der Regierung erstellte wissenschaftliche Gutachten dem Parlament ebenfalls nicht zur Verfügung zu stellen.
- ③ Von vielen Konflikten um Planungsvorhaben vor allem auf der kommunalen Ebene wissen wir, daß die Gemeinderäte oftmals die gleichen Informationsdefizite haben wie Bürgerinitiativen. Ein verstärkter Öffentlichkeitsgrundsatz wäre vor allem für die kommunale Ebene zu empfehlen und für die Ebene der Regierungspräsidien in den Bundesländern. Zahlreiche Konflikte um Straßenbauprojekte könnten rationaler ausgetragen werden, wenn es eine frühzeitige Information Beteiligter und Betroffener geben würde.
- ④ Selbst wenn mit einem verstärkten Öffentlichkeitsgrundsatz nur erreicht würde, daß die Berichterstattungsmöglichkeit der Presse verbessert wird, würde sich ein solcher Versuch zur Belebung lokaler Demokratie lohnen.
- ⑤ Die Einseitigkeit der Inanspruchnahme von Informationsrechten, wie sie in den USA festzustellen ist, wäre in unserer politischen Kultur nicht zu erwarten. Im Gegensatz zu den USA gibt es bei uns eine entwickelte Parteiendemokratie mit Parteigliederungen auf jeder Ebene, und darüber hinaus ein breitgefächertes Organisations-Vereins- und Verbändewesen, das in den politischen Entscheidungsprozeß integriert ist. Allein dies würde gewährleisten, daß nicht überwiegend nur Wirtschaftsunternehmen die Informationsrechte in Anspruch nehmen. Man kann also davon ausgehen, daß die Demokratisierungswirkung bei uns größer wäre als in den USA, die im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland inzwischen eine sehr viel labilere Demokratie haben. Ohne Zweifel ist aber das von den schwe-

dischen Sozialdemokraten geschaffene politische System Schwedens demokratisch stabiler als das der Bundesrepublik Deutschland. Dies hängt natürlich nicht allein, aber auch mit einem weiteren Öffentlichkeitsgrundsatz zusammen.

Es scheint also insgesamt empfehlenswert, das Thema einer größeren Öffentlichkeit des Verwaltungshandelns aufzugreifen und zum Bestandteil von Überlegungen zum Konzept der sozialen Demokratie der SPD zu machen.

Fritz Mohrmann: Planung und öffentliche Verwaltung

Fritz Mohrmann, Jahrgang 1923, ist Referent im Bundesverkehrsministerium, dem der Schiffsmaschinenbauingenieur seit 1962 angehört. Veröffentlichungen: „Modellvorstellungen für ein oberstes Ziel der menschlichen Gesellschaft“ in: Analysen und Prognosen, Heft 46.

Leistungsfähige Methoden der systematischen Entscheidungsvorbereitung sind in den meisten Bereichen der öffentlichen Verwaltung entweder nicht bekannt, oder sie werden aus den verschiedensten Gründen nicht angewendet. Oft durchschaut man nicht einmal die grundlegenden Zusammenhänge (Kosten-Leistungen-Wirkungen-Nutzen-Wertebilanz). Das Normalverfahren ist folgendes:

Ein Mangel taucht auf und wird als Problem erkannt. Hierfür wird eine Maßnahme gesucht, die den Mangel möglichst zuverlässig beseitigt. Eine solche Maßnahme wird vorgeschlagen in der Erwartung, nach ihrer Durchführung den ordnungsgemäßen Zustand wieder hergestellt und das Problem „vom Tisch“ zu haben.

Dieses Vorgehen ist übernommen aus der Hoheitsverwaltung, wie sie schon zu Zeiten des Kaiserreiches praktiziert worden ist. Es beachtet nicht oder nur unzulänglich die aus unserem Demokratieverständnis abgeleitete Forderung nach Optimierung für Bürger und Gesellschaft und berücksichtigt in der Durchführung nicht alle möglichen Alternativen, Nebenwirkungen und die Bilanz der Vor- und Nachteile.

Obwohl es in den meisten Fällen genügend Zeit für eine systematische Planung gibt, wird gehandelt wie in einer Gefahrensituation: es muß so schnell wie möglich eine Reaktion erfolgen, die erfahrungsgemäß Abhilfe (Rettung) verspricht. Oft nutzen dabei die Verwaltungsstellen – bewußt oder unbewußt – ihr Planungsmonopol, um eigene Wunsch-Lösungen durchzusetzen: Bis zu dem Termin, zu dem die

Entscheidung ansteht, wird nur die von ihnen favorisierte Alternative entscheidungs- und durchführungsreife vorbereitet.

Diese Verhaltensweise der Verwaltung und ihr teilweise ungerechtfertigter Einfluß bereiten dem Entscheider vielfach Schwierigkeiten. Das intuitive, auf persönlichen Meinungen und persönlichem Informationsvorsprung beruhende Vorgehen kann ihm jedoch auch Vorteile bringen. Denn eine gute, systematische Entscheidungsvorbereitung läßt die zweckmäßige Entscheidung häufig als so selbstverständlich erscheinen, daß der Entscheider kaum noch eine Möglichkeit findet, sich hierbei als kraftvolle Persönlichkeit mit großem Durchsetzungsvermögen darzustellen oder Erfolgsergebnisse aus der gewonnenen Auseinandersetzung mit anderen zu bekommen.

Probleme der einzelnen Planungsphasen

Im einzelnen läßt sich zu den Problemen der Planung folgendes sagen:

a) Ermittlung der Leistungen und Kosten

Die Leistungen, aus denen eine Maßnahme besteht, kann die Verwaltung in der Regel recht gut ermitteln und beschreiben. Ungenauigkeiten beruhen in erster Linie auf objektiven Unsicherheiten (nicht beschaffbare Informationen). Vor allem für technische Vorhaben ist die Leistungsbeschreibung weit entwickelt. Hier treibt die Verwaltung, zumindest im Verhältnis zur Behandlung der Wirtschaftlichkeitsfragen, einen großen Aufwand – sicherlich auch eine Folge der guten Kontrollierbarkeit und der intensiven Tätigkeit des Rechnungshofes in diesem Bereich.

Ein besonderes Problem liegt jedoch in der zweckmäßigen Einzelgestaltung von Maßnahmen, wie sie sich aus den Anforderungen (technisch, betrieblich, organisatorisch) von Fachleuten ergibt. Dabei bieten sich der Verwaltung große Möglichkeiten, durch einseitige Vorgaben und überzogene Forderungen die Entscheidung in Richtung ihrer Wunschlösung zu steuern. Insbesondere wenn Sicherheitsaspekte im

Vordergrund stehen, muß sich dann der Entscheider vielfach machtlos den Vorschlägen der Fachbereiche beugen. Ansatzpunkte für Verbesserungen sind hier in einer transparenteren Planung (Statistiken und Erfolgskontrolle) und einer effektiveren Planungsorganisation (Gruppenarbeit mit Wettbewerbseffekten) zu sehen.

Bei der Kostenermittlung gibt es ähnliche Probleme. Auch wenn ab und an Pannen auftreten, sind die Kosten durchweg brauchbar zu bestimmen. Ungenauigkeiten der Kostenkalkulation beruhen meistens mehr auf der Stützung favorisierter Lösungen als auf echter Unkenntnis. Schwierigkeiten ergeben sich jedoch bei der Kostenermittlung für verwaltungs-eigene Leistungen, wenn eine Leistungs- und Kostenrechnung der Verwaltung fehlt.

b) Bestimmung der Wirkungen

Alle Wirkungen einer Maßnahme zu erfassen, setzt den vollständigen Überblick über den betroffenen Bereich und über dessen Wirkungszusammenhänge voraus. Die notwendige Aufteilung der Verwaltungsaufgaben auf Fachbereiche engt jedoch den Überblick und das Interesse an fachfremden Wirkungen bei den Planern ein.

So fühlt sich z. B. ein Wegebauer zunächst nicht zuständig für die Abhängigkeit des menschlichen Wohlbefindens vom Geräuschpegel oder der CO-Konzentration, und er interessiert sich weniger hierfür als für die Verkehrsfunktionen des Weges. Es ist aus dieser Sicht verständlich, wenn er die Wirkungen seiner Maßnahmen auf Geräuschpegel und Luftverunreinigung zunächst nicht berücksichtigt.

Hinzu kommt, daß es in vielen Bereichen noch einer großen Entwicklungsarbeit bedarf, um die methodischen und technischen Probleme einer genauen zahlenmäßigen Bestimmung der Wirkungen und Nebenwirkungen einer Maßnahme zu lösen, und daß es in der Regel einen großen Aufwand verursacht, alle benötigten Informationen zu beschaffen und zu verarbeiten. Beide Faktoren, Methodenproblematik und Informationswesen, werden jedoch im Laufe der Zeit wegen des ständigen wissenschaftlichen Fortschrittes und der rasanten technischen Entwicklung immer geringere Schwierigkeiten bereiten. Die Entscheider sollten daher von der Entscheidungsvorbereitung ständig umfassendere und genauere Aussagen über die Wirkungen vorgeschlagener Maßnahmen verlangen.

Da viele Maßnahmen der öffentlichen Hand langfristig wirken, sind Prognose und Szenario für die öffentliche Planung besonders bedeutsam. Damit ge-

winnen auch die Faktoren Unsicherheit und Risiko an Gewicht. Dies wird in der Entscheidungsvorbereitung selten konkret aufgezeigt. Sensitivitätsanalysen und Erwartungwertberechnungen sind immer noch Ausnahmen.

c) Bewertung der Wirkungen von Maßnahmen

In der Phase der Entscheidungsvorbereitung zeigen sich vor allem folgende Schwierigkeiten:

- Außer dem Marktpreis (und daraus zulässig abgeleiteten Preisen) gibt es keinen Wertmaßstab, der das Werte-Berechnungsverfahren selbst wertneutral beläßt.
- Vorschriften, die als vorweggenommene Bewertung unzulässige Negativ-Effekte von Maßnahmen verhindern sollen, sind zwar im allgemeinen gut anwendbar, können aber im Regelfall nicht zu optimalen Lösungen führen.
- Andere Zielvorgaben, an denen die Vor- und Nachteile von Maßnahmewirkungen gemessen werden können, gibt es höchstens in Ausnahmefällen. Sie lassen sich als Zahlengrößen im allgemeinen nur für eine oder wenige dominante Forderungen/Ziele angeben.
- Der Politiker als Entscheider kann zwar in allgemeinen qualitativen Zielvorgaben seine wichtigen Gesichtspunkte und Vorstellungen für die Bewertung von Maßnahmewirkungen herausstellen, er kann jedoch deren sachgerechte und sinngemäße Anwendung in der Regel nicht durchdrücken, da ihm hierfür die Motivationsmittel fehlen.
- Nutzwertanalysen und Entscheidungstabellen sind gute Hilfsmittel, um die Entscheidungsvorbereitung zu systematisieren und transparenter zu machen, sie stellen aber trotz Zahlenangaben und Berechnungsverfahren individuelle Bewertungen dar.

Der Politiker muß daher in Kauf nehmen, daß ihm zu viele unwichtige Entscheidungen abverlangt werden, oder aber nicht gesichert ist, daß die Bewertungen seinen Vorstellungen entsprechen.

Sonderprobleme

Eine generelle Schwäche der Entscheidungsvorbereitung besteht darin, daß die bei gleichartigen oder ähnlichen Entscheidungen der Vergangenheit angefallenen Informationen und Erfahrungswerte meistens nicht oder nicht in der richtigen Weise festgehalten werden und der neuen Planung damit nicht zur Verfügung stehen. Der große Fortschritt im Bereich der Wissenschaft und der Technologie, der sich vor allem auf eine solche systematische Nutzung

angefallener Informationen und Erfahrungswerte stützt, findet daher im Bereich der Entscheidungsprozesse der Verwaltung – von Ausnahmen abgesehen – keine Parallele.

Wie bereits erwähnt, üben vor allem bei langfristig wirkenden Maßnahmen die Faktoren Unsicherheit und Risiko einen großen Einfluß auf die Entscheidung aus. Hierbei kann man unterscheiden zwischen Unsicherheit, die sich aus einem unvollkommenen Informationsstand ergibt, aber durch weitere Erhebungen abbauen läßt, und echtem Risiko, bei dem die Zukunftsentwicklung eines Faktors rein zufallsabhängig ist und auch durch zusätzlichen Aufwand nicht geklärt werden kann.

Bei Unsicherheit kommt es darauf an, zwischen dem Vorteil, den bessere Informationen liefern, und dem Nachteil, den die verzögerte Nutzung der Maßnahme und der Erhebungsaufwand bringen, abzuwägen. Da eine brauchbare Werte-Bilanz meistens nicht vorliegt, und der Nachteil einer verzögerten Nutzung damit nicht konkret sichtbar wird, versucht die Verwaltung stets „auf der sicheren Seite zu liegen“ und alle Unsicherheiten zu klären. Hierzu trägt auch die Art der Kontrolle durch den Rechnungshof bei, der vornehmlich nach formalen Kriterien prüft. Das einzig sichere an diesem Vorgehen besteht im übrigen darin, daß das Optimum auf diese Weise nicht erreichbar ist.

Die Probleme des Risikos behandelt die Verwaltung ebenfalls nicht unter dem sachlichen Optimierungsgesichtspunkt. Die hierfür anzuwendenden Verfahren sind in der Regel nicht bekannt. Das Problem wird meist durch Verdrängung gelöst, d. h. es wird unsichtbar gemacht, indem man nur mit voller (Zustand tritt ein) oder mit keiner Wahrscheinlichkeit (Zustand tritt nicht ein) rechnet.

Entscheidung und Maßnahmendurchführung

Die Folgen dieser vielen ungelösten Probleme und Unzulänglichkeiten zeigen sich in der Arbeitsweise der Verwaltung. In der Regel beschreibt die Verwaltung ihre Entscheidungsvorschläge nur mit Worten (verbal). Da eine sachgerechte Entscheidung Kenntnis der Sachverhalte, der Sachverhaltsbeurteilung, der (technischen, betrieblichen, organisatorischen) Möglichkeiten, der Zukunftserwartungen, des Planungsprozesses und der Bewertungsgesichtspunkte voraussetzt, bedeutet das bei größeren Maßnahmen ein sehr großes Informationsvolumen. Dabei kann die verbale Beschreibung, die Informationsinhalte nur sehr aufwendig darzustellen vermag, zwangsläufig nur einen Extrakt der komplizierten Zusammen-

hänge bringen. Lediglich die nach Ansicht der Verwaltung wesentlichen Aussagen erscheinen in dem Entscheidungsvorschlag. Nicht alle bedeutsamen Sachverhalte, nicht alle möglichen Alternativen, nicht alle Wirkungen, nicht alle Bewertungsgesichtspunkte können gebracht werden, vielmehr findet im Prozeß der Entscheidungsvorbereitung eine laufende Verdichtung auf eine Lösung hin statt. Dieses Vorgehen entspricht alter Tradition: Ein Vorschlag soll kurz, klar, eindeutig und durchführbar sein. So zweckmäßig dies für alltägliche Routineentscheidungen sein mag, so unzulänglich ist es für große, bedeutsame Vorhaben, die einer sorgfältigen Optimierung bedürften. Denn dieses Vorgehen enthält dem Entscheider wichtige Informationen vor (auch vorhandene) und erlaubt ihm nicht, seine Wertvorstellungen sachgerecht in die Entscheidung einzubringen.

Hinzu kommt, daß jede Hierarchiestufe, die einen Entscheidungsvorschlag weitergibt, sich auf eine Lösung einigt, d. h. der Vorschlag ist de facto eine anonyme – teilweise erzwungene – Gruppenentscheidung. Die individuellen Annahmen, Schätzungen und Wertungen der Beteiligten werden nicht oder nur unzulänglich sichtbar. Der Entscheider erkennt dann nicht die Bandbreite der Beurteilungen und erhält oft ein falsches Bild über die Sicherheit und Qualität der Entscheidungsvorbereitung. Der Politiker kann seine Entscheider-Funktionen daher meistens nur unzulänglich wahrnehmen.

Verbesserungen sind möglich durch die sachgerechte Anwendung von Nutzwertanalysen und Entscheidungstabellen. Dies setzt jedoch voraus, daß alle Beteiligten das Funktionieren dieser Methoden kennen und den Wert der Aussagen beurteilen können.

Auch sollte folgendes berücksichtigt werden: Die Gesamtentscheidung über ein größeres Vorhaben stützt sich auf viele wichtige Vorentscheidungen ab. Insbesondere gehören hierzu die Bestimmung der technisch-betrieblichen Anforderungen und die Detailgestaltung der infragekommenden Lösungen. Wegen des großen und meist nicht steuerbaren Einflusses dieser Vorentscheidungen auf die Gesamtentscheidung darf die Verantwortung für die Vorentscheidungen nicht in der Anonymität einer Dienststelle oder Gruppe untergehen. Vielmehr sollte jeder Fachmann für die von ihm eingebrachten Beiträge geradestehen. Bei der Festlegung von Forderungen, Annahmen oder Schätzungen sollten daher mehrere sachkundige Personen sich nicht auf einen Wert einigen, sondern jeder unter seinem Namen seinen Wert

beitragen. Damit wird einerseits die Bandbreite als Ausdruck der Sicherheit/Unsicherheit einer Aussage erkennbar, zum anderen nach einer Ergebniskontrolle die Qualität des einzelnen Schätzers beurteilbar, d. h. der sachkundige Schätzer wird sich weniger leicht durch Wunschvorstellungen beeinflussen lassen.

Letztlich ist auch auf die besonderen Schwierigkeiten und Probleme zu verweisen, die sich aus dem Pluralismus unserer Gesellschaftsordnung und der notwendigen Abstimmung mit anderen politischen Instanzen ergeben und die oft zum Aushandeln eines Kompromisses führen.

Vielfach besteht Unklarheit darüber, daß es Aufgabe der Verwaltung ist, nach dem Schema: Kosten/Leistungen/Wirkungen/Nutzen möglichst konkrete, durchschaubare und mit Zahlenwerten beschriebene Planungsunterlagen zu erstellen, und daß es Aufgabe des Politikers ist, nach seinen Vorstellungen die Bewertungen vorzunehmen und häufig notgedrungen eine erkannte Bestlösung in einen weniger guten Kompromiß zu überführen. Die fortschrittlichen, nach modernen Methoden der Entscheidungsvorbereitung (Kosten-Nutzen-Analysen, Nutzwertanalysen, Entscheidungstabellen) planenden Mitarbeiter sind dann enttäuscht, wenn ihr mit großem Engagement und fachlichem Können erarbeiteter und mit objektiven Zahlen belegter Entscheidungsvorschlag aus politischen Gründen verändert oder „verwässert“ wird. Besonders nachteilig wirkt sich dabei aus, daß die konservativ nach alter Tradition arbeitenden Mitarbeiter dies als Beweis für den Unsinn der neuen Verfahren und als Bestätigung ihrer Arbeitsweise sehen.

Vielfach besteht in der Verwaltung noch die Vorstellung, man könne die vielen Schwierigkeiten, die eine systematische Entscheidungsvorbereitung vor allem bei der Ermittlung aller Maßnahmewirkungen und bei der Bewertung bereitet – verstärkt noch durch die Forderung, viele Alternativen zu untersuchen –, durch einfache pragmatische Entscheidungen umgehen und das Problem der komplizierten, nicht einfach erfäßbaren und berechenbaren Wirkungszusammenhänge einer Maßnahme damit entfallen lassen. Die vorher errechnete Bewertung wird mit der Durchführung einer Maßnahme zu einer realisierten Bewertung, wobei die Deckung um so besser ist, je besser die Planung alle Maßnahmewirkungen und alle Wertveränderungen richtig erfaßt hat. Die Durchführung einer Maßnahme ist ein umfassender und meist komplizierter Bewertungsakt.

Die Schwächen der Verwaltungsplanung, den Zu-

sammenhang von Kosten, Leistungen, Wirkungen und Nutzen nicht eindeutig – zumindest nicht zahlenmäßig – beschreiben zu können, wirken sich auch in der Realisierungs- und Durchführungsphase einer Maßnahme nachteilig aus. Es gibt heute kaum noch Großprojekte, die sich ohne Schwierigkeiten in der vorgesehenen Weise realisieren lassen und die in dieser Phase nicht durch Änderung der Randbedingungen beeinflußt werden. Da die Verwaltung nicht in der Lage ist, aus einer jeweiligen neuen Situation heraus sofort die optimale Anpassung (ggf. mit der Einstellung des Vorhabens) zu finden, legt sie großen Wert auf endgültige unumstößliche Entscheidungen von höchster Stelle. Diese Starrheit in der Ausführung mindert jedoch die Chance, optimale Ergebnisse zu erreichen.

Große Schwierigkeiten bei der Durchführung bedeutender Investitionsmaßnahmen bereiten auch die Aktionen von Bürgerinitiativen oder rechtliche Einsprüche von Betroffenen, die meist zu langwierigen Prozessen führen. Die hierbei sehr wichtige Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen der Maßnahme, dem die Nachteile der Betroffenen gegenüberzustellen sind, kann die Verwaltung in den meisten Fällen nicht konkret beantworten, da die übliche Planung diese Aussagen (zahlenmäßige Werte-Bilanz) nicht liefert.



SICHERHEITSPOLITIK

Christian Krause: Der sicherheitspolitische Nutzen der Bundeswehr

Brigadegeneral a. D. Christian Krause, Jahrgang 1918, war seit 1936 Berufssoldat. Nach Krieg und Gefangenschaft war er als Landarbeiter, Verlagsangestellter und Redakteur tätig, bevor er in die Bundeswehr eintrat. Der Sozialdemokrat Christian Krause ist seit seiner Pensionierung freier Journalist und Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung. Veröffentlichungen: Studien bei der FES und Zeitschriftenartikel (s. a. NG 10/80).

Die Finanzierungslücke beim Kampfflugzeug Tornado ist symptomatisch dafür, daß die Bundeswehrrüstung, so wie sie jetzt geplant ist, das finanzielle Leistungsvermögen der Republik übersteigt. Auch für andere Rüstungsprojekte werden demnächst Milliarden-Summen fällig, über deren Deckung sich die Regierung Sorgen machen muß. Außerdem ist noch ungeklärt, wie hoch der deutsche Anteil an der Finanzierung von Pershing II und den Cruise Missiles sein wird und welche Kosten die Bundeswehr für den „Host Nation Support“ übernehmen muß, worunter die Auslagerung und Pflege von Gerät für weitere amerikanische Kampftruppen in Europa zu verstehen ist, die im Spannungsfalle eingeflogen werden sollen.

Das Problem kann nur in zwei Schritten gelöst werden. Fürs erste wird es darum gehen, den gegenwärtigen Engpaß zu überwinden, wobei kaum etwas anderes übrigbleibt, als einzelne Programme zu kürzen oder zu strecken und auf andere ganz zu verzichten. Doch für die neunziger Jahre wird die Rüstungsplanung der Bundeswehr grundsätzlich neu geordnet werden müssen. Man wird nicht umhinkommen, sich auf die Grundlagen unserer Sicherheitspolitik zu besinnen und von dort her eine Rangordnung der militärischen Aufgaben festzulegen. Dabei wird sich erweisen, daß es in der Rüstung manchen Wildwuchs gibt, der ohne Schaden für unsere Sicherheit gestutzt werden kann. Dieser Aufgabe werden sich die Planer des Verteidigungsministeriums auf einigen Klausuren im März zu unterziehen haben.

Auf Kriegsverhinderung kommt es an

Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik muß auf Kriegsverhinderung abgestellt sein und nicht auf Kriegführung. Dafür sprechen neben politisch-moralischen Geboten auch praktische Erwägungen. Ganz gleich, ob ein Krieg in Mitteleuropa konventionell oder atomar ausgetragen wird, ein erheblicher Teil unserer Lebensgrundlagen würde vernichtet werden. Es sei nur daran erinnert, daß innerhalb eines Streifens von 100 km Breite entlang der innerdeutschen Grenze, zahlreiche deutsche Großstädte und Industriezentren liegen, unter ihnen Hamburg. Sie und Millionen von Menschen würden unmittelbar von Kampfhandlungen betroffen sein und schwere Schäden und Verluste erleiden.

Kriegsverhinderung ist nicht nur Aufgabe der Entspannungspolitik. Durch militärische Maßnahmen kann man Krisen dämpfen und das Äußerste verhindern. Hier ist nicht die atomare Abschreckung gemeint, die ja vor Ausbruch eines Krieges nur verbal zum Ausdruck gebracht werden kann, ohne daß der Beweis erbracht ist, ob der Wille zum Einsatz atomarer Mittel wirklich besteht. Überzeugender ist es, wenn in Zeiten krisenhafter Entwicklungen die Abwehrbereitschaft durch den Aufmarsch von Truppen physisch sichtbar gemacht wird. Konkret ausgedrückt: Falls ein Angriff droht, müssen die NATO-Streitkräfte am Ostrand der Bundesrepublik ihre Einsatzräume beziehen und sich zur Verteidigung einrichten. In dem Beitrag zu dieser Aufgabe liegt der höchste sicherheitspolitische Nutzen der Bundeswehr.

Direktverteidigung und vorbedachte Eskalation

Diese Art der Verteidigung wird im Rahmen der NATO-Strategie „Direktverteidigung“ (direct defense) genannt. Ihr Ziel ist es, eine physische Barriere aus starker Kampfkraft zu errichten, die jeden Angriff zum unkalkulierbaren Risiko macht. Die nächste Stufe der NATO-Strategie ist die „Vorbedachte Eskalation“ (deliberate escalation), die erst nach Ausbruch eines Krieges angewendet werden kann. Durch die Androhung atomarer Vergeltung oder einer Ausweitung des Krieges durch Luftkriegs- und Seekriegsoperationen soll dem Gegner gezeigt werden, daß der Erfolg seines Angriffes in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden Schäden steht, die er dafür hinnehmen muß. Die entscheidenden Mittel für die „Vorbedachte Eskalation“ befinden sich im U.S.-Potential. Der deutsche Beitrag war immer nur marginal. Für die Direktverteidigung braucht man ausreichende Landstreitkräfte, die schon im Frieden

präsent sind und ihre Einsatzbereitschaft schnell herstellen können; davon stellt die Bundeswehr in Mitteleuropa 50 %. Dazu kommen taktische Luftstreitkräfte, die die Direktverteidigung unterstützen und gegebenenfalls leichte Seestreitkräfte, die den Schutz der Küsten übernehmen. Für den Luft- und Seekrieg im Rahmen der Eskalation werden größere Waffensysteme mit hochgezüchteter Technik gebraucht, die hohe Angriffsqualitäten besitzen.

In der Rüstung der Bundeswehr wurden bisher beide Ziele verfolgt, wobei allerdings die Mittelzuteilung für die Eskalation höher war als die für die Direktverteidigung. Auf die Direktverteidigung war in erster Linie das Heer angesetzt. Es hatte den Auftrag, zusammen mit den alliierten Landstreitkräften, die Landfront zwischen Ostsee und Alpen zu verteidigen. Auch Teile der Luftwaffe und der Marine sollten die Direktverteidigung unterstützen. Beide Teilstreitkräfte hatten aber auch Aufträge, die darüber hinausgingen. Die Luftwaffe war z. B. auch auf die Luftkriegführung im feindlichen Luftraum und auf eine Beteiligung an der atomaren Eskalation eingestellt. Die Marine hatte an der Verteidigung der baltischen Meerengen und an der Sicherung der Nordsee mitzuwirken; neuerdings wurde ihr Operationsgebiet sogar noch weiter nach Norden ausgedehnt.

Gerade die Aufgaben, die über die Direktverteidigung hinausgingen, erwiesen sich für die Bundeswehr als kostenträchtig. Dazu nur ein Beispiel: „Tornado“ ist ein typisches Flugzeug für den Luftkrieg und die atomare Eskalation und hat für die Direktverteidigung kaum Bedeutung. Die 322 „Tornado“, die die Bundeswehr für Luftwaffe und Marine bestellt hat, kosten aber mehr, als alle gepanzerten Fahrzeuge des Heeres zusammen. An diesem Beispiel zeigt sich, daß sicherheitspolitische Priorität und Mittelverteilung nicht übereinstimmen.

Was „Tornado“ so teuer macht, sind Avionik und Elektronik, die das Flugzeug befähigen, die feindliche Abwehr zu durchbrechen und Ziele im gegnerischen Hinterland zu bekämpfen. Ein Teil dieser Ziele, wie Elb-Brücken oder Flugplätze, sind aber ortsfest und könnten nach dem heutigen Stand der Technik zuverlässiger und weniger kostspielig durch Raketen ausgeschaltet werden.

Bei der Marine entstehen die kostenträchtigen Investitionen nicht durch die Mittel zur Verteidigung des Küstenvorfeldes in der Ostsee, sondern durch Zerstörer und Fregatten für den Seekrieg. In der Ostsee werden nur Schnellboote und andere kleine Einheiten gebraucht. Über die Umstände eines Seekrieges in der Nordsee läßt sich aber streiten, da die

Sowjets nicht eine einzige Küste dieses Randmeeres in Besitz haben und eindringende sowjetische Schiffe der Luftheerschaft durch die NATO ausgesetzt sind.

Die Bundesrepublik kann allerdings nicht alle Aufgaben, die über die Direktverteidigung hinausgehen, künftig aus der Bundeswehrplanung streichen. Neben den USA ist sie unter den Mitgliedstaaten der NATO der wirtschaftlich leistungsfähigste Partner und muß bereit sein, mehr Pflichten als andere zu übernehmen. Außerdem muß sie, wegen ihrer Lage im Zentrum Europas und ihrer Bindung an Berlin, mehr als andere an der Funktionsfähigkeit der NATO-Verteidigung interessiert sein. Nur sollte sich die Priorität der Direktverteidigung klarer als bisher bei der Verteilung der Investitionsmittel auswirken.

Wieviele Kräfte braucht man für die Direktverteidigung?

Wenn man die Mittel kalkulieren will, die für die Direktverteidigung erforderlich sind, kann man sich an einen einfachen Grundsatz halten. Die Abwehr muß so stark sein, daß die Streitkräfte des Warschauer Paktes nicht aus dem Stand oder unter Heranführung ihrer stets einsatzbereiten Kräfte zu einem Angriffserfolg kommen können. Der Ostblock muß zur vollen Mobilmachung und dem damit verbundenen strategischen Risiko eines Weltkrieges gezwungen sein. Mehr kann die NATO mit militärischen Mitteln nicht erreichen.

Um diese Kalkulation zu erleichtern, muß auf eine Grundregel von Angriff und Verteidigung eingegangen werden: Der Verteidiger nutzt seine Kräfte am rationellsten aus, wenn er mit ihnen eine zusammenhängende Front bildet, die über ausreichende Feuerkraft und angemessene Reserven verfügt. Sind diese Bedingungen erfüllt – dann kann nach den unbestrittenen Erfahrungsregeln der Kriegführung der Angriff eines dreifach überlegenen Gegners erfolgreich abgewiesen werden. Nach dem Urteil namhafter deutscher Experten ist die NATO derzeit stark genug, um zwischen Ostsee und Alpen eine zusammenhängende Front zu bilden.

Wo liegt nun das Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt tatsächlich? Ist es größer als 1:3? Gewöhnlich wird davon ausgegangen, der Warschauer Pakt sei an konventionellen Kräften der NATO so überlegen, daß er jederzeit zum Angriff antreten kann. Greift man auf die Zahlen zurück, die der Westen bei den Truppenreduzierungsverhandlungen in Wien präsentiert hat, so ergibt sich ein anderes Bild. Der Westen sieht nämlich, gemessen an der Kopffzahl der Soldaten, nur eine Überlegenheit der Landstreitkräfte des Warschauer Paktes in Mitteleu-

ropa von 1,2 : 1, sie ist also weit von 3 : 1 entfernt. Diese Rechnung ist jedoch unvollkommen, da in Wien die sowjetischen Divisionen nicht erfaßt werden, die in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion stehen und einen hohen Grad der Einsatzbereitschaft besitzen sollen. Man kann ihre Stärke mit maximal 550 000 Mann beziffern. Zählt man sie auf östlicher Seite hinzu, so wächst die Überlegenheit auf 1,9 : 1 und liegt noch immer weit unter 3 : 1. Die Kräfte, die der Warschauer Pakt in Europa ständig unter Waffen hat, reichen also allein nicht aus, um die Abwehrfront der NATO mit Aussicht auf Erfolg anzugreifen oder umgekehrt: die Direktverteidigung der NATO ist in ihrer derzeitigen Art und Stärke fähig, den Ostblock von einem Angriff abzuhalten – es sei denn, er macht erhebliche Kräfte zusätzlich mobil.

Wenn die NATO allerdings die Truppen nicht mehr aufbringen könnte, um eine zusammenhängende Abwehrfront zu bilden, dann lägen die Dinge anders und die Relation von 3 : 1 würde nicht mehr gelten, weil viele Vorteile der Verteidigung verloren gingen. Daraus ergibt sich das zwingende Gebot für den Westen, die Landstreitkräfte auf einem Stand zu halten, der die Bildung einer zusammenhängenden Front auf der ganzen geographischen Breite Mitteleuropas erlaubt.

Daß über das Kräfteverhältnis oft abweichend geurteilt wird, liegt an der Übung, statt mit Kopfstärken, mit Divisions- oder Panzerzahlen zu operieren. Auf diese Weise kommt man rein rechnerisch leicht zur Überlegenheit von 3 : 1 oder mehr. Die Sowjets haben aber keineswegs das Geheimnis entdeckt, pro Kopf der Soldaten mehr Kampfkraft zu erzeugen als die NATO, sondern die östlichen Divisionen sind kleiner und haben personelle Lücken. Die höhere Panzerzahl bei weniger Menschen hat zur Folge, daß die Truppenteile mit schwerem Gerät überladen sind. Das führt zu Schwächen, die sich besonders im Angriff zeigen dürften, nämlich sie verschleiß sich schneller im Kampf und haben eine kürzere Reichweite als die NATO-Verbände. Man nennt diesen Typ auch Einweg- oder Wegwerf-Divisionen. Vergleiche von Divisions- und Panzerzahlen sind kaum geeignet, das wahre Kräfteverhältnis widerzugeben.

Folgerungen für die Struktur der neunziger Jahre

So wie Friedenserhaltung die erste sicherheitspolitische Priorität besitzt, muß der Direktverteidigung die erste Priorität bei der Bundeswehrplanung eingeräumt werden. Das bedeutet, daß die Heeresstruktur 4 nicht angetastet werden darf. Die Bundesregierung

wird aber auch sehr hellhörig darauf achten müssen, ob etwa andere NATO-Partner Landstreitkräfte aus Europa abziehen wollen. Eine der kriegsverhindernden Wirkungen der Direktverteidigung liegt ja darin, daß die westlichen Atommächte, vor allem die USA, an ihr namhaft beteiligt sind. Ferner darf der Mangel an präsenten Kräften niemals so weit fortschreiten, daß der Zusammenhang der Front nicht mehr gewahrt werden kann.

Die Frage, ob die Kräfte der NATO in Mitteleuropa verstärkt werden müssen, sollte man unter dem Gesichtspunkt beurteilen, ob der Warschauer Pakt seine Kräfte verstärkt. Solange das nicht der Fall ist, sollte auf dem Vorhaben keine hohe Priorität liegen.

Die notwendige Senkung der Rüstungskosten wird dadurch zu erreichen sein, daß Luftwaffe und Marine in erster Linie auf die Mittel für die Direktverteidigung beschränkt werden. Man sollte sehr überlegen, ob „Tornado“ noch einen Nachfolger haben muß. Auch die Anschaffung weiterer Zerstörer oder Fregatten für die Marine ist nicht vorrangig, ganz zu schweigen von dem amerikanischen Vorschlag, die Bundeswehr solle sich an dem Projekt eines europäischen Flugzeugträgers beteiligen. Aber auch das Heer sollte darüber nachdenken, ob nach Leopard II die Panzerentwicklung nicht besser zu Gunsten einer billigeren Panzerabwehr abgebrochen werden soll.

Man sollte sich auch nicht scheuen, selbst die Frage der taktischen Atomwaffen neu zu durchdenken. Fast alle Wirkungen, die man einst von ihnen auf militärischem Gebiet erwartete, können heute durch moderne nichtatomare Präzisionswaffen erzielt werden. Atomwaffen sollten, solange sie nicht abgeschafft werden können, auf die Rolle als politische Waffen zur Abschreckung und Vergeltung beschränkt werden.

Der Schwerpunkt der Waffenentwicklung sollte von den Angriffswaffen früherer Epochen der Kriegführung mehr und mehr auf Abwehrwaffen übergehen, die billiger sind und die eindeutig die defensive Richtung der eigenen Sicherheitspolitik beweisen. Freilich wäre damit die Abkehr von mancher lieb gewordenen Tradition verbunden, und es dürfte nicht leicht sein, gegen konservative Neigungen anzukommen. Doch was Einsicht und Überzeugungskraft nicht zuwege bringen, wird die Finanzlage des Bundes erzwingen. Das Schlimmste wäre, wenn die Weichenstellung zu spät oder nicht konsequent genug erfolgt. Dann könnte es dazu kommen, daß die Bundeswehr trotz hoher Kosten vielleicht noch Beiträge zur Kriegführung leisten kann, aber ihrer Aufgabe, einen Krieg zu verhindern, nicht mehr gerecht wird.

Archiv für Sozial geschichte

Beihefte

Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung in
Zusammenarbeit mit dem
Institut für Sozialgeschichte
Braunschweig-Bonn

Redaktion: Dieter Dowe
(Schriftleitung), Kurt
Klotzbach, Hans Pelger

**Verlag
Neue Gesellschaft**

Neue Bibliographien in der Reihe
Beihefte zum Archiv für Sozialgeschichte

Beiheft 2:

Kurt Klotzbach

**Bibliographie zur Geschichte der deutschen
Arbeiterbewegung 1914–1945**

Sozialdemokratie, Freie Gewerkschaften, Christlich-
Soziale Bewegungen, Kommunistische Bewegungen
und linke Splittergruppen

Mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung.
Dritte, wesentlich erweiterte und verbesserte Auflage,
bearbeitet von Volker Mettig

394 Seiten. Broschiert 65,— DM

ISBN 3-87831-181-8

Beiheft 6:

Klaus Günther/Kurt Thomas Schmitz

**SPD, KPD/DKP, DGB in den Westzonen und in der
Bundesrepublik Deutschland
Eine Bibliographie**

Zweite, wesentlich erweiterte und verbesserte Auflage,
bearbeitet von Volker Mettig

222 Seiten. Broschiert 35,— DM

ISBN 3-87831-228-8

Beiheft 8:

Klaus Tenfelde/Gerhard A. Ritter (Hg.)

**Bibliographie zur Geschichte der deutschen
Arbeiterbewegung und Arbeiterbewegung
1863 bis 1914**

Berichtszeitraum 1945 bis 1975

Mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung

687 Seiten. Broschiert 86,— DM

ISBN 3-87831-324-1

Beiheft 9:

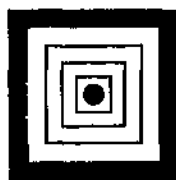
Bert Andréas

**Ferdinand Lassalle — Allgemeiner Deutscher
Arbeiterverein**

Bibliographie ihrer Schriften und der Literatur über
sie 1840–1975

295 Seiten. Broschiert 40,— DM

ISBN 3-87831-336-6



Heinz Rapp: Zwischen Tagespolitik und Grundsatzprogramm – Die Arbeit der Grundwerte- kommission der SPD

Heinz Rapp, Jahrgang 1924, wurde nach Volksschule, Banklehre und Abitur als Externer 1951 Inspektor bei der Landeszentralbank Baden-Württemberg und 1963 Bundesbankdirektor. Seit 1972 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Heinz Rapp ist stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission beim SPD-Partei Vorstand und Mitglied des Parteirats. Veröffentlichungen u. a. in NG 12/77, 7/79, 8/79, 6/80 und 1/81 (I. Teil dieses Artikels).

II.

2. Die Schrift „Grundwerte in einer gefährdeten Welt“ hat die ab etwa 1975 in und zwischen den Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen aufgekommene „Grundwertediskussion“ intensiviert und inhaltlich erheblich beeinflusst. In den Kirchen, insbesondere in der katholischen Kirche, wurde aus dieser Veröffentlichung der Grundwertekommission (GWK) vor allem das Stichwort „Sinnkrise“ aufgenommen, wobei (mit zum Teil fehlgehenden Schuldzuweisungen) angebliche oder vermeintliche die Sinnkrise auslösende politische Fehlentwicklungen beklagt, aber aus der Sicht und aus der Glaubensüberzeugung der Kirche auch Antworten auf die Frage nach dem „Sinn“ gegeben wurden. Die Grundwertekommission hat diese Beiträge aufmerksam verfolgt; es kam zu Gesprächen mit Theologen, die nach beidseitigem Bekunden fruchtbar waren. Hier ist nicht der Ort, die „Grundwertedebatte“ der letzten Jahre nachzuzeichnen – dazu würden auch gehören die prinzipiellen (aber das Grundwerteverständnis der SPD denn doch nicht treffenden) Einwendungen gegen die Wert-Philosophie, die insbesondere von evangelischen Theologen und von Vertretern des kritischen Rationalismus artikuliert wurden.

In all diesen Diskussionen ist es zu Mißverständnissen und Scheinkontroversen immer wieder deshalb gekommen, weil die verschiedenen Denkrichtungen

je ihre eigene Begrifflichkeit mitbrachten; insbesondere mußte die GWK zur Kenntnis nehmen, daß es der SPD offensichtlich nicht gelungen war, ihr kategoriales Verständnis der Grundwerte des demokratischen Sozialismus in die Sprache anderer Denkrichtungen hinein zu vermitteln. Ihre zweite Veröffentlichung „Grundwerte und Grundrechte“ (Januar 1979) sollte diesen Mangel beheben: „... Mißverständnisse haben sich immer wieder daraus ergeben, daß ... mit den gleichen Ausdrücken unterschiedliche Begriffsinhalte verbunden wurden. Dies ist dann der Fall, wenn der Ausdruck ‚Grundwerte‘ unterschiedslos sowohl für die von allen getragenen Wertentscheidungen gebraucht wird, die in unsere Verfassung eingegangen sind, als auch für Ziele und Maßstäbe, denen konkurrierende politische und gesellschaftliche Gruppen ... folgen.“

Es ist schwierig, über den kurzen und sehr dichten Text von „Grundwerte und Grundrechte“ hier zu berichten, ohne ihn in Gänze zu zitieren; es sollen deshalb thesenartig nur die wichtigsten Aussagen festgehalten werden.

● „Die Grundwerte des demokratischen Sozialismus – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – sind Maßstäbe für individuelles Handeln, für die Bewertung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und für das politische Wollen, das diese Wirklichkeit verändernd gestaltet.“ Die Partei verpflichtet auf diese Grundwerte, nicht aber auf eine bestimmte Begründung und Ableitung der Grundwerte aus einer „fundamentalen Wertüberzeugung“ (Religion, Weltanschauung, philosophische Ethik); damit würde sie den Bereich des Abstimmbaren überschreiten, d. h. die einer demokratischen Partei gezogene Grenze verletzen. Und ich füge hinzu: In den aufgezeigten Maßstab-Funktionen sind die Grundwerte einsichtig, plausibel und akzeptabel genug; sie bedürfen nicht des Hintergrunds einer parteiverbindlichen Wertethik zur Bestimmung des „Wesens“ der Grundwerte.

● „Es gilt zu unterscheiden zwischen den verbindlichen Grundrechten des Grundgesetzes, wertbezogenen Ordnungsprinzipien der Verfassung (z. B. Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung), wertbezogenen Institutionen (z. B. Familie, Staat), Rechtsgütern (z. B. Leben, Gesundheit, Freizügigkeit), Tugenden (z. B. Rechtlichkeit, Zivilcourage, Offenheit, Toleranz) und den Grundwerten der demokratischen Parteien (Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität).“ Der Grundwertbegriff der Parteien genießt selbstverständlich keinen Gebrauchsschutz – es ist demgemäß erforderlich, ihn im Gespräch mit Partnern, die den Begriff anders verstehen, in deren

Sprache zu übersetzen. Die Hervorhebung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als „Grundwerte des demokratischen Sozialismus“ bedeutet in keiner Weise Geringschätzung oder gar Abwertung der wertbezogenen Rechte, Institutionen, Rechtsgüter und Tugenden, die in der Sprache anderer Gruppen als „Grundwerte“ bezeichnet werden: Sie sind vorausgesetzt. Die historische Begründung der Trias Freiheit-Gerechtigkeit-Solidarität, ihre Herkunft aus der französischen Revolution, liegt offen zutage; die systematische Hervorhebung sehe ich darin begründet, daß Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im politischen Prozeß ihrer Verwirklichung sich nicht nur komplementär verhalten, sondern in Konkurrenz und Widerspruch treten können, wobei es dann auf die Rangigkeit der Grundwerte in ihrem Verhältnis zueinander ankommt.

● „Die demokratische Verfassung... ist möglich geworden, weil die Grundwerte der wichtigen politischen Kräfte in entscheidenden Bereichen übereinstimmen. Die Demokratie bleibt lebendig, solange die Parteien auf diesem Boden unterschiedliche Vorstellungen zur demokratischen Entscheidung stellen können.“ Demokratie bewegt sich in der Dialektik von Konsens und Konflikt. „Gäbe es keine Übereinstimmung im Grundwertebereich, so wäre die freiheitliche Verfassung nicht lebensfähig; gäbe es eine vollständige Übereinstimmung, so könnte Demokratie sich nicht entfalten.“

● „Das Godesberger Programm hat sich die Anerkennung der Grundrechte (des Grundgesetzes) als objektiver Wertentscheidungen und konstitutiver Bestimmungen des rechtsstaatlichen Gemeinwesens zu eigen gemacht:

„Die Grundrechte sollen nicht nur die Freiheit des einzelnen gegenüber dem Staat sichern, sie sollen als gemeinschaftsbildende Rechte den Staat mitbegründen.“

Die Verfassung des Grundgesetzes ist nicht nur eine formale Ordnung, nicht nur ein System von Verfahrensregeln, sondern eine materielle, auf Werte gegründete und auf Wertentfaltung angelegte Ordnung.“

● Wie die Grundrechte der Verfassung bedürfen die Grundwerte des demokratischen Sozialismus der Entfaltung in der Geschichte, der Aktualisierung und Bewährung im Lebensprozeß der Gesellschaft. Dabei sind die Grundwerte der SPD mit den Verfassungsgrundsätzen nicht identisch und gehen nicht in ihnen auf. „Die Verfassung will und kann keine perfekte und vollständige Regelung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens sein; unsere Politik ist da-

her auch nicht einfach Verfassungsvollzug. Vielmehr steckt die Verfassung den Rahmen ab, der von den Parteien auf unterschiedliche Weise gefüllt wird. Insofern führen die Grundwerte über die Grundrechte hinaus. Das Grundgesetz fordert die politischen Parteien auf, auf seinem Boden alternative Gemeinwohlkonzeptionen zu erarbeiten..., die immer ‚ein Entwurf auf das Ganze hin‘ (Adolf Arndt) sein sollen.“

● Staat und Gesellschaft können nicht „reinlich unterschieden“ werden. Der moderne Staat kann nicht umhin, auf den gesellschaftlichen Wertefundus einzuwirken. Zwischen der staatlichen Rechtsordnung und dem gesellschaftlichen Wertemilieu besteht ein Wechselverhältnis (Akzeptanz der Rechtsordnung einerseits, Einwirkung der Rechtsordnung auf das Wertemilieu andererseits). Der weltanschaulich neutrale Staat ist nicht wertneutral.

● „Eines der bedeutsamsten – werthafsten! – Strukturprinzipien der Verfassung ist es, den Bürgern und den pluralen gesellschaftlichen Gruppen Räume für die Entfaltung, Wahrung und Verwirklichung ihres eigenen Ethos zu geben. Das Grundgesetz will die offene Gesellschaft. Die SPD, die sich in ihrem Grundsatzprogramm zum Pluralismus bekennt, bejaht das Vorhandensein und die Geltung solcher konkurrierender Normen. Sie nimmt aus diesen pluralistischen Prozessen Impulse auf und wirkt durch das Angebot ihres Grundwerteverständnisses prägend darauf zurück.“

In weiteren Darlegungen wird in „Grundwerte und Grundrechte“ die geschichtliche Entwicklung des sozialdemokratischen Grundwerteverständnisses nachgezeichnet. Dabei wird deutlich, daß es neben dem „Denkstrang“ der naturgesetzlichen Entwicklung der Geschichte (des „wissenschaftlichen“ Sozialismus, dem im Godesberger Programm eine Absage erteilt wurde) in der Partei von Anfang an auch einen solchen des ethischen Sozialismus gegeben hat, dessen Postulate damals nicht als „Grundwerte“, sondern unter dem Begriff der „Prinzipien“ eingeführt waren.

3. Zu ihrer dritten (im Januar 1980 vorgelegten) Veröffentlichung „Zur politischen Kultur in der Demokratie“ sah sich die Grundwertekommission durch „Signale“ veranlaßt, die – nach dreißig Jahren der Bewährung und der Stabilisierung der Demokratie in der Bundesrepublik – „zur Beunruhigung Anlaß geben“:

▷ Immer weniger Bürger arbeiten aktiv in den Parteien und Verbänden mit; die wenigen Aktiven sind mit Aufgaben überhäuft.

- ▷ Bei vielen Bürgern verstärkt sich der Eindruck, daß die Parteien häufig nur im Blick auf die jeweils anstehende Wahl taktieren, Programme und politische Grundsätze werden nicht ernst genommen – die Parteien präsentieren Politik als ein System von Sachzwängen. Insbesondere junge Leute vermissen Zukunftsperspektiven und beklagen die Verengung der Politik auf wirtschaftliche Abläufe und Interessen.
- ▷ Kontroverse Diskussionen innerhalb der Parteien werden als Disziplinlosigkeit oder Führungsschwäche denunziert und personalisiert. Die Medien, aber auch die Parteien selbst neigen dazu, neue Ideen zu ignorieren oder in Außenseiterpositionen abzurufen.
- ▷ Oft dienen Sachfragen nur noch als „Transportmittel für ideologische Scheingefechte“ – als gehe es immer gleich um Freiheit oder Unfreiheit, Recht oder Unrecht, Verfassungstreue oder Verfassungsverrat. Die Parteien schöpfen zu wenig aus eigener programmatischer und politischer Substanz und bestreiten ihre Auseinandersetzungen mit Feindbildern, die sie sich nach ihren eigenen taktischen Bedürfnissen zurecht machen. Eben wegen dieser ideologischen Schaukämpfe werden Kompromisse schwieriger, werden Abstimmungsniederlagen nicht mehr demokratisch hingenommen.
- ▷ Die oft schematische und bürokratische Handhabung des Verfassungsschutzes führt dazu, daß junge Leute sich der Politik, nicht selten der Gesellschaft verweigern. Die Denunzierung „Radikaler“ schlechthin zu Verfassungsfeinden behindert argumentative Auseinandersetzungen.

Es gibt freilich Wandel der politischen Verhaltensweisen nicht nur zum Schlechteren hin:

- Viele versuchen, in Ehe, Familie, Beruf autoritäre Haltungen abzulegen und partizipative Lebensweisen zu praktizieren. Viele engagieren sich in gemeinwohlorientierten Bürgerinitiativen.
- In Gewerkschaften, Kirchen usw. nimmt die Diskussion über Fragen der politischen Orientierung an Breite und Tiefe zu. Eine wachsende Zahl von Menschen bekundet Sorge im Blick auf die Zukunftsfragen und die Probleme der Dritten Welt.

All dieser Wandel vollzieht sich unter den Jugendlichen mit besonderer Heftigkeit: Anfälligkeit für autoritäre Ideologien, Verlust der Zukunftssicherheit, Rückzug ins Private und mancherlei andere Fluchtbewegungen sind bei ihr ebenso festzustellen wie eine neue Sensibilität für die Bedingungen eines freieren, gerechteren und solidarischeren Lebens und Zu-

sammenlebens. Noch ist nicht zu sagen, wohin der Wandel der Verhaltensweisen letzten Endes führen wird.

Eingehend befaßt sich der Text mit den Ursachen der aufgezeigten Defizite:

- Noch wirkt nach, daß jahrhundertlang herrschaftliche und untertänige Verhaltensweisen die meisten Menschen von früher Kindheit an geprägt haben. Der politische Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg konnte nicht an eine lange Tradition funktionierender Demokratie anknüpfen. Die durch eine „Revolution von oben“ erreichte Reichsgründung mußte um die äußere Spaltung der Nation erkauft werden, der bald die innere folgte (Diskriminierung der Katholiken, Sozialistengesetz).
- Auch in dieser Tradition antirepublikanischen Denkens ist zu sehen, daß viele Bürger zur Politik und zum Staat nur eine passive Konsumentenhaltung entwickeln; daraus folgt dann wieder, daß Politiker und Verwaltungen sich für allein- und allzuständig in allen politischen Fragen halten. Viele verlassen sich auf den Staat, wo Selbst- und Nachbarschaftshilfe wirksamer wären. Staatsgläubigkeit, Subventionsmentalität, Auswucherung der öffentlichen Verwaltung und Staatsverdrossenheit bilden eine zusammenhängende Kette.
- „Der politische Stil einer falschen Professionalisierung, der Wertentscheidungen hinter angeblichen Sachzwängen verschwinden läßt, verdeckt Entscheidungsspielräume, die Ansätze für Bürgerengagement sein könnten.“ An die Stelle von Wertentscheidungen tritt zunehmend das scheinbar wertfreie Expertengespräch, das die Bürger aussperrt. Leider versagen nicht wenige Mandats- und Funktionsträger vor der Aufgabe der Vertrauens- und Überzeugungsarbeit, indem sie die Menschen entweder demagogisch unter- oder elitär überfordern.
- Demokratie beruht auf der Einsicht, daß es Mittel gibt, die jeden Zweck entheiligen. Politische Kultur ist auch der stets gefährdete Versuch, politische Machtkämpfe in Formen auszutragen, bei denen die Mittel dem Zweck angemessen sind. Seit geraumer Zeit wird der Machtkampf jedoch mit Mitteln der wissenschaftlichen Semantik und der Werbepsychologie ausgetragen; militaristische Vokabeln dringen in die politische Sprache ein, der Gegner wird zum „Feind“, von dem man sich ein in die taktischen Kalküle passendes Bild zurechtmacht. Machtverhältnisse und Machtkämpfe dürfen jedoch auch nicht verdeckt oder ideologisch kaschiert werden: Wer im Besitz unkontrollierter Macht ist, empfindet die Ausbreitung politischer Kultur meist als Bedrohung (Wider-

stand gegen reale Mitbestimmung, Widerstand vieler Männer gegen die ihnen zu heftig gewordene Forderung der Frauen nach Gleichberechtigung).

● Politische Meinungsunterschiede können so tiefgehend sein, daß die Auseinandersetzung zwischen den Parteien zur Polarisierung führt. Eine besondere Gefährdung der Demokratie aber ist in einer Polarisierung zwischen den Parteien zu sehen, der gar keine politische Substanz entspricht und bei der die ideologische Konfrontation nicht Ausdruck, sondern Ersatz für Sachkonflikte ist. Die Bürger fühlen sich getäuscht, wenn die Parteien nicht mehr im produktiven Wettbewerb voneinander lernen wollen, vielmehr gegen selbstgefertigte Zerrbilder der anderen Seite ankämpfen und dabei die tatsächlichen Gegensätze noch nicht einmal zur Sprache bringen. Die Menschen empfinden dann Politik als „schmutziges Geschäft“ und wenden sich – bestenfalls – alternativen Formen des politischen Engagements zu, von denen sie sich mehr Redlichkeit und Wahrhaftigkeit versprechen. Der Parteienkampf darf nie auf die – und sei es moralische – Vernichtung des Gegners abzielen; jede Partei muß vielmehr ein Interesse daran haben, daß die konkurrierenden Parteien intakt bleiben. Dies ist die Grundlage für das legitime Bestreben, stärker und besser zu sein als der Gegner. Auch die übermäßige Personalisierung von Sachkontroversen insbesondere durch die Medien, verschüttet Zugänge zur Erkenntnis tatsächlicher Alternativen. „Scheinpolarisierung unterstellt, es gäbe nur die Wahl zwischen voller Übereinstimmung oder totalem Konflikt; falsche Professionalisierung hält die Bürger aus den Konflikten heraus; die negative Wertung offener Auseinandersetzung in den Parteien bestätigt das harmonistische Vorurteil.“

● Leistungsdruck und geisttötende Monotonie in der Arbeitswelt, die Angst vor Arbeitslosigkeit und Dequalifizierung bestärken das Abhängigkeitsgefühl der Arbeitnehmer. Daher muß die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Unternehmen ausgebaut werden. „Unsere Demokratie kann nicht lebendiger, die Bereitschaft zu aktiver Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten nicht geweckt werden ohne den Demokratie-Ansatz in der Arbeitswelt.“

● Das Parteileben macht weithin den Eindruck einer in sich gekehrten Betriebsamkeit ohne Außenwirkung; systematische politische Bildungsarbeit und Meinungsbildung vor Ort sind selten. Dieses entmutigt, am Parteileben teilzunehmen. Für die Gewerkschaften gilt ähnliches.

● Politische Kultur wird nicht möglich sein ohne

kultivierte Politiker. Kaum ein Beruf ist so sehr der Gefahr der Deformierung ausgesetzt wie der des Politikers. Die ständige Überforderung in Bezug auf die an ihn gerichteten Erwartungen, die lähmende Schwerkraft der Routine, der notorische Mangel an Zeit zu eigenem Nachdenken und zur Pflege familiärer und menschlicher Beziehungen, die von den Medien ausgehende Versuchung zur Eitelkeit und zu übertriebener Imagepflege bringen manchen auf die schiefe Bahn eines öden Karrierismus; Kreativität und Originalität gehen verloren. Die dauernde Überforderung der Politiker ist ein Strukturproblem der Demokratie, dem mit individualistischen Appellen allein nicht beizukommen ist.

Kultur zeigt sich im Umgang von Menschen mit Menschen und mit Dingen. Die Formen des politischen Lebens sind ebenfalls Ausdruck von Kultur, sie sind niemals jenseits von Kultur. Demokratische politische Kultur meint die freie Teilhabe und Mitwirkung aller, und sie meint des weiteren den Willen eines jeden, die Freiheit des jeweils anderen auch als Garantie der eigenen Freiheit zu wahren. Politische Kultur ist nicht das Ganze der Kultur, wohl aber eine ihrer unverzichtbaren Komponenten. Der Begriff zielt keineswegs auf die Politisierung kultureller Lebensäußerungen oder auf ihre Indienstnahme für politische Zwecke, macht aber deutlich, daß alle kulturellen Lebensäußerungen politischen Bedingungen unterliegen und auf diese zurückwirken. In Deutschland wurde ein Begriff von Kultur tradiert, der diese um ihre gesellschaftliche und politische Dimension verkürzte. Ältere Demokratien haben einen umfassenderen, im guten und weiten Sinne politischen Begriff von Kultur; dort wird Kultur nicht hochmütig in Gegensatz zur Zivilisation gestellt.

Es ist die politische Kultur, die darüber entscheidet, ob die Menschen das in den demokratischen Institutionen der offenen Gesellschaft angelegte Angebot annehmen oder nicht. Den Parteien kommt eine besondere Verantwortung zu.

Politische Kultur in der Demokratie ist undenkbar ohne die aktive Teilhabe der Bürger, die in vielfältigen Formen denkbar ist. In den 60er Jahren scheint es einen Sprung nach vorne im Sinne der Verbreiterung und Vertiefung demokratischer Initiativen und herrschaftskritischer Haltungen gegeben zu haben. Freilich reichen auf Avantgarden beschränkte Aktivitäten nicht aus; es bedarf vielmehr der geduldrigen Umgestaltung des Sozialisations- und Bildungssystems. Die Anhebung des Bildungsniveaus und demokratisierende Verhaltensänderungen in der Arbeitswelt stehen in Wechselwirkung. Ebenso wie repressive Maßnah-

men und soziale Mißstände wirken z. B. auch umweltpolitische Fehlentwicklungen als Auslöser von Demokratisierungsprozessen. Bei alledem ist freilich nicht zu übersehen, daß der Partizipationsprozeß selbst wieder seinen eigenen Gefährdungen unterliegt. Das Grundproblem der Partizipation stellt sich immer wieder neu: Wie sind politische Legitimation, fachliche Kompetenz und Durchsichtigkeit der Verantwortung in Einklang zu bringen? Demokratie muß immer wieder zur Basis zurückfinden – und diese begegnet dem Politiker in der Pluralität der Interessen und Überzeugungen, der Verbände und Gruppierungen. Die zunehmende Verdichtung und Vernetzung dieser Strukturen sind ein für die Demokratie unverzichtbares Feld der Partizipation.

Staat und Gesellschaft sind vielfältig aufeinander angewiesen – damit verbunden aber ist auch die Gefahr von Interessenververflechtungen und Abhängigkeiten bis hin zur banalen Verfilzung. Konformitätsdruck und autoritäre Einstellungen können sich entwickeln, die jedes abweichende Verhalten ebnen. Verbände sind nicht zur Herrschaft berufen, sie sind nicht Richter, sondern Anwälte. Bei alledem muß man aufpassen, daß die nicht-organisierten Interessen nicht übersehen werden. „Das Bewußtsein, daß Politik und schon gar Parteipolitik nicht den ganzen Menschen ausmachen, muß gerade dann wachgehalten werden, wenn die unvermeidliche Politisierung des gesellschaftlichen Lebens in demokratischen Formen geschehen soll.“

Damit die demokratische Teilhabe der Frauen sich breiter entfalten kann, muß das Rollenverständnis des Mannes nicht weniger tiefgreifend verändert werden als das der Frau.

Konkurrierende Interessen und Überzeugungen sind als legitim und als belebende Herausforderung der eigenen Überzeugung zu verstehen – wo die Fähigkeit dazu verkümmert, kann die offene Gesellschaft keinen Bestand haben. Die Gefährdungen der offenen Gesellschaft scheinen zuzunehmen. So z. B. gibt es die Tendenz, zu bestreiten, daß der demokratische Gegner den Grundkonsens eben über die offene Gesellschaft ehrlich teilt. Die Forderung nach Erziehung zur Konfliktfähigkeit ist richtig und wichtig, wenn damit gemeint ist, Teilkonflikte als normal anzusehen und sie nach den Spielregeln der Demokratie auszutragen; eine einseitige Erziehung zum Konflikt hingegen unter Hintansetzung der Gemeinsamkeit und des Willens zur Verständigung kann jedoch zur Intoleranz führen.

Auf der anderen Seite ist die Tendenz nicht zu übersehen, das Feld der notwendigen Gemeinsam-

keiten zweckgerichtet so auszufüllen zu lassen, daß abweichende Argumente oder auch nur Fragestellungen als Störung des Grundkonsenses angeprangert werden können. In einem solchen Klima gedeiht der Verdacht, Probleme kämen erst dadurch in die Welt, daß sie formuliert werden. Wo der Konsens überbetont wird, können Teile der Bevölkerung von der politischen Meinungsbildung ausgesperrt werden.

Von dieser Gefahr ist auch die „Grundwertedebatte“ der letzten Jahren nicht frei geblieben: Die Grundwerte wurden von manchen schlechthin als Siegel der Beharrung mißdeutet. Sozialdemokraten wissen: Die Grundwerte des demokratischen Sozialismus sichern Grenzen ab, aber innerhalb der Grenzen sind sie Elemente der Mobilisierung und der Veränderung zum Besseren hin.

Demokratie ist nicht denkbar ohne Mehrheitsentscheidungen. Abstimmung und Mehrheitsentscheidung dienen nicht der Suche oder Durchsetzung von letzten Wahrheiten, sondern der politischen Gestaltung im Bereich des Vorletzten und der Begrenzung des dabei unerläßlichen Unterwerfungsleides. Demokratische Politik bewegt sich in den Bereichen des Abstimmbaren – die Grenzen dieses Bereichs zu wahren, gehört zur Grundtugend der Toleranz. In all diesen Beziehungen erfordert politische Kultur in Deutschland auch ein neues Nachdenken über den Stil der politischen Rede.

Zur demokratischen politischen Kultur gehört der Mut, Kritik an Bestehendem in Zukunftsentwürfen und diese in realisierbare Alternativen umzusetzen. Die Fähigkeit dazu bildet sich in der Teilnahme am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß heraus. Viele erwarten den Mut zur konkreten Utopie gerade von der SPD. Gewiß muß die dazu führende Meinungs- und Willensbildung in einer Begrifflichkeit geschehen, die den Blick auf die Wirklichkeit freigibt – und ihn nicht geradezu verstellt wie die oft in diffamierender Absicht betriebene Unterscheidung zwischen „Praktikern“ und „Theoretikern“. „Politische Kultur ist darauf angewiesen, daß praktisches politisches Handeln theoriebezogen ist und daß politische Theorie sich immer in der Auseinandersetzung mit der Praxis bewähren und korrigieren muß.“ Kontinuierliche und damit verlässliche Politik ist undenkbar ohne Bezug auf Grundwerte, Grundsätze und Programme.

Unter der Kapitelüberschrift „Was muß sich ändern?“ schreibt der Text sodann zunächst den Sozialdemokraten selbst einiges ins Stammbuch: Mutiger die Zukunftsaufgaben angehen; sich selbst und das eigene Verhalten bewußt an den Grundwerten

und Programmen messen; Forum für kontroverse Diskussionen sein; die Bürger teilnehmen lassen und sie so zur Lösung ihrer Probleme befähigen; ohne Scheu vor vermeidbaren Konflikten für die Interessen der Abhängigen und der Benachteiligten Partei ergreifen; dem Abbau der inneren Liberalität im Lande widerstehen und den Raum der Liberalität erweitern (gleichwohl jedoch undemokratische Ideologien beim Namen nennen und sich von ihnen abgrenzen); Wahlkämpfe argumentativ bestreiten; die eigene Bildungsarbeit erheblich verstärken; die Parteiarbeit vor Erstarrung in Routine und Selbstgenügsamkeit bewahren; dafür sorgen, daß Theorie und Praxis, Programm und Organisation, politische Forderung und persönliches Verhalten eine Einheit bilden.

Die offene Gesellschaft setzt Bürger voraus, die ihrer Umwelt offen begegnen: eigenverantwortlich, fähig, Veränderungen der Realität zu erkennen und neue Erfahrungen zu verarbeiten, fähig auch, entgegengesetzte Meinungen anzuhören, die eigene Überzeugung unter den Vorbehalt des Irrtums zu stellen und eigene Irrtümer zu korrigieren; sie setzt Parteimitglieder voraus, die Interessen und Überzeugungen aus ihrem gesellschaftlichen Umfeld in die Partei einbringen, die die Tätigkeit ihrer Parteiführungen ebenso kritisch wie loyal begleiten – und sie setzt Parteiführungen voraus, die Kritik nicht als Störung, sondern als Herausforderung verstehen.

Offenheit sollte auch den Stil prägen, in dem die Parteien miteinander umgehen. Die Parteien sollten sich nicht in den Zwang ständiger Rechthaberei bringen. Sie sollten Seismographen und Organisatoren für neue Bedürfnisse und neue Ideen sein. Ihr Ringen um die Macht muß als ein Ringen um bessere Alternativen erkennbar sein; das Gegenteil wäre das abstrakte und abgekartete Spiel zwischen verfestigten Machtinteressen. Bürgernähe kann nicht bedeuten, daß Spitzenpolitiker sich leutselig zum Bürger herablassen, um ihm in der Bürokratie verfestigte Konzepte nahezubringen. Nur wenn die Parteien und die Parlamentarier die in der Bevölkerung wachsende

Sorge um die Zukunft auf sich wirken lassen und aufnehmen und die Menschen wirksamer als bisher an der Diskussion um die in Politik und Wirtschaft angemessenen Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft beteiligen, kann verhindert werden, daß mehr und mehr Menschen sich von den demokratischen Institutionen abwenden. Dabei müssen die Parteien sich hüten, sich allzuständig für alles und jedes zu wähnen.

Bürgerinitiativen können die Parteien ergänzen und korrigieren – sie können rascher und flexibler zugreifen. Politische Kultur ist immer auch Medienkultur – die Medien können politische Kultur fördern und Unkultur beim Namen nennen. „Politische Kultur muß sich in Menschen verkörpern, die sich der Politik verschrieben haben“. Der Politiker kann nicht alle Erwartungen erfüllen, die Erwartung der Glaubwürdigkeit aber muß er erfüllen. Dazu gehört auch, daß er seine Grenzen erkennt und sich zu seiner Irrtumsfähigkeit bekennt. Das Problem der in der Rollenstruktur des Abgeordneten eingetretenen Veränderungen bedarf vertiefter Aufmerksamkeit – die Gefahr des Verlusts seiner menschlichen Identität im politischen Getriebe ist nicht von der Hand zu weisen.

Zusammenfassend zitiert die Schrift der GWK „Zur politischen Kultur in der Demokratie“ das Godesberger Programm der SPD: „Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum Kulturstaat werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist des Menschen dient.“ Alle Bereiche der Politik sind in dem Maße Ausdruck der Kultur eines Volkes, in dem sie sich zum Ganzen eines Lebenszusammenhangs fügen, der die Personwürde aller in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zur Geltung bringt. Kulturelles Wachstum ist über materielles Wachstum hinaus möglich. Die Sozialdemokratie hat sich seit jeher als eine Kulturbewegung verstanden; und doch ist und bleibt die Pflege der politischen Kultur Aufgabe aller Demokraten.

Peter Lübke: Werden Stalins Schatten wieder länger? 25 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Dr. Peter Lübke, Jahrgang 1930, studierte in Berlin und Rostock, war Lektor in einem DDR-Verlag, lehrte an einer finnischen Universität und ist seit 1973 Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Veröffentlichungen u. a.: Der staatlich etablierte Sozialismus. Zur Kritik des staatsmonopolistischen Sozialismus (1975); Kommunismus und Sozialdemokratie (1978); Die kulturellen Auslandsbeziehungen der DDR (1980)

Unperson geworden im Machtbereich Breschnevs ist jener Nikita Chruschtschow, Jahrgang 1894, seit 1939 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU(B), seit Herbst 1953 sein Erster Sekretär, im Oktober 1964 gestürzt, 1971 verstorben, ohne Staatsbegräbnis beerdigt. Auf dem XX. Parteitag erklärte er im Februar 1956, Lenins Behauptung von der Unvermeidbarkeit des Krieges zwischen Kapitalismus und Sozialismus sei überholt; die gegensätzlichen Systeme könnten friedlich nebeneinander leben, vor allem im Wirtschaftswettstreit habe der Sozialismus seine Überlegenheit zu beweisen. Kommunistische Parteien hätten auch einen friedlichen Weg zum Sozialismus ins Auge zu fassen. Das waren neue Töne.

In der Nacht des 24. Februar wurden die Delegierten überraschend zu einer geschlossenen Sitzung des Kongresses zusammengerufen. Vier Stunden sprach ihr Parteiführer „Über den Personenkult und seine Folgen“. In der „Prawda“ vom 21. Dezember 1949 hatte Chruschtschow Stalin noch als „fürsorglichen Gärtner“ besungen, der „die Kinder im Geiste des flammenden Sowjetpatriotismus hegt und pflegt“. Jetzt klagte er den drei Jahre zuvor verstorbenen Generalsekretär an, er habe von 1966 Delegierten des XVII. Parteitages unter erfundenen Beschuldigungen 1108 liquidieren lassen. Chruschtschow berichtete von Massenunterdrückung, von barbarischen Folterungen, Hinrichtungen ohne Untersuchung und Gerichtsverfahren – auch gegen die Mehrheit der 139 Mitglieder und Kandidaten des 1934 gewählten Zentralkomitees. Eine millionenfache Tragödie verdeckte der dürre Satz: „Noch verbreiteter waren Rechtsbeugungen in der Provinz.“ In den Jahren 1937/1941 wurden Tausende Militärs, besonders solche, die in Spanien und China eingesetzt waren,

ermordet. Millionen Opfer während des II. Weltkrieges kamen auf die Rechnung des „Generalissimus“, der militärische Unternehmen am Globus plante. Völker wie Krimtataren und Wolgadeutsche (einschließlich der Mitglieder der KPdSU) ließ Stalin nach Sibirien verbringen. Nach dem Krieg wurde er, laut Chruschtschow, noch grausamer. Nur der Tod des Alleinherrschers im März 1953 verhinderte, daß Moskauer Prominentenärzte und Politbüromitglieder wie Mikojan oder Molotow Opfer des Stalinschen Verfolgungswahns wurden.

Der Mythos vom „weisen Führer aller Werktätigen“, vom „Vater der Völker“, vom „genialsten Heerführer in der Geschichte der Menschheit“, vom „größten Wissenschaftler aller Zeiten“ erlosch. Noch heute aber wird der Geheimbericht Chruschtschows den Bürgern der „Sozialistischen Staatengemeinschaft“ vorenthalten. Nur im Westen konnte er veröffentlicht werden. Die Erinnerung an den 25. Jahrestag des XX. Parteitags der Bolschewiki wird in der Sowjetunion und den von ihr abhängigen Ländern verdrängt.

Stalins Entthronung verwirrte die einen, sie erfüllte andere mit Hoffnung. Chruschtschow hatte seinen Vorgänger vor allem mit psychologischem Maßstab gemessen. Seine Anschuldigungen liefen auf den Vorwurf des „Personenkults“ hinaus. Von Stalinismus sprach Chruschtschow ebensowenig, wie gar seine Nachfolger es tun. Der Personenkult jedoch war nur eines der Ergebnisse, nicht etwa die Ursache der geschilderten Zustände. Den gesellschaftlichen Nährboden freizulegen, der Stalins Allmacht ermöglichte, hätte nicht nur gefordert, eigene Mitschuld zu bekennen, sondern auch, nach der Rechtmäßigkeit selbsternannter Herrschaft, nach der Legitimität des gesamten Apparates zu fragen.

Wie eng Chruschtschow 1956 den Rahmen seiner Abrechnung zog, geht schon daraus hervor, daß er die Millionen verschleppter, verhungerten, getöteten Bauern der Jahre 1929/1933 nicht erwähnte. Das hätte eine Erörterung der Kollektivierung der Landwirtschaft heraufbeschoren. Chruschtschow verunglimpfte (ähnlich wie noch die „Prawda“ vom 21.12.1979 anlässlich des 100. Geburtstags Stalins) Lenins Kampfgefährten Sinowjew, Bucharin und Trotzki – gut stalinistisch – weiterhin als „Feinde“. Sie hatten an den Grundlagen jenes Systems, das einen Stalin gebar, kräftig mitgewirkt. Erst als sie vom Kreml-Nero auf die Verliererstraße gedrängt waren, wurden sie einsichtiger, wem sie als Steigbügelhalter gedient hatten. Stalin schickte Sinowjew 1936 als „konterrevolutionären terroristischen Ver-

schwörer“, Bucharin 1938 als „faschistischen Spion“ und „terroristischen Diversanten“ nach Schauprozessen in den Tod. Der zum Judas umgeschminkte Trotzki wurde 1940 im mexikanischen Exil durch einen Beauftragten des sowjetischen Geheimdienstes ermordet. Auch über die ausländischen Kommunisten, Emigranten und Mitarbeiter der Komintern, die in der Sowjetunion in den dreißiger Jahren ums Leben kamen, schwieg Chruschtschow. Als Schlußfolgerung bleibt: Stalin ließ mehr Kommunisten umbringen als Hitler, Mussolini und Franco zusammen.

Es versteht sich, daß Chruschtschow weder 1956 noch später auf gemeuchelte russische Sozialdemokraten auch nur eine Silbe verschwendete. Im März 1931 z. B. wurden in Moskau 14 menschwistische „Schädlinge“, die angeblich ein „Unionsbüro“ gebildet hatten, um im Auftrag der „Sozialistischen Arbeiter-Internationale“ eine „bewaffnete Intervention“ gegen die UdSSR vorzubereiten, in einem Schauprozess „schuldigt“ gesprochen.

Der Chruschtschow-Führung gelang es, durch ihren Vorstoß auf dem XX. Parteitag Rivalen im Kampf um die Macht auszuschalten. Sie kam zum anderen dem ureigenen Bedürfnis auch hoher Funktionäre nach Schutz vor Willkür entgegen und schuf sich schließlich freiere Hände, die eigene Innen- und Außenpolitik besser auf die Notwendigkeiten der Zeit einzustimmen. Niemals aber wandte sie sich an das Volk, versuchte sie gar, die Sowjets zu echten Volksvertretungen zu machen. All ihre Reformansätze erschöpften sich darin, die verschiedenen Apparate zu modernisieren. Chruschtschow wollte die USA „einholen und überholen“ (Ulbricht später die Bundesrepublik „überholen, ohne einzuholen“) – jedoch nicht etwa hinsichtlich demokratischer Freiheiten, sondern in der Pro-Kopf-Produktion. Schon halbherzige Reformen blieben stecken. Sie vermochten die Anteilnahme der Arbeiter und Bauern nicht zu wecken, da diese von der Entscheidungsfindung nach wie vor weitestgehend ausgeschlossen blieben. Hinzuzufügen ist, daß eine selbstbestimmungsfördernde Absicht beim Einleiten der verschiedenen „Kampagnen“ auch nie bestand. Die von Chruschtschows sprunghaften Experimenten und Entscheidungen in der (Land-)Wirtschafts- und Außenpolitik verunsicherte Bürokratie, deren Umbildung er nicht schaffte, stürzte schließlich den vom Personenkult Angekränkelten.

Die Auseinandersetzungen, die vor 25 Jahren eingeleitet wurden, zeigten Siege und Niederlagen. Das Millionenheer der Arbeitssklaven aus dem „Archipel

Gulag“, Kulis für die „Großbauten des Kommunismus“, wurde aufgelöst. Die Rechtssicherheit wuchs. Heute gibt es „nur“ etwa 10 000 Gewissensgefangene in Besserungsarbeitskolonien und psychiatrischen Sonderanstalten. Das ist schlimm, aber nicht schlimmer. Der sowjetische Arbeitssoldat, der sich im Monat öfter als dreimal um mehr als 20 Minuten verspätete, konnte fristlos entlassen und in ein Lager eingewiesen werden. Er wurde im April 1956 aus dieser Zwangsjacke befreit und erhielt das Kündigungsrecht zurück. 1956 wurden für den Kolchosbauern die Steuern auf sein Privatland ermäßigt; ihm wurde die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, seinen Acker etwas zu vergrößern. 1958 wurde die Naturalerfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse abgelöst durch den staatlichen Ankauf zu Einheitspreisen. Der Lebensstandard insgesamt konnte langsam angehoben werden. Erst seit 1974 aber erhielten die Kolchosniki Inlandpässe, die, trotz allgemeiner polizeilicher Meldepflicht bei länger als drei Tage währenden Besuchen, doch die formale Voraussetzung zum Verlassen ihres Dorfes boten. 1962 erschien in „Nowy Mir“ Solschenyzins Erzählung „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“. Das „Tauwetter“ in der Kulturpolitik mußte allerdings bald neuen Frostschüben weichen.

Die eine Kirche, deren Oberpriester sich als Wahrer reiner Lehre aufspielten, brach unwiderruflich in mehrere Kirchen und Sekten auseinander. Die Vielfalt der Standorte kommunistischer Parteien hat 1948 nach dem Sieg des „Ketzers“ Tito, den Stalin mit einer Bewegung seines kleinen Fingers erledigen zu können glaubte, einen ihrer wirkungsträchtigsten Ausgangspunkte im XX. Parteitag der KPdSU. Palmiro Togliatti, 1964 verstorbener Generalsekretär der KP Italiens, forderte, obgleich er den sozialistischen Charakter des Sowjetsystems nie anzweifelte, bereits im Frühjahr 1956 die KPdSU-Führung auf, der „Verletzung der Leninschen Normen“ auf den Grund zu gehen – eine Forderung, die er zuletzt 1964 wiederholte und der die Angesprochenen sich bis heute nicht gestellt haben. Togliatti erklärte im Mai 1956, die internationale kommunistische Bewegung könne nicht mehr von einem Zentrum aus geführt werden.

Im Oktober 1956 gelang es den polnischen Kommunisten, gegen den Widerstand Moskaus Gomulka wieder als Ersten Sekretär des ZK einzusetzen. Die demokratische Regierung des Imre Nagy konnte im Herbst 1956 in Budapest nur mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergewalzt werden. Tito vermutete im November 1956, auch die Sowjetführer hätten jetzt begriffen, was getan werden müsse, so „daß die Er-

eignisse in Ungarn wahrscheinlich die letzte Tragödie sein werden“.

Die schlichte Wahrheit, auf die Karl Kautsky in seiner Auseinandersetzung mit Lenin bereits 1918 hinwies, nämlich daß Verstaatlichung nicht zwangsläufig die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung nach sich ziehe, entdeckten z. B. 1963 auf der Kafka-Konferenz in Liblice kommunistische Intellektuelle neu. Sie räumten ein, daß Entfremdung in der „Sozialistischen Staatengemeinschaft“ nicht überwunden sei.

In kommunistischen Parteien des Westens kehrte zögernd, in unterschiedlicher Stärke, aber unaufhaltsam der Grundsatz der Diskussion zurück. Die Wandlung dieser Parteien geht weiter. Der Glaube an unfehlbare Weisungen aus dem „Hauptquartier der Weltrevolution“ ist endgültig gestorben. Es entspann sich sogar ein Dialog zwischen (katholischen) Christen und Kommunisten, um den sich auf kommunistischer Seite Roger Garaudy, bis zu seinem Ausschluss aus der KP Frankreichs (1970) 14 Jahre Mitglied ihres Politbüros, verdient machte.

Der Prager Reformversuch des Systems an Haupt und Gliedern, der ohne Chruschtschows Vorstöße von 1956 kaum vorstellbar gewesen wäre, beflügelte alle Kräfte der Erneuerung. Breschnews Nacht- und Nebel-Aktion erstickte ihn. Dieser 21. August 1968 erwies sich für die kommunistische Bewegung von ähnlicher Tragweite wie der 4. August 1914 für die sozialdemokratischen Parteien Europas.

Der XX. Parteitag der KPdSU drängte Fragen nach Selbständigkeit und Entscheidungsfreiheit, nach der Beziehung von Sozialismus und Demokratie nachhaltig ins Bewußtsein. Die „brüderliche Hilfe“ der Sowjetpanzer in der ČSSR warf auch innerhalb kommunistischer Parteien das Problem auf, ob es sich bei den im Warschauer Pakt politisch-militärisch und im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ökonomisch zusammengeordneten Ländern überhaupt um sozialistische Staaten handelte – eine Frage, die Sozialdemokraten verneinen. Den antisozialistischen Charakter des Sowjetsystems analysierte beispielsweise der deshalb von Lenin zum „Verräter“ und „Lakaien der Bourgeoisie“ ernannte Kautsky schon gut dreieinhalb Jahrzehnte vor Chruschtschows Paukenschlag.

Es dauerte bis zum Oktober 1961, daß die Mumie Stalins aus dem Leninmausoleum entfernt und an der Kremismauer beigesetzt wurde. Breschnew freilich ließ dort 1970, vier Jahre nach Chruschtschows Sturz, eine Büste Stalins aufstellen. Wird Jewtuschenkos Warnung vom Oktober 1962, die Wachen

vor Stalins Grab „zu verdoppeln, zu verdreifachen“ dringlicher? Sprach das „Neue Deutschland“ zum 80. Geburtstag Stalins am 12. 12. 1959 von seinen „schweren Fehlern“, so ist auf den Tag 20 Jahre später im ND nur noch davon die Rede, daß er „durch Verletzung der Gesetzmäßigkeiten der sowjetischen Gesellschaft Schaden zugefügt hatte“.

Wer auf Moskaus Fahne schwört, hält immer noch an der (Selbst-)Täuschung von der allwissenden Partei und ihrer „führenden Rolle“ fest. Immer noch tritt der Marxismus-Leninismus, eine Ideologie, in der der Geist von Marx und Engels nicht mehr auffindbar ist, mit dem Anspruch auf, die alleinseligmachende Wahrheit zu verkörpern; Andersdenkende werden also weiterhin verfolgt und unterdrückt. Immer noch ist der „demokratische (sprich: bürokratische) Zentralismus“ das Organisationsprinzip der Gesellschaft. Wahlen haben nicht einmal den Charakter von Abstimmungen, sondern nur den von Zustimmung. Immer noch ist die Förderung des „weltrevolutionären Prozesses“, d. h. die Ausdehnung sowjetischen Einfluß- und Machtbereichs, erklärtes Ziel der Außenpolitik. Eine Gesellschaft zu errichten, in der, wie es im „Kommunistischen Manifest“ heißt, „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, davon ist nicht einmal mehr in Erbauungsstunden die Rede.

Doch der 1956 in Gang gekommene Prozeß hat seine eigene Logik. Er hat eine Art kommunistischen Reformismus eingeleitet. Wobei Unzufriedene in den Sowjetapparaten sicher Schwierigkeiten haben, sich Neues vorzustellen, da sie keine anderen Erfahrungen haben als die mit dem überkommenen System. Obgleich von völliger Rechtssicherheit noch nicht gesprochen werden kann, steht fest, daß der Sicherheitsdienst nicht mehr wie zu den Zeiten von Dzierżyński, Jagoda, Jeschow und Beria willkürlich mordet. Imre Nagy, der Führer der ungarischen Revolution, wurde – trotz der Zusicherung freien Geleits – 1958 erschossen und verscharrt. „Konterrevolutionär“ Dubček blieb 1968 am Leben. In der Blütezeit des Stalinismus wären Arbeiterführer wie Walesa schon vor Jahren deportiert, wenn nicht gleich liquidiert worden. Die Sowjetführung hat sich schließlich bereit gefunden, Sonderzüge der Warschauer-Paktstaaten zu dulden (z. B. bei den Ungarn deren Wirtschafts-, bei den Rumänen deren Außen-, bei den Polen deren Kirchenpolitik), solange diese auf ihre Sicherheitsbelange Rücksicht nehmen. Dieser innere Spielraum war noch in den 50er Jahren undenkbar. Oppositionelle werden nicht mehr kurzerhand liquidiert, sondern isoliert. Das Volk soll glauben, es sei

lörcht auszuscheren. Wobei etliche sicher kaum nachvollziehen können, weshalb ein so Bevorrechtigter wie Akademiestar Sacharow sich ständig Ungelegenheiten macht. Einzelkämpfer aber konnten früher nicht überleben. Auch das ist neu.

Der Staat bietet den Bürgern, die sich eine entsprechende Bildung aneignen, bessere Aufstiegsmöglichkeiten und abgestufte Vergünstigungen, wenn sie sich ins vorgegebene Korsett einpassen. Dieses Angebot entspannt gesellschaftliche Beziehungen unter der Voraussetzung, daß der stillschweigende Gesellschaftsvertrag eingehalten wird: „Wir sorgen dafür, daß es euch langsam besser geht; ihr aber habt das Maul zu halten.“ Erfüllen die Machthaber diesen Vertrag nicht, so entläßt sich angestauter Unmut wie 1980 in Danzig. Er wird schnell zum Flächenbrand. Die Polen haben eine Chance, ihr Land in Richtung einer demokratischeren Gesellschaft zu entwickeln, falls Reformkräfte auch in der Partei zum Zuge kommen. Weitere Schritte echten Wandels sind nur von innen her möglich. Unzufriedene Funktionäre stellen (sich) Fragen, ohne schon in jedem Fall Antworten zu haben. In Moskau fragt wohl mancher:

Wo sind die Millionen Kommunisten in aller Welt geblieben, die uns jahrzehntlang unterstützten? Gewalttätige Veränderungen sind weder in von der Sowjetunion abhängigen Ländern noch in der UdSSR selber vorstellbar. Der „Phönix“ einer – wie immer gearteten – pluralistischen Gesellschaft ist nicht zu erwarten. Der Weg in die Zukunft dürfte langwierig, widerspruchsvoll, nicht frei von Niederlagen sein.

Wie weit ist dieser Prozeß inzwischen gediehen? Unter dem Beifall der Delegierten des XXII. Parteitages der KPdSU – er setzte den Kurs des XX. fort – empfahl Chruschtschow im Oktober 1961, in Moskau ein Denkmal für „die Opfer der Willkür“ aus der Zeit des „Personenkults“ zu errichten. Diese Gedenkstätte wurde nie gebaut. Wohl aber entstand im Dezember 1980 in Danzig ein Mahnmal für die 1970 von der Miliz erschossenen Werft- und Hafenarbeiter. An der feierlichen Enthüllung nahmen nicht nur die Führer der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“, nicht nur katholische Bischöfe, sondern auch der Präsident der Volksrepublik Polen, Jablonski, teil. Stalins Schatten werden blasser.



SOCIALIST AFFAIRS

Willy Brandt, Michael Manley, François Mitterrand, Mário Soares, Bruno Kreisky, Shimon Peres, Clodomiro Almeyda...

a few of the recent contributors to 'Socialist Affairs', the journal of the Socialist International, of the world's socialist and social democratic parties

Indispensable reading for anyone interested in international political developments. Make sure of your copy by subscribing TODAY.

Annual subscription (six issues a year):
£10.00, US\$20.00 or Sw.Fr. 37.50 (surface)
£14.00, US\$28.00 or Sw.Fr. 52.50 (airmail)

I would like to subscribe to Socialist Affairs

Enclosed cheque for _____ £/US\$/Sw.Fr.
Cheques to Socialist International,
88a St. Johns Wood High Street,
London NW8 7SJ

Name _____

Address _____



**SOZIALISTISCHE
INTERNATIONALE**

Abschlußresolution des fünfzehnten Nachkriegskongresses der Sozialistischen Internationale

Die Sozialistische Internationale bekräftigt heute ihre Verpflichtung zu Frieden, Freiheit und Solidarität.

Am Beginn des neuen Jahrzehnts stellen sich die demokratischen Sozialisten der Herausforderung einer sich verschlechternden internationalen Situation, einer ökonomischen Krise und der Arbeitslosigkeit. Wir sind konfrontiert mit verschärfter internationaler Spannung, einem Anstieg des Wettrüstens und einer sich vertiefenden Kluft zwischen den industrialisierten Nationen des Nordens und den sich entwickelnden Nationen des Südens. Wir sind außerdem Zeugen eines rapiden Anwachsens der Verletzung von Menschenrechten.

Aber wir sind überzeugt, daß der demokratische Sozialismus neue Aussichten auf Frieden, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Demokratie und Menschenrechte eröffnen kann. Eine wesentliche Bedingung zur Erreichung dieser Ziele ist eine gerechte Verteilung des Reichtums zwischen Norden und Süden. Seit ihren Anfängen kämpft die Sozialistische Internationale für den Schutz der Menschenrechte, die für uns sowohl die traditionellen bürgerlichen Freiheiten als auch wirtschaftliche und soziale Rechte einschließen.

Die internationale Situation

Es ist klar, daß der Friede in der gegenwärtigen Situation ernsthafter gefährdet ist als zu irgendeiner Zeit in den zurückliegenden Jahren. Die Beziehungen zwischen den Supermächten haben sich arg verschlechtert. Neue Spannungs- und Konfliktherde sind in vielen Regionen der Welt entstanden.

Eine neue Eskalation des Wettrüstens zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion droht. Unglaublicherweise findet die Überzeugung, daß ein „begrenzter“ Nuklearkrieg gewinnbar sei, auf beiden Seiten Zustimmung.

Der Ausgang der letzten amerikanischen Wahlen

hat SALT II weiter aufs Spiel gesetzt. Nichtsdestotrotz erneuert die Sozialistische Internationale ihren Appell, den Vertrag zu ratifizieren und frühzeitig mit ernsthaften Verhandlungen über SALT III zu beginnen. Nicht so zu handeln würde negative Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit sowie auf Verhandlungen über die Begrenzung eurostrategischer Waffen in Europa haben und könnte zu einem weiteren Aufbau neuer sowjetischer Raketenysteme führen. Wir rufen beide Seiten dazu auf, eine neue Runde von Verhandlungen über die Begrenzung nuklearer Waffen zu beginnen.

Demokratische Sozialisten gehörten zu den Urhebern der Entspannung. Und wir bleiben überzeugt, daß es keine Alternative zum Entspannungsprozeß als dem Weg zu Frieden, Sicherheit und internationaler Zusammenarbeit gibt.

Wir betrachten den iranisch-irakischen Krieg als einen schweren Schlag für die Stabilität im Mittleren Osten und eine Bedrohung für die internationale Sicherheit. Er könnte die Friedensaussichten für alle Völker der Region zunichte machen. Wir appellieren an beide Seiten, die Kampfhandlungen einzustellen und an allen Vermittlungsbemühungen teilzunehmen.

Insbesondere plädieren wir dafür, daß die neue Initiative, die im Namen der Vereinten Nationen von Olof Palme geleitet wird, mit Offenheit und Kooperationsbereitschaft begrüßt werden möge. Mit Freude registriert die Sozialistische Internationale, daß unser schwedischer Genosse, einer der Vizepräsidenten dieser Organisation, für die Leitung dieser neuen Bemühung ausgewählt worden ist.

Ein Erfolg dieser Initiative wird von der Verpflichtung zur Nicht-Intervention, nicht nur seitens der Supermächte, sondern auch seitens der Länder der Region, abhängen.

Da sich die demokratischen Sozialisten zum Recht der Arbeiter, sich in freien und unabhängigen Gewerkschaften zu organisieren, bekennen, begrüßen wir die Anerkennung dieser Rechte in Polen. Wir betrachten dies als einen wichtigen Fortschritt hin auf wirtschaftliche und bürgerliche Rechte.

Wir beglückwünschen die Führung der „Solidarität“ zu dem Mut, den sie bewiesen hat. Wir begrüßen das pragmatische und realistische Entgegenkommen, das die Regierung bis jetzt gezeigt hat.

Wir bedauern die Abwesenheit von Vertretern der türkischen Republikanischen Volkspartei auf unserem Kongreß, die der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei zuzuschreiben ist. Die Ersetzung eines demokratischen Systems durch eine mili-

tärdiktatur muß von demokratischen Sozialisten stets verurteilt werden. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, daß die türkischen Generäle die Demokratie in diesem Lande wiederherstellen.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist nicht nur ein Meilenstein in der europäischen Nachkriegsgeschichte, sie ist auch von bleibender Bedeutung für den Prozeß der Friedenssicherung und den Fortgang der Entspannung in Europa. Die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki sind ungenügend erfüllt. Aber es ist unakzeptabel, daß Differenzen in Verfahrensfragen zu einer Zerstörung dieses wichtigen Instruments des Dialogs führen sollten. Auch wir sehen die Enttäuschungen und Schwierigkeiten, die mit diesem Prozeß verbunden sind. Aber ein schlichtes „No“ oder „Njet“ könnte uns in einen neuen kalten Krieg stürzen – mit all den fürchterlichen Risiken, die dies für die 80er Jahre mit sich bringt. Daher begrüßen wir die in Madrid erzielte Einigung über eine Tagesordnung für die Diskussion.

Wir glauben, daß alle Elemente der Schlußakte von Helsinki, die Sicherheitsfragen, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit und Menschenrechte beinhalten, voll erfüllt werden müssen. Wir müssen das Patt durchbrechen und versuchen, die Fortsetzung des KSZE-Prozesses sicherzustellen.

Besonders wichtig ist es, mit der Vorbereitung einer Europäischen Abrüstungskonferenz zu beginnen. Es besteht eine klare Notwendigkeit für eine gesamteuropäische Konferenz über Zusammenarbeit auf dem Energiesektor als einem weiteren wichtigen Schritt vorwärts in diesem Prozeß.

Auf dem Gebiet der Menschenrechte müssen neue praktische Schritte unternommen werden, um den Prozeß von Helsinki zu vollenden.

Die ökonomische Krise

Diese Ereignisse haben im Kontext einer sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise stattgefunden. Diese anhaltende Krise ist der Beweis für die Unfähigkeit der bestehenden Wirtschaftsordnung, Arbeitsplätze und eine gerechte Verteilung des Wohlstandes zu sichern. Insgesamt ist es offenkundig, daß diese Wirtschaftsordnung eine Produktion begünstigt, die weder den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen in den reichen Ländern noch den Grundbedürfnissen der Menschen in der Dritten Welt nützt.

Die Ursache dieser Krise kann nicht allein mit dramatisch gestiegenen Energiekosten erklärt werden. Höhere Ölpreise haben die Länder der Dritten Welt härter getroffen als die industrialisierten Länder,

und als der vermeintlichen Wurzel dieses Problems ist ihnen viel zu große Aufmerksamkeit gewidmet worden.

Gleichzeitig auftretende Inflation und Arbeitslosigkeit haben einer Politik die Grundlage entzogen, die mehr auf ungerechtem und ungeordnetem Wachstum als auf Planung und Umverteilung zur Lösung der inneren Probleme fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften beruhte. Die konservative Antwort auf diese Krise ist es, den großen Massen der Bevölkerung die Härten aufzubürden, mit voller Absicht noch mehr Arbeitslosigkeit herbeizuführen und Teile des Wohlfahrtsstaates abzubauen.

Demokratische Sozialisten lehnen diese harte Antwort ab. Wir werden dieser Herausforderung so begegnen, wie wir bereits in der Vergangenheit einige der destruktiven Tendenzen des Kapitalismus überwunden haben.

Wir schlagen demokratisch geplante Strukturveränderungen vor, die helfen werden, die grundlegenden Ursachen der Krise zu beseitigen. Ein Angriff auf das Doppelproblem der wirtschaftlichen Stagnation, Arbeitslosigkeit und Inflation, kann nur erfolgreich sein durch Steigerung der Produktivität einerseits und Steigerung der Kaufkraft andererseits als dem Ergebnis der Schaffung von Arbeitsplätzen durch wirtschaftliche Planung.

Ebenso brauchen wir – national wie zwischen Nord und Süd – eine spürbare Umverteilung von Ressourcen und Einkommen.

Arbeitslosigkeit und Inflation sind füreinander keine Heilmittel, sondern miteinander verbundene Probleme. Die Herbeiführung von Arbeitslosigkeit – als ein abwegiger Versuch der Inflationsbekämpfung – wird für demokratische Sozialisten niemals akzeptabel sein.

Es ist wichtig, immer wieder die konkreten Probleme zu unterstreichen, mit denen die ärmsten Länder der Welt konfrontiert sind – besonders angesichts konservativer Argumente, nach denen eine freie Marktwirtschaft ihnen beizeiten die Lösung beschere werden.

Im Nord-Süd-Verhältnis sind zwei Veränderungen entscheidend, um die sogar noch größeren Probleme von Armut und Arbeitslosigkeit lösen zu helfen:

- a) eine Reform der bestehenden internationalen Wirtschaftsordnung und
- b) die Erreichung einer Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7% des BSP der industrialisierten Länder, wie von der UNO beschlossen.

Die Krise, mit der die Dritte Welt konfrontiert ist – Armut und Hunger, drastisch höhere Arbeitslosig-

keit, massive Schuldenlasten und die teuren Konditionen der internationalen Geldinstitutionen, die Unfähigkeit zur Kontrolle der Entwicklung und der Praktiken multinationaler Unternehmen, verschärfter Protektionismus auf der Seite der industrialisierten Länder —, das alles muß jetzt beim Namen genannt werden.

Die Krisensituation hat sich verschärft; Angriffe auf die Menschenrechte, die Liquidierung demokratischer Freiheiten, der Waffenhandel, militärische Interventionen und Krieg.

Die Sozialistische Internationale lehnt Untergangsprophetieen ebenso ab wie die trügerische Hoffnungen weckende Versprechungen. Die Probleme sind klar.

Wir stellen uns ihrer Herausforderung.

Europa

Die Krise in der heutigen Welt hat den Entspannungsprozeß in Europa geschwächt, ihn aber glücklicherweise noch nicht blockiert.

Die Wichtigkeit der Beteiligung am KSZE-Prozeß ist bereits in der Einleitung hervorgehoben worden.

Die Wiener MBFR-Gespräche brauchen einen politischen Durchbruch, um den Weg zu ebnen für eine Verminderung des Militärpotentials bei Erhaltung eines gegenseitigen Gleichgewichts in einem Gebiet, daß die höchste Streitkräftekonzentration in der Welt aufweist.

Die Sozialistische Internationale begrüßt alle Schritte, die zum Abzug von Raketen mittlerer Reichweite in Ost- und Westeuropa beitragen und weitere Dislozierungen verhindern.

Unter diesen Umständen ist es wichtiger denn je, daß die EWG ihre internen Probleme bewältigt. Die Gemeinschaft sollte sich mit anderen europäischen Ländern verbinden, um eine fortschrittliche Rolle auf der internationalen Bühne zu spielen.

Die von Europa unternommenen Bemühungen, das Nord-Süd-Verhältnis zu verbessern, sollten durch die Nutzung seiner enormen Ressourcen im Geist der Solidarität ausgeweitet werden. Wie die Brandt-Kommission dargelegt hat, können Mittel aus dem Norden, mit denen den berechtigten ökonomischen Forderungen des Südens nachgekommen würde, zu einer bedeutenden Verbesserung der Beschäftigungslage im Norden selbst beitragen.

In seinem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wird Westeuropa seine eigenen Interessen und Verantwortlichkeiten überall, und besonders auf dem Gebiet von Frieden und Sicherheit, zu betonen haben.

Mittlerer Osten

Wir verweisen auf die wichtige Erklärung von Boutros Boutros-Ghali von der Nationaldemokratischen Partei Ägyptens, Willy Brandt, Bruno Kreisky und Shimon Peres vom 14. November 1980.

Wir betrachten die von Shimon Peres geführte Israelische Arbeiterpartei als die einzige zum Frieden für und mit Israel fähige Kraft.

Wir rufen die Israelis, die Nachbarländer und die Palästinenser auf, über Frieden zu verhandeln.

Die Sozialistische Internationale wird auch weiterhin eine aktive Rolle beim Zustandekommen eines gerechten und umfassenden Friedens spielen, der die Sicherheit aller an dem Konflikt beteiligten Parteien garantiert und ebenso die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes verwirklicht.

In Erwägung des Konfliktes im Mittleren Osten und der Notwendigkeit, friedliche Beziehungen zwischen südeuropäischen und nordafrikanischen Ländern zu entwickeln, beachten wir mit Interesse den neuen Status der Neutralität Malτας und betrachten ihn als einen Faktor, der zur Entspannung beiträgt.

Asien

Als ein Kontinent, auf dem mehr als die Hälfte der Menschheit lebt und der Hunger noch immer eine unüberwindene Plage ist, wird Asien noch immer von großen Machtkämpfen geschüttelt und bleibt ein Konfliktherd, während seine Länder sich mit dem ganzen Reichtum ihrer Tradition und ihres menschlichen Potentials zu behaupten zu versuchen.

Jüngste Entwicklungen in Asien geben Anlaß zur Besorgnis wie zur Hoffnung. Wir verfolgen mit Interesse, daß China damit begonnen hat, seine Politik der des internationalen Dialogs anzunähern. Diese neue Orientierung geht einher mit inneren Veränderungen, die wir aufmerksam und mit großem Interesse verfolgen.

Indien nimmt seinen Platz entsprechend der Rolle, die es in der Nichtpaktgebundenenbewegung spielt, in der internationalen Gemeinschaft ein.

Wir geben unserer großen Unruhe und tiefen Sorge über die Tragödie des Volkes von Kambodscha Ausdruck. Die Sozialistische Internationale erinnert alle Regierungen an ihre Verpflichtung, die Folgen dieses furchtbaren Völkermordes heilen zu helfen.

Die Einheit und Integrität Kambodschas müssen respektiert werden. Wir unterstützen jede Initiative in Richtung auf eine Lösung, die eine Aussöhnung des kambodschanischen Volkes ermöglicht und den neutralen Status des Landes sicherstellt.

Ebenso sind wir über die Tragödie in Ost-Timor

STAATSVerschULDUNG

Zunahme der öffentlichen Kredite besser als Zunahme der Arbeitslosigkeit

Der Anstieg der öffentlichen Verschuldung gerade in den letzten Jahren wird immer mehr kritisiert. Zweifel an der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit mischen sich z.B. mit Ängsten um die Belastbarkeit des Staatshaushaltes mit Zinskosten. Die Hypothek zweier Kriegsfolgeinflationen erschwert die Einsicht in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge.

Dieses Heft greift die gängigen Einwände gegen die Staatsverschuldung auf und analysiert sie sorgfältig. Ergebnis: Die öffentliche Kreditaufnahme bleibt ein unverzichtbares Mittel der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Aus dem Inhalt von Heft 1/1981

- Der Begriff der öffentlichen Investitionen als Verfassungsgrenze der Staatsver-

schuldung (W. Höhn, DGB-Bundesvorstand).

- Finanzierung öffentlicher Kredite durch die Notenbank (E. Nowotny, Uni Linz).
- Zum Konsolidierungsbedarf öffentlicher Haushalte (W. Lerch, Arbeitskammer Saarland).
- Zur Rolle der Gemeinden in der öffentlichen Kreditpolitik (R.R. Klein, Stadtkammerer Duisburg).
- Zum Problem der Auslandsverschuldung (T. Thormählen, Bundesfinanzministerium).
- Bankenprofite bei Staatsverschuldung (H. Schui/ H. Hopf, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg).
- Gesamtwirtschaftliche Anmerkungen zur Staatsverschuldung (R. Hickel, Uni Bremen).



Als weitere Schwerpunktheft für 1981 sind bisher geplant:

- Konfliktfeld: Arbeitsbedingungen – Humanisierung der Arbeit (Heft 2)
- Probleme erwerbstätiger Frauen (Heft 4)
- Gewerkschaftsorganisation (Heft 7)
- Strukturberichterstattung (Heft 8)

Bestellung der WSI-Mitteilungen

Die WSI-Mitteilungen erscheinen monatlich mit einem Umfang von durchschnittlich 56 Seiten. Bezugspreis vierteljährlich 19,00 DM (Studenten 11,00 DM, Studienbescheinigung bitte beifügen). Der Preis für das Einzelheft beträgt 6,50 DM.

Wir senden gern ein kostenloses Ansichtsexemplar.

beunruhigt. Wir unterstützen das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung und fordern daher den Abzug aller indonesischen Truppen.

Erneut geben wir unserer tiefen Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen in Süd-Korea Ausdruck und geloben unsere fortgesetzte Unterstützung für die demokratischen Kräfte in diesem Land in ihrem Kampf um die Schaffung einer freien und demokratischen Gesellschaft. Nachdrücklich fordern wir von den Machthabern in Süd-Korea, das über Kim Dae Jung verhängte Todesurteil aufzuheben.

Wir unterstützen B. P. Koirala und die Kräfte, die eine neue Ära der Demokratie in Nepal einzuleiten streben.

Die Sozialistische Internationale ist erschüttert und enttäuscht, daß die Sowjetunion es unterlassen hat, auf Forderungen nach dem Abzug ihrer Besatzungstruppen aus Afghanistan zu reagieren und die Unabhängigkeit und Nichtpaktgebundenheit des Landes zu respektieren.

Demokratische Sozialisten in aller Welt bekräftigen aufs Neue ihre Unterstützung für die Wiener Erklärung der Parteivorsitzenden-Konferenz der Sozialistischen Internationale, namentlich für ihre Forderung nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte und ihre Forderung nach Unterstützung für das afghanische Volk.

Afrika

In Afrika leben Millionen von Menschen unter anhaltender Bedrohung durch Hunger, Dürre, Apartheid und bewaffneten Konflikt.

In der Tat mehren sich die Anzeichen für eine Hungerkatastrophe in der Sahel-Zone. Die internationale Gemeinschaft hat eine Verantwortung, den afrikanischen Staaten bei der Überwindung dieser Probleme beizustehen. Die Sozialistische Internationale wird auch weiterhin auf Lösungen dieser Probleme auf wirtschaftlicher, politischer und humanitärer Ebene hinarbeiten. In diesem Zusammenhang bitten wir die Mitgliedsparteien und Regierungen, auf Unterstützung und Zusammenarbeit mit allen demokratischen und fortschrittlichen Staaten Afrikas hinzuwirken.

Wir unterstützen die Lösung der Konflikte am Horn von Afrika auf der Grundlage der Selbstbestimmung durch die Beschlüsse der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und der Vereinten Nationen.

Wir fordern den Abzug aller fremden Truppen, die in diese oder andere Konflikte verwickelt sind.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der

OAU und der VN unterstützt die Sozialistische Internationale ebenso das Recht des Volkes der Sahara auf Selbstbestimmung. Daher rufen wir die Polisario und Marokko auf, über eine friedliche und politische Lösung des Konfliktes zu verhandeln, wie dies bereits mit Mauretanien erreicht worden ist.

Im südlichen Afrika begrüßen wir die jüngst erreichte Unabhängigkeit Zimbabwes und unterstützen seine Forderung nach Wirtschaftshilfe. Wir werden für die Beschleunigung des Prozesses der Bildung einer Mehrheitsregierung und der Unabhängigkeit für Namibia arbeiten. Wir verurteilen die fortgesetzte Aggression durch Südafrika gegen das unabhängige Angola.

Wir werden uns weder mit der Doktrin noch mit der Praxis der Apartheid jemals abfinden. Wir lehnen beides absolut ab. Desgleichen verurteilen wir alle Formen des Rassismus, wo immer sie in Erscheinung treten mögen. Wir werden weiter mit allen Kräften des südafrikanischen Widerstandes, besonders der ANC und der SWAPO, in ihrem Kampf gegen die Apartheid zusammenarbeiten.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Nelson Mandela und Herman Toiva ja Toivo sowie allen anderen politischen Gefangenen. Wir appellieren an unsere Mitgliedsparteien, sich an einem systematischen Programm des wirtschaftlichen Rückzugs aus Südafrika zu beteiligen, den Bemühungen, ein Öl-embargo herbeizuführen, anzuschließen und an dem UN-Waffenembargo festzuhalten.

Wir bitten alle Parteien und Regierungen dringend um ihre Unterstützung für alle afrikanischen Länder, die gegen Rassismus und Apartheid kämpfen, besonders für die Frontstaaten.

Lateinamerika und der Karibik

Die Sozialistische Internationale bekräftigt ihre Solidarität mit den Völkern Lateinamerikas und der Karibik in ihrem Kampf für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Die 80er Jahre werden ein entscheidendes Jahrzehnt für den Nachweis der Gangbarkeit einer demokratisch-sozialistischen Entwicklung in den Nationen der Dritten Welt sein – als Alternative zu Militärdiktaturen oder traditionellen oligarchischen Regimen.

Für die Sozialistische Internationale gilt dies besonders in Lateinamerika und der Karibik.

Wir geben unserer Befriedigung über den Prozeß der Demokratisierung Ausdruck, der in einigen Ländern der Region stattfindet, und wir halten unsere Verpflichtung aufrecht, ihre Errungenschaften, die durch die harten Kämpfe ihrer Völker erreicht wur-

den, zu verteidigen. Dies ist der Fall in der Dominikanischen Republik und in Ecuador.

Wir sind überzeugt, daß der Sieg und die Errungenschaften der nicaraguanischen Revolution die Hoffnungen auf sozialen Wandel in die ganze Region zurückstrahlen. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Sandinistische Front für die Nationale Befreiung.

Auf dem Südkegel und in mehreren zentralamerikanischen Ländern jedoch haben sich Menschenrechtsverletzungen und politische Unterdrückung verschärft. Wir versichern die für Freiheit und Demokratie kämpfenden fortschrittlichen Kräfte in diesen Ländern unserer Unterstützung. In schärfster Form warnt die Sozialistische Internationale vor jeglichen Bestrebungen ausländischer Mächte, sich in die inneren Angelegenheiten der Länder Lateinamerikas und der Karibik einzumischen.

Aus unserer Sicht haben Michael Manley und die von der Nationalen Volkspartei (PNP) geführte Regierung von Jamaica einen entscheidenden Beitrag zum demokratischen Sozialismus und zur Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung geleistet, nicht nur in der Karibik, sondern auch für die Entwicklungsländer der ganzen Welt. Es ist klar, daß die der Ungleichheit in der bestehenden Wirtschaftsordnung und deren Institutionen eigenen externen Faktoren zu der Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in Jamaica geführt und einen Einfluß auf den Ausgang der jüngsten Wahlen gehabt haben.

Wir werden stets an der Seite der PNP stehen.

Die Sozialistische Internationale gibt ihrer Solidarität mit dem Volk von Grenada und unserer neuen Mitgliedspartei, dem New Jewel Movement, Ausdruck. Die Internationale wird ausländische – militärische oder wirtschaftliche – Einmischung in die Angelegenheiten Grenadas nicht hinnehmen.

Besorgt über die Menschenrechtssituation in Guyana, erklärt die Sozialistische Internationale ihre Solidarität mit dem Volk dieses Landes und fordert die Regierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die bevorstehenden Wahlen, anders als die letzten, frei und gleich sind. Wir begrüßen die Working People's Alliance und ihre Anwesenheit auf unserem Kongreß.

Die Sozialistische Internationale unterstützt das Volk von Haiti in seinem Kampf gegen die unterdrückerische Diktatur Duvaliers.

Die Sozialistische Internationale bittet die Regierung der Vereinigten Staaten, ihre politische und militärische Unterstützung für die gegenwärtige Junta

in El Salvador zu beenden und zu erkennen, daß diese nicht in der Lage war, weiteres Blutvergießen zu verhindern. Wir verwerfen die Behauptung, daß das Problem El Salvadors durch eine Junta, die die extreme Rechte oder Linke bekämpft, gelöst werden könne. Es handelt sich vielmehr um ein despotisches Regime, dessen Aktivitäten zu einem Bürgerkriegszustand geführt haben.

Unsere tiefsten Hoffnungen und aktive Solidarität gelten der Demokratischen Revolutionären Front in El Salvador, der unsere Mitgliedspartei MNR angehört.

In Guatemala stehen wir hinter der Demokratischen Front gegen die Unterdrückung als Vertreterin des demokratischen Kampfes ihres Volkes zur Beendigung von Mord, Blutvergießen und Unterdrückung.

Belize muß seine Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft erhalten und, so wie es dies wünscht, innerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen sicher sein.

Erneut erklären wir unsere Unterstützung für die Panama-Kanal-Verträge, die der beste Beweis dafür sind, daß in Lateinamerika ein vertragliches Übereinkommen zwischen großen und kleinen Ländern möglich ist, um Fehler zu bekämpfen und eine Lösung von Spannungen zu ermöglichen sowie der Region Frieden zu bringen.

Wir erklären unsere Solidarität mit der Demokratischen und Volks-Union und der Regierung der Nationalen Einheit von Bolivien unter Hernan Siles Zuazo und Jaime Paz Zamora in ihrem Kampf um die Wiederherstellung des demokratischen Prozesses, der durch eine bösartige Militärdiktatur brutal unterbrochen worden ist. Mit allen betroffenen Parteien plädieren wir dafür, die Anerkennung dieses Regimes zu verweigern und seine Isolierung beizubehalten. Wir geben unserem Entsetzen über die Ermordung des Sozialistenführers Marcelo Quiroga Santa Cruz durch die Militärjunta Ausdruck.

Mit dem chilenischen Volk verbinden wir uns in seinem anhaltenden Widerstand gegen die Militärjunta. Wir unterstützen die Ablehnung des Volkes gegenüber einer tyrannischen „Verfassung“, die nach einem verfälschenden Referendum aufoktroziert wurde.

In gleicher Weise klagen wir das „Verfassungsreferendum“, das am 13. November 1980 in Uruguay veranstaltet wurde, als ein Täuschungsmanöver an. Wir unterstützen die Ablehnung dieses falschen Demokratisierungsprogramms („cronograma“) durch das uruguayische Volk. Wir stehen hinter der Demokratischen Konvergenz von Uruguay.

Gleichermaßen unterstützen wir den Kampf des

paraguayischen Volkes gegen die Diktatur durch das Instrument des „Nationalen Übereinkommens“, dessen sozialistischer Bestandteil die Revolutionäre Februaristische Partei ist.

Den demokratischen Kräften in Argentinien, die gegen die Unterdrückung kämpfen, bieten wir unsere Solidarität an. Wir bekennen unsere tiefempfundene Solidarität mit den „Müttern der Plaza de Mayo“ und fordern von der argentinischen Regierung Rechenschaft über das Schicksal der vermißten Personen, besonders der vermißten Kinder.

Wir begrüßen die Erklärung des Meetings unserer Bruderparteien in Lateinamerika und der Karibik vom 13. September 1980 in Caracas.

Wir sind beunruhigt über einige Kommentare zu Lateinamerika, die von dem seinerzeitigen republikanischen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten abgegeben worden sind, besonders über seine Ankündigung der Unterstützung für die diktatorischen Regime in El Salvador und Guatemala sowie seine Angriffe auf Grenada und Nicaragua. Wir hoffen, daß sich unsere Befürchtungen nicht bewahrheiten werden. Bevor wir unsere Urteile fällen, werden wir jedoch die Politik der neuen Administration abwarten. Aber wir werden die Haltung der neuen Administration gegenüber Lateinamerika und der Karibik als ein Signal für ihre Stellung in der gesamten Welt werten. In den 80er Jahren wird die Ausbreitung weiterer Diktaturen oder die von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Respekt vor den Menschenrechten in der Region in bedeutsamer Weise von den Vereinigten Staaten beeinflusst. Aber die Haltung der Vereinigten Staaten selbst wird in einem großen Maß durch den Druck der internationalen öffentlichen Meinung bestimmt.

Zur gleichen Zeit erinnern wir unsere europäischen Mitglieder daran, daß die Teilnahme ihrer Länder am wirtschaftlichen Leben der Region nicht zur Legitimierung von Militärdiktaturen beitragen darf, wie dies oft der Fall gewesen ist.

Sozialismus in den 80er Jahren

Die Sozialistische Internationale spielt eine zunehmend wichtige Rolle im Kampf um mehr politische Macht zur schrittweisen Erreichung der Ziele, die wir hier abgesteckt haben.

Während das politische Pendel in einigen Teilen der Welt nach rechts ausgeschlagen ist, hat die Sozialistische Internationale Zusammenarbeit, Einheit und Solidarität unter demokratischen Sozialisten weiter verstärkt.

Die Anwesenheit vieler fortschrittlicher Bewegun-

gen und Parteien auf diesem Kongreß spiegelt unsere Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Bewegungen in Richtung auf gemeinsame Ziele wider.

Das bedeutet nicht, daß es ein einziges, für die ganze Welt gültiges Modell des demokratischen Sozialismus gäbe. Aber wir werden für das Recht auf Selbstbestimmung aller Völker kämpfen.

Wir glauben, daß es Antworten auf viele der oben genannten Probleme gibt.

1. Frieden und Sicherheit

Wir lehnen die These von der Beherrschung der Welt durch die Supermächte ab. Die einzige Antwort ist vielmehr Zusammenarbeit und Verhandeln auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Respektierens.

Neue Verhandlungsrunden sind der Weg zu Rüstungskontrolle und Abrüstung. Generell können einseitige Schritte durch die jeweiligen Regierungen zu diesem Prozeß beitragen.

Die Sozialistische Internationale kann kein direkter Vermittler sein, aber wir räumen diesem Thema allererste Priorität ein und werden unseren Einfluß auf allen Gebieten und auf allen Wegen nutzen, um die Supermächte und die internationale Gemeinschaft zu drängen, einen bedeutsamen Durchbruch in diesem Prozeß zu erreichen.

Ironischerweise glauben einige in diesem Zusammenhang offenbar, daß Abrüstung über eine erhöhte Waffenproduktion erreichbar sei.

Dieser Kongreß hat den Bericht der Studiengruppe der Sozialistischen Internationale über Abrüstung angenommen. Seine konkreten Empfehlungen bilden ein Aktionsprogramm. Die Sozialistische Internationale und ihre Mitgliedsparteien werden um die Erfüllung seiner Leitsätze kämpfen.

2. Die Wirtschaftskrise

Vollbeschäftigung hat für demokratische Sozialisten zentrale Priorität. In den industrialisierten Ländern ist ökonomische Planung, die auf Schaffung von Arbeitsplätzen und Steigerung der Produktivität zielt, der Weg, auf dem die Arbeitslosigkeit bekämpft wird.

Aber um das noch größere Problem der Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern zu lösen, ist eine weltweite Verständigung notwendig.

Ein solcher Welt-Beschäftigungs-Plan würde umfassen:

- a) die Beteiligung der Gewerkschaftsbewegung in Norden und Süden auf der Ebene der Planung wie auf der der Umsetzung,

- b) eine Garantie über Minimal-Arbeitsbedingungen, wie sie die ILO definiert hat,
- c) vorbeugende strukturelle Sanierungsprogramme in den industrialisierten Ländern,
- d) einen umfassenden Transfer von internationalen Einkommen in die Entwicklungsländer,
- e) Notmaßnahmen gegen das besonders ernste Problem der Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit.

3. Wirtschaftliche Demokratie

Der grundlegende Unterschied zwischen demokratischen Sozialisten und anderen demokratischen Kräften besteht in unserer Überzeugung, daß ökonomische und soziale Menschenrechte ebenso wichtig sind wie die traditionellen Menschenrechte.

Der Kampf um wirtschaftliche Gerechtigkeit und Demokratie enthält folgende Elemente:

- a) Die arbeitenden Männer und Frauen haben das Recht auf Selbstbestimmung an ihrem Arbeitsplatz, und daher sind wir Partner der Gewerkschaftsbewegung in diesem Kampf.
- b) Menschliche Würde besteht in der Möglichkeit, Herr über sein eigenes Schicksal zu sein, und nicht nur in materiellem Konsum.
- c) Das Recht auf Beschäftigung ohne Diskriminierung wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht oder bestimmten ethnischen Gruppen und
- d) die Garantie gesunder und sicherer Arbeitsbedingungen.

Wir ringen um die Befreiung der Frau und die Erfüllung unserer Verpflichtung, den Frauen das Recht zu geben, auf allen Gebieten des Lebens eine gleiche Rolle zu spielen.

4. Multinationale Unternehmen

Wir glauben, daß die Macht von Unternehmen den Interessen der Völker und ihren demokratischen Regierungen untergeordnet werden muß. Für die Sozialistische Internationale muß die Erfüllung wirtschaftlicher Demokratie die Kontrolle multinationaler Unternehmen durch internationale Gesetzgebung und Absprachen zwischen Regierungen einschließen.

5. Die Neue Internationale Wirtschaftsordnung

Als erster Schritt hin zu einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung ist sofortiges Handeln geboten durch

- a) vollständige Reform des internationalen Währungssystems und seiner Institutionen, namentlich des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Der IWF muß seine Praxis der Festlegung unannehmbarer Kreditbedingungen, die den Fortschritt in Richtung auf soziale Gerechtigkeit in den Ländern der Dritten Welt hemmen, beenden;
- b) sofortige Erleichterung von den Problemen massiver Schuldenlasten, die die Nationen des Südens erdrücken und die auch zu einem chaotischen Zusammenbruch des bereits jetzt brüchigen internationalen Finanzsystems führen können;
- c) Bereitstellung bedeutender Hilfsmittel zum Ausgleich der chronischen Zahlungsbilanzdefizite;
- d) Schaffung fairer Warenpreisgestaltung und Zugang zu den Weltmärkten;
- e) Erarbeitung eines Programms für die Produktion von Not-Lebensmitteln;
- f) Hilfe bei der Stimulierung der Produktion für den heimischen Verbrauch in den Ländern der Dritten Welt und Förderung des Handels innerhalb ihrer Regionen.

Wir begrüßen das Bekenntnis zu diesen Zielen im Bericht der Brandt-Kommission. Wir heißen das 1981 bevorstehende Gipfeltreffen über diese entscheidenden Fragen gut, das von unserem Vizepräsidenten Bruno Kreisky und dem mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo organisiert wird. Entschieden unterstützen wir auch die These von der Gegenseitigkeit der Interessen und der globalen Unabhängigkeit, wie sie im Bericht der Brandt-Kommission so gut zum Ausdruck gebracht worden ist.

6. Schluß

Wir, die wir uns dem nächsten Jahrhundert nähern, verpflichten uns zum Kampf dafür, daß eine fortschrittliche Option für Humanität geschaffen wird. Das ist es, worum es dem demokratischen Sozialismus geht.

Es ist unsere Bewegung, die durch die Erfüllung dieser Ideale für die kommenden Generationen das Ziel einer internationalen Gemeinschaft am besten sichern wird, welche gegründet ist auf

Frieden, Freiheit und Solidarität.

Madrid, 16. November 1980



**SOZIALISTISCHE
INTERNATIONALE**

Reimund Seidelmann: Die Sozialistische Internationale und ihre Forderungen nach Rüstungskontrolle und Abrüstung

Prof. Dr. Reimund Seidelmann, Jahrgang 1944, ist Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen und Autor zahlreicher Veröffentlichungen zur Theorie der internationalen Beziehungen, zur Friedens-, Sicherheits- und Entspannungspolitik, zur Europäischen Integration sowie zur Sozialistischen Internationale (s. a. NG 11/77, 12/77, 4/78, 6/78, 12/78, 5/80 und 8/80).

I.

In den letzten drei Arbeitsjahren der Sozialistischen Internationale hat die Diskussion und schließlich, im November 1980, die Beschlußfassung über Rüstungskontrolle und Abrüstung auf dem Kongreß in Madrid eine mehrfache Bedeutung gehabt: *Erstens* wurde hier zum erstenmal systematisch eine inhaltliche Position erarbeitet, die versucht, die verschiedenen Standpunkte der einzelnen Mitgliederparteien nicht nur zu harmonisieren, sondern auch weiterzuentwickeln. Unter Einbeziehung der betreffenden Aussagen der Mitgliederorganisationen und unter Berücksichtigung zusätzlicher Stellungnahmen einzelner Parteien, der SI-Frauen- und Jugendorganisation (IUSY) wurde schrittweise ein Papier durch eine 1978 eingesetzte Studiengruppe für Abrüstung erarbeitet, das in seinen wichtigsten Aussagen immer wieder durch Diskussionen im Büro der SI an die allgemeine Entwicklung rückgekoppelt wurde. So lag nun mit dem Bericht der Arbeitsgruppe, der außer einem analytischen Teil eine Reihe von Empfehlungen, einen Aufruf, einen Bericht über die Arbeit der Studiengruppe, eine Zusammenfassung der wichtigsten Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen und schließlich einen Abdruck der Grundsätze für Abrüstungsverhandlungen enthält, die die Sondersitzung der UNO (SSD) für Abrüstung erarbeitet hat, zum erstenmal eine in sich geschlossene Position mit Handlungsvorschlägen und politischen Richtlinien vor. Angesichts der Schwierigkeiten für

eine inhaltlich-systematische Arbeit in internationalen Organisationen kann und darf die Wirkung dieser Leistung auch für die anderen Arbeitsbereiche der SI nicht unterschätzt werden.

Zweitens gelang es mit diesem Bericht – in erster Linie aufgrund der Zusammensetzung und Arbeitsweise der Studiengruppe –, die bisherige Trennung von Expertenaussagen und politischen Forderungen zu überwinden. Der Bericht verbindet verständliche Sprache, politische Argumentation und problemorientiertes Fachwissen mit Information.

Drittens trat die Sozialistische Internationale im Rahmen dieser Arbeit zum erstenmal offiziell als Organisation im internationalen Rahmen auf. Im Mai 1979 fanden Gespräche mit amerikanischen Regierungsvertretern – darunter dem Präsidenten und Vizepräsidenten – und Abrüstungsexperten sowie Repräsentanten der Republikaner und Demokraten statt. Im August 1979 fanden Gespräche mit dem Vorsitzenden der Blockfreienbewegungen sowie dem Vorsitzenden ihrer Außenministerkonferenz in Sri Lanka statt. Im September 1979 traf die Studiengruppe mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen sowie UN-Abrüstungsexperten zusammen. Im Oktober 1979 kam es zu ausführlichen Gesprächen mit Vertretern der KPdSU, der sowjetischen Regierung, Abrüstungsexperten und Repräsentanten von Medien und Massenorganisationen. Im Rahmen dieses Treffens, dem in der UdSSR hohe Aufmerksamkeit gewidmet wurde, kam es auch zu einem Gespräch mit dem sowjetischen Präsidenten und Parteiführer. Diese Serie von Gesprächen war der erste offizielle Kontakt der SI zu ausgewählten und wichtigen weltpolitischen Kräften. Sinn dieser Gespräche lag erstens im Informationsaustausch und zweitens in der Diskussion über den von der Studiengruppe bis dahin erarbeiteten Entwurf ihres Berichtes. Die Ergebnisse dieser Treffen wurden entsprechend in den endgültigen Bericht eingearbeitet, wobei nicht nur die Ergebnisse, sondern auch die Einschätzungen über die Möglichkeiten und Grenzen zukünftiger Verhandlungen mit diesen Gesprächspartnern von mindestens ebenso großer Bedeutung waren und sind.

Die Tatsache, daß die SI gerade die Abrüstungsfrage für ihren ersten offiziellen weltpolitischen Auftritt auswählte, hat mehrere Ursachen. Erstens haben die Probleme des Rüstungswettlaufes und der Abschreckung deutlich gemacht, daß auch über ideologische und politische Gegensätze hinweg ein gemeinsamer Nenner in Verhandlungen gefunden werden muß. Dies bedeutet weder eine Annäherung der SI an die

amerikanische Außenpolitik noch an sowjetische gesellschaftspolitische Vorstellungen. Zweitens zwingt gerade die gegenwärtige Handlungsunfähigkeit und geringe Handlungsbereitschaft der Großmächte die mittleren und Dritte-Welt-Staaten dazu, eigene Initiativen zu entwickeln, um Verhandlungen in Gang zu setzen oder aufrecht zu erhalten. Hierzu ist die SI mit ihrem starken Einfluß in Europa und Lateinamerika besonders geeignet. Drittens haben sich in den letzten Jahren aufgrund der Erfolge der politischen Entspannung eine Reihe von Gemeinsamkeiten herausgebildet, die zumindest als eine erste Verhandlungsgrundlage dienen können. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Einsicht, daß die angeblichen Vorzüge rüstungspolitischer Entscheidungen immer mehr durch die damit verbundenen wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und schließlich auch allgemeinpolitischen Nachteile auf- und überwogen werden.

So trafen also Situation, Gesprächsbereitschaft und Voraussetzungen im Abrüstungsbereich gewissermaßen für die SI ideal zusammen. Ob ähnliches in anderen politischen Bereichen wiederholbar ist, bleibt abzuwarten. Mit Sicherheit ist es bei Problemen wie einem Nord-Süd-Kompromiß oder der Demokratisierung Lateinamerikas erheblich schwieriger, zu ähnlichen Ergebnissen wie im Abrüstungsbereich zu gelangen.

II.

Die hohe Bedeutung, die die SI der Lösung des Abrüstungsproblems gewidmet hat, muß zunächst darin gesehen werden, daß Abrüstung und Entwicklung als die Strukturreformen in der Weltgesellschaft angesehen werden, die die SI anstrebt und denen sie seit ihrem Genfer Kongreß 1976 besondere Aufmerksamkeit zugewandt hat. Angesichts der Begrenztheit der Kapazitäten und angesichts der Schwierigkeiten, mit ihren eigenen Nord-Süd-Problemen fertig zu werden, hat man nach einer Problemdefinitionsphase, die etwa von 1976 bis 1978 ging, eine Arbeitsteilung entwickelt. Während die Abrüstungsdiskussion voll in die SI-Strukturen eingebunden wurde und im Wechselspiel zwischen Studiengruppe und Büro vorangetrieben wurde, verlagerte man den ersten Schritt zur Lösung des Nord-Süd-Gegensatzes in die unabhängige Nord-Süd-Kommission, die aber sowohl durch die Leitung von Willy Brandt als auch die Mitgliedschaft sozialdemokratischer Parteiführer gewissermaßen in Personalunion an die SI-Arbeit angehängelt wurde. Parallel dazu wurde die Nord-Süd-Debatte vor allem auf den Kongressen eingeleitet

und mit der Errichtung des Komitees für Lateinamerika und die Karibik gewissermaßen in die SI „hineininstitutionalisiert“. Im Vergleich hierzu war es sehr viel einfacher und zeitlich auch schneller möglich, einen Konsens im Abrüstungsbereich zu finden. Damit konnte die SI sowohl ihre Fähigkeit zur Problemlösung unter Beweis stellen als auch eine Überforderung mit anschließendem Scheitern vermeiden. Auch solche Gesichtspunkte müssen angesichts des Ausbaus von Effizienz und Bedeutung der SI berücksichtigt werden.

Die besondere Betonung der Abrüstungsdebatte hat aber daneben eine Reihe inhaltlich wichtiger Gründe. Erstens ist nach Auffassung der SI eine Weltgesellschaft, die auf Gewalt und insbesondere militärische Gewalt und Abschreckung aufbaut, inhuman und entspricht nicht den sozialdemokratischen Grundwerten. Dies ist nicht nur ein politisch-ethisches Problem, sondern auch zweitens ein sicherheitspolitisches Problem. Sicherheit – so wie sie die SI versteht – wird durch Rüstungswettlauf, Abschreckung und Militarisierung eher verringert als vergrößert. Drittens bedeutet der gegenwärtige Rüstungswettlauf und seine Ausdehnung auf die Dritte Welt eine erhebliche Verschleuderung von Ressourcen, die zur Behebung der Defizite im sozialen Fortschritt, der Entwicklung, der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen usw. dringend notwendig sind. Viertens wird immer wieder darauf hingewiesen, daß Rüstungsausgaben tote Kosten darstellen, die Inflation beschleunigen können und Wachstum nicht bewirken, sondern verzögern. Fünftens müssen die innergesellschaftlichen Militarisierungs- und Formierungseffekte berücksichtigt werden, die politischen Fortschritt durch Reformen im Bereich der individuellen und kollektiven, sozialen, ökonomischen und politischen Freiheiten erschweren oder gar verhindern.

Dies alles wird durch die gegenwärtige drastische Verschlechterung der internationalen Lage, wie sie sich in dem drohenden eurostrategischen Rüstungswettlauf, dem Verzicht auf die SALT-II-Ratifizierung und seine Folgen, der Besetzung von Afghanistan und einer Reihe lokaler Kriege, die wie der Iran-Irak-Konflikt jederzeit sich weltweit ausweiten können, ausdrückt, noch verschärft. Wachsendes Selbstbewußtsein der SI und der Europäer, wachsender innen- und außenpolitischer Problemdruck und erste Verständigungserfolge im Bereich der Entspannung berechtigen und zwingen die SI dazu, zu diesen Problemen nicht nur Stellung zu nehmen, sondern auch handlungsanleitende Richtlinien zu entwickeln.

Daß die Bürositzung, die unmittelbar vor dem Madrider Kongreß durchgeführt wurde, die Studiengruppe für Dauer institutionalisiert hat und von ihr ständige Beratung und Initiativen fordert, macht deutlich, daß das Abrüstungsproblem auch weiterhin im Mittelpunkt der SI-Arbeit stehen wird.

III.

Der Bericht der Studiengruppe für Abrüstung, wie er vom Kongreß nach einer halbtägigen Debatte einstimmig angenommen wurde, geht zunächst davon aus, daß die bisherige selektive Rüstungskontrolle bzw. Abrüstung globalisiert, vervollständigt und auf vollständige Abrüstung bei gleichzeitiger Wahrung der Sicherheitsinteressen ausgerichtet werden müsse. *Globalisierung* heißt erstens: Einbezug der Dritten Welt. Dies bedeutet sowohl eine stärkere Kontrolle bis hin zu einem Stop des Rüstungsexportes als auch eine Garantie für unabhängige Entwicklung. Dabei soll das Primat der friedlichen Konfliktlösung schrittweise durchgesetzt und auch institutionell abgesichert werden. Regionalisierung soll dabei helfen, militärische Konfliktherde besser als bisher zu beruhigen, übersichtliche und leichter verwirklichtbare Friedenszonen zu schaffen und Sicherheit über Zusammenarbeit zu erreichen. Hier steht auch das europäische KSZE-Modell im Hintergrund. Globalisierung meint zweitens die besondere Verantwortung nicht nur der USA und der UdSSR, sondern auch der Europäer und der Dritte-Welt-Länder beim Vorantreiben von Rüstungskontrolle und Abrüstung. Dieses Vorantreiben – und dies hat die Debatte auf dem Kongreß deutlich gemacht – soll sowohl durch entsprechende Maßnahmen in Richtung auf die USA und die UdSSR hin als darüber hinaus auch durch eigene friedens- und abrüstungspolitische Beiträge erfolgen. Das Plädoyer der britischen Labour Party für eine Abschaffung der britischen Nuklearkomponente, d. h. des Trident-Systems, und zur Auflösung ausländischer Stützpunkte auf britischem Boden bzw. in britischen Gewässern hat hierbei ein Beispiel gesetzt. *Vervollständigung* der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbemühungen zielt erstens auf den Einbezug des qualitativen Rüstungswettlaufes. Hier spielt insbesondere die Forderung, daß zumindest die Stationierung neuer wichtiger Waffensysteme verhindert werden müßte und daß während solcher Verhandlungen ein Moratorium durchgesetzt werden müßte, eine aktuelle Rolle. *Vervollständigung* bezieht sich zweitens auf den Übergang von der Rüstungskontrolle, d. h. kooperativer Rüstungssteuerung, hin zu tatsächlichen Reduzierungen, d. h. Abrüstungsschritten.

Dies soll insbesondere bei den Nuklearwaffen vorangetrieben werden. Drittens bezieht sich dieser Grundsatz auch auf Staaten, die bislang nicht in diese Verhandlungen integriert waren oder sind, so z. B. Frankreich und die Volksrepublik China und sinngemäß zukünftige Nuklearmächte.

Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen sollen durch vertrauensbildende Maßnahmen erleichtert werden. Dazu gehören nicht nur die politische Entspannung im allgemeinen und Maßnahmen vom Typ der vertrauensbildenden Maßnahmen im Rahmen der KSZE, sondern auch Transparenz und Vergleichbarkeit von Verteidigungsbudgets, wirksame Verifikation und Beiträge zur Verbesserung internationaler Verhandlungen. Desweiteren soll eine Fortsetzung des Rüstungswettlaufes wenn nicht verhindert, so doch zumindest verlangsamt werden. Dies gilt zunächst innerhalb und zwischen den Militärblöcken, vor allem aber auch für die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen und den Transfer konventioneller Waffen. Hervorzuheben ist dabei die Forderung, die IAEA-Kontrollen zu modernisieren, zu verbessern und insbesondere Lieferungen von Nuklearmaterial oder Nukleartechnologie an solche Länder zu verhindern, die sich solchen Kontrollen oder den Nonproliferationsgeboten entziehen oder widersetzen. Insbesondere auf Druck der Vertreter der Dritten Welt in der Studiengruppe ist der allgemeine Grundsatz, Fragen der Entwicklungspolitik mit allgemeiner Friedenspolitik zu verbinden, konkretisiert worden. So fordert die SI jetzt, ein Minimum von 5% der Verteidigungsausgaben in die Entwicklungshilfe der jeweiligen Staaten zu transferieren. Darüber hinaus soll ein internationaler Fonds geschaffen werden, der dafür sorgt, daß Ressourcen, die für militärische Zwecke verwandt werden, in zivile und vor allem Entwicklungszwecke umgeleitet werden, was in seinem Grundgedanken dem Modell einer internationalen Entwicklungshilfesteuere, wie sie die unabhängige Nord-Süd-Kommission vorgeschlagen hat, entspricht. Die Mittel dieses Fonds sollen von den großen Waffenproduzentenländern und den größeren Militärmächten aufgebracht werden.

IV.

Auch wenn der Bericht wegen der Absicht, mittelfristig geltende Richtlinien zu erarbeiten, und wegen der Notwendigkeit, einen Konsens innerhalb der SI-Mitgliederorganisationen zu erreichen, häufig allgemein gehalten ist, sind aktuelle Fragen während der allgemeinen Debatte behandelt worden und ohne Abstimmung zu einem Konsens geführt worden.

Unkontrovers war und ist die Minimalforderung an die KSZE, in der zweiten Phase zu einer konstruktiven Weiterentwicklung in Richtung einer Gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz zu kommen, die im Rahmen der KSZE wenigstens die vertrauensbildenden Maßnahmen weiter entwickelt. Hiervon erhofft man sich auch positive Auswirkungen auf die MBFR-Verhandlungen. Politisch bedeutender war aber die Debatte über die eurostrategischen Waffen. Mußte der Generalsekretär der SI in seinem Bericht über die Jahre 1979/80 feststellen, daß es der SI nicht möglich gewesen war, die Meinungsverschiedenheiten angesichts des NATO-Beschlusses zur möglichen Stationierung von eurostrategischen Waffen zu überwinden, führte die Debatte auf dem Kongreß zu einer Annäherung aller wichtigen Parteien, die von diesem Beschluß betroffen sind. Insbesondere der niederländische, der britische und der bundesrepublikanische Redner (Max van der Stoep, Alex Kitson, Karsten Voigt) machten deutlich, daß diese NATO-Entscheidung im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Schicksal der SALT-Verhandlungen und insbesondere mit der Ratifizierung von SALT II gesehen werden müßte. Für den Fall, daß SALT II nicht ratifiziert oder grundlegend seiner Substanz entleert würde, müßte die NATO-Entscheidung revidiert werden. Von mindestens ebenso großer Bedeutung muß auch die Behandlung der Frage, ob durch unilaterale signalpolitische Maßnahmen festgefahrene Verhandlungen in Gang gesetzt werden könnten, gesehen werden. Fand die Formulierung des letzten SPD-Parteitages zu dieser Frage trotz der Unterstützung durch andere Parteien auch keinen Eingang in den Bericht der Studiengruppe, so macht die allgemeine Diskussion doch deutlich, daß hierin eine notwendige, sinnvolle und die Sicherheit der Beteiligten nicht gefährdende Verhandlungsstrategie liegt, mit der die notwendigen Durchbrüche z. B. bei den MBFR-Verhandlungen erzielt werden können. So fand das Breschnew-Angebot vom Oktober 1979 seine indirekte Resonanz. Signalpolitische Angebote, wie sie angesichts der Personal- und Kostenentwicklung der Bundeswehr spätestens in wenigen Jahren auf der Hand liegen, müssen dabei im Rahmen derjenigen SI-Forderungen gesehen werden, die die europäische und internationale Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik aus ihrer Passivität herausführen wollen, die die sowjetischen Rüstungsanstrengungen zunächst auf dem Verhandlungswege in gemeinsame Kontroll- und Reduzierungsmaßnahmen überführen wollen und die ein Mehr an Sicherheit auf einer niedrigeren Ebene von Rüstung, Abschreckung und

Truppenkonzentration – und ohne eurostrategische Waffen in West und Ost – gewinnen wollen.

V.

Immer wieder ist auch vom Präsidenten der SI darauf hingewiesen worden, die Möglichkeiten der SI gerade in der gegenwärtigen Situation nicht zu überschätzen. Gleichzeitig ist aber auch deutlich geworden, daß die realen Möglichkeiten für die SI und ihre Mitgliederorganisationen es erlauben, Fortschritte im Rüstungskontroll- und Abrüstungsbereich zu erreichen, zumindest aber eine weitere Verschlechterung in diesem Bereich zu vermeiden. Die SI kann aufgrund ihrer Struktur, ihres Entscheidungsprozesses und ihrer gegenüber den Mitgliederparteien sehr beschränkten Kompetenzen nur anregen und empfehlen. Sie kann inhaltliche Konzepte entwerfen, Positionen harmonisieren und die Mitglieder, die sich mit solchen Fragen noch nicht eingehend beschäftigt haben, bei der Erarbeitung eines eigenen Standpunktes unterstützen. Dies hängt aber nicht nur von der Zusammenarbeit der einzelnen SI-Mitglieder, der Glaubwürdigkeit ihrer Politik und der Konsequenz, mit der sie ihre SI-Empfehlungen auch in die Tat umsetzen, sondern mindestens ebenso auch davon ab, ob es ihnen gelingt, ihre eigentliche Stärke, die darin liegt, daß sie Mitgliederparteien sind, einzusetzen. Nicht zu Unrecht hat der Kongreß der SI immer wieder und in allen Politikbereichen betont, daß Öffentlichkeit hergestellt, politisches Bewußtsein geschaffen und aktive Unterstützung organisiert werden müsse. Im internationalen Bereich liegt gerade hier eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre, ohne die weder eine ausreichend abgesicherte Abrüstungs- noch eine entsprechend akzeptierte Entwicklungspolitik verwirklicht werden kann. Nicht umsonst widmet der Bericht der Studiengruppe jeweils einen Abschnitt den Beziehungen zwischen den Mitgliederparteien, den Aktivitäten innerhalb der jeweiligen Länder und schließlich der organisatorischen Arbeit der einzelnen Mitgliederparteien. Die Jugend- und Frauenorganisationen im Rahmen der SI haben hier einen Vorsprung, den die einzelnen Mitgliederparteien und die ihnen verbundenen Gewerkschaften aufholen müssen. Dies liegt nicht nur im Interesse aktiver Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik, sondern auch im Interesse von Partei und Gewerkschaft.



AFRIKA

Dieter Blötenstein: Ostafrika — auf dem Wege zu welcher Demokratie?

Für den afrikanischen Kontinent allgemeine politische Prognosen zu stellen und mittelfristige Tendenzen zu kennzeichnen, ist ein sehr undankbares Geschäft. Nur aus der Distanz des Europäers gewinnt man den Mut, die in sich so unterschiedlichen Kulturen, Traditionen oder wirtschaftsgeographischen Daten des „schwarzen Kontinents“ auf einen Nenner zu bringen — und dann etwa unter den Begriff der „jungen Nationen Afrikas“ auch noch schnell die Ägypter zu subsumieren.

Nigeria, Ghana und Obervolta kehrten zu zivilen Regimen zurück und veranstalteten freie Wahlen, wie zuvor auch Sierra Leone — was immer man unter „freien“ Wahlen genauer verstehen will; und die Tyrannen Idi Amin in Uganda, Kaiser Bokassa in Zentral-Afrika und Nguema in Äquatorial-Guinea wurden verjagt. Daraus lesen die einen bei uns die Tendenz zur schrittweisen Re-Demokratisierung des Kontinents heraus und finden noch ein stützendes Argument in der hoffnungsvollen Wiederbelebung einer funktionstüchtigen Regierungspartei durch Präsident Sadat in Ägypten, den ägyptische Intellektuelle durchaus nicht übelwollend noch kürzlich einen „pharaonischen Alleinherrscher“ nannten.

In Liberia hingegen und im eben redemokratisierten Obervolta setzten sich mittlerweile Militärs mehr oder minder gewaltsam an die Staatsspitze, während im Tschad für einige Zeit zwar fortlaufend Gewalt, aber kaum mehr ordnende Regierungsgewalt auszu-machen ist. Hieraus lesen andere bei uns die Tendenz zur Militärdiktatur oder zum strukturellen Chaos heraus, manchmal nicht ohne Trauer ob des verlorenen „Friedens“ nach Abzug der weißen Kolonialmächte — wie immer dieser Friede damals hergestellt und bewahrt wurde.

Ende Oktober waren Parlaments- und Präsidenten-schaftswahlen in Tansania. Nur die Einheitspartei

CCM stellte die Kandidaten für das Parlament, und nur Mwalimu („der Lehrer“) Julius Nyerere kandidierte für das Präsidentenamt; alle Wahlberechtigten wurden zur vorherigen freiwilligen Registrierung in Wählerverzeichnissen angehalten, manchmal sehr nachdrücklich, wie zu hören war. Opposition und freie Wählerentscheidung waren möglich: Da die Regierungs- und Einheitspartei mehrere Kandidaten pro Parlamentsitz aufgestellt hatte, wurde rund die Hälfte der bisherigen Abgeordneten abgewählt. Und der Stimmenanteil von Präsident Nyerere, seit 19 Jahren im Amt, sank von 93,4 % im Jahre 1975 auf den bisher tiefsten Stand von nur 93,01 %.

Von den erwarteten rund 8 Mio. Wählern entzogen sich rund 1 Mio. Wahlberechtigte der patriotischen Pflicht zur Registrierung und blieben der Wahl einfach fern. Der Volkszorn über schlampige Bürokraten, schwierig gewordene Wirtschaftsverhältnisse und Versorgungsmängel, in tansanischer Tradition unübliche Durchstechereien und unausgereifte und rüde durchgesetzte Sozialreformen konnte seinen Ausdruck finden, so meinten die einen; jedenfalls kein Grund zur Kritik am Wahlverfahren und seinen Ergebnissen, so meinten die anderen bei uns. Denn Tansania und sein Präsident, zweifellos eine der überragenden politischen und geistigen Führungspersönlichkeiten Afrikas in der Phase der Entkolonialisierung, können wegen eines ganzen Bündels von berechtigten wie auch weit hergeholten Gründen bei uns hier stets auf Sympathie und Verständnis rechnen. Also waren die Wahlen für die Einheitspartei und den Einheitspräsidenten in Ordnung.

Anders Uganda und sein früherer und jetziger Präsident Dr. Milton Obote. Die Wahlen am 10. und 11. Dezember 1980 und das nach mehrfachem Hin und Her unter erheblichen Wirrnissen verkündete offizielle Ergebnis, 72 Parlamentssitze von insgesamt 126 für Obotes Ugandischen Volkskongreß (UPC), stießen auf ätzende, teils wütende Kritik in Westeuropa. Zwar hatte sich Obote nach der Vertreibung Idi Amins nicht, geschützt von den Bajonetten der tansanischen Besatzungsarmee seines Freundes

ABONNIEREN STATT FOTOKOPIEREN

Zeitschriften-Belträge sind mit Sachverstand und Sorgfalt aus dem großen Berg von Informationen ausgewählt, geschrieben, zusammengestellt . . .

. . . ergeben zielgerechte Informationen: Erfahrungen, die man kaufen kann. Denn uns liegt daran, daß Sie als Leser mit erweitertem Wissen und vermehrten Einsichten gut gerüstet sind.

Dies ist in Gefahr, wenn Zeitschriftenaufsätze kopiert werden!

Fotokopien werden nicht abonniert . . .

. . . und das bedeutet langfristig, daß Fachzeitschriften und wissenschaftlichen Zeitschriften die wirtschaftliche Basis entzogen wird.

Und außerdem: Sie als Leser sollen immer ein komplettes Heft in die Hand bekommen, damit Ihr Wissen nicht einseitig wird . . .

. . . und damit IHRE ZEITSCHRIFT auch künftig für Sie da ist.

Nyerere, zum Diktator oder einstweiligen Präsidenten ausrufen lassen; zwar beteiligten sich an den Wahlen insgesamt vier Parteien, davon die Demokratische Partei (DP) von vorne herein mit guten und auch für Obote kalkulierbaren Mehrheitschancen; und schließlich kam der Vorsitzende einer großen Beobachterdelegation aus Commonwealth-Staaten nach einiger scharfer Kritik und mit einigen Einschränkungen zu dem Urteil, daß die Abstimmung „ein gültiger Wahlvorgang war, der im allgemeinen die frei ausgesprochene Entscheidung des Volkes von Uganda widerspiegeln dürfte“ (*Times* v. 12. Dezember 1980).

Dennoch: die öffentliche Meinung bei uns kommentierte und berichtete teils böse, teils höhnisch über „Wahlschwindel“ und Druckausübung durch die UPC oder die militärische Übergangs-Junta zugunsten der UPC, über Benachteiligungen der anderen drei Parteien, insbesondere der chancenreichen DP, über schlichte Fälschungen bei der Auszählung von Stimmzetteln und immer wieder und erneut über die unbeschreibliche Desorganisation des Wahlkampfes und des Wahlvorgangs.

Stellte man auch nur die wichtigsten Beschuldigungen und Entschuldigungen zusammen, so ergäbe das einen jeden lesbaren Berichtumfang sprengenden Katalog von Skandalen. In der Summe und nach Abwägung des bekannt gewordenen Materials bleibt aber kein Zweifel, auch wenn man nicht böse und höhnisch, sondern verständnisvoll und voll Sympathie zu sein sich bemüht: Es gab eine nennenswerte Zahl – auch gravierender – Inkorrektheiten während der Wahlvorbereitungen und während des Wahlgangs auf allen Seiten; und ihre Zahl und – von der Sache her unvermeidlich – ihr Gewicht auf Seiten der Militärjunta und der UPC könnten größer sein, wenn man genau wiegt.

Die Frage ist allerdings, ob unsere Maßstäbe und Gewichte für die Einschätzung einer Wahl in Uganda überhaupt passen, ob unsere ganze Kritik nicht ins Leere geht, weil wir wichtige spezifische Faktoren ganz außer acht lassen.

Nach neun Jahren Despotie unter Idi Amin und einem weiteren Jahr Anarchie unter den machtlosen Übergangsregimen sind das Land und seine Menschen völlig demoralisiert und in jeder Hinsicht desorganisiert. Die traditionellen Familien- und Stammesstrukturen übergreifenden modernen sozialen Institutionen, vorher ohnehin nur schwach ausgeprägt, sind fast völlig zerstört.

Nun war Uganda aber auch vor Idi Amin nicht gerade eine Westminster-Demokratie, und Dr. Obote war nicht ihr Promoter. Als erster Ministerpräsident

nach der Unabhängigkeit des Landes 1962 hob er 1966 die Unabhängigkeitsverfassung auf, vertrieb das Staatsoberhaupt, den Kabaka (eine Art König) von Buganda, löste die traditionellen König- und Fürstentümer im Lande auf, usurpierte alle Macht, verbot die konkurrierenden Parteien und sperrte ohne Prozeß Gegner und Verdächtige ein.

Da sich das konservative Staatsoberhaupt, der Kabaka von Buganda, gegen die Vertreibung durch Dr. Obote zur Wehr setzen wollte und seine Stammeskrieger zu den Waffen rief, schlug Obote mit in Kampala stationierten Armee-Einheiten aus dem Norden, seinem Stammesgebiet, gegen die schlecht gerüsteten Stammeskrieger des Kabaka los und richtete am 23. und 24. Mai 1966 unter ihnen ein Blutbad an. Die Nachrichtenagentur *upi* berichtete von 2000 Toten auf ihrer Seite; Obote erklärte öffentlich, er habe eine vom Ausland unterstützte Konspiration verhindern müssen; es habe 40 Tote gegeben. – Wahlen gab es dann unter der Präsidentschaft von Obote nicht mehr.

Während er 1971 an einer Gipfelkonferenz des Commonwealth in Singapore teilnahm, stürzte ihn sein Armeechef und Helfer in mancher Notlage, Idi Amin. Obote, der schon zuvor zwei Attentate überlebt hatte, ging nach Dar-es-Salaam ins Exil, um von dort aus – trotz aller Dementis von seiner Seite – umsichtig und geduldig jetzt seinerseits den Sturz Idi Amins zu betreiben.

Nun wäre es sicherlich sehr falsch, die Zeitgeschichte Afrikas, in unserem Falle Ugandas, als eine Geschichte konservativer traditioneller Stammeshäuptlinge und Könige, machthungriger Söhne armer Bauern (auch Obote ist Sohn eines armen Bauern) und despotischer, ja blutrünstiger Militärs wie Idi Amin, die sich zum Staatschef hochputschen, zu betrachten.

Wie aber könnten nun Mehrparteien-System, Regierung und Opposition und demokratische Wahlen in einem Land einwurzeln und legitimiert sein, in dem die französische Revolution weder stattfand noch nachvollziehbar ist und in dem soziale Harmonie wahrscheinlich nicht durch dialektische Prozesse hergestellt wird? An welche unterschiedlichen sozialen Schichten, Klassen oder Gruppen sollen Parteien ihre Ideologien und Programme anbinden, wenn 90 bis 95 % der Bevölkerung Bauern, häufig noch Subsistenzbauern sind? Wenn der oberweltliche afrikanische Historiker Joseph Ki-Zerbo mit seiner bissigen Kritik Recht hat, daß die europäisch überlackierten städtischen Eliten in Afrika ihre soziale Rückbindung an ihre Dörfer und Familien weitgehend verlieren und sich in einem politisch-kulturellen Niemandsland

ansiedeln, genau dort aber dann Parteien bilden, führen und für sie Programme konzipieren sollen – afrikanischer Sozialismus für die Bauern in Uganda hier, afrikanischer Kapitalismus für die Bauern in Kenya dort –, wo ist denn dann die gesellschaftliche Realität, aus der heraus und für die zugleich Parteien in Uganda arbeiten können? Und wie sollen dann Wahlen mit konkurrierenden Parteien funktionieren?

Sie funktionieren ja auch nicht in Uganda und nicht anderswo südlich des Mittelmeeres. Es gibt offensichtlich alternative politische Systeme, die sich unter erheblichen Geburtswehen schrittweise herausbilden: Einheitsparteien mit innerer Durchlässigkeit für Kritik und aufsteigenden Führungsnachwuchs, mit delikaten Balanceverteilungen zwischen Stammesverbänden (einer für weite Gebiete Afrikas wahrscheinlich bleibend wichtigen sozialen Kategorie), mit Klientel-Gruppen, deren Chefs in geordnetem und bekanntem Ablauf für ihre Gefolgsleute materiell und sozial im Austausch gegen Gruppenloyalität sorgen – jedenfalls gibt es Ansätze hierfür, die bedenkenswerter sein könnten als mißlungene Kopien westeuropäischer politischer Parteien und „freier und fairer“ Wahlen, wie wir sie jetzt in Uganda erleben.

Der neue Präsident Obote hat jetzt nicht nur einige Oppositionsparteien gegen sich, die über die in ihren Augen manipulierte Niederlage zutiefst verbittert sind. Er hat auch gegen sich die Mehrheit der Bagandas (ein Stamm von 3 Mio., sagt man), die die Vertreibung ihres Kabaka und das Gemetzel im Mai 1966 nicht vergessen haben; er hat im Grunde gegen sich einiges aus seiner Vergangenheit, die früher von ihm Verhafteten, manche heute im Exil. Er muß, soll Uganda überleben, ein Präsident der Versöhnung werden. Nach seinen Erklärungen, im Wahlkampf und gleich danach, ist er dazu bereit. Einige Kommentatoren schreiben, er habe sich im tansanischen Exil zutiefst geändert und sei zur inneren Versöhnung mit seinen Gegnern auch in der Lage.

Uganda ist zwar nur ein kleines Land, es könnte aber in absehbarer Zeit wieder Mitglied einer wiedererstehenden Ostafrikanischen Gemeinschaft sein, an der Kenya bereits ein Interesse signalisiert hat. Kenya, Uganda und Tansania zusammen, evtl. durch Handelsabkommen mit weiteren ostafrikanischen Ländern verbunden, sind eine politisch und wirtschaftlich höchst beachtliche Region, die an die derzeitige politische Wettorecke Afrikas, das Horn, angrenzt.

Die Londoner *Times* erinnerte denn auch Präsident Obote am 15. 12. 1980 in einem Kommentar sogleich daran, das parlamentarische System aufrechtzuerhal-

ten und zu seinem Versprechen zu stehen, eine freie Wirtschaft und ausländische Investitionen zu ermutigen, um westliche Hilfe zu bekommen. Wenn er diese Zusage aufgabe zugunsten eines Sozialismus nach Art seines Mentors Nyerere oder nach Art seines eigenen Sozialismus vor 1971, dann könne er keine Hilfe erwarten und Uganda würde ein verwüstetes Land bleiben.

Dieses nennt man ja wohl schlicht eine Pression, und mit Pressionen hat im Afrika der letzten Jahre kaum jemand gute Erfahrungen gemacht. Es gibt aber gute Gründe, Uganda und Dr. Obote jetzt nach Kräften zur Seite zu stehen: Nach diesen zehn Schreckensjahren für Uganda haben auch humanitäre Gründe in der Politik Platz, denn ohne Hilfe von außen könnte da ein ganzes Volk zugrunde gehen. Wir haben aber auch ein legitimes Eigeninteresse an Stabilität und Wohlstand in einer so wichtigen Subregion Afrikas, auch wenn Präsident Obote nicht alle wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Londoner *Times* in Uganda realisiert.



Europäische Gemeinschaft: Haushaltsstreit über Zielsetzung und Reichweite europäischer Politik

Niemand wird bestreiten, daß der Ausbau der Wirtschaft und deren finanzielle Interessen in den ersten zwanzig Jahren des Aufbaus der Europäischen Gemeinschaft Vorrang hatten, erklärte am 14. Januar 1981 Rudi Arndt, SPD-Abgeordneter im direktgewählten Europäischen Parlament, dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender (Sozialistische Fraktion) und Haushaltsexperte. Es ist wirklich an der Zeit, fügte er hinzu, das in den Römischen Verträgen verankerte Ziel, nämlich die Verringerung der Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen und des Wirtschaftsgefälles der europäischen Regionen, tatsächlich anzugehen.

Fraktionsvize Arndt traf damit den wunden Punkt: Die Frage nach der Fortentwicklung der europäischen Gemeinschaft in den achtziger Jahren. Sie durchzog die diesjährigen Beratungen über Umfang und Inhalt des EG-Budgets und ist Kern der Auseinandersetzungen um die Rechtmäßigkeit und somit für alle Mitgliedstaaten gegebene Verbindlichkeit der diesjährigen Haushaltsbeschlüsse des Europäischen Parlaments und der Inkraftsetzung des umstrittenen Haushaltspakets 1980/81 (bestehend aus einem durch die Erdbebenkatastrophe in Italien dringlich gewordenen Nachtragshaushalt für 1980 und dem Gesamthaushalt für 1981) durch die EP-Präsidentin Simone Veil.

Wo es dem Betrachter vordergründig wie ein Feilschen und Fingerhakeln um Rechnungseinheiten, eine Kraftprobe zwischen rivalisierenden EG-Organen, Rechthaberei oder Profilneurose der jungen europäischen Volksvertretung im zweiten parlamentarischen Geschäftsjahr anmuten mag, geht es in Wirklichkeit um mehr: um Zielsetzung und Reichweite europäischer Politik.

Solidarität: Ein Ärgernis für EG-Regierungen?

Das Parlament und die meisten Mitgliedstaaten sind unterschiedlicher Meinung darüber, welche Auf-

gaben die Europäische Gemeinschaft der Zehn künftig übernehmen soll. Für das Parlament sind dies wesentlich die Bereiche, in denen ein gemeinsames Vorgehen mehr Erfolg erbringt. Gerade die ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten und in der Welt erfordern nach Ansicht des Parlaments eine Verstärkung der Gemeinschaftssolidarität.

Während der Rat der EG in seinem Haushaltsentwurf für 1981 das Gespenst einer reinen Agrargeinschaft aufkommen ließ, zeichnete das Parlament eine ganz andere Zukunftsperspektive. Ihm ging es um die Klärung der Frage, welche politischen Felder künftig besser von der EG und welche von den nationalen Regierungen bearbeitet werden sollen. Wirksamkeit und Kostengünstigkeit, dauerhafte Strukturverbesserungen und echte Gemeinschaftlichkeit sind für das Parlament dabei die Maßstäbe. Sie waren die Grundlage für seine bezifferten Haushaltsbeschlüsse, und sie erregten das Mißfallen und den Widerstand einiger Mitgliedsregierungen, die zu den Reicherer unter den Zehn gezählt werden. Auch da, wo Verfahrensfragen vorgeschoben werden, liegen die Wurzeln des Konflikts im politischen Bereich.

Die Finanzdecke wird zu kurz

Die Europäische Gemeinschaft mit den Mitteln auszustatten, die sie braucht, um ihre Fortentwicklung in den bisher vernachlässigten Bereichen zu sichern, um mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen ihrer Süderweiterung fertigzuwerden, um die Kluft zwischen arm und reich zu verringern – darum geht es dem Europäischen Parlament. Dann ist auch eine höhere finanzielle Belastung der Mitgliedstaaten zu vertreten, vor allem derjenigen unter ihnen, die in der Vergangenheit den größten Vorteil von der Europäischen Gemeinschaft hatten und heute folglich zu den wohlhabenden Staaten gerechnet werden.

Denn die Europäische Gemeinschaft ist schon mit dem Vorentwurf des Haushalts für 1981 an die Obergrenze ihrer Eigeneinnahmen gestoßen. Die Verabschiedung des Haushalts 1981 innerhalb der Obergrenze der derzeit verfügbaren Eigenmittel der EG (sie bestehen aus einem Anteil von maximal 1 % des MWST-Aufkommens, dem Einkommen aus Agrarabschöpfungen, Zöllen und anderen Abgaben auf Warenverkehr, die von Mitgliedstaaten an die EG abgeführt werden) war bekanntlich nur durch umfangreiche Abstriche und Umschichtungen möglich gewesen.

Die Finanzierungsmöglichkeiten der EG überzieht

daher nicht das Parlament, wenn es relativ geringe Beträge für den Wiederaufbau des Erdbebengebiets in Süditalien und eine angemessene Dotierung des Sozial- und Regionalfonds beschließt. Eher könnte das der Rat der Agrarminister tun, wenn er im Frühjahr die Agrarpreise festlegt.

Dem Rat die Mittel verweigern

Die Gemeinschaft braucht mehr Geld. Bestreben des Europäischen Parlaments muß es aber sein, darauf zu achten, daß nicht nur nationale Interessen oder egoistische Ziele einzelner, auf EG-Ebene erfolgreich agierender Interessengruppen zum Zuge kommen, sondern das Gesamtinteresse der europä-

ischen Bevölkerung, die es repräsentiert. Mißtraulich geworden durch die Auswahl der politischen Schwerpunkte durch den Rat der Finanzminister, der alljährlich im EG-Haushalt für Regionalfonds, Sozialfonds, Energiepolitik, Wissenschaft und Technologie praktisch nur das übrigläßt, was nach Finanzierung der Agrarüberschußproduktion übrigbleibt, muß sich das Parlament in der Verantwortung vor seinen Wählern mit Recht fragen, ob es Sinn hat, dem Rat der EG mehr Eigenmittel in die Hand zu geben, wenn diese für politische Ziele ausgegeben werden, die nach Ansicht des EP dem Wählerwillen widersprechen.

Elli Schöner

Belgien: Ein Land vor dem Bankrott

„Leben wir in Belgien auf einem sozialen Vulkan?“, fragte wohl nicht ganz zu Unrecht die Brüsseler Zeitung „Le Soir“ am selben Tag, als in der belgischen Hauptstadt rund 50 000 Arbeitnehmer gegen die Arbeitsmarktpolitik des Staates und der Unternehmer protestierten. Mit mehr als 10% Arbeitslosigkeit führt Belgien nach wie vor die Minusrekordliste der EG an, und in der Tat lesen sich die Schlagzeilen der Wirtschaftsseiten inzwischen wie die Konkursstatistik des Börsenblattes: neue Fusion in der Stahlindustrie, Hungerstreik gegen Entlassungen in der Textilindustrie, ausländische Automobilhersteller schließen Produktionswerke in Belgien, neuer Rekord an Konkursmeldungen...

Tatsächlich ist es der Regierung Martens in den sechs Monaten ihres Bestehens trotz umfassender Pläne nicht gelungen, den ökonomischen Abwärtstrend aufzuhalten. Zwar hatte der sozialistische Wirtschaftsminister Willy Claes schon im Sommer des vergangenen Jahres in einem dramatischen Appell die Bevölkerung darauf vorbereitet, daß sie in Zukunft den Gürtel werde erheblich enger schnallen müssen (s. NG 8/80). Doch so recht ernst genommen wurde er offenbar nicht, obwohl schon damals längst absehbar war, daß der belgische Staat finanziell am Krückstock geht. Dieser Trend hat sich noch weiter verschlechtert, wenngleich Belgien mit zu den Ländern der europäischen Gemeinschaft zählt, die zwar eine niedrige Inflationsrate (6,5%) haben, aber

oben auf Kosten einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit. Und Arbeitslosigkeit, das ist das Thema Nr. 1 zwischen Antwerpen und Mons, zwischen Ostende und Lüttich.

Doch der Regierung sind praktisch die Hände gebunden, sich aus dieser Situation zu befreien. Vor allem die immense Auslandsverschuldung hat den sozialpolitischen Spielraum des Brüsseler Kabinetts auf ein Minimum reduziert. Um den totalen Bankrott zu verhindern, wurden die Soziallasten der Arbeitnehmer beträchtlich erhöht, die Dienstleistungen dagegen reduziert. Seit Beginn dieses Jahres gilt Lohnstopp, und – dies könnte bald Nachahmung finden – die sozial abgesicherten Beamten müssen eine sogenannte Solidaritätsabgabe leisten. Geschleicht dagegen ist der Vorschlag der flämischen Sozialisten, für alle Arbeitnehmer ab einem bestimmten Einkommen (etwa 4000 DM) eine Krisensteuer zusätzlich zu erheben. Stattdessen aber werden die Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung erheblich angehoben.

Die Solidaritätsabgabe der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist gestaffelt: So werden bei einem Bruttolohn ab 2500 DM 0,9%, ab 2800 DM 1,1%, ab 3200 DM 1,9% und ab 3600 DM 2,7% Solidaritätsabgabe erhoben. Inhaber von politischen Ämtern und Mandaten erhalten einen Grundabzug von 5% ihres Einkommens. Der Ertrag aus dieser Zusatzabgabe wird einem Solidaritätsfonds zugeführt, aus dem soziale Härten bei plötzlicher Arbeitslosigkeit abgemildert werden können. Vor der Kammer meinte Premier Martens, dies sei der längst fällige Beitrag der sozial abgesicherten Arbeitnehmer zur augenblickli-

chen Krisenbewältigung in Belgien.

Dennoch, die Strukturprobleme bleiben, das weiß man auch im Brüsseler Regierungssitz an der Rue de la loi. Und so kommen die Umstrukturierung der Stahlindustrie im Dreieck von Charleroi und die gleichzeitige Fusion mit Cockerill Lüttich nicht von ungefähr. Schon seit Jahren hat der belgische Staat, sehr zum Verdruss seiner europäischen Nachbarn, riesige Subventionen für die Stahlkoher in der Boringe und im Maastal gezahlt. Jetzt muß rationalisiert werden, nachdem die viel zu lange künstlich am Leben gehaltenen unrentablen Fertigungsanlagen der gesamteuropäischen Stahlkrise zum Opfer zu fallen drohen. Rationalisierung, das heißt aber auch: Verlust Tausender von Arbeitsplätzen. 10% der rund 80 000 Stahlarbeitsplätze in Belgien sind bedroht, und schon jetzt hat das Land mit mehr als 400 000 Arbeitslosen die höchste Quote in seiner Nachkriegsgeschichte. Vorerst gab es aus der Brüsseler Haushaltsschulden einen Notkredit von rund 100 Millionen DM, damit in Charleroi überhaupt noch die Löhne gezahlt werden konnten. Insgesamt rund zwei Milliarden DM, so rechnet Wirtschaftsminister Claes, werden nötig sein, um die belgische Stahlindustrie zu modernisieren und neu zu strukturieren. Doch hierbei spricht auch ein Belgier mit, der in letzter

Zeit der Stahlindustrie eher auf die Finger klopft: EG-Kommissar Etienne Graf Davignon, selbst aus einer belgischen Stahldynastie stammend, hat schon einmal vorsorglich Bedenken gegen die Regierungspläne angemeldet. Vor allem warnt er davor, daß etwa noch heute Kapazitäten geschaffen werden, die die Stahlkrise in der gesamten EG weiter verschärfen. Wie die Regierung Martens aus diesem Teufelskreis herauskommen will, ist nicht einmal in Andeutungen sichtbar.

Erschwerend kommt noch hinzu, daß täglich neue Hiobsbotschaften über den Rückzug ausländischer Investoren auf den Kabinettsstisch in Brüssel flattern. Fast alle großen europäischen Autohersteller sind dabei, sich aus Belgien zurückzuziehen. Für sie ist das Investitionsklima in diesem Land zu unsicher und zu mies. Hohe Lohn- und Produktionskosten vor allem, dann aber auch die rapide anwachsenden Abgaben an die Staatskasse lassen ihnen Belgien nicht mehr besonders attraktiv erscheinen. Die Regierung hat, außer Appellen, bisher keine Mittel gefunden, diesen Exodus zu stoppen. Steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Produktivität, steigende Verschuldung und sinkendes Gesamtwachstum – wer wollte hier noch passabel regieren können?

Rainer Burchardt

Dänemark: Kampf um das Ölmonopol

Die angespannte internationale Energiesituation ist in den westlichen Industrieländern allgegenwärtig. Sie alle sind davon abhängig, daß ausreichende Energiemengen vorhanden sind und weiterhin so geliefert werden können, daß das wirtschaftliche Wachstum gesichert ist und dauerhaft aufrechterhalten bleibt.

In einigen Ländern ist die Energieversorgungslage besonders brisant. Dies gilt besonders für Dänemark, das über keine eigenen Energiequellen in nennenswerter Größenordnung verfügt, aus denen der erforderliche Energiebedarf gedeckt werden könnte. Im Gegensatz zu vielen anderen Industrieländern muß Dänemark daher seinen gesamten Energiebedarf aus Importen bestreiten – ein Umstand, der einen ersten ökonomischen Unsicherheitsfaktor darstellt.

Seit Beginn des Jahres 1979 ist der Rohölpreis um annähernd 150% angestiegen, und ein Verzicht auf

weitere Erhöhungen ist nicht in Sicht. Mit weiteren Rohölpreissteigerungen, wenn auch nicht in den bisherigen kurzen Abständen, muß gerechnet werden. Aber die gewaltigen Preissteigerungen belasten die dänische Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland in einem solchen Ausmaß, daß die Grundlagen der Wohlfahrtsgesellschaft gefährdet sind.

Zwar verfügt Dänemark über einige heimische Energieträger, vor allem Erdgas und Öl, aber diese Ressourcen in einem solchen Tempo zu nutzen, daß die Existenz der Wohlfahrtsgesellschaft gesichert werden kann, dürfte sich als äußerst schwierig erweisen. 1962 erhielt die dänische Reederei A. P. Möller die Monopolrechte für die Ölsuche und -förderung auf dänischem Hoheitsgebiet. Dieses Monopol gilt für 50 Jahre, also bis zum Jahr 2012. Aber die Voraussetzungen, unter denen damals die Monopolrechte bewilligt wurden, sind heute andere und ernsthafter beurteilt. Daher wollen vor allem die Sozialdemokraten und die amtierende dänische Regierung eine Aufhebung der damaligen Entscheidung.

Unter den heutigen Voraussetzungen muß die dänische Gesellschaft unbedingt eine bedeutend größere Sicherheit auf dem Sektor der Energieversorgung erhalten, um die weitere ökonomische Entwicklung planen zu können. Die gewaltige Steigerung, die das dänische Zahlungsbilanzdefizit in den letzten Jahren erfahren hat, ist fast ausschließlich auf steigende Energiepreise zurückzuführen.

Die Exploration und die Förderung von Öl sind für ein einziges Unternehmen eine zu große ökonomische Belastung. Daher hat A. P. Möller auch Absprachen mit einem Konsortium internationaler Ölgesellschaften getroffen. Aber selbst dieses Konsortium erweist sich als nicht stark genug, jene Aufgaben mit der gebotenen Schnelligkeit und in dem notwendigen Umfang zu erfüllen.

Deshalb der Wunsch nach einer Revision der Monopolibewilligung. Die Regierung möchte erreichen, daß das Konsortium, das die Monopolrechte nutzt,

bestimmte Gebiete dem dänischen Staat überläßt, damit auch andere Unternehmen die Möglichkeit bekommen, sich an der Exploration und Förderung zu beteiligen. Der Staat soll ein Vorkaufsrecht auf 50 % der Gesamtförderung erhalten; außerdem soll ein Pipelinesystem von den Ölfeldern bis zu den dänischen Raffinerien, wo das Rohöl verarbeitet werden soll, errichtet werden.

Mithin möchte der Staat die Konzessionsbedingungen so ändern, daß sie den in anderen Ländern üblichen Konzessionsbedingungen entsprechen. Die ersten Verhandlungen zwischen A. P. Möller und der Regierung waren erwartungsgemäß ohne greifbare Resultate. Daher hat die Regierung einen Gesetzentwurf erarbeitet, der die Konzessionsbedingungen im Sinne der Regierung verändern soll. Eine endgültige Klärung dieser Probleme erhofft man schon in diesem Frühjahr.

Arne Egaa

Frankreich: Kommunismus „à la française“

Zuerst wollte man es nicht glauben, eben, weil es so ganz unglaublich klang: Da hatten sich am 24. Dezember 1980 – am Vorabend des Weihnachtstages – etwa 50 Männer mittleren Alters in der im Norden von Paris gelegenen Gemeinde Vitry-sur-Seine versammelt, um eine „Aktion“ durchzuführen. Versehen mit Spitzhacken, Schaufeln und einem „Bulldozer“ zogen sie zu einem am Stadtrand gelegenen Heim, einem primitiven Haus, schlugen alles kurz und klein und vergaßen auch nicht, die Heizungsrohre zu zertrümmern sowie die Gas- und Elektrizitätszufuhr zu unterbrechen.

Tat einer verrückten Bande, die sich ausgerechnet zu Weihnachten etwas austoben wollte? Weit gefehlt: die 50 Männer, die dort ihr Zerstörungswerk verrichteten, waren von dem kommunistischen Bürgermeister der über 30 000 Einwohner zählenden Gemeinde befehligt. Ziel der „Aktion“: zu verhindern, daß 300 Arbeiter aus Mali (Schwarzafrika) in dem Heim untergebracht würden. Das Gremium, das dieses Heim leitet, hatte beschlossen, sie provisorisch nach Vitry-sur-Seine zu bringen, weil das Heim in einer Nachbargemeinde, in der sie bis dahin untergebracht waren, renoviert werden mußte.

Begründung der Tat durch den kommunistischen Bürgermeister und, etwas später, von Georges Marchais, dem Generalsekretär der KPF und Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen: „Unsere Gemeinde hat schon allzu viele ausländische Arbeiter aufgenommen; es geht nicht an, daß den Arbeitergemeinden, und insbesondere den von Kommunisten geleiteten, Tausende von ausländischen Arbeitern vermittelt werden“. Diese Arbeiter, fügten sie hinzu, müßten „gerechter über alle Vorstädte verteilt werden, sonst gibt es Erregung unter der Bevölkerung.“

Versuchen wir, den Vorgang zu verstehen: Es stimmt – aber nur in einem gewissen Maße –, daß die ausländischen, insbesondere aus Schwarz- und Nordafrika stammenden Arbeiter zum größten Teil in Städten und Gemeinden untergebracht werden, die nicht eben als „reich“ betrachtet werden können. Und es ist auch richtig, daß die „bürgerlichen“ Viertel der Städte vom unerwünschten Zuzug der „Elendsafrikaner“ (die die Schmutzarbeit verrichten) mehr als andere verschont bleiben.

Aber rechtfertigt das eine „Aktion“ wie die in Vitry-sur-Seine? Es muß hier daran erinnert werden, daß die KPF noch zu Beginn des vergangenen Jahres in heftigen Kampagnen die Regierung beschuldigte, ausländische Arbeiter, die man einst ins Land gerufen hatte, auf „brutale Weise“ wieder zur Abwanderung zu zwingen. Dieser Vorwurf war im großen und

ganzen berechtigt.

Wie aber ist es zu verstehen, daß die von Georges Marchais geführte Partei jetzt eine völlige Kehrtwendung vollzieht und erklärt: „Es ist unzulässig, Arbeitern die Einreise nach Frankreich zu einer Zeit zu gestatten, da wir selbst fast zwei Millionen Arbeitslose im Land haben ...“?

Die Sozialisten und die Vertreter der demokratischen Gewerkschaftsorganisationen halten eine Erklärung dafür bereit: Die Kommunisten, so sagen sie, wollen wahlpolitisches Kapital aus der Tatsache schlagen, daß die „einheimische“ Bevölkerung (wie in anderen europäischen Ländern auch ...) diese „exotischen“ Menschen mit anderen Sitten und Gebräuchen nicht eben gern sieht.

Vieles spricht dafür, daß diese Erklärung stimmt. Denn nach der unglaublichen „Aktion“ gegen die Arbeiter aus Mali hat die KPF unter Einsatz ihrer nicht unbeträchtlichen Propagandamittel ihre Parolen gegen die Bildung von „Ausländerzentren“ im ganzen Land verbreitet; zur großen Freude nationalistischer Gruppen, die „schon immer“, wie sie sagten, in diesem Sinne agitiert hätten, – zur Verzeiwung allerdings zahlreicher kommunistischer Intellektueller, die nach der „Aktion“ in Vitry-sur-Seine der Partei den Rücken gekehrt haben.

Ein Vorfall in der bretonischen Stadt Rennes zeigte im übrigen, daß es der KPF nicht so sehr um das Problem der „Konzentrationen“ ausländischer Arbeiter in den Gemeinden, sondern um die Haltung

gegenüber Ausländern im Allgemeinen geht. Der Bürgermeister der Stadt, der Sozialist Edmond Hervé, hatte gegen den Widerstand der Bewohner eines „bürgerlichen“ Viertels beschlossen, dort ein islamisches Kulturzentrum für die etwa 3000 Angehörigen der islamischen Religion in Rennes zu schaffen. Die „bürgerlichen“ Parteien waren dagegen, weil die Existenz dieses Zentrums – ein kleines Gebäude, das 200 Personen aufnehmen kann – den „Wert“ der Wohnungen vermindern würde.

Etwas verblüffender war die Haltung der Kommunisten: Plötzlich – und nachdem sie ursprünglich der Schaffung des Kulturzentrums zugestimmt hatten – ließen sie lautstark wissen, daß diese „Konzentration“ von Ausländern nicht wünschenswert sei.

Kommunismus „à la française“, Kommunismus nach französischer Manier, der sich, aus welchen Gründen auch immer, nicht davor scheut, den gängigen Vorurteilen entgegenzukommen. In Paris sind riesige Plakate zu sehen, auf denen in großen Lettern steht: „Kauft und produziert französisch“. Diese Plakate sind nicht von einer „patriotischen“ oder nationalistischen Gruppe entworfen und an die Mauern der Stadt geklebt worden, sondern – von der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Jedes Mittel ist recht, um „Einfluß“ zu gewinnen. Frage: Was hätte die KPF getan, wenn die 300 Arbeiter aus Mali in Vitry-sur-Seine Wahlrecht gehabt hätten? Diese Frage ist von führenden Kommunisten als „demagogisch“ bezeichnet worden. *Gustave Stern*

Griechenland: Die Industrie und ihre Chancen in der EG

Nur langfristig werden die Auswirkungen des EG-Beitritts Griechenlands und der sich daraus ergebenden Zollunion auf den industriellen Sektor spürbar werden, in dem immerhin über 35% des Bruttosozialprodukts aufgebracht werden. Der Anteil industrieller Güter am Gesamtexport ist seit dem Assoziierungsvertrag von 1962 von 13,4% (1966) bis auf 50% (1976) angestiegen. Diese Zahl ist ein guter Indikator für die Entwicklung der griechischen Industrieproduktion, mag auch das Land noch zu den schwächeren Industrieländern zählen.

Die Struktur des industriellen Sektors ist von einem Dualismus geprägt: Neben modernen und

international wettbewerbsfähigen Unternehmungen mit einem hohen Exportanteil existieren zahllose kleine und ältere Firmen, die – meist auf niedrigem Produktionsniveau – vorrangig für den inländischen Markt produzieren. Im Hinblick auf die Beschäftigungslage und den Beitrag zur Gesamtproduktion spielt die Klein- und Mittelindustrie aber auch in der EG eine nicht unbedeutende Rolle. Allerdings werden in Griechenland bereits Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten zur Großindustrie gerechnet, während in der übrigen EG Firmen mit weniger als 500 Beschäftigten noch zur Mittel- und Kleinindustrie gezählt werden. 1976 gab es in Griechenland nur 80 Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten.

Viele der kleinen Firmen, die sich nach dem EG-Beitritt verschärfter Konkurrenz ausgesetzt sehen, werden wohl ihre Tore schließen müssen. Die Erfah-

rungen Irlands, dessen wirtschaftliche Verfassung vor dem EG-Beitritt ähnlich der Griechenlands war, gestatten einige Prognosen für die Zukunft. Die Konkurrenz von Firmen, die der EG-Konkurrenz nicht standhalten konnten, hatten in Irland relativ wenig Einfluß auf den Nettoverlust von Arbeitsplätzen.

Die griechische Industrie weist eine Anzahl struktureller Schwächen auf, die zum großen Teil auf die hohen protektionistischen Schutzzölle und die interventionistische Wirtschaftspolitik der Vergangenheit zurückzuführen sind. Es gibt viele ineffiziente Kleinbetriebe, von denen einige der Intensivierung des Wettbewerbs nicht widerstehen werden können. In anderen Branchen gibt es zahlreiche arbeitsintensive Betriebe, während sie in der EG eher kapitalintensiv sind. Wegen ihrer niedrigen Kapitalintensität und der geringen Firmengröße haben sie eine ungünstige Kostenstruktur. Der Grad der Spezialisierung und der vertikalen Integration sind, von einigen Ausnahmen abgesehen, gering. Überhaupt ist die griechische Industrie auf wenige Ballungsgebiete – Athen, Piräus, Attika-Korinth, Chalkis, Thessaloniki, Patras, Theben, Volos, Larissa, Heraklion – konzentriert. Die übrigen Regionen sind wesentlich ärmer und liegen weit unter dem EG-Durchschnitt.

Der EG-Beitritt kann als der direkteste Weg zur Modernisierung der griechischen Industriestruktur angesehen werden. Er führt, zumal nach dem Auslaufen der fünfjährigen Übergangsperiode für „sensitive“ Industriegüter, zu einer Verschärfung des Wett-

bewerbs auf dem Inlandsmarkt. Die Abschaffung der Exportbeschränkungen hingegen bedeutet eine Markterweiterung in die EG hinein. Beide Faktoren üben einen Druck auf die griechischen Unternehmen aus, ihre optimale Firmengröße zu erreichen, neue Technologien und Organisationsformen einzuführen und Kostenrationalisierung zu betreiben. Dem EG-Wettbewerb standzuhalten, vermögen die Kleinbetriebe nur, wenn sie ihre Produktion auf wenige Güter spezialisieren.

Soll der Umstrukturierungsprozeß sinnvoll bleiben, muß er sich auf jene Industriezweige konzentrieren, in denen Griechenland ohnehin schon Wettbewerbsvorteile besitzt. Natürlich ist dieser Umstrukturierungsprozeß ein langfristiger, sich ständig weiter entwickelnder Vorgang.

Die griechischen Wettbewerbsvorteile liegen in jenen Produktionsbereichen, die sich auf einheimische Rohstoffe bzw. auf die Verarbeitung der einheimischen Metalle und Mineralien (an denen Griechenland entgegen landläufiger Meinung relativ reich ist) stützen sowie in einer Güterproduktion von mittlerem Technologie- und Kapitalintensitätsniveau. Auf dieser Grundlage haben einige Sektoren der griechischen Industrie (Nahrungsmittel, Textil und Bekleidung, Erdölverarbeitung, pharmazeutische Industrie und die Veredelung nicht-metallischer Minerale) gute Entwicklungschancen und können hoffnungsfroh in die Zukunft blicken.

Nikos Kyriazis

Großbritannien: Köpfe rollen im Tory-Kabinett

Kaum hatte sich im Dezember das neue Labour-Schattenkabinett vorgestellt, leitete Margaret Thatcher das neue Jahr mit ihrer ersten, wenn auch bescheiden ausgefallenen Kabinettsumbildung ein. Es gab drei wichtige Veränderungen: Norman St. John-Stevas, der als Parlamentsminister zur ersten Garnitur gehört hatte, wurde aus dem Kabinett verbannt. Der Hüter des Verteidigungshaushaltes, Francis Pym, mußte seinen Sessel räumen, um den von Stevas zu übernehmen. Überdies wurde ihm eine zweite Aufgabe, nämlich die Koordinierung der Regierungspropaganda, übertragen. Darum hatte sich zuvor glücklos Angus

Maude gekümmert, ein Thatcher-Gefolgsmann, der seinen Hut auf eigenen Wunsch genommen hat.

Was steht hinter diesem Revirement? Zweifellos mußte Stevas als Opferlamm herhalten. Mit seiner Entlassung, einem Warnschuß für die übrigen Gemäßigten, brachte Margaret Thatcher diskret in Erinnerung, wer Herr im Hause ist. Die Premierministerin ist besessen von der Vorstellung, daß ihr jedermann Gehorsam schuldet.

Den früheren Parlamentsminister sollte auch die Strafe für die zahlreichen Debakel im Parlament treffen, die in den letzten Monaten zutage traten. Zwar hat er die meisten von ihnen nicht zu verantworten, doch als Sündenbock eignete er sich vorzüglich – besonders als einer, der keine starke Hausmacht hat. Wahrscheinlich traf gerade deshalb der Bannstrahl

ihn statt z. B. Minister Prior. Wie sich jedoch bereits gezeigt hat, irrte Mrs. Thatcher, wenn sie geglaubt haben sollte, ein zur Strecke gebrachter Stevas werde als Hinterbänkler ungefährlich sein. Sie sprach nicht nur abfällig von seinem unbeirrbar Bekenntnis zu einem „traditionellen humanen und mitfühlenden Konservatismus“ (der sich mit Monetarismus nicht verträgt), er forderte seinerseits auch erfolgreich eine öffentliche Klarstellung von Bemerkungen der Premierministerin, durch die er sich verdächtigt fühlte, Kabinettsgeheimnisse ausgeplaudert zu haben.

Als Bumerang könnte sich auch Pym's Entfernung aus dem Verteidigungsressort erweisen. Obgleich Mrs. Thatcher jetzt die von ihr geforderten Kürzungen der Verteidigungsausgaben durchsetzen kann, könnte sich ein Parlamentsminister Pym als ein noch gefährlicherer Gegenspieler erweisen. Seine Machtbasis ist die Unterhausfraktion und als „traditioneller“ (gemäßiger) Tory gilt er für nicht wenige bereits jetzt als künftiger Herausforderer der Chefin.

Eine andere Interpretation der Kabinettsumbildung ist die, daß es sich bloß um eine publikumswirksame Demonstration der Entschlossenheit handelt, den einmal eingeschlagenen politischen Kurs beizubehalten. Kritiker unter den Konservativen wurden beiseite geschoben oder an die Wand gedrückt, und Monetaristen wie Howe und Joseph dürfen ihre Ressorts behalten, obwohl gerade in der Wirtschafts- und Industriepolitik dramatische Fehler gemacht worden sind. Aber es handelt sich ja bloß um eine Demonstration. Hinter den Kulissen geht indes das Gerangel weiter. Obwohl etwa Sir Keith Joseph bleibt, wurde sein kompletter Stab durch Leute ersetzt, die gegenüber Margaret Thatchers neuer Politik des „konstruktiven Interventionismus“ linientreuer sind.

Einmal mehr verlangen der staatliche Autokonzern British Leyland und British Steel nach Finanzspritzen – und haben sie bereits bekommen. Die Ereignisse scheinen jenen recht zu geben, die vorhersagen, daß die Kosten der Rezession die gesamten Nordseeöl-Gewinne auffressen werden und für einen Boom vor

den nächsten Wahlen nichts mehr übriglassen. Kurioserweise wird das Nordseeöl in wachsendem Maße als Belastung empfunden. Infolge des hohen Wechselkurses leiden die Exporte furchtbar. (Tatsächlich liegt der Pfundkurs gegenwärtig über dem vor der 2%igen Leitzinssenkung im Dezember, die den gegenteiligen Effekt hätte auslösen sollen.) Und wenn die These zweier Wirtschaftswissenschaftler stimmt, muß die verarbeitende Industrie wegen des Öls eine größere Schrumpfung durchmachen, bis Großbritannien wieder Kapitalexperte im großen Stil tätigen kann: Da die Zahlungsbilanz möglichst ausgeglichen sein soll, muß unser Energieüberschuß (in einer stagnierenden Wirtschaft) durch ein entsprechendes Defizit in der industriellen Produktion kompensiert werden. Schlechte Nachrichten für die Arbeitslosen – nunmehr 10% der britischen Erwerbstätigen.

Die Angst vor der Arbeitslosigkeit drückte in diesem Winter natürlich die Lohnabschlüsse. Sogar der öffentliche Sektor wurde maßvoll in Schranken gehalten. Die Bergarbeiter schlossen mit 13%, die Gemeindearbeiter mit 7,5% ab, und während die Arbeiter der Wasserwerke ein 9,9%iges Angebot ausschlugen, gaben sich die Lehrer mit einer 4%igen Gehaltserhöhung zufrieden. Diese Zahlen mögen dem deutschen Leser hoch erscheinen, aber unsere Inflationsrate beläuft sich auf 15%, der Einkommensindex auf rund 20%.

Eine ermutigende Zahl ist indes wohl eher der 24%-Vorsprung für die Labour-Party, den eine Wählerumfrage in jüngster Zeit ergab. Allmählich dämmert es auch den Kommentatoren, daß Michael Foot vielleicht doch nicht der Bürgerschreck ist, für den man ihn zunächst gehalten hatte. Inwieweit sich das Gerade über Parteispaltung nach dem Sonderparteitag Labours negativ auswirken wird – und vor allem, ob es zu ernstzunehmenden Parteiaustritten kommen wird, bleibt abzuwarten.

Elizabeth Hartley-Brewer

Irland: 1981 – ein Wahljahr?

Seit Anfang des neuen Jahres richten sich alle politischen Parteien in Irland auf vorgezogene Neu-

wahlen ein; denn obgleich die Amtszeit der Regierung erst im Sommer 1982 ausläuft, wird jetzt allgemein erwartet, daß sich Premierminister Haughey für Wahlen bereits in der ersten Hälfte dieses Jahres entscheiden wird. Sollte dies eintreten, könnte sich

die Neuwahl als eine der entscheidendsten in der neueren irischen Geschichte erweisen.

Die Wirtschaft des Landes steckt in einer tiefen Krise. Gegenwärtig weisen die amtlichen Statistiken rund 120 000 arbeitslose Männer und Frauen in der Republik aus – das sind fast 11 % der erwerbstätigen Bevölkerung. Wenn man die verbreitete Jugendarbeitslosigkeit, die nicht in den offiziellen Statistiken aufgeführt ist, mit einbezieht, so bewegt sich die gesamte Arbeitslosenziffer eher im Bereich der 160 000. Gleichzeitig ist die Zahl der Arbeitslosen in Nord-Irland auf 90 000 angewachsen und in weiterem raschen Anstieg begriffen. Insgesamt sind etwa 15 % der Erwerbstätigen ohne Arbeit.

Die Inflationsrate ist auch weiterhin ungeheuer hoch: Von Dezember 1979 bis Dezember 1980 stiegen die Preise schon um über 18 %, im Jahre davor um 16 %. Die für alle OECD-Länder zusammen errechnete Vergleichszahl für 1980 beträgt demgegenüber nur ca. 11 %. Es gibt also eine überaus deutliche Disparität zwischen der Inflationsrate Irlands und denjenigen seiner wichtigsten Handelspartner.

Die Situation der Zahlungsbilanz ist kritisch: Belief sich das Defizit 1979 noch auf 730 Millionen £, so wird für 1980 ein Defizit von 650 Millionen £ geschätzt. Diese geringfügige Verbesserung ist im wesentlichen auf eine Verringerung des Importzuwachses zurückzuführen, die ihrerseits dem Abflachen der weltweiten ökonomischen Wachstumsrate und dem Abbau von Produktionsüberschüssen zuzuschreiben ist. 1980 war ein besonders mageres Jahr für die irische Tourismusbranche, und dieser Umstand führte denn auch zu geringeren Deviseneinnahmen.

Die irische Landwirtschaft hat zwei extrem schlechte Jahre durchgemacht. Die Produktionsbedingungen waren ungünstig, die EG-Preise wurden nicht in der erforderlichen Höhe angepaßt, die Zinssätze stiegen sprunghaft und äußerst restriktive Kreditbedingungen wurden festgesetzt. Unter dem Strich haben diese ungünstigen Umstände, denen nicht durch Regierungsprogramme entgegengewirkt wurde, zu realen Einbußen der landwirtschaftlichen Einkommen von 23 % im Jahr 1979 und 19 % im vergangenen Jahr geführt. Die Stimmung unter den Bauern ist äußerst gereizt.

Die Staatsfinanzen sind in Unordnung. Während des ganzen vergangenen Jahrzehnts spiegelte sich die irische Wirtschaftslage in defizitären Haushalten wider. Zwar signalisierte der Haushalt 1980 – bei einem vorgesehenen Defizit von 350 Millionen £ – einen ersten Schritt hin auf einen Abbau der staatlichen Neuverschuldung, aber das tatsächliche Endre-

sultat belief sich schließlich auf ein Defizit von über 550 Millionen £ – eine Abweichung von immerhin fast 60 % gegenüber der regierungseigenen Haushaltsprognose.

Das Wirtschaftswachstum hat stark nachgelassen. Bewege sich das Wachstum des Bruttosozialprodukts 1980 um 1,5 %, so prognostizieren jüngste Schätzungen für 1981 eine Wachstumsrate von höchstens 1 %. Ein Wachstum in dieser Größenordnung reicht angesichts der herrschenden Handelsbedingungen schlechterdings nicht aus, um eine Abnahme des Volumens der verfügbaren Ressourcen in der Gemeinschaft insgesamt zu vermeiden.

Es gibt deutliche Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende, noch weit kritischere Wirtschaftslage, die durch die bekannten demographischen Besonderheiten Irlands noch zusätzlich belastet wird. Bei einer Bevölkerung, die zu über 50 % unter 25 Jahre alt ist, einer durchschnittlichen Geburtenrate sowie einer Bevölkerungswachstumsrate, die in stetem Steigen begriffen sind, würden die Aussichten auf einen Abbau der Arbeitslosigkeit und auf eine Rückkehr zu einer Politik der Vollbeschäftigung die Schaffung von jährlich 30 000 neuen Arbeitsplätzen über einen Zeitraum von zehn Jahren erheischen. Allein 1980 ist jedoch die Zahl der Arbeitsplätze um 4000 gesunken.

Angeichts solcher Hiobsbotschaften und dieses wirtschaftlichen Desasters mag man sich mit Fug und Recht fragen, warum die amtierende Regierung vorgezogene Wahlen riskieren sollte. Unter normalen politischen Bedingungen könnte eine Regierung mit derartigen wirtschaftspolitischen Leistungen kaum auf einen Wahlerfolg hoffen. Doch trotz der aktuellen Wirtschaftslage sagen die Meinungsumfragen sogar eine Mehrheit für die Regierung Haughey voraus. Man fragt sich, wie das möglich ist.

Die politische Szene in Irland unterscheidet sich grundlegend von der in anderen europäischen Ländern. Es gibt keine traditionellen Spaltungen entlang ideologischer Frontlinien, und mit Ausnahme der Labour Party mit ihrer Wählerschaft von 12 bis 15 % wirken in den politischen Parteien die Einflüsse und die Erbschaft des langen nationalistischen Kampfes fort, der schließlich 1921 zur Errichtung des Irischen Freistaates geführt hat. In seinen vielfältigen Erscheinungs- und Ausdrucksformen ist der Nationalismus eine der mächtigsten Triebkräfte im politischen Leben Irlands bis in unsere Tage geblieben.

Premierminister Haughey ist Nationalist. Seinen Vorgänger, Jack Lynch, verdrängte er aus dem Amt, indem er gegen diesen eine festgefügte Front nationalistischer – oder im irischen Sprachgebrauch: republi-

kanischer – Abgeordneter innerhalb der Parlamentsfraktion der Fianna Fail-Partei formierte. Überdies genießt er bei den bäuerlichen Elementen der Partei, unter denen der Nationalismus von jeher stark verwurzelt war, außerordentliche Popularität.

Namentlich drei Faktoren haben die Position Haugheys und seine Aussichten auf einen Wahlsieg 1981 gestärkt:

1. Eine Neuwahl wegen des Todes eines Parteiveteranen in einer der republikanisch-nationalistischen Hochburgen gab dem Premierminister Gelegenheit, einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Dieser gar nicht überraschende Sieg verschaffte Haughey das Image einer alles beherrschenden Figur innerhalb seiner eigenen Partei und das einer starken Führungspersonlichkeit in der Öffentlichkeit. Diesen Nachwahl-Sieg verdankt die Fianna Fail im wesentlichen ihrem traditionellen populistischen Kurs – und einem sehr bemerkenswerten Katalog von wirtschafts- und sozialpolitischen „Versprechungen“ der Regierungsparteien an die Wähler der Region, deren Treue nun in den kommenden Monaten belohnt werden mag oder auch nicht.

2. Haugheys Treffen mit der britischen Premierministerin Thatcher in Dublin hat wieder etwas Bewegung in die Nord-Irland-Problematik gebracht. Die angekündigte Bildung von gemeinsamen irisch-britischen Studiengruppen, die die unterschiedlichen Aspekte der Beziehungen zwischen beiden Ländern untersuchen sollen, wurde spitzfindigerweise als erster bedeutender Schritt auf jenem Wege verkauft, auf dem die langen historischen Spannungen und Konflikte, die sich heute auf den Nordteil der Insel konzentrieren, gelöst werden sollen. Wie dem auch sei – es gibt keine Gewißheit über die möglichen praktischen Resultate dieser Entwicklung; allerdings sind gesteigerte Erwartungen geweckt worden.

3. Die Leistungen der Oppositionsparteien sind hinter den Erfordernissen der Situation zurückgeblieben. Die größte Oppositionspartei, Fine Gael, hat zu keiner echten Identität gefunden und stellt sich nach außen nur in ein oder zwei herausragenden Persön-

lichkeiten dar. Die Labour-Party propagiert unbeirrt einen sozialistischen Kurs, der als bedrohlich für viele Interessengruppen in der irischen Gesellschaft empfunden wird. Keine Partei ist augenblicklich in der Lage, mit der nationalistischen und populistischen Rhetorik eines Haughey erfolgreich zu konkurrieren.

Gleichviel, eine Wahl in diesem Jahr kann für die Regierung ein Risiko in sich bergen. Wenn die Opposition imstande wäre, die öffentliche Aufmerksamkeit zwingend auf die wirtschaftspolitischen Themen zu konzentrieren oder die Arbeitslosigkeit im nächsten oder übernächsten Monat weiter ansteigt – dann könnte es doch noch möglich sein, daß es zu einem Machtwechsel kommt.

Die Labour Party steht vor zwei großen Herausforderungen: Die Wahl wird ein Testfall für die Fähigkeit der Partei sein, die Wähler zu überzeugen, daß ihr neues linkses Parteiprogramm die Antworten auf die Probleme enthält, mit denen die Nation konfrontiert ist. Die Partei muß sich zum Ziel setzen, ihre parlamentarische Vertretung auszubauen und in der entscheidenden Region um Dublin einen wirklichen Durchbruch zu erzielen. Ein Anwachsen der gegenwärtig 17 Labour-Mandate auf 25 oder mehr wäre ein Riesengewinn und gäbe der ganzen Arbeiterbewegung einen ermutigenden Aufschwung.

Die Wahlkampfstrategie der Labour-Party schließt jegliches Bündnis mit Fine Gael vor der Wahl (wie z. B. das Übereinkommen, mit dem die Wahl 1971 gewonnen wurde) von vornherein aus. Die Labour Party muß dieses Mal versuchen, ein Machtgleichgewicht herbeizuführen, damit sie in den Stand gesetzt wird, ein Abkommen auszuhandeln, das es ihr ermöglicht, entweder durch Eintritt in eine Regierungskoalition oder durch Unterstützung einer Minderheitsregierung den gegenwärtigen politischen Kurs zu ändern. Verhandlungen kommen erst in Frage, wenn die Wahlergebnisse auf dem Tisch liegen.

Kurzum: 1981 wird für Irland gewiß ein politisch sehr interessantes Jahr werden und – möglicherweise – ein Jahr entscheidender Veränderungen.

Tony Brown

Italien: Ende und Anfang des „demokratischen Zentralismus“

Italien war im vergangenen Monat Schauplatz der ersten direkten Begegnung zwischen der Führung der

neuen unabhängigen polnischen Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ unter Lech Walesa und westlichen Gewerkschaften, vertreten durch die drei italienischen Gewerkschaftsföderationen – die kommunistisch dominierte CGIL, die christliche CISL und die sozialistische UIL – als Gastgeber. Mit den Spitzen-

vertretern der drei Gewerkschaftsbünde führte die Delegation aus Warschau längere Gespräche.

Diese Begegnung, die, unabhängig von ihrem Ausgang, schon jetzt das Prädikat „historisch“ verdient hat, hat eine Vorgeschichte, die bis in die bewegten Tage des polnischen Sommers Ende August zurückreicht. Als einzige westliche Arbeitnehmerorganisation waren die italienischen Gewerkschaften in der Lage gewesen, sich mit einer hochrangigen Delegation selbst ein Bild von der Lage in Warschau zu machen, auch wenn ihnen seinerzeit der persönliche Kontakt zu Lech Walesa und „Solidarnosc“ nicht gestattet wurde. Diese restriktive Praxis der polnischen Gastgeber löste scharfen Protest der Delegation aus und war unter anderem ausschlaggebend dafür, daß an die Kollegen von „Solidarnosc“ noch an Ort und Stelle die Einladung zum Besuch Italiens erging.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß zwischen den drei Gewerkschaftsbünden, einschließlich der kommunistisch geführten CGIL, in der Haltung gegenüber den polnischen Ereignissen von vornherein keine Divergenzen bestanden, was sich für andere Aspekte der internationalen Gewerkschaftspolitik durchaus nicht immer behaupten läßt. Auch die Italienische Kommunistische Partei (PCI) selbst hatte relativ bald eine positive Haltung gegenüber dem Entstehen der unabhängigen polnischen Gewerkschaftsbewegung eingenommen. Außerdem ließ sie kurz vor Jahresende in Demarchen an die Parteizentralen in Osteuropa keinen Zweifel daran, daß jeder Versuch seitens der Sowjetunion und/oder anderer Länder des Warschauer Paktes, der Entwicklung in Polen in den Arm zu fallen, die Bindungen zu Moskau einer so unerträglichen Belastung aussetzen würde, daß letzten Endes nur der definitive Bruch übrig bliebe.

Auch die innere Situation der Kommunistischen Partei lieferte Stoff für anhaltendes öffentliches Nachdenken – und das nicht nur bei den Funktionären. Die Sitzung des Zentralkomitees der Partei am 8. und 9. Januar mit dem nur scheinbar harmlosen Tagesordnungspunkt „Reform der Parteiarbeit“ mündete in eine breite Diskussion über die innerparteiliche Willensbildung und die unverhüllte Kritik an einer zu restriktiven Handhabung des „demokratischen Zentralismus“.

Zu Wortführern dieser „Öffnung nach innen“ machten sich Giorgio Napolitano und der Einzelgänger

aus Überzeugung in den Reihen des PCI, der führende Kammerpräsident Pietro Ingrao. An ein Zufallsbündnis zu glauben, fällt schwer: Napolitano, auf dem „rechten“ Flügel des PCI angesiedelt – was immer das in einer im Grunde konservativen Partei bedeuten mag – und der „Linke“ Ingrao, der sich dennoch nach eigenem Bekunden nicht scheut, auch von den Sozialdemokraten zu lernen, setzten durch, daß der zu sehr auf die Person zugeschnittene Führungsstil von Parteichef Enrico Berlinguer modifiziert wurde und künftig auf eine breitere Basis gestellt werden soll. Diese ist das Zentralkomitee, bestehend unter anderem aus den Vertretern der regionalen Parteigliederungen, die in der ZK-Sitzung ihre mangelnde Einbeziehung in wichtige Entscheidungsprozesse kritisiert hatten, auch wenn sie erwartungsgemäß inhaltlich voll mit ihnen übereinstimmten. Der internationale Sekretär der italienischen Kommunisten, Giancarlo Pajetta, ging sogar so weit, denjenigen Funktionären, die sich zu einer Praktizierung dieses neuen Kurses nicht bereit oder in der Lage sehen sollten, anzuraten, sie möchten sich nach einer anderen Arbeit umsehen. Es liegt verführerisch nahe zu schließen, daß damit der „demokratische Zentralismus“ – soeben durch das Hauptportal hinauskomplimentiert – zur Hintertür wieder hereinkommt.

Abzuwarten bleibt, welche langfristigen Auswirkungen diese Kurskorrektur hat, mit anderen Worten, ob dahinter taktische Anpassung oder strategische Neuorientierung zu suchen ist. Unbeschadet dessen, läßt sich die Kommunistische Partei von niemandem übertreffen, wenn es Front zu machen gilt gegen einen ultralinken oder sich zumindest ultralinks gebärdenden Terrorismus, dessen jüngstes Opfer der von den „Roten Brigaden“ mehrere Wochen gefangengehaltene Richter Giovanni d'Urso gewesen ist. Der PCI gehörte denn auch in diesem Fall einmal mehr zu den engagiertesten Befürwortern einer Nachrichtensperre. Hingegen waren es die Sozialisten, Garanten für die parlamentarische Mehrheit der Regierungskoalition, die aus dieser Linie ausscherten und am 10. Januar Auszüge aus Texten der „Roten Brigaden“ in ihrem Parteiblatt „Avanti“ veröffentlichten. Nicht wenige befürchten nun, daß terroristische Gruppen in künftigen Fällen versucht sein könnten, sich auf dem Weg über das „Avanti“ jene „Gegenöffentlichkeit in der Öffentlichkeit“ zu suchen, die sie für ihr Tun benötigen. *Holger Quiring*

Luxemburg: Der kleine und der große Wanderzirkus

Das direkt gewählte Europäische Parlament hat erwartungsgemäß ein gestärktes Selbstvertrauen und versucht mehr Licht in sein bisheriges Schattendasein zu bringen. Dienlich sind dazu Auseinandersetzungen mit der Brüsseler Kommission, und vor allem mit dem Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft, dem eigentlichen Machtzentrum des Europas der Zehn. Alle überzeugten Europäer, und deren gibt es gerade in Luxemburg besonders viele, begrüßen daher die Bestrebungen des Europäischen Parlaments, durch offenen Konflikt mit dem Ministerrat über das Budget der Gemeinschaft, die Befugnisse des Parlaments zu erweitern, denn wie die Geschichte lehrt, kam ein Mehr an Demokratie meistens durch den Konflikt zwischen den Institutionen zustande.

Kein Verständnis bringen die Luxemburger jedoch für die Versuche mancher EG-Parlamentarier auf, in der sogenannten Sitzfrage eine Entscheidung ausschließlich auf Kosten des kleinsten und daher schwächsten Mitgliedsstaates der Gemeinschaft, nämlich Luxemburg, herbeizuführen. Bekanntlich hat das Sekretariat des Europäischen Parlaments seinen Sitz in Luxemburg, während das Parlament selbst zumeist in Straßburg oder auch in Luxemburg tagt und die Kommissionen des Europäischen Parlaments normalerweise in Brüssel zusammenkommen. Dieses abwechselnde Tagen in drei verschiedenen Städten hat dem Europäischen Parlament den Ruf eingebracht, ein Wanderzirkus zu sein, der durch seine Arbeitsweise unnütz Steuergelder verschleudert, und es ist verständlich, daß die direkt gewählten Abgeordneten versuchen, ihren Ruf in der Öffentlichkeit zu verbessern, indem sie auf eine Entscheidung in der Sitzfrage drängen.

Das Parlament hat daher mit großer Mehrheit einen Antrag angenommen, in welchem die Regierungen der Mitgliedsstaaten aufgefordert wurden, bis zum 15. Juni 1981 einen Beschluß über den definitiven Arbeitsort des Europäischen Parlaments zu fassen; andernfalls werde das Parlament selbst eine diesbezügliche Entscheidung treffen.

So weit, so gut. Nur ist es nicht so einfach, eine Entscheidung herbeizuführen, zumal offensichtlich ist, daß die meisten Abgeordneten aus verschiedenen Gründen, wobei die besseren Verkehrsverbindungen mit an der Spitze stehen, für Brüssel optieren. Da Frankreich aus Prestige Gründen an Straßburg als Tagungsort des Europäischen Parlaments festhält,

gibt es in allen Fraktionen des Europäischen Parlaments zunehmend Bestrebungen, zumindest Luxemburg als Arbeitsort auszusparsen – dies getreu nach dem Prinzip, daß zwar alle EG-Staaten gleich, die größeren jedoch gleicher sind und auf den Kleinsten schon überhaupt keine Rücksicht zu nehmen ist.

Diese Haltung mancher Europaparlamentarier aller anderen Mitgliedsstaaten verbittert natürlich die Luxemburger, die sich schlecht belohnt sehen für ihre europäischen Anstrengungen. Immerhin war zu Beginn des Europäischen Abenteuers praktisch nur das kleine Luxemburg bereit, die ersten europäischen Behörden aufzunehmen, und im Laufe der Jahre hat Luxemburg viel Geld investiert, um dem Europäischen Parlament gute Arbeitsbedingungen zu bieten. Vor allem hat man in Luxemburg das Gefühl, daß die Argumente, mit denen gegen weitere Tagungen des Europäischen Parlaments in Luxemburg operiert wird, nicht gerade stichhaltig sind.

Wer überzeugt ist, daß der sogenannte europäische Wanderzirkus zu teuer ist, müßte für Luxemburg als Tagungsort plädieren. Die zusätzlichen Kosten entstehen nämlich nicht durch die Abgeordneten, die, ob sie in Luxemburg, Straßburg oder Brüssel tagen, so oder so aus ihren jeweiligen Wahlkreisen anreisen müssen. Überhöhte Kosten entstehen vielmehr, weil die in Luxemburg residierenden Beamten des Generalsekretariats des Europäischen Parlaments nach Brüssel oder Straßburg reisen müssen, wenn dort Sitzungen stattfinden. Dagegen kosten Tagungen in Luxemburg den europäischen Steuersäckel am wenigsten, da die Beamten an Ort und Stelle vorhanden sind.

Auch muß man sich fragen, ob der wahre europäische Wanderzirkus wirklich zwischen Luxemburg, Straßburg oder Brüssel stattfindet oder ob nicht viel mehr europäische Steuergelder für andere Reisen ausgegeben werden. So entsendet das Europäische Parlament zum Beispiel dieses Jahr Delegationen nach China, Australien, Indien und Neuseeland – von den traditionellen Treffen in Afrika und in der Karibik ganz zu schweigen. Allein für ein Treffen im kolumbianischen Bogota wird jetzt fast eine Hundertschaft Dolmetscher und Beamte des Europäischen Parlaments eingeflogen.

Man kann natürlich einer internationalen Institution wie dem Europäischen Parlament nicht verwehren, weltweite Kontakte zu knüpfen (selbst wenn es nach den meisten dieser Parlamentsreisen heißt: Außer Spesen nichts gewesen), doch hätte ein Parlament, das anscheinend des Hin-und-Her-Reisens zwischen Straßburg, Luxemburg und Brüssel müde ist, viele

andere Möglichkeiten, um den europäischen Reisefluß in etwa zu beschränken. Warum stimmen die gleichen Abgeordneten, die augenblicklich am liebsten alles in Brüssel konzentriert sehen möchten, immer wieder Fraktionstagungen zu, die mit Vorliebe in französischen oder italienischen Küstenstädten stattfinden, oder gar auf so reizvollen Inseln wie Korsika, Sizilien oder demnächst Kreta? (Die Sozialistische Fraktion z. B. traf ihren Entschluß, für einen einzigen Tagungsort einzutreten, bezeichnenderweise im südfranzösischen Perpignan ...) Warum werden Kommissionssitzungen in Paris oder Kopenhagen in Hotels anberaumt, während gleichzeitig in Brüssel, Straßburg

oder Luxemburg geeignete Räumlichkeiten leer stehen?

Man könnte diese Beispiele fortsetzen. Ein objektiver Beobachter wird daher zustimmen müssen, daß im sogenannten Sitzstreit bei manchen Abgeordneten viel schlechter Wille vorherrscht. Die Luxemburger sind jedenfalls nicht gewillt, sich ihrer europäischen Rechte berauben zu lassen. Die Sozialistische Partei Luxemburgs hat die luxemburgische Regierung aufgefordert, mit allen Mitteln und notfalls mit ihrem Vetorecht jeden Entscheid zu blockieren, der in Richtung Abbau der Präsenz des Europäischen Parlaments in Luxemburg geht. *Robert Goebbels*

Niederlande: Neues Abtreibungsgesetz – kein lebensfähiger Kompromiß

Im Regierungslager wie in der sozialistischen Opposition steht dieser Winter ganz im Zeichen des Kompromisses, wenn auch in Art und Inhalt grundverschieden. Ging es auf der einen Seite um das Abtreibungsgesetz und damit um den Fortbestand der gegenwärtigen Regierungskoalition, so handelte und handelt es sich auf der anderen Seite um die Nuklearwaffen und mit ihnen um die Position des Parteivorsitzenden Joop den Uyl.

Das neue Abtreibungsgesetz, das vom Parlament mit 76 gegen 74 Stimmen verabschiedet worden ist, hat eine lange und peinliche Vorgeschichte. Und am Inhalt des Gesetzes wird deutlich, daß das politische Problem Abtreibung sicher noch nicht endgültig gelöst ist. Vor dem Zustandekommen des neuen Gesetzes war die Abtreibung ein krimineller Tatbestand. Aber in den vergangenen fünfzehn Jahren hatte sich dennoch eine sehr liberale Praxis entwickelt. Die Staatsanwälte hatten sich der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins angeschlossen und auf die strafrechtliche Verfolgung verzichtet. Trotzdem wurde die Streichung des Abtreibungsparagraphen aus dem Strafgesetzbuch zu einem der Hauptkampf-felder der feministischen und politischen Frauenbewegung. Nur die Frau, nicht der Arzt sollte über einen Abbruch entscheiden. Und die Kosten des Eingriffes sollten von den Krankenkassen getragen werden.

Diese Forderungen wurden allmählich von den Parteien der Linken und im Prinzip auch von den

Liberalen übernommen. Aber alle Versuche, den Abtreibungsparagraphen zu ändern, sind seit 1969 am erbitterten Widerstand der Christdemokraten sowie an Koalitionszwängen gescheitert. Stets verhindert die starke Position der Christdemokratie in der niederländischen Politik und ihre vermeintliche Unentbehrlichkeit als Regierungspartei das Zustandekommen einer substantiellen Mehrheit für eine Liberalisierung.

Die gegenwärtige christlich-liberale Regierung hat sich nun doch endlich zu einem Kompromiß durchgerungen. Schön ist er freilich nicht: Der Schwangerschaftsabbruch bleibt im Prinzip ein Straftatbestand, ist aber zulässig, sofern Arzt und Frau – nach einer vorgeschriebenen Bedenkzeit von fünf Tagen – zusammen zu der Überzeugung gelangen, daß es zu einer Abtreibung keine Alternative gibt. Nur ein so vorgenommener Abbruch hätte dann seinen „kriminellen“ Charakter verloren.

Daß nur die wenigsten mit einem Gesetz in dieser Form zufrieden sind, versteht sich. Die Christdemokraten haben zwar eine liberalere Fassung (die der heutigen Praxis entsprechen würde) verhüten können, ihre Überzeugung, Abtreibung sei „Mord“ jedoch verleugnen müssen. Die Liberalen können zwar darauf verweisen, daß die Abtreibung jetzt legalisiert worden sei, aber die Einschränkungen (Arzt beschließt mit, Bedenkzeit, Abtreibung bleibt Straftatbestand) gehen so weit, daß kein aufrechter Liberaler sich mit dem Resultat zufrieden geben kann.

Daß die linke Opposition und vor allem die Frauenbewegung von dem neuen Gesetz wenig erbaut sind, liegt auf der Hand; wie jedoch nun weiter gehandelt werden soll, steht noch zur Debatte. Die Frauen sind selbstverständlich entschlossen, weiter

für eine wirkliche Liberalisierung zu kämpfen. Die Führung der Partij van de Arbeid neigt hingegen dazu abzuwarten, ob dieses Gesetz die weiterhin geübte liberale Praxis beeinträchtigen wird. Sollte dies nicht der Fall sein, könnte man eventuell eine Zeitlang mit dem Gesetz leben, denn die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit der Christdemokratie – wohl die einzige realistische Option nach den Parlamentswahlen im Mai – wird auch ohne Belastung durch das Abtreibungsproblem schwierig genug sein. Mit einer neuen Gesetzesinitiative könnte man also warten, bis entweder die Christdemokraten ihren Widerstand aufgeben oder die Gelegenheit für eine parlamentarische Mehrheit mit den Liberalen sich ergibt. Letztere hoffen dagegen, den Christdemokraten mit ihrer Kompromißbereitschaft bewiesen zu haben, welch ein unentbehrlicher Koalitionspartner sie, auch über den Wahltag hinaus, doch für die Christdemokraten sind.

Alles Politik also. Als ob die Geschichte des

Abtreibungsparagraphen darunter nicht lange genug gelitten hätte. Es ist denn auch zu erwarten, daß die Frauenbewegung ihren Druck auf die politischen Parteien, voran die Partij van de Arbeid, verstärken wird. So kurz vor den Wahlen jedenfalls ist die Zeit dafür nicht ungünstig. Daß das liberalere Gesetz vom Ziel eher weiter weg als zu ihm hinführen wird, ist etwas, was nur rational, nicht emotional nachzuvollziehen ist.

Übrigens könnte dieses neue Gesetz auch für die Frauen aus dem Ausland Konsequenzen haben, die heute noch immer für eine Abtreibung nach Holland fahren müssen. Jedes Jahr sind das Zehntausende. Eine Bedenkzeit von fünf Tagen verpflichtet in vielen Fällen zu einem Verbleib von einer Woche, und das könnte die Abtreibung noch teurer machen, als sie jetzt schon ist. Glücklicherweise hat die Frauenbewegung schon damit begonnen, einen Auffangdienst einzurichten. Solidarität heißt so etwas.

Marnix Krop



KRITIK

Erinnerungen

von Carlo Schmid,
Scherz-Verlag, Bern/München/
Wien 1979, 868 Seiten; DM 45,-

Repräsentant der deutsch-französischen Verständigung, vier Jahre Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, europäischer Patriot, 19 Jahre Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Bundesratsminister, 26 Jahre Mitglied des Parteivorstandes der SPD, einer der Väter unseres Grundgesetzes – die Rede ist von Professor Carlo Schmid,

einem europäischen Patrioten. Der im Dezember 1979 verstorbene große „alte Mann“ der deutschen Sozialdemokratie hat uns „Erinnerungen“ hinterlassen, die lesens- und bedenkenswert sind. Carlo Schmid wollte bewußt keine Memoiren im pathetischen Sinne des Wortes vorlegen. Das Buch hat „nur den Sinn, vor Menschen, die dem Autor und seinem politischen Denken vertrauten, über die Art, wie er den Weg seines Lebens ging, Rechenschaft abzulegen, und von den Umständen zu berichten, die ihm erlaubten, diesen Weg so zu gehen, wie er ihn ging“. Dabei ließ er sein inneres Leben aus, denn es war nicht seine Absicht, „Stoff für eine Psychoanalyse“ vorzulegen.

Bei seinem gelungenen Versuch, „von Dingen und Menschen“ zu berichten, mit denen er es zu tun hatte, und die ihm bemerkenswert erschienen, ver-

ließ er sich notgedrungen auf sein offenbar vorzügliches Gedächtnis, denn Zeit für Niederschriften während seiner aktiven Zeit in Wissenschaft und Politik fand er nicht.

Uns liegt ein imponantes Werk vor, das zeitlich die Spanne vom Beginn des Jahrhunderts bis zu seinem Ausscheiden aus dem parlamentarischen Leben umfaßt und thematisch um Aspekte des Verfassungs- und Völkerrechts, internationale Politik, Bildungspolitik, deutsch-französische Beziehungen und um Vermenschlichung der Politik kreist.

Carlo Schmid war bei allen wichtigen Entscheidungen, die die Gründung der Bundesrepublik betrafen, ihre weitere, insbesondere außenpolitische, Entwicklung bestimmten, unmittelbar dabei – als Vordenker, als Berater, als Kommentator.

Der Autor beschreibt in einem ergötzlichen Stil seine zahlrei-

chen Begegnungen mit Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Dennoch läßt sich dieses voluminöse Buch nicht auf Persönlichkeitsporträts reduzieren. Mit den Personen werden jeweils auch Probleme in den Blickpunkt gerückt.

Adenauer erscheint beispielsweise nicht nur als „listiger Fuchs“, sondern als Exekutor einer Politik, die im Lichte der Geschichte auch ihre Schattenseiten hat. Wer sich auf Adenauer beruft, sollte sich vergegenwärtigen, daß dieser CDU-Politiker 1955 nach Moskau fuhr, um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Zugeständnissen der Sowjetunion in der Wiedervereinigungsfrage zu verknüpfen. Er kam ohne jedes Frage zurück und hatte damit sein erklärtes Verhandlungsziel verfehlt.

Carlo Schmid beschreibt die Rolle Adenauers im Grunde leidenschaftlos, lediglich an einer Stelle ist Bitternis aus den Zeilen zu lesen. Zum Mauerbau am 13. August 1961: „Während Konrad Adenauer, der Erste Mann der deutschen Politik, seine Wahlreise durch das Bundesgebiet fortsetzte und die Berliner sich selbst überließ, stand jener ‚Herr Brandt alias Frahm‘ in Berlin vor den Hunderttausenden, die auf die Straße strömten und nach Taten riefen, und forderte von der Treppe des Schöneberger Rathauses die Massen auf, Ruhe zu bewahren und nicht an die Mauer zu laufen, um sie einzureißen! Damals lag in Berlin der Krieg auf der Straße ... und nicht die Bundesregierung, sondern Willy Brandt war es, der verhinderte, daß von Berlin aus ein Funke in das offene Pulverfaß übersprang“ (S. 710f). Carlo

Schmid erklärt, er habe Adenauers Verhalten „nicht verstanden“.

Ausführlich beschreibt er die Probleme, vor denen der Parlamentarische Rat stand, um der Bundesrepublik eine „Verfassung“ zu geben. Hier entwickelt er sein Staatsverständnis. Er setzte sich für eine ausgewogene Gewaltenteilung ein, die er stets als Verpflichtung zum gesamtstaatlichen Zusammenwirken verstand. Er war ein erklärter Gegner der Todesstrafe und hat mit dafür gesorgt, daß ein ausdrückliches Verbot in Art. 102 des Grundgesetzes verankert wurde. Das „konstruktive Mißtrauensvotum“, das bislang einmal (1972) angewandt wurde, ist sein „Kind“.

Es ging ihm jedoch nicht nur um Details. Zunächst mußte geklärt werden, von welchem Staatsziel die Grundgesetzschöpfer auszugehen hatten. Bei einer solchen Klärung konnte man nicht an der Frage nach „Deutschland“ vorbeigehen. Carlo Schmidts Credo lautete hier: „Gesamtdeutsche Politik bedeutete also, sich den Besatzungsmächten gegenüber so zu verhalten, daß allen vier ein wiedervereinigtes Deutschland für ihre eigenen Interessen weitaus günstiger erscheinen konnte als ein gespaltenes“ (S. 281). Er räumte jedoch ein, daß ein solches „Denkbild“ der Quadratur des Kreises zu vergleichen sei. Daß dieses „Denkbild“ sozialdemokratische Debatten stark beherrschte, wird nachvollziehbar herausgearbeitet.

Wie kam Carlo Schmid zur Sozialdemokratie? Es war insbesondere das Erlebnis des Zweiten Weltkrieges, aber auch seine Erfahrungen mit dem Naziregime, die den Sozialisten („geschlossen wir, unseren Kreis um

alle diejenigen zu vermindern, die von Sozialismus nichts hielten ...“, schreibt er auf S. 91 und meinte damit seine Studentenjahre) zur SPD führten.

Von Kurt Schumacher war er offenbar fasziniert. „Jedesmal bewegte mich die Menschlichkeit dieses Mannes aufs neue, in dessen Schicksal sich das Schicksal der deutschen Nation verkörpert zu haben schien; immer wieder beeindruckte mich die Schärfe dieser Intelligenz, und immer wieder drückte mich die Sorge, dieser geschundene Körper könnte eines Tages den Dienst versagen, den diese große Seele ihrem Volk zu schulden glaubte“ (S. 255).

Der Autor zeichnet den Weg der deutschen Sozialdemokratie nach 1945 nach und lenkt dabei die Aufmerksamkeit des Lesers besonders auf deutschlandpolitische, sicherheitspolitische und allgemein außenpolitische Probleme. Dies geschieht keineswegs unkritisch.

Daß Carlo Schmid seinen festen Platz in der deutsch-französischen Verständigung hat und auch behalten wird, ist unumstritten und weithin bekannt. Doch Carlo Schmid war auch derjenige, der schon recht früh erkannte, daß die Bundesrepublik „lange vor dem Abschluß eines Friedensvertrages offizielle Beziehungen mit unseren östlichen Nachbarn“ werde aufnehmen müssen (S. 627).

Den Akzent besonderer Beziehungen legte er dabei auf die Beziehungen zu Polen. Während seiner Besuchsreisen in Polen ist es ihm offenbar gelungen, Verständnis für die Bundesrepublik zu erzielen und damit Grundlagen zu schaffen, die zum deutsch-polnischen Vertrag führten.

Zu lesen ist auch über unsere Beziehungen zu den USA und davon, daß es unter CDU/CSU-Regierungen häufig zu einer Verschlechterung im Verhältnis zu unserer Führungsmacht gekommen ist. Dies wird hier vom Rezensenten besonders betont, weil die parlamentarische Opposition heute den Eindruck zu erwecken versucht, daß während ihrer Regierungszeit das deutsch-amerikanische Verhältnis störungsfrei gewesen sei, und es letztlich auf den „Antiamerikanismus“ der Sozialdemokraten zurückzuführen wäre, wenn es heute gelegentlich Spannungen im europäisch-amerikanischen Verhältnis gäbe.

Kurz: Hier liegt ein Buch vor, dem viele Leser zu wünschen sind, geschrieben von einem europäischen Patrioten, zugunsten einer Vermenschlichung der Politik. Wilhelm Bruns

Kirche im Krieg

Der deutsche Protestantismus am Beginn des Zweiten Weltkriegs

von Günter Brakelmann (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Dieter Beese, Ubbo de Boer, Sigrid Kirsch, Gisela Mösel und Johannes Romann
Verlag Chr. Kaiser, München 1979, 336 S., DM 28,- (Studienbücher zur kirchlichen Zeitgeschichte Bd. 1/2)

Eine Projektgruppe unter der Leitung des evangelischen Theologen Günter Brakelmann von der Universität Bochum hat ein „Lese- und Arbeitsbuch“ vorgelegt, das die Leser in den – der Natur der Sache nach – un abgeschlossenen Arbeitsprozeß mit-

hineinnehmen soll. Es handelt sich um eine Sammlung von Stellungnahmen des deutschen Protestantismus nicht nur zum Krieg schlechthin, sondern zu dem Krieg, den die nationalsozialistischen Machthaber vorbereitet, entfesselt und geführt haben. Die nach Themenkreisen gegliederten Quellen werden sachlich eingeführt und jeweils durch „Gedanken und Wertungen“ kommentiert.

Einleitend wird der „Lernprozeß“ gekennzeichnet, den die Teilnehmer der Projektgruppe (vier Studenten, eine Studienrätin, ein Professor) in ihrer Arbeit durchlaufen haben: Sie haben Klischee-Urteile über das „Versagen“ des deutschen Protestantismus in der NS-Zeit revidiert und die „Pose des schnellen Richtens“ aufgegeben. „Der Urteilsprozeß wurde komplizierter, je mehr wir uns des politischen Umfeldes eines totalitären Weltanschauungsstaates bewußt wurden.“ (S. 13) Über den eigenen Standort lassen jedoch die Mitarbeiter dieses erregenden Quellenbandes keinen Zweifel: „Wir haben im Laufe unserer Arbeit immer mehr ‚Freude‘ an der brüderlichen BK (Bekennenden Kirche) bekommen, auch wenn wir vieles nicht ganz verstehen können, und sind immer ratloser geworden gegenüber den großen Namen der kirchlichen Hierarchie und der theologischen Wissenschaft. Die damals Namenlosen sind unsere Väter geworden. Die Worte der offiziellen DEK (Deutschen Evangelischen Kirche) und ihres Geistlichen Vertrauensrates sind uns trotz wirklich intensiven Bemühens um ein Verständnis immer ein Grauel geblieben.“ (S. 20) An einigen Beispielen sei gezeigt, daß nach Einblick in die Quellen

diese Aussage der Herausgeber für jeden nachvollziehbar sein dürfte.

Bereits 1937 erschien ein Buch von Werner Schütz „Soldatentum und Christentum“, in dem es heißt: „Der Krieg als gottgebote Pflicht erhält seine Rechtfertigung durch das Gebot der Liebe, die mit dem Einsatz des Lebens nach Gottes Ordnung Volk und Heimat schützt.“ (S. 33) Dies war keineswegs die Äußerung eines vereinzelt Vertreters einer „völkischen Theologie“, auch kann sie nicht losgelöst von der Eroberungspolitik des NS-Regimes gedeutet werden. Die Annexion Österreichs wurde vom Deutschen Pfarrkalender als die „Geburt des Großdeutschen Reiches“ gefeiert, die der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg durch „bewaffnete Horden“ vergeblich zu verhindern versucht habe. (S. 56) Der Leiter der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei pries Adolf Hitler zu dessen fünfzigstem Geburtstag am 20. April 1939 – also kurz nach der deutschen Besetzung der Tschechoslowakei – als den von Gott dem deutschen Volke geschenkten „wahren Wundermann“, mit dem die Stunde der „Aufrüttelung aller völkischen Kräfte zu kampfes- und todesfreudigem Einsatz für Freiheit, Ehre und Macht des Vaterlandes“ angebrochen sei. (S. 100)

Die tiefe Kluft zwischen der Bekennenden Kirche, zu der eine Minderheit des deutschen Protestantismus gehörte, und der Deutschen Evangelischen Kirche wird am eindrucksvollsten im Kapitel „Der Fall Martin Niemöller“ dokumentiert. Die „Vorläufige Leitung“ der BK erklärte in einer Kanzelabkündigung vom 23. August 1936: „Machtmittel

des Staates und der Partei werden weithin eingesetzt gegen das Evangelium von Jesus Christus und gegen die, die sich zu ihm bekennen.“ (S. 78) Am 1. Juli 1937 wurde Niemöller, Gemeindepfarrer von Berlin-Dahlem und Symbol für den kirchlichen Widerstand gegen die Kirchen- und Religionspolitik des NS-Staates, verhaftet; nach seinem Prozeß wurde er den Qualen eines Konzentrationslagers ausgeliefert. Nach zweijähriger Haft wurde Niemöller mit einem Schreiben, dessen Amtssprache an Kälte nicht zu überbieten ist, von seiner zuständigen Kirchenbehörde in den Wartestand versetzt. Die Bekennende Kirche nannte diese Maßnahme des Oberkirchenrates einen „Gewaltakt, bei dem die Verantwortung der Kirche und die Ritterpflicht des Christenmenschen rücksichtslos geopfert werden“, und erklärte, daß die „kirchentreue Gemeinde... von diesem Kirchenregiment durch eine Welt geschieden“ sei. (Flugblatt vom Juni 1939, S. 83 f.)

Diese und viele andere Dokumente unterbauen die Feststellung Brakelmanns und seiner Mitarbeiter, daß kaum noch von einem „Pluralismus der Positionen“, sondern eher von der Nähe zu „einer theologischen und politischen Spaltung“ gesprochen werden könne. (S. 75) Dies trifft jedoch nicht zu auf die Tätigkeit der Pfarrer im Krieg, die aufgrund einer Analyse der – nicht zahlreichen – überlieferten Predigttexte von den Herausgebern so charakterisiert wird: „Es ist die Stunde der seelsorgerlichen, nicht der politischen Predigt! ... Verzweifelnden ein Wort der Hoffnung und Leidenden ein Wort des Zuspruchs sagen – das ist sehr bald der Alltag des Ge-

meindepfarrers in einem Krieg geworden, der jeden Tag neue Opfer an Leib und Seele fordert.“ (S. 308)

Bedeutet schon das Auffinden und die Zusammenstellung des weitverstreuten Materials einen wichtigen Beitrag nicht nur zur Kirchen-, sondern auch zur Zeitgeschichte generell, so wird sein Wert durch die Einführungen, Reflexionen und Wertungen der Herausgeber noch erhöht. Sie begnügen sich nicht mit Erläuterungen des jeweiligen unmittelbaren Zusammenhangs, in dem die wiedergegebenen Dokumente entstanden waren, sie weisen an mehreren Stellen auch auf die in der Geschichte des deutschen Protestantismus liegenden Ursachen für die heute kaum mehr begreifliche Identifizierung vieler seiner Vertreter mit dem NS-Staat hin. Nur bei der abschließenden Betrachtung vermißt man die gedankliche Klarheit, die den Kommentar in diesem Band sonst auszeichnet. Wenn am Ende von der „Ohnmacht der Kirche und ihrer Verkündigung vor der Allmacht des Staates und seiner Weltanschauung“ die Rede ist und festgestellt wird, es bleibe die „tiefe Schuld“ der Kirche, daß sie „den entfesselten Dämonien... nur hinhaltenden Widerstand“ habe „entgegenzusetzen können“, so liegt darin schon eine logische Ungereimtheit. Denn wenn die Kirche nicht anders konnte, dann verdiente sie nicht das Verdikt der Schuld. Die Frage ist, konnte sie wirklich nicht anders? War die Kirche dem NS-Staat gegenüber von Anfang an ohnmächtig? Bestand die „Allmacht“ dieses Staates nicht gerade darin, daß diejenigen, die ihm hätten Widerstand leisten können, dies unterlassen haben?

Ein nicht geringer Gewinn der Lektüre dieses Bandes besteht in der Einsicht, daß sich der deutsche Protestantismus nach dem Zweiten Weltkrieg gewandelt hat. Schon die Tatsache, daß ein angesehener Theologe solch ein Buch herausgegeben und daß es keinen Sturm der Entrüstung in den eigenen Reihen entfesselt hat, ist ein Symptom dafür.

Susanne Miller

„... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank“

Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern von Hermann Langbein
Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/Main 1980,
496 S., DM 14,80

Der Autor (geb. in Wien 1912) war Mitglied der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg; er wurde beim Rückmarsch in Frankreich interniert und später an Deutschland ausgeliefert; 1941–1942 war er Häftling im KZ Dachau, 1942–1944 in Auschwitz, das Kriegsende erlebte er im KZ Neuengamme. Sein Name ist eng verbunden mit früher erschienenen Dokumentationen über Konzentrationslager und NS-Prozesse. Die wichtigsten Bücher sind „Der Auschwitz-Prozeß“ (1965) und „Menschen in Auschwitz“ (1972), erschienen im Europaverlag, Wien. Langbeins neues Buch füllt durch die systematische Darstellung des Widerstands innerhalb der Konzentrations- und Vernichtungslager eine Lücke. Alle erreichbaren Quellen wurden herangezogen (das Literaturverzeichnis umfaßt mehr als

400 Titel) und noch lebende Zeugen befragt, um ein möglichst objektives Gesamtbild zu vermitteln.

Eugen Kogon merkt im Geleitwort zu diesem Werk an: „Zu einem einfachen Heldenepos hat sich das nicht zusammengefügt. Aber es ist die Wahrheit...“

Das Buch gibt einleitend eine knappe Darstellung des KZ-Systems in den Jahren 1933–1938 und zeigt vor allem die Entwicklung von 1938–1945: Die Vorbereitung auf den Krieg begann u. a. mit der Errichtung einer großen Zahl neuer Lager, offensichtlich um Menschen aus demnächst „zu besiegenden“ Ländern aufzunehmen. Nach 1940 folgten die Vernichtungslager im besetzten Polen, und nach dem Überfall auf die Sowjetunion begann das zentral angeordnete und systematisch organisierte Massenmorden. Zu einem großen Teil wurden Häftlinge der „Vernichtung durch Arbeit“ ausgesetzt, während andere sofort nach der Einlieferung getötet wurden.

Die letzte und verhängnisvollste Phase hat für die meisten KZ's durch den Vormarsch der alliierten Armeen mit der Evakuierung dieser Lager eingesetzt. Marschunfähige wurden unterwegs liquidiert. Die Verlegung in andere Lager gestaltete sich zu „Todesmärschen“ für die meisten Häftlinge. Bis zuletzt sind Hinrichtungen angeordnet worden. Himmler hatte den Befehl ausgegeben: „Kein Gefangener darf dem Feind lebend in die Hände fallen!“

Wer sich auf Widerstand in dieser letzten Phase vorbereitet hatte, mußte versuchen, die Evakuierungsmaßnahmen zu verzögern, wenn nicht überhaupt zu verhindern. Es ist bewegend zu

lesen, welche Listen und Mühen die in allen KZ's bestehenden Widerstandsgruppen auf sich nahmen, um anrückende Truppen ihrer „Befreier“ zu alarmieren und ihnen möglichst jedes Lager ordnungsgemäß zu übergeben, um nach der Befreiung ein Chaos zu verhindern, das sowohl durch Rachegelüste unter Häftlingen einzelner Völkergruppen als auch durch Plündern der letzten Lebensmittelreserven drohte.

Über Aufstände in einzelnen Lagern ist manches bekannt geworden. Langbein bringt mehrere Beispiele von Versuchen der Häftlinge, sich zur Wehr zu setzen. Wieviele Revolten es insgesamt gegeben hat, wird sich kaum noch feststellen lassen. Als Signal verstanden wurde die Aktion eines Sonderkommandos in Auschwitz, das den Kampf mit der SS aufnahm und ein Krematorium sprengte. In Sobibor, Treblinka, Belzec und auch in Mauthausen wurden Aktionen der Gegenwehr organisiert. Wichtiger noch erscheinen laufende Sabotagemassnahmen, die Häftlingen in Rüstungsbetrieben gelangen, wo sie zur Arbeit eingesetzt waren.

Im KZ-System, wo Tausende wehrlos einer relativ geringen Zahl schwer Bewaffneter ausgeliefert waren, und wo die unterschiedlichsten Gruppen von Menschen – Kriminelle, Asoziale, Kriegsgefangene aus verschiedenen Ländern, Bibelforscher, Juden, Zigeuner oder politische Häftlinge – zusammengewürfelt und raffiniert gegeneinander ausgespielt wurden, konnte „Widerstand“ nur unter unvorstellbaren Schwierigkeiten geleistet werden. Aber in jedem Lager wurde „Sand ins Getriebe“ der Vernichtungsmaschinerie der SS gestreut. Widerstand im weitesten

Sinn war alles, was geschah oder geplant wurde, um gegen die Intentionen der Lagerführung zu arbeiten. Dabei fiel ins Gewicht, daß durch die unmenschlichen Methoden der SS auch dem internen Kampf der Inhaftierten um die Vorherrschaft in der Lagerselbstverwaltung grausame Formen aufgezwungen wurden; oft spielte sich dieser Kampf speziell unter den beiden Gruppen ab, die um Einfluß rangten: die politischen Häftlinge mit dem roten gegen die Kriminellen mit dem grünen Winkel. Das Zurückdrängen der Grünen zugunsten der Roten bewirkte bereits Voraussetzungen für möglichen Widerstand im Lager. Gelang dies nicht, wurde die „Selbstverwaltung“ zum verlängerten Arm der SS – wozu sie gedacht war –, dann gab es kaum Möglichkeiten, gegen den allgemeinen Terror anzukämpfen und wirksamen Widerstand zu organisieren.

In den KZ's sollten Menschen moralisch zerbrochen und physisch vernichtet werden. Jede Handlung, die helfen konnte, sich zu behaupten und Leben zu bewahren, richtete sich gegen den Terror des Lagers. „Widerstand“ war etwa das Bemühen um organisierte Aktionen gegen alle Vernichtungstendenzen. Der Autor hat Voraussetzungen und Möglichkeiten jeglicher Art von Widerstand aufgespürt und analysiert, ob es nun um einzelne Handlungen ging oder darum, das ganze System anzugreifen. Nachweislich konnten zwei SS-Ärzte bewogen werden, den Häftlingen in einem Ausmaß zu Hilfe zu kommen, das für damalige Verhältnisse kaum glaublich erschien; Es gelang den Häftlingsschreibern Eugen Kogon in Buchenwald sowie Hermann

Langbein in Auschwitz, die tägliche Tötung schwacher Kranker vorübergehend zu beenden und den Einsatz von Häftlingsärzten zu erreichen.

Die Isolierung der Gefangenen von der Außenwelt zu durchbrechen, war eine beachtliche Leistung von Widerstandsgruppen. Radiosendungen wurden heimlich empfangen, wichtige Nachrichten (z. B. über den Verlauf des Krieges) weitergegeben und Berichte nach draußen geschmuggelt, um das Ausland über Vernichtungslager zu informieren. Notizen und Dokumente über begangene Verbrechen wurden gesammelt, um sie später der Weltöffentlichkeit zugänglich machen zu können.

Leben durch Flucht zu retten, konnte ohne fremde Hilfe kaum gelingen; denn war es schon schwierig, aus einem streng bewachten Lager herauszukommen, so wurde es unerlässlich, draußen Freunde zu finden, die den Geflüchteten weiterhalfen. Hier war man auf eine Organisation – etwa Partisanen – angewiesen; das erfuhren vor allem Juden, die sich nach dem Aufstand von Sobibor hatten retten können, aber die nur in Ausnahmefällen von der Bevölkerung versteckt wurden.

In seinem Schlußwort erklärt Hermann Langbein, es wäre falsch anzunehmen, daß diejenigen außergewöhnlich mutig und aufopferungsbereit gewesen seien, die auf aktive Tätigkeit im Widerstand hinweisen können. Nur günstige Umstände ermöglichten eine derartige Aktivität – wie er an seinem eigenen Beispiel nachzeichnet –, etwa wenn man im Lager Freunde fand und zu einem „guten Kommando“ gelangte. „Es ist gut zu wissen, daß in dieser abgeschlossenen, von

einem menschenfeindlichen Geist regierten Welt, nicht nur absolute Menschenverachtung bei Beseitigung aller natürlichen Hemmungen und Weckung böser Instinkte herrschte. In dieser Welt haben Menschen, die der unüberwindlich stark scheinenden Macht wehrlos ausgeliefert waren, die Kraft aufgebracht, ihr dennoch zu widerstehen...“

Hety Schmitt-Maass

Bücher Themenbereich Kulturpolitik

Kulturelle Prozesse sind stets öffentlich, und daher ist Kultur als Politik erst recht eine „öffentliche Angelegenheit“. Will man daher über Kulturpolitik reden, dann geht das nicht ohne Blick auf Funktion und Organisation des Verkehrs der Bürger unserer Republik miteinander und auf die Medien, die ihnen als Vermittler dienen (dienen?).

Zur theoretischen Grundlegung und zur Einordnung praktischer Erfahrungen in diesem Zusammenhang kommt man dabei auf gar keinen Fall an vor-

Oskar Negt / Alexander Kluge:
Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt 1976, DM 12,-

bei. Es geht hier, kurz und abstrakt gesagt, um die kollektive gesellschaftliche Erfahrung in Form von Öffentlichkeit auf dem Hintergrund des sich vollziehenden Strukturwandels der Öffentlichkeit. Statt weiterer abstrahie-

render Charakterisierungen zwei Zitate, die die Intentionen dieses Buches auf den Begriff bringen: „Bundestagswahlen, Feierstunden der Olympiade, Aktionen eines Scharfschützenkommandos, eine Uraufführung im Großen Schauspielhaus gelten als öffentlich. Ereignisse von überragender öffentlicher Bedeutung wie Kindererziehung, Arbeit im Betrieb, Fernsehen in den eigenen vier Wänden gelten als privat. Die im Lebens- und Produktionszusammenhang wirklich produzierten kollektiven gesellschaftlichen Erfahrungen der Menschen liegen quer zu diesen Einteilungen.“ – „Kernpunkt unserer Untersuchung sind die Gebrauchswerteigenschaften von Öffentlichkeit. Was können Arbeiter mit ihr anfangen? Welche Interessen verfolgen herrschende Klassen mit der Öffentlichkeit?“

Wie man öffentlich auf ein anderes als vom bürgerlichen Traditionsverhalten geprägtes Kulturbedürfnis reagiert, läßt sich – für den ersten Einstieg – nachlesen bei

Lothar Romain (Hrsg.): **Zwischen Oper und Kulturladen. Beiträge zu einer neuen Kulturpolitik.** Neuer Vorwärts Verlag, Bonn 1978, 96 S., DM 7,80

mit Artikeln, aus den Vorwärts-Jahrgängen 1977/78 über Sinn und Zweck, Formen und Möglichkeiten neuer Kulturarbeit, wie sie vor allem von den SPD-regierten Kommunen, soweit sie über einschlägig vorbelastete Kulturreferenten verfügen, versucht wird, und in

Manfred Bosch (Hrsg.): **Kulturarbeit. Versuche und Modelle demokratischer Kulturvermittlung.**

päd. extra buchverlag, Frankfurt 1977, 312 S., DM 22,80

einem von den politischen Ansätzen her allerdings recht kontroversen Band – was sich allein schon aus einer Gegenüberstellung einiger Mitarbeiter ablesen läßt: Friedrich Tomberg und Ingeborg Drewitz, Hannes Schwenger und Oskar Neumann, Uwe Timm und Hermann Glaser

Diesen kurzen Überblick vertieft ein Sammelband, den der Frankfurter Kulturreferent ediert hat und in dem es theoretische Begründungen wie praktikable Modelle in den verschiedensten Bereichen seines und seiner Kollegen Arbeitsfelder geht:

Hilmar Hoffmann (Hrsg.): *Perspektiven der kommunalen Kulturpolitik. Beschreibung und Entwürfe*, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt 1974, 462 S., DM 12,—.

38 Autoren kommentieren den Kulturauftrag der Kommunen, die Aufgabe lebenslanger Weiterbildung, Formen des Theaters, der Musikdarbietung, der Kunst und ihrer Institutionen, audiovisuelle Medien und Kommunikation, Literatur und ihre Vermittlung und Rezeption. Man kann es ein Standardwerk der neuen, in den meisten Fällen sozialdemokratisch intendierten Kulturpolitik in Deutschland nennen.

Im gleichen Jahr erschien auch

Olaf Schwencke, Klaus H. Revermann, Alfons Spielhoff (Hrsg.): *Plädoyer für eine neue Kulturpolitik*, Hanser-Verlag, München 1974, 260 S. (z. Z. vergriffen),

eine Sammlung von 25 Aufsätzen und Referaten zur theoretischen und politischen Begründung

der neuen Kulturpolitik, wie sie auf verschiedenen Tagungen und Konferenzen der Evangelischen Akademie Loccum entwickelt wurde und zur Arbeitsgrundlage der „Kulturpolitischen Gesellschaft“ geronnen ist. Zwar sind die Aufsätze zum Teil durchaus kontrovers, aber als verbindlicher Ansatz hat sich für Schwencke als Vorsitzendem der Kulturpolitischen Gesellschaft „Kommunikation“ dabei herauskristallisiert: Eine Erweiterung des Kulturbegriffs, der nun bis zum Treff in der Kneipe gehen kann. Allerdings sieht Schwencke das alles stets auch in Form eines „emanzipatorischen Prozesses“, womit er dann auch die politische Dimension abgedeckt hätte: „Nicht die städtischen Kulturinstitute, sondern die Kommunikatoren, die unser tägliches Leben entscheidend bestimmen, erfordern zu allererst unsere Aufmerksamkeit: nicht nur die in Gestalt der Kritik, sondern vor allem in ihrer demokratischen Qualifizierung ...“

Über seine Erfahrungen als Kulturreferent hat Hilmar Hoffmann dann nach achtjähriger Tätigkeit eine Bilanz vorgelegt:

Hilmar Hoffmann: *Kultur für Alle. Perspektiven und Modelle*, Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt 1981, DM 7,80.

So bekenntnishaft der Titel, so engagiert trägt er hier noch einmal seine Beweggründe (Überwindung der voneinander künstlich getrennten Bereiche Arbeit und Freizeit) wie seine Lieblingsideen (multifunktionale städtische Medienzentren als Stätten der Information und Kommunikation) vor. (Siehe auch die ausführlichere Rezension in NG 8/1980.)

Hoffmanns Berliner Kollege Dieter Sauberzweig ist mit einer Aufsatzsammlung zu den verschiedensten Aspekten des Themas „Kulturpolitik“ vertreten:

Dieter Sauberzweig: *Bildungsreform und Stadtkultur*, Westermann-Verlag, Braunschweig 1978, 216 S., DM 10,—.

Es handelt sich um eine Zusammenfassung einzelner Artikel aus diversen Zeitschriften, herausgegeben von der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes, in dem Sauberzweig lange tätig war, bevor er Kultursenator wurde.

Auf europäischer Ebene ist der Kultur-Komplex als politisches Thema ebenfalls erst von der Sozialdemokratie zum Thema gemacht worden. Im Rahmen des Wahlkampfes zum Europaparlament hatte seinerzeit der „Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der EG“ eine kulturpolitische Konferenz abgehalten („Europäische Humanität – kulturelle Demokratie“, Ludwigs-hafen, 1./2. 3. 1979). Deren Ergebnisse sind dokumentiert in

Bruno Friedrich (Hrsg.): *Kulturelle Demokratie. Plädoyer für die Macht der Humanität*, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1979, 132 S., DM 12,—.

Mit Beiträgen von François Mitterrand, Giorgio Strehler, Erhard Eppler, Dieter Lattmann, Hans Koschnik, Ulrich Brecht, Hilmar Hoffmann, Hermann Glaser u. a.

Da der überwiegende Teil an kultureller Arbeit sicher in den größeren Städten stattfindet und gerade diese bekanntlich seit Jahren tief in der Krise stecken – immerhin ist der Hilferuf des

Deutschen Städtetages „Rettet unsere Städte jetzt“ auch schon seine zehn Jahre alt —, hat sich neuerdings eine wissenschaftliche Teildisziplin herausgebildet, die sich der Probleme Umwelt, Stadtanierung, Autoverkehr, Wohnungsbau annimmt. Die „Urbanistik“ will hier als interdisziplinär angelegte Wissenschaft Lösungen erarbeiten, wobei Herausgeber Hermann Glaser (Kulturreferent in Nürnberg) sich vor allem vor zuviel Planung ohne Bürgerbeteiligung und gegen Bürgerinteressen zu warnen genötigt sieht: „Den ‚urbanisierten‘ Menschen kann man nicht von einem fix und fertig gelieferten Zielhimmel her planen; man kann ihm nicht die ‚Orte‘ zum Hausen und Kommunizieren zuweisen.“

Hermann Glaser (Hrsg.): Urbanistik. Neue Aspekte der Stadtentwicklung, C. H. Beck-Verlag, München 1974, 216 S., DM 14,80.

Wie man die „Qualität“ gerade alter, oft vorschnell verlassener, Gebäude entdecken und seinen speziellen Interessen des produktiven Zusammenseins in der Gruppe widmen kann, hat im Herbst 1979 eine Ausstellung in Frankfurt gezeigt, die dann auch in einer Buch-Dokumentation festgehalten wurde:

Kultur aktiv — in alten Gebäuden. Eine Dokumentation über soziokulturelle Zentren. Eine Ausstellung des Historischen Museums Frankfurt a. M., 30. September bis 28. Oktober 1979. Elefant Press Verlag, Berlin 1979, 136 S., DM 14,80.

Sie handelt von verschiedenen Versuchen alternativer Kulturarbeiter, alte Gebäude von der verlassenen Fabrik bis zur

abbruchreifen Lagerhalle, vom verlassenen Schlachthof bis zum leerstehenden Pumpwerk zu erhalten und mit neuem Leben zu erfüllen; im ersten Teil ein paar analytische Beiträge, im zweiten eine Dokumentation aus acht Städten, im Anhang kurze Darstellungen über soziokulturelle Zentren (= Kulturläden, Freizeithelme etc.) aus weiteren 15 Städten. (Das Ganze kann übrigens auch als komplette Wanderausstellung mit 85 DIN-A 1-Tafeln und einigen Objekten bei Elefant Press, Dresdener Str. 10, 1000 Berlin 36, bestellt werden.)

Daß die alten Fabriken, die man vielleicht manchmal mit leicht „nostalgischen“ Gefühlen sieht, Teil einer ganzen noch zu entdeckenden „Industriekultur“ sind, hat Hermann Glaser jetzt für seine Stadt Nürnberg entdeckt. In einem ebenso prachtvollen wie kritisch-informativen Band hat er diese Entdeckung eines Stücks Stadtgeschichte vorgestellt:

Hermann Glaser, Wolfgang Ruppert, Norbert Nendecker (Hrsg.): Industriekultur in Nürnberg. Eine deutsche Stadt im Maschinenzeitalter, C. H. Beck-Verlag, München 1980, 375 S. mit 300 Abb. im Text und 29 farbigen Abb. auf Tafeln, DM 94,—.

Statt Mittelalter, Stadtmauer, St. Sebaldus-Kirche, Albrecht Dürer, Hans Sachs und Meistersinger, statt Christkindlesmarkt und Lebkuchen ein Nürnberg, wie es sich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg entwickelt hat, wie dort gelebt, gearbeitet, regiert — und künstlerisch produziert wurde.

Die von Schwencke, Glaser, Hoffmann, Saubert, Schnetz (Erlangen), Treck (Bergkamen), Spielhoff (Dortmund) u. a. vertretene Kulturpolitik bleibt natürlich nicht unwidersprochen, weder von rechts noch von links.

Aus orthodox-materialistischem Blickwinkel tut zum Beispiel

Dieter Kramer: Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1977, 279 S., DM 14,80.

die per Kulturarbeit auf Veränderung der Lebensbedingungen abzielende Theorie („Kommunikation“, „Kreativität“, „Emanzipation“) Olaf Schwenckes ab; Hilmar Hoffmanns Frankfurter Historischem Museum wird immerhin ein Schritt zur „kulturellen Demokratisierung“ durch diesen Akt „klassenspezifischer Kulturarbeit“ attestiert, während er Hermann Glasers Ausweitung der Kulturarbeit auf Kommunikations- und Spielräume schlicht das Prädikat system-„stabilisierend“ aufdrückt.

Ähnlich rigoros geht es bei

Wulf D. Hund, Dieter Kramer (Hrsg.): Beiträge zur materialistischen Kulturtheorie, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1978, 339 S., DM 14,80

zu. Es handelt sich — außer den beiden einleitenden Kapiteln der Herausgeber — dabei durchweg um Arbeiten aus der Sowjetunion und der DDR.

Speziell die offizielle SPD-Kulturpolitik im Visier hat

Kaspar Maase: Volkspartei und Klassenkultur. Grundlagen, Konzeptionen und Perspektiven der

SPD-Kulturpolitik seit Mitte der 50er Jahre. Damitz-Verlag, München 1974, 271 S., DM 6,-.

Es handelt sich hier um den Mitdruck einer im selben Jahr in der DDR erschienenen Arbeit.

Aus der Ära kühlerer Beziehungen stammt noch das Buch von

Gerda Kaak und Horst Keffler: Politik gegen die Kultur. Aus der Bonner Meinungsfabrik, Berlin (Ost) 1964, 364 S.

Um einiges differenzierter, aber grundsätzlich auch vom materialistischen Standpunkt aus befaßt sich die Argument-Gruppe mit den Widersprüchen demokratischer Kulturarbeit im Kapitalismus:

Hanns W. Helster / Hilmar Hoffmann / Kaspar Maase: Massen, Kultur, Politik. Argument-Sonderband 23, Berlin 1978, Argument-Verlag, DM 15,50.

Die Vertreter konservativer Politik haben den kulturpolitischen Bestrebungen zumeist nur ihr Credo vom unpolitischen Vergnügen am erbaulich Wahren, Guten und Schönen entgegenzusetzen und setzen sich damit dem Verdacht aus, nicht nur Kultur und Freizeit unter Kom-

pensationsgesichtspunkten zur Arbeitswelt abzubuchen (auch die SPD ist aus diesem Dilemma noch lange nicht heraus, sieht es aber wenigstens), sondern Kultur auch als bloßen „schönen Schein“ zu begreifen. Weil Bayerns amtierender Kultusminister wenigstens letzteres nicht tut – da täte man ihm denn doch Unrecht – sei hier eines seiner Werke als prototypisch für die konservativ-kritische Sicht des Themas angeführt:

Hans Maler: Anstöße. Beiträge zur Kultur- und Verfassungspolitik. Seewald-Verlag, Stuttgart 1978, 920 S., DM 48,-.

Eher ein umfassendes Literaturreferat als eine Studie, die das Thema bereits auf den Begriff bringt, ist das Buch von

Isa-Maria Greverus: Kultur und Alltagswelt. Eine Einführung in Fragen der Kulturanthropologie. C. H. Beck-Verlag, München 1978, 316 S., DM 19,80.

Der wissenschaftliche Anspruch macht den Text zusätzlich etwas hermetisch und nur zu entsprechendem Gebrauch geeignet – wobei man dann wieder das Fehlen eines Registers bedauern muß. (Vgl.

auch ausführliche Rezension in NG 8/1980.)

Die „Freizeit“ kam ja bereits in einigen Titeln vor, und weil man sich ihrer Kompensationsfunktion auch in einschlägigen Kreisen stets neu versichern möchte, hat sich ein ganzer Forschungszweig herausgebildet, heftig unterstützt von der „Deutschen Gesellschaft für Freizeit“. Hervorgetan hat sich auf diesem Sektor vor allem

Reinhard Schmitz-Scherzer: Sozialpsychologie der Freizeit. Bericht über den Stand der Freizeitforschung in Soziologie und Psychologie. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 1974, 175 S., DM 19,80 ders. (Hrsg.): *Freizeit.* Akademische Verlagsgesellschaft, Frankfurt 1974, 512 S., DM 38,-.

Wohin dort die Erarbeitung einer „Konsum- und Freizeit-erziehung“ führen mag, eines hat man sicher nicht vor: weg von der vorbehaltlos akzeptierten Reproduktionsfunktion. Weder der Autor und Herausgeber selbst, noch die Autoren der einzelnen Beiträge gehen an irgendeiner Stelle über eine positivistische Bestandsaufnahme und eine Art technokratisch-systemimmanentes Verbesserungsvorschlagswesen hinaus. *Klaus Kamberger*